

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch  
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 312 ==

---

## Die Abdankung Kaiser Wilhelms II.

Die Entstehung und Entwicklung  
der Kaiserfrage und die Haltung der Presse

Von

**Dr. Adolf Stutzenberger**

=====

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

## Inhalt.

Literaturverzeichnis. S. 7.

**Einleitung:** Die militärische und politische Lage Deutschlands im Herbst 1918. S. 11.

**1. Kapitel: Die ersten Ansätze zur Entstehung der Kaiserfrage.** S. 16. — Ueberblick über die Regierung Wilhelms II. S. 16. — Das Verhältnis zwischen Kaiser und Volk unter parteipolitischen Gesichtspunkten. S. 17. — Die Vertrauenskrise und das Kaisertum Wilhelms II. S. 20. — Die deutsche Friedensnote vom 3. Oktober 1918 und die Kaiserfrage. S. 23. — Die Warnung des Prinzen Max an das amerikanische Auswärtige Amt. S. 24. — Die Stellung des Kabinetts zu einer etwaigen Abdankungsforderung durch Wilson. S. 25. — Der innen- und außenpolitische Umschwung im Spiegel der demokratischen Presse. S. 26. — Die Schuldfrage („Frankfurter Zeitung“ am 7. Oktober 1918). S. 27. — Das Echo der feindlichen Presse auf das deutsche Friedensangebot. S. 28. — Die erste Wilson-Note und ihre Beantwortung. S. 29. — Die erste Forderung nach der Abdankung Wilhelms II. („Fränkische Tagespost“ am 10. Oktober 1918). S. 30. — Die Auffassung der Konservativen über die Verwurzelung des Kaisergedankens. S. 33. — Die „Frankfurter Zeitung“ zur Schuldfrage am 11. Oktober 1918. S. 36. — Max Weber und das Kaiserproblem. S. 37. — Die „Leipziger Volkszeitung“ und die Kaiserkrise. S. 38. — Die „Deutsche Zeitung“ und ihre Haltung in der Abdankungsfrage. S. 39. — Die Industriellen und die Abdankungsfrage. S. 41. — Der Landesparteitag der bayerischen Sozialdemokratie und seine Forderungen. S. 42. — Die vorausseilenden Nachrichten über den Inhalt der zweiten Wilson-Note. S. 44. — Der Brief Victor Naumanns an den deutschen Kronprinzen. S. 45. — Die bolschewistische Gefahr und das deutsche Kaisertum („Frankfurter Zeitung“ am 15. Oktober) S. 47. — Die Stellungnahme des Prinzen Max zur Kaiserfrage am 15. Oktober. S. 48.

**2. Kapitel: Die zweite Wilson-Note vom 14. Oktober und ihre Einwirkung auf die öffentliche Meinung.** S. 48. — Die zweite Wilson-Note und die Stellungnahme Wilhelms II. S. 50. — Die Stellungnahme des Kriegskabinetts. S. 51. — Die Auslegung der Wilson-Note durch die deutsche Presse. S. 52. — Die Informationen des Reichskanzlers zur Deutung der Note Wilsons. S. 55. — Die dritte deutsche Note vom 20. Oktober. S. 59. — Die Entwicklung der Kaiserfrage in der sozia-



listischen Presse. S. 60. — Das „Leipziger Tageblatt“ und die „Leipziger Volkszeitung“ zur Kaiserfrage. S. 62. — Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ am 20. Oktober. S. 64. — Der Kaiser und Graf Lerchenfeld. S. 64. — Maximilian Harden zur Kaiserfrage. S. 65. — Scheidemann und die Presse. S. 65. — Die Kundgebung des Kaisers vom 21. Oktober 1918 und die Stellungnahme Scheidemanns. S. 65. — Der „Vorwärts“ zur dritten deutschen Note an Wilson. S. 67. — Der Umschwung in der Haltung der „Fränkischen Tagespost“ S. 68. — Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen zur Frage der monarchischen Staatsform. S. 68. — Die Reden Eberts und Noskes im Reichstag am 22. und 24. Oktober 1918. S. 70. — Die Erwiderung des konservativen Abgeordneten Kreth. S. 72. — Die Reichstagsreden der Unabhängigen Haase und Ledebour am 23. und 24. Oktober 1918. S. 72. — Der „Vorwärts“ zur Eröffnung der Reichstagssitzungen S. 76. — Die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung“ am 23. und 24. Oktober. S. 76.

**3. Kapitel: Die Verschärfung der Kaiserfrage infolge der dritten Wilson-Note vom 23. Oktober 1918.** S. 78. — Die dritte Wilson-Note und die Kaiserfrage. S. 78. — Der Vorschlag des Obersten Haeften bezüglich der Veröffentlichung der Note. S. 80. — Die Stellungnahme des Staatssekretärs Haussmann zur Forderung Wilsons. S. 80. — Scheidemann und die Wilson-Note. S. 81. — Das Zentrum zur Frage der nationalen Verteidigung. S. 82. — Albert Ballin und die Abdankungsfrage. S. 82. — Die deutsche Presse zur dritten Wilson-Note. S. 83. — Die Reichstagsreden des Unabhängigen Cohn und des Spartakisten Rühle am 25. und 26. Oktober. S. 87. — Die Erwiderung des konservativen Abgeordneten Graefe. S. 89. — Die bayerische Regierung und die Kaiserfrage. S. 90. — Das Telegramm aus Bern und dessen Einfluß auf die Haltung des Prinzen Max. S. 90. — Die „Frankfurter Zeitung“ zur Frage der nationalen Verteidigung. S. 92. — Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ und die Kaiserfrage. S. 92. — Das „Berliner Tageblatt“ zur Abdankungsfrage am 26. und 27. Oktober. S. 93. — Die Entlassung Ludendorffs und die Beantwortung der dritten Wilson-Note. S. 95. — Die Presse der Sozialdemokratie und die der Unabhängigen zur Entlassung Ludendorffs. S. 96. — Die „Fränkische Tagespost“ zur vierten deutschen Note an Wilson. S. 96. — Der Umschwung in der Haltung des Prinzen Max durch die Informationen aus der Schweiz. S. 98. — Der kaiserliche Erlaß vom 28. Oktober 1918. S. 99. — Gegenströmungen: Die bedeutendsten monarchischen Kundgebungen. S. 100. — Graf Westarps Stellungnahme zur Kaiserfrage in der „Kreuz-Zeitung“. S. 102. — Die Haltung der „Kölnischen Volkszeitung“ zur Abdankungsfrage und der Vorstoß der „Germania“ zur Beilegung der Kaiserfrage. S. 103.

**4. Kapitel: Der Vorstoß der Sozialdemokratie am 29. Oktober 1918 und dessen Auswirkungen.** S. 105. — Der Brief Scheidemanns an den Reichskanzler. S. 106. — Die Abreise des Kaisers ins Große Hauptquartier. S. 109. — Die Stellungnahme des Reichskanzlers zum Briefe Scheidemanns. S. 110. — Das Echo der Presse zur Abreise des Kaisers und zum Briefe Scheidemanns. S. 111. — Die Informationen des



Reichskanzlers. S. 114. — Die Versuche des Reichskanzlers zur Beeinflussung des Kaisers (Chelius, Eulenburg, Dryander, Prinz August Wilhelm). S. 115. — Die Kaiserfrage im Kabinett, insbesondere die Haltung Scheidemanns. S. 115. — Die Richtlinien Erzbergers. S. 119. — Das Echo der Presse zu den Kaiserdebatten des Kabinetts. S. 120. — Die geheime Beratung am Nachmittag des 31. Oktobers. S. 120. — Der Kanzler vor dem Bundesrat und die Stellungnahme der Bundesfürsten zur Abdankungsfrage. S. 122. — Die Abwehrparole der Obersten Heeresleitung. S. 124. — Die Mission Drews' in Spa. S. 125. — Der erste Vorstoß des „Vorwärts“ in der Kaiserfrage am 31. Oktober 1918: „Was wird der Kaiser tun?“ — und sein Echo in der übrigen Presse. S. 126. — Die Mission Delbrücks in Berlin. S. 130. — Die Pressenotiz der „Germania“ und die Haltung der Presse. S. 133. — Die Veröffentlichung der kaiserlichen Kundgebung vom 28. Oktober 1918 und ihr Echo in der Presse. S. 133. — Die Rückkehr Drews' und die Bemühungen um eine Vertagung der Abdankungsfrage. S. 134. — Der bayerische Kronprinz und die Kaiserfrage. S. 135. — Die Kaiserfrage und ein etwaiger Kanzlerwechsel. S. 135. — Die Mission Hintzes am 4. November 1918. S. 136. — Graf Westarp zur Abdankungsfrage in der „Kreuz-Zeitung“. S. 137. — Der „Kladderadatsch“ zur Taktik Wilsons gegenüber Wilhelm II. S. 140. — Fürst Bülow zur Abdankungsfrage und die Entgegnung des „Vorwärts“ S. 140. — Der zweite Vorstoß des „Vorwärts“ am 3. November 1918: „Vor schweren Entscheidungen“. S. 141. — Die Stellungnahme der Presse, besonders die der Zentrumspresse, zu den vom „Vorwärts“ aufgeworfenen Fragen. S. 144.

**5. Kapitel: Die Kaiserfrage im Zeichen der beginnenden Revolution in Deutschland.** S. 148. — Die Umsturzpläne der radikalen Linken und die Haltung der Mehrheitssozialisten. S. 148. — Der „Vorwärts“ am 5. November. S. 149. — Die Meuterei in Kiel und der Beginn der Revolution. S. 151. — Die Haltung Hintzes und Groeners. S. 152. — Groener am 5. November in Berlin. S. 153. — Die Pressenotiz über die Haltung der Entente zur Kaiserfrage. S. 153. — Die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung“ am 6. November. S. 154. — Die Ausbreitung der Revolution. S. 160. — Groener gegenüber der sozialdemokratischen Abordnung am 6. November. S. 160. — Die vierte Wilson-Note und die Kaiserfrage. S. 162. — Die Entschließung der Sozialdemokratie vom 6. November. S. 163. — Die Pläne des Reichskanzlers. S. 163. — Die weitere Ausbreitung der revolutionären Strömung und die Haltung der Mehrheitssozialisten. S. 164. — Das Ultimatum der Sozialdemokratie vom 7. November 1918. S. 165. — Die Rücktrittsabsichten des Prinzen Max. S. 167. — Die Presse zum Ultimatum der Sozialdemokratie. S. 167. — Die Stellungnahme des Kabinetts zum Ultimatum und die Verständigung mit Scheidemann. S. 167. — Die Presse über das Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers. S. 168. — Der Bericht des Prinzen Max an den Kaiser. S. 171. — Die Ausbreitung der Revolution am 7. und 8. November, die Ausrufung der bayerischen Republik. S. 173. — Die Vorschläge des Prinzen Max am Vormittag des 8. November. S. 175. — Das „Berliner Tageblatt“ am 8. November. S. 176. — Der Bescheid des Kaisers

zu den Vorschlägen des Prinzen Max. S. 177. — Der Beschluß der Sozialdemokratie über die Vertagung der Entscheidung bis zum Abschluß des Waffenstillstandes. S. 177. — Der Umschwung der Zentrumsfraktion und die Haltung der Zentrumspresse. S. 178. — Die Stellungnahme der Fortschrittlichen Volkspartei zum sozialdemokratischen Ultimatum. S. 181. — Die Abdankungsfrage und die Frage der monarchischen Staatsform. S. 181. — Die Stellungnahme des Interfraktionellen Ausschusses zum sozialdemokratischen Ultimatum. S. 181. — Das Telefongespräch des Prinzen Max mit Wilhelm II. am Abend des 8. November. S. 183. — Die Depesche des Prinzen Max an den Kaiser. S. 185. — Die geplante Reise Solfs ins Große Hauptquartier. S. 187. — Die Kaiserfrage im Zeichen des drohenden Bürgerkrieges („Frankfurter Zeitung“ am 8. November). S. 188. — Die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zur Bekämpfung der Revolution. S. 189. — Die Vorgänge am 9. November in Spa. und die Entscheidung der Kaiserfrage. S. 189. — Die Vorgänge in Berlin und die vorzeitige Bekanntgabe der Abdankung Wilhelms II. S. 191. — Die Beratungen im Großen Hauptquartier zwecks Widerrufung der Berliner Abdankungserklärung. S. 193. — Die Presse zur vermeintlichen Abdankung Wilhelms II. S. 195. — Die formelle Abdankung Wilhelms II. S. 198.

**Zusammenfassung:** S. 204.

Anhang: S. 206.

## Literaturverzeichnis.

- Ahnert, Karl, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende. Nürnberg 1918.
- Barth, Emil, Aus der Werkstatt der Revolution. Berlin 1920.
- Bauer, W., Die öffentliche Meinung und ihre geschichtliche Grundlage. Berlin 1914.
- Baumgarten, O., Geistige und sittliche Wirkung des Krieges in Deutschland. Stuttgart 1927.
- Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Berlin 1928, 4. Aufl.
- Bernstein, E., Die deutsche Revolution. Ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihre Wirkung. Bd. 1, 1921.
- Binder, H., Die Schuld des Kaisers. München 1919.
- Blos, W., Von der Monarchie zum Volksstaat. Stuttgart 1922/23.
- Braun, Adolf, Sturmvoegel der Revolution. Berlin 1919.
- Breithaupt, Wolfgang, Volksvergiftung 1914—1918. Berlin/Leipzig 1925.
- Buchner, Max, Kaiser Wilhelm II., seine Weltanschauung und die Deutschen Katholiken. Leipzig 1929.
- Die „Erinnerungen und Dokumente“ des Prinzen Max von Baden und ihr Quellenwert, in Gelbe Hefte, IX. Jhrgg.
  - Die Entwicklung des Marxismus im Weltkrieg, in Gelbe Hefte, X. Jhrgg.
  - Zur Haltung Bayerns am Vorabend der Revolution von 1918, in Staat und Volkstum, Festgabe für K. A. v. Müller, 1933.
- Bülow, K. E. G. von, Preußischer Militarismus zur Zeit Wilhelms II. Schweidnitz 1930.
- Carlé, W., Weltanschauung und Presse. Diss. Frankfurt 1931.
- Delbrück, Hans, Krieg und Politik 1914—1918, 3 Bde. Berlin 1918/19.
- Der Dolchstoßprozeß in München, Oktober—November 1925. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes. Zeugen und Sachverständigen-Aussagen. Eine Sammlung von Dokumenten. München 1925.
- Dovifat, E., Die Zeitungen. Gotha 1925.
- Drahn, E. und S. Leonhard, Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. 1921.
- Eigenbrodt, A., Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887—1914. Berlin 1917.
- Erzberger, M., Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart/Berlin 1920.
- Gengler, L. F., Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925. Diss. Erlangen 1932.
- Haase, Hugo, Sein Leben und sein Wirken. Hrsg. v. E. Haase. Berlin 1929.



- Hammann, O., Bilder aus der letzten Kaiserzeit. Berlin 1922.  
Harden, M., Von Versailles nach Versailles. Hellerau 1927.  
Haussmann, Conrad, Schlaglichter. Frankfurt 1924.  
Helfferich, K., Der Weltkrieg, 3 Bde. Berlin 1919.  
Herbach, Friedrich, Der Marxismus in Deutschland und die Probleme des Weltkriegs. München 1933.  
Herold, A., Die Sünden des Berliner Tageblattes. Hannover 1920.  
Herz, Ludwig, Die Abdankung. Leipzig/Wien 1924.  
Herzfeld, H., Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg. Leipzig 1928.  
Hindenburg, Paul von, Aus meinem Leben. Leipzig 1920.  
Hoensbroech, Graf von, 14 Jahre Jesuit, 2 Bde. Leipzig 1912.  
Hohlfeld, J., Geschichte des Deutschen Reiches 1871—1926. Leipzig 1926.  
Huber, G., Die französische Propaganda im Weltkrieg gegen Deutschland. München 1928.  
Jagow, K., Deutschland freigesprochen, Leipzig 1933.  
Kanner, H., Kaiserliche Katastrophenpolitik. Leipzig 1922.  
Keim, A., Prinz Max von Baden und das Kriegskabinett. Berlin 1922.  
Kladderadatsch, Der, Humoristisch-satirisches Wochenblatt. Berlin, Oktober und November 1918.  
Luckwald, F., Politische Geschichte des Weltkrieges, 2 Bde. 1919—1922.  
Marx, H., Handbuch der Revolution in Deutschland 1918—1919. Berlin 1919.  
Max, Prinz von Baden, Erinnerungen und Dokumente. Berlin/Leipzig 1927, 1. Aufl. (abgek.: M. v. B.)  
Menke-Glückert, E., Die Novemberrevolution 1918. Leipzig 1919.  
Müller-Meinigen, E., Aus Bayerns schwersten Tagen. Berlin/Leipzig 1923.  
Müller, R., Vom Kaiserreich zur Republik. Wien 1924/25.  
Münzer, G., Öffentliche Meinung und Presse. Karlsruhe 1928.  
Naumann, Victor, Argumente und Dokumente. Berlin 1928.  
Nicolai, W., Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin 1920.  
Niemann, Alfred, Kaiser und Revolution. Berlin 1922.  
— Die Entthronung Kaiser Wilhelms II. Leipzig 1924.  
— Wanderungen mit Kaiser Wilhelm II. Leipzig 1924.  
— Revolution von oben, Umsturz von unten. Berlin 1927, 2. Aufl.  
— Der Weg Wilhelms II. Vom Thron in die Fremde. Neue I (illustrierte). Zeitung., Berlin 1932, Nr. 20—33.  
Noske, G., Von Kiel bis Kapp. Berlin 1920.  
Payer, Friedrich von, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt 1923.  
Politik, Deutsche —, Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik, hrsg. v. E. Jäckh, P. Rohrbach, Ph. Stein. III. Jhrgg.  
Rosenberg, Arthur, Die Entstehung der Deutschen Republik 1871—1918. Berlin 1928.  
Rupprecht, Kronprinz von Bayern, Mein Kriegstagebuch. Hrsg. von Eugen von Frauenholz, München.  
Salomon, F., Die deutschen Parteiprogramme, Heft II: Im deutschen Kaiserreich 1871—1918.  
Scheidemann, Philipp, Der Zusammenbruch. Berlin 1921.  
— Memoiren eines Sozialdemokraten. Berlin 1928.  
Schmidt-Pauli, Edgar von, Der Kaiser. Das wahre Gesicht Wilhelms II. Berlin 1928.  
Schottenloher, K., Flugblatt und Zeitung. Berlin 1922.

- Schulze-Pfälzer, G., Von Spa nach Weimar. Berlin 1930.  
Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Weltkrieg. Gesammelt und eingeleitet von E. Meyer. 1927.  
Stegemann, H., Geschichte des Krieges, 4 Bde. Stuttgart 1917—1923.  
— Erinnerungen. Berlin/Leipzig 1930.  
Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Hrsgg. v. H. Bernhard, Berlin 1932.  
Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Herausgegeben von der Zentrale der KPD. 1921.  
Thimme, Hans, Weltkrieg ohne Waffen. Berlin 1932.  
Toennies, F., Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin 1922.  
Urkunden, Amtliche, zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. Berlin 1924.  
Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. 4. Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1926. Herausgegeben von A. Philipp, 3 Bde. 1925.  
Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte. Band 314.  
Volkmann, E. O., Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg. 1925.  
Weber, Marianne, Max Weber. Ein Lebensbild. Tübingen 1926.  
Weber, Max, Gesammelte politische Schriften. München 1921.  
Westarp, Kuno Graf von, Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei 1918. Berlin 1928.  
Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten. Leipzig/Berlin 1922.  
Wippermann, K., Deutscher Geschichtskalender. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution I., 1918—1919. Leipzig 1919.  
Worthmann, K., Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei 1917—1918. Halle 1926.  
Wrisberg, E. von, Der Weg zur Revolution. Leipzig 1922.  
Zarnow, Gottfried, Der 9. November 1918. Hamburg 1933.

#### **Tageszeitungen:**

- Augsburger Postzeitung (= A. Pz.)  
Berliner Tageblatt (= B. T.)  
Deutsche Zeitung (= D. Z.)  
Frankfurter Zeitung (= F. Z.)  
Fränkische Tagespost (= F. Tp.)  
Freisinnige Zeitung (= Frs. Z.)  
Germania (= Germ.)  
Kölnische Volkszeitung (= K. Vz.)  
Kreuz-Zeitung (= Kz.-Z.)  
Leipziger Volkszeitung (= L. Vz.)  
Münchener Neueste Nachrichten (= M. N. N.)  
Münchener Post (= M. P.)  
National-Zeitung (= N.-Z.)  
Norddeutsche Allgemeine Zeitung (= Nd. A. Z.)  
Volkswacht für Schlesien  
Vorwärts (= Vw.)



Digitized by the Internet Archive  
in 2024



## Einleitung.

### **Die militärische und politische Lage Deutschlands im Herbst 1918.**

Das Jahr 1918 brachte die Entscheidung des Weltkrieges und bestimmte das Schicksal Deutschlands: auf die Höhe der militärischen Erfolge im Frühjahr folgten die Abwehrkämpfe des Sommers und Herbstes, der Umsturz im Innern, die Entthronung Kaiser Wilhelms II. und der Waffenstillstand.

Durch das Scheitern der großen Frühjahrsoffensiven, die einen Sieg-Frieden vor dem Eintreffen der amerikanischen Truppen erzwingen sollten, und durch die wuchtigen Gegenangriffe der Ententetruppen erhielt die militärische Lage Deutschlands die entscheidende Wendung. Die Franzosen, verstärkt durch englische, italienische, amerikanische und farbige Truppen, und über das Kriegsmaterial fast der ganzen übrigen Welt verfügend, stießen am 18. Juli zwischen der Aisne und Marne, am 8. August an der Somme erfolgreich vor. Die ins Wanken geratene deutsche Front konnte durch Verkürzung der Kampflinie und durch zäheste Verteidigung wieder gefestigt werden. Am 14. August 1918 kam die Oberste Heeresleitung zu der Einsicht, daß der Krieg rein militärisch nicht mehr gewonnen werden könne; sie hoffte aber, „daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben“ und „durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen“.<sup>1</sup> Bei dem nächsten deutschen Erfolge an der Westfront sollte eine diplomatische Aktion zwecks Verständigung mit dem Feinde eingeleitet werden. Aber bereits am 16. August setzten neue Großangriffe der Entente bei Roye ein, am 20. bei Arras und Baupaume, an der Aisne und Oise. Es gelang auch fernerhin dem Feinde nicht, die Kampffront zu zerreißen und zu

---

1. Amtliche Urkunden, S. 4 und S. 5.

durchstoßen. Die deutschen Truppen wichen unter heftigster Gegenwehr der feindlichen Übermacht, ohne indes dem Vordringen der Gegner Einhalt gebieten zu können. Dieser militärische Umschwung blieb nicht ohne Wirkung auf die Lage im Innern des Reiches. Das deutsche Volk hatte vier Jahre hindurch bis zur Erschöpfung fast aller verfügbaren Kräfte mit Heroismus durchgehalten. Die hochgespannten Siegeshoffnungen wichen allmählich einer tiefen Enttäuschung. Die wildesten Gerüchte von großen Blutverlusten, Material- und Gefangeneneinbuße fanden in allen Kreisen Eingang. Allerorts begannen Leichtgläubige den Machenschaften der feindlichen Propaganda zum Opfer zu fallen.

Seit Mitte September folgten dann schlagartig Ereignisse, die die Volksstimmung weiter herabdrückten und das kommende Unheil ankündeten. Am 14. September richtete Österreich eine diplomatische Note an alle kriegführenden Mächte zwecks einer unverbindlichen Vorbesprechung über die Friedensmöglichkeiten.<sup>2</sup> Dieser Schritt fand in Deutschland eine ungünstige Beurteilung: man fürchtete, daß die Entente darin ein Zeichen von Schwäche und Kriegsmüdigkeit, wie auch der Brüchigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses sehen würde. Die Antworten aus den feindlichen Lagern zeigten dann auch, daß man dort angesichts der militärischen Erfolge der Ententetruppen nicht an eine Verständigung dachte. — Am 15. September brach die bulgarische Front unter dem Ansturm der Salonikiarmee zusammen; am 29. schloß Bulgarien den Waffenstillstand mit der Entente ab und König Ferdinand legte am 4. Oktober seine Krone nieder. — Am 19. September 1918 erlitten auch die Türken die entscheidende Niederlage. — Der militärische Zusammenbruch Österreich-Ungarns hing seit dem Mißerfolg an der Piave nur davon ab, wann die Entente an der italienischen Front zum nächsten Vorstoß ansetzen würde. Das Verteidigungssystem der Mittelmächte drohte im Spätsommer 1918 überall auseinanderzubrechen.

Die höchst bedrohlich gewordene äußere Lage ließ im Innern den Streit der Parteien um die politischen Reformen wieder aufleben. Die Sozialdemokratie, die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum, die sich seit der Friedensresolution im Juli

---

2. Ebenda, Nr. 5.

1917 zu einer Mehrheit im Reichstage zusammengefunden hatten, glaubten durch den Übergang zum Parlamentarismus alle Hindernisse eines Verständigungsfriedens beseitigen zu können.

Die feindliche Propaganda stellte den Krieg als eine Aktion der freien demokratischen Völker gegen die monarchische und militärische „Autokratie“ in Deutschland hin und forderte in ihrem leidenschaftlichen Haß zunächst den Kopf des Kaisers.<sup>3</sup>

Die Parteien der Linken plädierten jetzt unter Ausnützung der zusammenbrechenden Volksstimmung für die sofortige Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland. Am 22. September 1918 beschloß die Sozialdemokratie, in eine neu zu bildende Regierung einzutreten, wenn ihre Mindestforderungen erfüllt würden. Diese waren:<sup>4</sup> Bekenntnis der Reichsregierung zur Reichstagsresolution vom Jahre 1917 — das hieß Bekenntnis zu einem Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen —, einwandfreie Erklärung über Belgien, Preisgabe der Ostfriedensverträge, Autonomie für Elsaß-Lothringen; ferner das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Bundesstaaten, und die Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit. Diesen weitgehenden Forderungen, die die Sozialdemokratie am 24. September auch im Hauptausschuß des Reichstages vertrat, wagten die bürgerlichen Parteien keinen ernsthaften Widerstand mehr entgegenzusetzen. Der greise Reichskanzler, Graf Hertling, nahm wiederum seine Zuflucht zu Versprechungen. — Die Lage wurde verschärft durch die Bestürzung über den Abfall des bulgarischen Bundesgenossen. Am 27. September gaben auch die Nationalliberalen und der rechte Flügel des Zentrums ihren Widerstand gegen eine Änderung der Bismarckschen Reichsverfassung im Sinne des Parlamentarismus auf. Tags darauf kam es zu einer interfraktionellen Vereinbarung der Mehrheitsparteien, die, wie die Fortschrittliche Volkspartei den Kanzler wissen ließ, in Widerspruch stand mit den Grundsätzen des Grafen Hertling.<sup>5</sup> Der Kanzler zog daraus die Konsequenzen und erbat vom Kaiser seinen Abschied.

Die Oberste Heeresleitung sah sich in diesen Tagen vor

---

3. Thimme, Weltkrieg ohne Waffen, S. 120 ff.

4. Scheidemann, Memoiren, II, S. 187 f.; zuerst veröffentlicht im „Vorwärts“ am 24. Sept. 1918.

5. Haussmann, Schlaglichter, S. 228.



schwere Entscheidungen gestellt. Die letzten Reserven waren zur Abwehr feindlicher Angriffe eingesetzt worden. Und als am 29. September ein neuer Sturm gegen die flandrische Front erfolgte, schien eine militärische Katastrophe unmittelbar bevorzustehen. Durch das Ausscheiden Bulgariens und durch die notwendig gewordene Sicherung der mazedonischen Front wurde die Westarmee nochmals geschwächt. Die Oberste Heeresleitung vertrat nun ihrerseits die Forderung, daß sofort ein Waffenstillstand angestrebt und die parlamentarische Demokratie durch eine „Revolution von oben“ ermöglicht werde, um eine für die Entente verhandlungsfähige deutsche Regierung zu schaffen. In dem kaiserlichen Erlaß vom 30. September 1918, der dem Grafen Hertling den erbetenen Abschied gewährte, hieß es:<sup>6</sup> „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ Der kaiserliche Erlaß ermöglichte den radikalen Übergang zum parlamentarischen System in Deutschland. Die Mehrheitsparteien einigten sich auf ein Regierungsprogramm, das sich eng an die Mindestforderungen der Sozialdemokraten anlehnte, und auf den liberal gesinnten Prinzen Max von Baden als Reichskanzler. Ein Koalitionsministerium, das alle Parteien umfaßt hätte, um so die Einheitlichkeit des deutschen Volkswillens kundzutun, wurde von der Sozialdemokratie abgelehnt. Das Kabinett des Prinzen Max setzte sich zusammen aus Vertretern der Sozialdemokratie (Scheidemann und Bauer), des Freisinns (von Payer und Haussmann) und des Zentrums (Erzberger, Gröber und Trimborn); aus dem Kabinett Hertlings wurden übernommen Graf von Roeder, von Waldow, Dr. Solf und andere.<sup>7</sup> Die Nationalliberalen stimmten dem Regierungsprogramm der Mehrheitsparteien zu und Friedberg blieb als deren Vertreter in der preußischen Regierung.<sup>8</sup>

Die Oberste Heeresleitung forderte immer dringender die sofortige Hinausgabe eines Waffenstillstandsgesuches an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Woodrow

---

6. S. Max von Baden, *Erinnerungen*, S. 329.

7. Ebenda, S. 357 f.

8. Bergsträsser, *Geschichte der politischen Parteien*, S. 165.

Wilson. Prinz Max sträubte sich vergeblich gegen einen übereilten Schritt, da dieser im Augenblick das Eingeständnis der deutschen Niederlage bedeuten würde. In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ging die deutsche Note an den Präsidenten Wilson hinaus, die an diesen das Ersuchen richtete, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen“ und das von ihm in 14 Punkten aufgestellte Friedensprogramm „als Grundlage für die Verhandlungen“ anzunehmen. „Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden“, so schloß die deutsche Note, „ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.“<sup>9</sup>

Am 5. Oktober 1918 entwickelte der neue Reichskanzler im Reichstag sein Regierungsprogramm und setzte das deutsche Volk von dem unternommenen Friedensschritte in Kenntnis. Das Bekanntwerden der Note erzeugte eine ungeheure Panikstimmung. Das Waffenstillstandsangebot war das Signal zum inneren und äußeren Zusammenbruch und bahnte der Revolution den Weg.<sup>10</sup> Das feindliche Ausland triumphierte. Alle so oft gepriesenen Grundsätze eines gerechten Verständigungsfriedens verschwanden, leidenschaftlicher Haß und erbarmungsloser Vernichtungswille traten mehr denn je in Erscheinung. Die ärgsten Kriegshetzer in den Ententeländern rieten, die Antwort auf das deutsche Waffenstillstandsangebot möglichst lange hinauszuziehen, um Marschall Foch Gelegenheit zu geben, die militärische Niederlage Deutschlands vollständig zu machen, und um dann Deutschland die Friedensbedingungen diktieren zu können. Präsident Wilson ließ sich aus Rücksicht auf die am 4. November 1918 stattfindenden amerikanischen Kongreßwahlen von dieser Stimmungsmache treiben, umso mehr, als seine Gegner, die Republikaner, seine Politik als eine Politik der Schwäche hinstellten.<sup>11</sup>

---

9. Amtl. Urk., Nr. 34.

10. Menke-Gluckert, Novemberrevolution, S. 25.

11. Ebenda, S. 27. Vgl. Prinz M. v. B., a. a. O., S. 548.

## 1. Kapitel.

### **Die ersten Ansätze zur Entstehung der Kaiserfrage.**

Kaiser Wilhelm II. bestieg am 15. Juli 1888 als dritter Hohenzoller den Kaiserthron. Sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik trat der junge Fürst, überzeugt von dem Gottesgnadentum seiner Würde, stärker als seine beiden Vorgänger persönlich hervor. Er stieß dabei zunächst auf den Widerstand Bismarcks. Mit der Entlassung des Altkanzlers datiert die eigentliche Ära Wilhelms II. Der Kaiser versuchte anfangs eine Versöhnung der staatsfeindlichen Sozialdemokratie durch eine weitgehende Ausgestaltung der sozialen Fürsorge herbeizuführen. Der neue Kurs währte jedoch nicht lange und das kaiserliche Regierungsprogramm wurde bald aufgegeben. Die ursprünglich englandfreundliche Außenpolitik, die der Kaiser durch seine persönlichen Beziehungen zum englischen Königshause zu festigen suchte, wich bald einem sogenannten „Zickzackkurse“. Wilhelm II. kündete dann durch Reden den Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik an. Das persönliche Hervortreten Wilhelms II. in der deutschen Politik, besonders die glänzend inszenierten Reisen ins Ausland und die „imperialistischen“ Reden und Telegramme, lenkten mehr und mehr auch die Kritik auf ihn und riefen das Mißtrauen des Auslandes wach. Zur ersten „Kaiserkrise“ kam es im Jahre 1908, als der „Daily Telegraph“ ein Interview mit Wilhelm II. gebracht hatte, in dem einige unvorsichtige Äußerungen über die deutsch-englischen Beziehungen enthalten waren. Im deutschen Reichstage kam es darob zu einer öffentlichen Debatte, bei der selbst der Nationalliberale Bassermann seine Stimme warnend gegen den Kaiser erhob und der Reichskanzler, von Bülow, seinen kaiserlichen Herrn nur schwach verteidigte. Der sozialdemokratische Antrag auf Einschränkung der kaiserlichen Befugnisse fand keine Zustimmung. Im Jahre 1913 feierte der Kaiser sein



25jähriges Regierungsjubiläum und die ganze Welt pries ihn als Friedensfürsten. Erst während des Krieges vertiefte sich das Mißtrauen des feindlichen Auslandes, nicht zuletzt beeinflußt von der Legende vom „Potsdamer Kronrat“,<sup>1</sup> zu leidenschaftlichem Haß, nicht nur gegen den Monarchen, sondern auch gegen das in ihm verkörperte Regierungsprinzip, gegen das „autokratische System“.<sup>2</sup> — Bei Kriegsausbruch stand das deutsche Volk in geschlossener Front hinter seinem Kaiser. Das Vertrauen des Volkes zum Monarchen wurde während der vier Kriegsjahre mehr und mehr erschüttert einerseits durch die Zersetzungsarbeit der revolutionären und der intellektuellen Pazifisten und durch die Einflüsse der feindlichen Propaganda, andererseits durch die den Kaiser, allerdings unabsichtlich, immer mehr in den Hintergrund drängende Oberste Heeresleitung.<sup>3</sup> — Wilhelm II. gab schließlich notgedrungen seine Zustimmung zur Einführung der parlamentarischen Demokratie und Prinz Max von Baden und sein Kabinett gaben ihn jedem Angriffe in der Öffentlichkeit preis.

Das Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem deutschen Volk soll hier nicht von soziologischen, sondern von parteipolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Wir wollen zunächst von einer politischen Rechten und von einer politischen Linken sprechen, je nachdem sie der Bismarckschen Reichsschöpfung bejahend oder verneinend gegenüberstanden. Für die politische Rechte, d. h. für die Konservativen und für die von demokratischen Tendenzen noch nicht angekränkelten Teile der Nationalliberalen und des Zentrums, für sie alle war Wilhelm II. die Verkörperung aller Staatsautorität und Reichsgewalt, das leibhaftige Symbol für die Einheit des Deutschen Reiches. Das Zentrum hatte sich überdies von jeher als den berufenen Beschützer von „Altar und Krone“ bezeichnet, auch

---

1. S. Jagow, Deutschland freigesprochen, S. 29 ff. Nach dieser Legende soll Kaiser Wilhelm II. am 5. Juli 1914, also acht Tage nach dem Mord von Sarajewo, in Potsdam die Anweisungen zu einer Kriegspolitik gegeben haben. Diese Lüge wurde durch die Unabhängigen auf der Stockholmer Konferenz (Juni bis September 1917) als „Enthüllung“ der Kriegsschuld Deutschlands und speziell Wilhelms II. der ausländischen Öffentlichkeit mitgeteilt, die sie in ihrer deutschfeindlichen Propaganda als „Beweis“ für die Verantwortlichkeit Wilhelms II. verwertete.

2. S. Thimme, a. a. O., S. 120 ff.

3. Niemann, Revolution von oben, S. 190. Schmidt-Pauli, Der Kaiser, S. 287.

gegenüber dem protestantischen Kaiserhaus.<sup>4</sup> Aber selbst die treuesten Anhänger der Monarchie kargten nicht mit ihrer Kritik, wenn sie eine solche im Interesse des Reiches für geboten hielten. — Weniger einheitlich ist dagegen die Haltung der politischen Linken gegenüber dem Kaisertum Wilhelms II. Nimmt man die parteipolitische Konstellation im Jahre 1918 als Grundlage an, so kann man in der Hauptsache drei große Gruppen unterscheiden: die Linksliberalen, die Mehrheitssozialisten und die radikale Linke. — Die Linksliberalen, seit 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei zusammengefaßt, standen zwar auf dem Boden der Monarchie,<sup>5</sup> ihre Bestrebungen nach der parlamentarischen Demokratie widersprachen jedoch den Grundsätzen der Bismarckschen Reichsschöpfung und der monarchischen Selbstregierung, wie Wilhelm II. sie in weitestem Maße ausübte. Die Fortschrittler befanden sich daher meist in Oppositionsstellung gegenüber der kaiserlichen Politik. Das wirkte sich auch auf nichtpolitischem Gebiete aus, da in ihren Augen Wilhelm II. als „Autorität auf allen Gebieten“ auftrat, „als Künstler, Gelehrter, Techniker, Baumeister, Soldat, Seemann und auch als Politiker“.<sup>6</sup> — Die Sozialdemokratie war in der Opposition gegen das monarchische System groß geworden; sie erstrebte „den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“, „zunächst im nationalen Rahmen wirkend“.<sup>7</sup> Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur kaiserlichen Politik unterschied sich von der der Fortschrittler durch ihre von der marxistischen Weltanschauung bedingten Betrachtungsweise. Ihr Verhältnis zu Wilhelm II. ist eigenartig genug und verdient es, hier kurz skizziert zu werden.

Zu Beginn seiner Regierung wollte der junge Kaiser die Sozialdemokratie durch Entgegenkommen und durch weitgehende soziale Reformen gewinnen. Als ihm das nicht gelang, kam der Umschwung; der Kaiser unternahm einen rhetorischen Feldzug gegen die Sozialdemokratie und prägte das Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“. — Bei Ausbruch des Krieges boten sich Kaiser und Sozialdemokratie die versöhnende Hand und Wilhelm II. tat den Ausspruch, daß er fortan keine Parteien

---

4. Vgl. auch Keim, Prinz Max von Baden, S. 81.

5. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, S. 33 und 101.

6. Frankfurter Zeitung, 12. Nov. 1918/Nr. 314/1. Morgenblatt.

7. Salomon, a. a. O., S. 55.

mehr kenne, sondern nur noch Deutsche. Die Sozialdemokratie schien 1914 wirklich zu einer nationalen Arbeiterpartei werden zu wollen. Noch zu Kaisers Geburtstag 1917 nimmt die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ den Monarchen gegenüber der feindlichen Haßpropaganda in Schutz und verteidigt ihn als einen Friedensfürsten.<sup>8</sup> Und am 15. Mai 1917 stellt sich Scheidemann, der Führer der Sozialdemokraten, im Reichstag in einer Polemik gegen die Alldutschen und Konservativen verteidigend vor Wilhelm II.<sup>9</sup> Er lehnt dabei ausdrücklich die vom Feinde ausgegebene Parole: „Kein Friede mit den Hohenzollern“ ab. — Der republikanische Gedanke, der in der marxistischen Weltanschauung verankert war, wurde von der deutschen Sozialdemokratie mehr „platonisch“ empfunden.<sup>10</sup> Die öffentliche Agitation gegen die Monarchie setzte bei den Mehrheitssozialisten, wie wir sehen werden, erst im Oktober 1918 unter dem unmittelbaren Eindruck des zusammenbrechenden Kaiserreiches ein.<sup>11</sup>

Die radikale Linke spaltete sich erst während des Krieges von der alten Sozialdemokratie ab, da sie dieser „Verrat an den marxistischen Grundsätzen“ vorwerfen zu müssen glaubte. Auf diese Weise gelang es ihr, die unzufriedenen und revolutionären Massen zu gewinnen. Die radikale Linke zerfällt ihrerseits wieder in die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Spartakusgruppe. Die Unterschiede der radikalen Linken unter sich lagen in der Auffassung über die Art und Weise, in der der revolutionäre Wille in die Tat umgesetzt werden sollte. Gemeinsam ist ihr der Wille zur rücksichtslosen Durchführung des proletarischen Kampfes und die volle Ausnützung der durch den Krieg hervorgerufenen Verwirrung. Ihr Ziel ist die Entfesselung einer Weltrevolution.<sup>12</sup> Ihr Kampf richtet sich nicht allein gegen

---

8. Nach Wrisberg, a. a. O., S. 147, schrieb das Blatt: „Daß Wilhelm II. der blutgierige und eroberungssüchtige Hunnenkönig Attila ist, als den ihn unsere Feinde abbilden..., das glaubt in Deutschland wohl kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen. Wer kriegslustig ist und erobern will, wartet nicht bis über die 55 Jahre, um damit zu beginnen.“

9. Reichstagsreden, Bd. 310, S. 3393.

10. Gengler, die deutschen Monarchisten, S. 1.

11. Buchner, Die Entwicklung des Marxismus im Weltkrieg, in Gelbe Hefte, X. Jhrgg., S. 1 ff., S. 65 ff.

12. E. Volkmann, Die Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteigruppen zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung, in Ursachen, Bd. 6, S. 249.

das Haus Hohenzollern und die übrigen deutschen Dynastien, sondern ganz allgemein gegen die kapitalistisch-imperialistische Form des nationalen Staates.<sup>13</sup> Ein Kompromiß mit diesem Staate ist für sie undenkbar. — Aus diesen Lagern erfolgten auch publizistische Äußerungen gegen die monarchische Staatsform und gegen Wilhelm II., aber meist nur solche illegaler Art. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist das Organ der Unabhängigen, das deren Standpunkt unter Beachtung der Zensurvorschriften vertrat.<sup>14</sup> Die radikale Linke arbeitete seit 1917 auch mit der Sowjetunion zusammen und vertrieb vor allem illegale Druckschriften.

\*

\*

\*

Die Katastrophe des Kaiserreiches wurde in gewissem Sinne eingeleitet durch die Forderung der Obersten Heeresleitung auf einen sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes. Das überstürzte Waffenstillstands- und Friedensangebot an Wilson schuf in der breiten Öffentlichkeit nicht nur eine Vertrauenskrise gegenüber der Obersten Heeresleitung, sondern auch gegenüber dem Monarchen und den monarchischen Institutionen.<sup>15</sup> — Prinz Max von Baden erfuhr von dem Chef des Zivilkabinetts, von Herrn von Berg, daß der Kaiser „in diesen Tagen wiederholt Neigung“ gefühlt habe, „sich zurückzuziehen“.<sup>16</sup> Wir hören hier von einer dem Kaiser nahestehenden Persönlichkeit, daß Wilhelm II. sich anfangs Oktober 1918 mit Rücktrittsgedanken getragen habe. Das Pflichtgefühl des Kaisers, das bekanntlich sehr stark ausgeprägt war, erlaubte es ihm jedoch nicht, diesen Gedanken zur Tat reifen zu lassen. Eine Abdankung in diesem Augenblick wäre auch in der Öffentlichkeit ohne Zweifel als eine Flucht vor der Verantwortung gedeutet worden. — Prinz Max, der die Gefahr, in der das Kaiserreich schwebte, wohl erkannte, sah, wenigstens nach seiner Darstellung,<sup>17</sup> seine Aufgabe darin, das Vertrauen, das ihm von der Reichstagsmehrheit entgegengebracht wurde, auch auf den Kaiser zu übertragen und ihn

---

13. Ebenda. Vgl. Herbach, *Der Marxismus in Deutschland und die Probleme des Weltkriegs*, S. 110 ff. S. Bergsträsser, a. a. O., S. 167.

14. R. Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Bd. I, S. 114.

15. Niemann, *Revolution von oben*, S. 190.

16. M. v. B., a. a. O., S. 377 f. Genaue Datierung nach der Darstellung des Prinzen Max leider nicht möglich; ungefähr um Monatswende: September—Oktober 1918.

17. Ebenda, S. 378.



„dem Volke wieder nahezubringen“. Er empfahl dem Kaiser „Zurückhaltung in Worten, aber Taten, die dem Volke deutlich machten: die Autorität des Kaisers deckt den Reformwillen des Kabinetts“;<sup>18</sup> er suchte dem Monarchen einzureden, „daß er wieder festen Boden finden würde, sobald die Hindernisse entfernt wären, die zwischen ihm und dem Vertrauen des Volkes stünden. Die politische Situation sei sicher voll drohender Gefahren; vorausschauende Politik müsse versuchen, die Angriffsflächen zu beseitigen; es gelte den revolutionären Elementen das Spiel zu verderben.“<sup>19</sup> Wie der neue Kanzler seine Theorien in die Praxis umsetzte, wie er vor allem „vorausschauende Politik“ betrieb, wird später darzustellen sein. Den revolutionären Elementen gegenüber verhielt er sich zunächst passiv und leistete ihnen damit Vorschub.

Die Gefahren, denen das deutsche Kaisertum entgegenging, wurden zuerst von den Konservativen erkannt. Am 29. September 1918 ging Graf Westarp in seiner „Politischen Wochenschau“ in der „Kreuz-Zeitung“ auf die Forderungen der Sozialdemokratie bezüglich ihres Eintrittes in eine neue Regierung ein und erwoگ die daraus entspringenden Folgen für das Deutsche Reich. Er schrieb u. a.:<sup>20</sup>

„... das muß ausgesprochen werden, daß wir in der Unterwerfung unter diese Forderungen im gegenwärtigen Augenblick wie stets die schwerste Gefahr für die Zukunft des Deutschen Reiches erblicken würden. ... In Gefahr sind die Grundlagen, ist der monarchische Charakter des Deutschen Reiches ...“

Graf Westarp sieht also in den Forderungen der Sozialdemokratie einen Vorstoß gegen die monarchischen Grundlagen des Kaiserreiches und somit indirekt auch gegen die Person Wilhelms II., den obersten Repräsentanten des monarchischen Systems. — Am 2. Oktober bittet Graf Westarp den ihm politisch nahestehenden Chef des Zivilkabinetts, Herrn von Berg, „so lange als möglich in seiner Stellung zu bleiben, um dem (d. h. einer etwaigen Abdankung des Kaisers) entgegenzuwirken“.<sup>21</sup> Vermutlich hatte auch Graf Westarp durch Herrn von Berg von den Absichten des Kaisers, der Krone zu entsagen, gehört und

---

18. Ebenda.

19. Ebenda.

20. Zitiert nach Westarp, Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei 1918, S. 6.

21. Westarp, a. a. O., S. 35. Vgl. dazu Keim, a. a. O., S. 82.

sah alsdann in dem Ausharren des Kaisers in seinem Amte die einzige Möglichkeit zur Überwindung der kommenden Gefahren. — Am 4. Oktober, als die Öffentlichkeit noch keine Kenntnis von der deutschen Friedensnote hatte, schrieb die konservative „Kreuz-Zeitung“ über die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende Friedensfrage; sie zitiert dabei den Pariser Berichterstatter der „Baseler Nachrichten“, der sich folgendermaßen geäußert habe<sup>22</sup>: Es zeuge von großer Naivität, wenn die Deutschen sich einbildeten, daß die vorgenommenen Reformen auf den Verband großen Eindruck machen würden. Wilson habe in seiner letzten Rede gesagt, daß er mit der gegenwärtigen Regierung Deutschlands nicht verhandeln werde. Und das ginge nicht nur den Reichskanzler an! — Daran knüpft die „Kreuz-Zeitung“ folgende Bemerkung:<sup>23</sup>

„Also: damit Herr Wilson sich zu Verhandlungen herbeiläßt, müßten die Deutschen erst den Hohenzollern-Kaiser beseitigen. Nun zweifeln wir garnicht, daß es bei uns Leute gibt, die in dieser Zumutung keine Verletzung unserer nationalen Ehre sehen und in ihrer Friedenssehnsucht durchaus bereit sind, auch durch dieses Joch zu gehen.“

Daraus ist zu entnehmen, daß die Kaiserfrage schon damals in weiten Kreisen Gegenstand eingehender Diskussion war, und daß dabei der Gedanken erwogen wurde, den Kaiser fallen zu lassen, wenn dadurch der Friede tatsächlich schneller zu erreichen wäre. Durch den geringschätzigen Gebrauch des Wortes „Leute“ gibt das konservative Blatt zu verstehen, daß ihm diese Kreise weltanschaulich und parteipolitisch sehr ferne stünden; es handelte sich hier wohl hauptsächlich um linksgerichtete Arbeiter- und Bürgerkreise, denen der Begriff der nationalen Ehre fremd geworden war. Die Richtigkeit dieser Interpretation wird bestätigt in einer Aufzeichnung des nachmaligen Staatssekretärs Conrad Haussmann; danach teilte am 21. September 1918 der Sozialdemokrat Südekum in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses mit, daß man angesichts der immer schlechter werdenden Lage überall die Meinung höre: „Wenn Absetzung der Hohenzollern den Frieden bringt, nun dann!“ Diese Aussage unterstützte und ergänzte der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, Fischbeck, mit dem Rufe: „Sehr richtig! In allen Straßen!“<sup>24</sup>

22. Kreuz-Zeitung, 4. Okt. 1918/Nr. 507.

23. Ebenda.

24. Haussmann, a. a. O., S. 218.

Von verschiedenen Seiten wurde Prinz Max auf die Gefahren hingewiesen, die dem Kaisertum Wilhelms II. entstehen könnten, wenn das Waffenstillstandsgesuch an den Präsidenten Wilson gerichtet würde. Der Hamburger Bankier Max Warburg, der im Rufe stand ein guter Kenner der amerikanischen Mentalität zu sein, warnte vor einem Angebot an Wilson und sagte: „...passen Sie auf, er (Wilson) fordert die deutsche Republik!“<sup>25</sup> Das war am 2. Oktober, also noch vor der Absendung der deutschen Friedensnote. — Als Oberst Haeften, der Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler, am gleichen Tage dem bisherigen Reichskanzler, Graf Hertling, die Frage vorlegte, was geschehen werde, wenn Wilson die Abdankung des Kaisers fordern würde, entgegnete ihm dieser, daß ihm der Kaiser „am vorigen Sonntag“ — das war der 29. September! — dieselbe Frage gestellt habe; er, Hertling, habe dem Kaiser darauf geantwortet, daß wir dann den Kampf wieder aufnehmen müßten. Oberst Haeften stellte daraufhin an Graf Hertling eine weitere Frage, die später in dieser Untersuchung fast wörtlich wiederkehrt: ob dann noch ein Soldat den Finger krumm machen würde? Damit schnitt Haeften ein später vielerörtertes Thema, die Frage der nationalen Verteidigung um der Person des Kaisers willen, an. Hertling wies diese Frage zurück, indem er Haeften der Schwarzseherei zieh.<sup>26</sup> Aus dieser Unterredung geht hervor, daß man sich in der Umgebung des Kaisers und des Kanzlers der dem Kaisertum Wilhelms II. von allen Seiten drohenden Gefahren voll und ganz bewußt war. Ja, Prinz Max berichtet selbst,<sup>27</sup> daß ihm seit der Absendung der deutschen Note „die Sorge keine Ruhe ließ, der Präsident möchte in seiner Antwort die Abdankung des Kaisers fordern“. Staatssekretär Scheidemann bestätigt höhnisch,<sup>28</sup> daß „das ‚kaiserliche‘ Deutschland“ dem Prinzen Max „natürlich den meisten Kummer“ gemacht habe, während er (Scheidemann) „in erster Linie ein ausgeblutetes Volk . . ., das gegen seinen Willen das grausame Kriegshandwerk hatte ausüben müssen, . . . einer trostlosen Zukunft entgegenwanken“ sah. — Prinz Max wollte einer Forderung Wilsons nach der Abdankung des Kaisers vorbeugen. Durch einen neutralen Gesandten, der sein besonderes Vertrauen genoß,

---

25. M. v. B., a. a. O., S. 344.

26. Ebenda, S. 346.

27. Ebenda, S. 376.

28. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 212.

ließ er — (vermutlich am 4. oder 5. Oktober) — dem amerikanischen Auswärtigen Amte die Warnung zugehen, „Wilson möge sich nicht in unsere inneren Verhältnisse einmischen, das Friedenswerk müsse sonst scheitern: der Krieg würde weitergehen mit unserer ganzen nationalen Kraft“.<sup>29</sup> Das Kabinett setzte er von diesem Schritte nicht in Kenntnis. Als Scheidemann später davon erfuhr, verurteilte er das Vorgehen des Prinzen Max als „ein sträfliches Unternehmen“<sup>30</sup> und als eine Politik auf eigene Faust. Prinz Max von Baden selbst hatte wenig Hoffnung, daß Wilson sich durch diese Aktion beeinflussen lassen würde,<sup>31</sup> und nahm daher die nächste Gelegenheit wahr — vermutlich am 5. Oktober 1918<sup>32</sup> —, eine Stellungnahme des Kabinetts zur Kaiserfrage herbeizuführen. „Sollte Wilson“, so fragte er die versammelten Mitglieder des Kabinetts, „die Abdankung des Kaisers fordern, würde ich das Kabinett geschlossen in der Abwehr gegen diese Einmischung hinter mir haben?“<sup>33</sup> — Niemann bezeichnet diese Frage als „unklug und gefährlich“;<sup>34</sup> solche Fragen hätten den einzelnen Kabinettsmitgliedern vor ihrem Eintritt in die Regierung vorgelegt werden müssen. Das wäre aber schließlich eine Befragung nach dem unbedingt monarchischen Bekenntnis gewesen. Die Aufgabe des Kriegskabinetts war aber die Liquidierung des Krieges, und dazu schien eine einwandfreie monarchische Gesinnung nicht erforderlich zu sein; und das um so weniger, als selbst überzeugte Republikaner sich mit der Monarchie „abgefunden“ hatten. — Die den Kabinettsmitgliedern vorgelegte Frage fand auch eine Beantwortung, die von der monarchischen oder republikanischen Gesinnung des Antwortenden gänzlich unabhängig war. Staatssekretär Gröber, der dem Zentrum angehörte, glaubte sich für die „Gesinnung der Mehrheit“ verbürgen zu können.<sup>35</sup> Die Bürgschaft, die Gröber für die „Mehrheit“ übernehmen wollte, ging am Kernpunkt der Frage des Prinzen Max vorbei, insofern,

---

29. M. v. B., a. a. O., S. 376.

30. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 212.

31. M. v. B., a. a. O., S. 376.

32. Eine genaue Datierung ist nicht möglich. In seinen „Erinnerungen“ berichtet Prinz Max darüber unmittelbar vor seinem Besuche beim Kaiser am 6. Okt.

33. M. v. B., a. a. O., S. 376.

34. Niemann, Revolution von oben, S. 140.

35. M. v. B., a. a. O., S. 376.



als die Sozialdemokratie nach links alle Trümpfe in der Hand hielt, um gegebenenfalls durch ihren Austritt aus der Regierung diese Mehrheit zu sprengen bzw. dieser Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen. — Staatssekretär Scheidemann, auf dessen Stellungnahme es ankam, versuchte einer direkten Antwort auszuweichen, indem er entgegnete: „er nehme an, daß solche Bedingung uns nie gestellt wird“ (sic!).<sup>36</sup> Prinz Max präziserte seine Frage gegenüber Scheidemann: „Was wird das Volk sagen, wenn diese Bedingung gestellt wird?“ — Scheidemann, der erfahrene Taktiker der Sozialdemokratie, antwortet: „Wird die Frage so gestellt: Krieg oder Preisgabe der Hohenzollern, so wäre das Volk für den Frieden, selbst um diesen Preis. Ich werde mich auf den Ablehnungsstandpunkt stellen; ein Erfolg ist dann möglich, da so unverschämte Bedingungen wohl auch mit anderen unverschämten verknüpft sein würden.“<sup>37</sup> Diese Antwort war in der Tat „recht vieldeutig“.<sup>38</sup> Zunächst die Alternative, die Scheidemann anscheinend selbst konstruiert hatte: Krieg oder Preisgabe der Hohenzollern! Sie ist die sinn-gemäße und zum Teil wörtliche Übertragung des Titels der bekannten Broschüre Siegfried Balders: „Kaiser und Krieg oder Republik und Frieden.“<sup>39</sup> — Scheidemann sagt einerseits, daß das Volk in der gegebenen Situation für den Frieden, d. h. für die Preisgabe der Hohenzollern sei, und andererseits, daß er — als Vertreter des Volkes! — sich auf den Ablehnungsstandpunkt stellen werde. Der Widerspruch erklärt sich aus der sozialdemokratischen Taktik. Scheidemann gab zwar die Zusage, daß er persönlich gegen eine Abdankungsforderung Wilsons Stellung nehmen werde. Anders war es natürlich, wenn Scheidemann als Volksvertreter oder im Auftrage seiner Partei die Forderung des Volkes vertrat. Dann konnte man ihm noch nicht einmal den Vorwurf eines Wortbruches machen. „Ohne Widerspruch zu finden“, so berichtet Prinz Max,<sup>40</sup> faßte Vizekanzler von Payer den Standpunkt des Kabinettes zusammen, indem er sagte: „Wir müssen uns gegen solche Forderungen Wilsons mit Hörnern und

---

36. Ebenda.

37. Ebenda.

38. Niemann, *Revolution von oben*, S. 140.

39. Huber, a. a. O., S. 269 ff., Thimme, a. a. O., S. 120 und 127 ff.

40. M. v. B., a. a. O., S. 376 f. Von Prinz Max nach dem Protokoll aus dem Archiv der Reichskanzlei zitiert, s. Max von Baden, a. a. O., S. 377 Fußnote.

Klauen wehren.“ — Prinz Max sah jetzt ruhig einer Antwortnote Wilsons entgegen. Er war sogar überzeugt, daß die Kaiserfrage von keiner in seinem Kabinett vertretenen Partei angeschnitten worden wäre, wenn Wilson nicht „planmäßig“ das deutsche Volk in dieser Frage beeinflußt hätte.<sup>41</sup>

Durch den kaiserlichen Erlaß vom 30. September 1918 wurde die konstitutionelle Monarchie zugunsten des Parlamentarismus aufgegeben. Die demokratisch eingestellten Parteien standen am Ziel ihrer Wünsche. Prinz Max war der erste Kanzler der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Und zum erstenmale in der deutschen Geschichte saßen Sozialdemokraten in einer deutschen Regierung. Der innerpolitische Umschwung fand in der linksgerichteten Presse freudige Zustimmung. Bereits am 2. Oktober gibt die linksliberale „Frankfurter Zeitung“ den Erwartungen, die sie von dem neuen Regime hegte, in vieldeutigen Worten Ausdruck. „Was wir von ihnen erwarten“ — gemeint sind die „neuen Männer“! —, „ist der Sturmwind, der das morsche Alte hinwegfegt und der schonungslos zerbricht, was ihm im Wege stehen bleiben will.“<sup>42</sup> Am 3. frohlockt sie über die Chancen der neuen Regierung und über die Gewißheit, „daß sie (die neue Regierung) alles erzwingen kann, solange sie einig ist“.<sup>43</sup> — Man bedenke, welche Perspektiven sich aus solchen Andeutungen ergaben, jetzt, da die Friedensfrage im Vordergrund stand und das Kaisertum Wilhelms II. von der feindlichen Propaganda und von den feindlichen Staatsmännern als Friedenshindernis bezeichnet wurde! Jeder Leser mag sich gefragt haben, was denn die „Frankfurter Zeitung“ unter dem „morschen Alten“ verstanden wissen wollte und welche Institution, die angeblich im Wege stehen bleiben sollte, zerbrochen werden sollte. — Am 4. Oktober nahm das freisinnige „Berliner Tageblatt“ das neue Kabinett gegen Angriffe von rechts in Schutz. Es schreibt u. a.:<sup>44</sup>

„. . . Es ist keine Revolution, wenn zu einer Regierung, an deren Spitze der badische Thronfolger steht, neben dem Grafen Roedern, dem Staatssekretär von Stein und anderen gar nicht umstürzlerischen Persönlichkeiten auch der Abgeordnete Scheidemann gehört.“

41. Ebenda, S. 377.

42. F. Z., 2. Okt. 1918/Nr. 273 Abendausgabe.

43. Ebenda, 3. Okt. 1918/Nr. 274 Abendausgabe.

44. Berliner Tageblatt, 4. Okt. 1918/Nr. 507.

Das war nur eine schwache „Beruhigungsspiel“. Das Schwesterblatt am Main, das auf diese Stelle Bezug zu nehmen scheint, stellt Herrn Scheidemann ganz andere Empfehlungen aus: „Dieser Mann weiß, was er will, fürchtet sich nicht, auch der Tradition zu widersprechen, wenn er es für nötig hält . . .“<sup>45</sup> Welche Tradition konnte nötigenfalls überhaupt zerbrochen werden? Doch nur die kaiserlich-monarchische! —

Am 5. Oktober setzte Prinz Max von Baden in seiner Reichtagsrede das deutsche Volk von dem unternommenen Friedensschritt in Kenntnis. Auch die „Frankfurter Zeitung“ wird von der ungeheueren Panikstimmung erfaßt. Sie glaubt jetzt mit „bester Überzeugung“ sagen zu können, „daß von nun an die Art unserer Politik und unserer Regierung kein Friedenshindernis mehr sein wird“.<sup>46</sup>

Das „Berliner Tageblatt“ wirft am 6. Oktober<sup>47</sup> die Frage auf, wer für die gegenwärtige Situation, für die offensichtliche Niederlage Deutschlands, verantwortlich sei? Diese sogenannte Schuldfrage — nicht zu identifizieren mit der Kriegsschuldfrage! — sollte später zu einem Leitmotiv der Kaiserfrage werden. Die Angriffe des „Berliner Tageblattes“ richten sich gegen die Alldeutschen und gegen die Konservativen, gegen die vermeintlichen Vertreter des „alten Systems“. — Bereits am 7. Oktober tritt die „Frankfurter Zeitung“ in die Fußtapfen ihres Schwesterblattes in Berlin und verknüpft die Schuldfrage zugleich mit der Kaiserfrage. Das Blatt geht in seiner Betrachtung aus von der an Wilson gerichteten deutschen Friedensnote und sagt dann wörtlich:<sup>48</sup>

„Der Kanzler hat es angedeutet:<sup>49</sup> Dieser Schritt sei die Folgerung, die die neue Reichsleitung praktisch aus der Lage, die sie vorfand, gezogen habe. Aus der Lage, die sie vorfand — und die andere, nicht sie und nicht die Demokratie, die zum ersten Male in ihr repräsentiert ist, geschaffen oder, sagen wir es offener, verschuldet haben. Diese Schuld und die Schuldigen zu erkennen, tut not. Nicht weil es an der Zeit wäre, zu rechten und zu strafen; die Zeit auch dafür wird kommen, aber erst nach Friedensschluß . . . Unter die Note aber . . . gehörten von Rechts wegen ganz andere Namen:

---

45. F. Z., 4. Okt. 1918/Nr. 275 Abendausgabe.

46. F. Z., 5. Okt. 1918/Nr. 276 Abendausgabe.

47. B. T., 6. Okt. 1918/Nr. 511.

48. F. Z., 7. Okt. 1918/Nr. 278 Morgenausgabe.

49. S. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6152 (C).

die Namen derer, die Deutschlands Schicksal vor und in der Kriegszeit und vor allem in den letzten zwei Jahren bestimmt haben, . . . — und die nun in Wahrheit verantwortlich sind für die Lage, in der wir uns jetzt befinden.“

Hier bricht sehr deutlich die Abneigung des fortschrittlichen Blattes gegen den Militarismus durch,<sup>50</sup> bei dessen Vertretern sie auch hauptsächlich die Schuldigen für die jetzige Lage sieht. Der Drohruf der „Frankfurter Zeitung“ richtet sich ganz allgemein gegen die monarchischen Institutionen und gegen die führenden Vertreter der kaiserlichen Politik, und nicht zuletzt gegen Wilhelm II. selbst. — Weiter unten schreibt das Blatt:

„Nur die Demokratie konnte, wenn überhaupt, einen Verständigungsfrieden anbahnen. Deshalb mußte sie jetzt Führung und Verantwortung übernehmen. Aber besser als bisher versteht man nun das Wort des Grafen Hertling, das er vor ein paar Wochen der Herrenhaus-Kommission zurief, um von ihr die Zustimmung zum gleichen Wahlrecht zu erlangen — das Wort: ‚Es handelt sich um Schutz und Erhaltung von Krone und Dynastie‘.“

Das Blatt deutet an, daß die Monarchie aus einem gewissen Schuldbewußtsein heraus sich zu dem Zugeständnis der Demokratie bequemt habe, und daß sie, die „Frankfurter Zeitung“, in der Demokratie nur eine Rettungsaktion für den Monarchen sehe, um diesen von der Verantwortung zu entlasten.

Das Echo der Ententepresse zum deutschen Friedensangebot muß hier als ein wichtiger Faktor in Rechnung gesetzt werden. Hatte in Deutschland die „öffentliche Meinung“, das ist in der Hauptsache die Presse, geglaubt, durch Einführung der parlamentarischen Demokratie das Vertrauen des feindlichen Auslandes erringen zu können, so wurde ihr Optimismus durch die feindlichen Pressestimmen sehr stark gedämpft. Aus Rotterdam wird eine Auswahl englischer Pressestimmen gedrah tet;<sup>51</sup> danach schrieb der „Manchester Guardian“ wie folgt: „Solange nicht die Welt vom Hohenzollernismus befreit ist, können wir von Deutschland keinen Frieden annehmen.“ Die „Daily Mail“ schrieb: „Der Kaiser besteht noch auf seiner Autorität. Er sagt zu seiner Armee: ich habe beschlossen, den Frieden anzunehmen. Prinz Max übersieht, um mit Clémenceau zu sprechen, Wilsons 15. Punkt: ‚Kein Friede mit den Hohenzollern‘ . . . Die

---

50. Eigenbrodt, a. a. O., S. 177 ff.

51. Zitiert nach dem „B. T.“ vom 9. Okt. 1918/Nr. 516.



Deutschen müssen dem Gerichtshof der Alliierten alle ihre großen Missetäter überliefern, darunter den Kaiser, v. Kluck, v. Bülow . . .“ Der „Daily Express“ schrieb: „Das Ziel der Rede des Prinzen Max ist nicht, Deutschland zu retten, sondern die Hohenzollern und die Junker zu retten. Falls Deutschland wirklich einen Waffenstillstand wünscht, muß es ihn unter denselben Bedingungen nehmen, wie ihn Bulgarien genommen hat.“ — Diese Pressestimmen wurden von der deutschen Presse kommentarlos wiedergegeben. Die deutsche Vertrauensseligkeit erhielt einen empfindlichen Schlag.

Der Inhalt der ersten Wilson-Note lag bereits am Nachmittag des 9. Oktober vor,<sup>52</sup> die offizielle Mitteilung über die Schweiz traf erst am 10. vormittags ein.<sup>53</sup> Die amerikanische Note ging auf die deutsche Forderung nach Waffenstillstand vorerst überhaupt nicht ein. Sie enthielt eine Reihe von Gegenfragen, verlangte die Räumung der besetzten Gebiete als Vorbedingung für die Weitergabe der deutschen Note an die Verbündeten der Vereinigten Staaten; sie stellt die Anfrage, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben“. Präsident Wilson, so hieß es in der Note, halte eine Beantwortung gerade dieser Frage „von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig“. — Wilson gab damit zu verstehen, daß er der deutschen Regierung mißtrauisch gegenüberstehe und daß er auf eine Änderung der bestehenden deutschen Verfassung dringen werde.<sup>54</sup> Scheidemann hat die Meinung geäußert,<sup>55</sup> daß Wilson durch die „Warnung“ des Prinzen Max „erst recht aufgeputscht“ worden sei.

Die Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit über das Schicksal des deutschen Friedensangebotes waren auf das höchste gestiegen.<sup>56</sup> Nun trat eine Entspannung ein: die Voraussetzungen zur Erlangung eines „Rechts“-friedens schienen gegeben und auch von der Gegenseite anerkannt zu werden. Die halboffizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilte mit, daß die deutsche Regierung „diese Rückfragen in einer Weise beantworten zu können“ glaube, „die eine Durchführung des Friedens-

---

52. S. Amtliche Urkunden, S. 85 Fußnote.

53. Amtl. Urk./Nr. 37.

54. Menke-Gluckert, a. a. O., S. 27.

55. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 212.

56. Haussmann, a. a. O., S. 242.

schrittes ermöglicht“.<sup>57</sup> Hinsichtlich der mißtrauischen Frage des Präsidenten nach den Vollmachten der deutschen Regierung wurde erklärt,<sup>58</sup> „daß erstens die vollzogene innere Umwandlung nach der Erklärung des Kanzlers und dem Willen des Volkes nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, und daß sich zweitens die alte Macht mit ihr und mit dem vollzogenen Friedensschritt der neuen Regierung in Erkenntnis der Notwendigkeit vollkommen einverstanden erklärt hat“. — Die „Frankfurter Zeitung“ erklärte,<sup>59</sup> daß hinter dem Friedensschritt des Reichskanzlers „keine einzelne Stelle, sondern das deutsche Volk“ stehe.

In der zweiten deutschen Note an Wilson vom 12. Oktober 1918<sup>60</sup> wurde die Räumung der besetzten Gebiete zugestanden und die Wilsonschen Programmpunkte als Basis der Friedensverhandlungen angenommen. Die Frage Wilsons nach der Stellung der früher herrschenden Gewalten parierte die deutsche Regierung damit, daß sie ihre Autorisation nachwies: „Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“ — Eine rein sachliche Antwort auf die Frage Wilsons hätte sich mit der Stellung der „Gewalten des Reiches“, „die bisher den Krieg geführt haben“ — und das war der Kaiser in seiner Funktion als oberster Kriegsherr! — befassen müssen. Auch über die Stellung Wilhelms II. im deutschen Verfassungsleben fehlte jedes Wort. Niemand sagt mit Recht,<sup>61</sup> daß die deutsche Note „neue Unklarheiten“ schuf und nicht erkennen ließ, „daß Deutschland ein monarchisches Staatswesen war“.

Eine Ausnahme in der Beurteilung der ersten Wilson-Note macht die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“. Das Nürnberger Blatt nahm innerhalb der sozialdemokratischen Presse eine besondere Stellung dadurch ein, daß der leitende und

---

57. Zitiert nach dem „Vw.“ vom 10. Okt. 1918/Nr. 279.

58. Ebenda.

59. F. Z., 10. Okt. 1918/Nr. 281. 2. Morgenblatt.

60. Amtl. Urk./Nr. 47.

61. Niemann, Revolution von oben, S. 146.

verantwortliche Redakteur, Dr. Adolf Braun, seit 1916 auf allen Parteitagungen den Anschluß an die Unabhängigen gefordert hatte;<sup>62</sup> das Ziel, das er mit diesen erstrebte, war die Revolution, die seit dem inneren Umschwung im „Werden“ begriffen war.<sup>63</sup> Um die Haltung des fränkischen Blattes seit dem 10. Oktober richtig beurteilen zu können, bedarf es eines kurzen Überblickes über seine Haltung gegenüber Kaiser und Monarchie seit dem inneren Umschwung. — Am 1. Oktober sieht die „Fränkische Tagespost“ in der durch den kaiserlichen Erlaß angekündigten „Volksregierung“ das Eingeständnis des „völligen Zusammenbruchs des absolutistisch-militärischen Regierungssystems“.<sup>64</sup> Das Blatt bemerkt dann noch, daß dieses Zugeständnis der Demokratie vielleicht die Liquidation des Krieges erleichtern würde, aber „zur Propaganda für den Monarchismus“ könne es doch nicht ausgenützt werden. — Am 4. stellt das Blatt fest:<sup>65</sup> „Wir und unsere Verbündete haben aufgehört, Sieger zu sein“ — der „Vorwärts“, das Parteiorgan der Sozialdemokratie, machte diese Feststellung erst am 20. Oktober mit den berüchtigt gewordenen Worten vom letzten Einrollen der deutschen Kriegsflagge. Die „Fränkische Tagespost“ benutzt diese Erkenntnis, um gegen den „Ludendorffschen Aufklärungsdienst“ zu wettern, der zur „Hebung der monarchischen Gesinnung“ nur „Kindergeschichten und Hofnachrichten“, „gleichgültige Depeschen der Majestäten“ melde, während die Politik als „Geheimwissenschaft“ betrieben würde.

Am 10. Oktober eröffnet die „Fränkische Tagespost“ ihre Offensive mit dem berühmt gewordenen Artikel: „Wilson und Kaiser Wilhelm“.<sup>66</sup> Das Blatt geht aus von der Feststellung, daß die Reichsregierung und die ihr nahestehende „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kein ablehnendes Wort für Wilsons weitgehende Bedingungen hätten, und daß sie demnach auch diese Voraussetzungen zum Abschluß des Krieges für diskutabel hielten; es lenkt dann zur Schuldfrage über und sagt: Hindenburg, der nur dem Befehl des obersten Kriegsherrn gefolgt sei, sei frei von Schuld an der langen Dauer des Krieges. Durch geschickt.

---

62. Herzfeld, a. a. O., S. 133.

63. Adolf Braun, Sturmvoegel der Revolution, S. 24.

64. Fränkische Tagespost, 1. Okt. 1918/Nr. 230.

65. Ebenda, 4. Okt. 1918/Nr. 233.

66. Ebenda, 10. Okt. 1918/Nr. 238. Vgl. dazu Ursachen, 5. Bd., S. 4.

formulierte Wendungen wird der Eindruck erweckt, als ob der oberste Kriegsherr, der Kaiser, es zum Krieg mit Amerika habe kommen lassen und dadurch dessen lange Dauer verschuldet habe. Bemerkenswert ist die Auffassung, daß die vierjährige Dauer des Krieges durch die persönliche Haltung Wilhelms II. beeinflußt worden sei. Hierdurch verrät das sozialdemokratische Blatt seine geistige Abhängigkeit von den Parolen der feindlichen Propaganda, die auch mit dem Argument der Kriegsfreudigkeit des deutschen Kaisers arbeitete.<sup>67</sup> — Das Blatt fährt dann wörtlich fort:

„Immer mehr konzentriert sich im Gefühl des Volkes die ganze Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage auf die Person des Kaisers.“

Diese Feststellung, die das Blatt machen zu können glaubt, ist der Angelpunkt des ganzen Leitartikels, und darauf baut es seine Polemik gegen den Monarchen auf. Statt dem sicherlich nicht unfehlbaren „Gefühl des Volkes“ durch sachliche Aufklärung entgegenzutreten, versucht das Blatt dieses Gefühl noch zu vertiefen und das Volk gegen Wilhelm II. „aufzuputschen“, wie Scheidemann sich ausgedrückt hätte. Das Blatt schreibt:

„In Wilhelm dem Zweiten sehen wir den letzten deutschen Militärmonarchen. Er ist der Träger des größten Krieges der Welt, der damit endet, daß das Militärsystem zusammenbricht, und daß sich Deutschland, auch das offizielle Deutschland, in einen Völkerbund eingliedert, der die Abrüstung zur Folge hat. Daß dieses Deutschland als Glied des Völkerbundes den Anschauungen Wilhelms II. durchaus nicht entsprechen kann, muß man begreifen . . . Und nun wankt das System des preußischen Militarismus noch weit mehr als in seinen Grundfesten, in seiner Spitze. Noch ist Wilhelm II. Deutscher Kaiser und König von Preußen, aber er empfindet wohl selbst, daß er nicht mehr das sein kann, als was er sich seit dem ersten Tage seines politischen Erwachens gefühlt hat: als ein von Gott eingesetztes ‚Instrument‘, vor allem als der oberste Kriegsherr der glänzendsten und bestorganisierten Armee. Wilhelm II. muß sich selbst fremd erscheinen, wenn er die Staatssekretäre ernennen muß, die ihm die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nennen. Wilhelm II. muß Wilsons Voraussetzungen für den Waffenstillstand unfäßbar finden. Da die Oberste Heeresleitung und der ihm so fremde Rat von Staats-

---

67. Huber, a. a. O., S. 120 ff.



sekretären diese Bestimmungen für erörterbar hält, bricht alles zusammen, was er in überschwänglichen Telegrammen an die baltischen Barone, was er in Erörterungen mit dem Hetmann der Ukraine festgelegt zu haben meinte, was er über Polen bestimmt hat. Was ist Wilhelm II. sich selbst, wenn er nicht mehr auf dem Tempelhofer Felde die Revue über die Berliner Garnison abnehmen kann! Wilhelm II. muß sich selbst als deutscher Kaiser unmöglich erscheinen. Er scheint aber auch einem neuen Deutschland nicht als der geeignete Ausdruck der Volksgemeinschaft, die unter seinem System in der Vergangenheit und unter den Folgen dieses Systems in langer Zukunft schwer zu leiden hat . . . Wir glauben, daß auch Wilhelm II. den Gegensatz seiner bisherigen Staatsauffassung und der Gestaltung des künftigen Deutschlands begreift.“

Diese Zeilen dienen offensichtlich der Aufpeitschung der politischen Leidenschaften, um die hinter dem Blatt stehenden revolutionären Arbeitermassen gegen das Kaisertum Wilhelms II. mobil zu machen. Erst am Schlusse seiner Ausführungen nimmt das Blatt Bezug auf die Haltung der Sozialdemokratie zu der aufgeworfenen Kaiserfrage und fordert in eindeutigen Worten die Abdankung Wilhelms II. Die „Fränkische Tagespost“ schreibt wörtlich:

„Daß die Sozialdemokratie kein Interesse an der Erhaltung des Hohenzollerntums hat, das ist stets mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht worden. Diejenigen aber, die das Interesse haben, daß die Dynastie Hohenzollern weiter im Reiche und in Preußen herrsche, können wohl diese Familie in ihrer ererbten Machtvollkommenheit nur erhalten, wenn sie auf den Thron jemanden setzen, der nicht wie der Kaiser und der Kronprinz Meinungen festgelegt hat, die im Widerspruch stehen mit dem, was leider wird, und mit dem, was hoffentlich werden wird. Der Kaiser, der verlangt hat, daß 42 Millionen Deutsche ihr Leben dahingeben, damit kein einziger Stein abgetreten werde von dem, was 1870/71 erreicht wurde,<sup>68</sup> der Kaiser soll das, was er dem Volke zumutet, nun selbst verwirklichen. Der Kaiser hat stets die größten patriotischen Opfer von seinen ‚Untertanen‘ verlangt. Nun, wo diese Untertanen zu Staatsbürgern werden, soll er selbst seine Opferbereitschaft zeigen, soll er selbst zurück-

---

68. Das bezieht sich auf eine Rede des Kaisers vom 16. Aug. 1888, in welcher es hieß: „... daß darüber nur eine Stimme sein kann, daß wir lieber unsere gesamten 18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Wahlstatt liegen lassen, als wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten.“ (zitiert nach „F. Tp.“ vom 10. Okt. 1918).

treten und so ein glänzendes Beispiel geben für das Verständnis der Zeit, wie auch dem Deutschen Reiche und Volke bessere Bedingungen des Friedens ermöglichen.“

Diese Ausführungen gehen teilweise sogar über die Forderung der Abdankung hinaus und spielen an auf den Opfertod des Monarchen. Die Forderung nach der Abdankung Wilhelm II. wird begründet mit dem unüberbrückbaren Widerspruch der Staatsauffassung Wilhelms II. und der künftigen Gestaltung des Reiches, aber auch — und hier wird das zweite Leitmotiv der Kaiserfrage angeschlagen — mit der Notwendigkeit, Deutschland die Erlangung besserer Friedensbedingungen zu verschaffen. Was den Widerspruch der Staatsauffassungen betrifft, die das Blatt in grellen Farben einander gegenüberstellt, so muß bemerkt werden, daß die Gestaltung des künftigen Deutschlands doch erst durch die Willensäußerung Wilhelms II. ermöglicht worden war. Die „Fränkische Tagespost“ gebärdet sich aber so, als ob der Durchbruch der neuen Staatsauffassung ihr eigenstes Verdienst sei und mit dem Willen des Monarchen nicht im Einklang stände. — Die Verknüpfung der Kaiserfrage mit der Friedensfrage zu diesem Zeitpunkt ist nur erklärlich aus einer allzu vertrauensseligen Anlehnung an die Versprechungen der feindlichen Propaganda; am 10. Oktober konnte man jedenfalls noch nicht mit Bestimmtheit sagen, welchen Verlauf der Notenwechsel mit Wilson nehmen werde. — Die „Fränkische Tagespost“ stellt sich mit diesem Artikel entschlossen in die erste Reihe der Vorkämpfer für die sozialistische Republik und leistet den ihr nahestehenden Unabhängigen Vorspanndienste. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hatten am 5. Oktober 1918 einen Aufruf: „An das werktätige Volk Deutschlands“ veröffentlicht,<sup>69</sup> in dem die „Befreiung der Menschheit“ als das Höchste gepriesen und die sozialistische Republik als ihr Ziel bezeichnet wurde.

Der Spartakusbund stellte am 7. Oktober in Gotha auf seiner Reichskonferenz sieben Mindestforderungen auf, worunter an letzter Stelle die „Abschaffung aller Einzelstaaten und Dynastien“ gefordert wurde.<sup>70</sup> Dieses Programm der Spartakisten wurde am 24. Oktober 1918 in der Moskauer „Weltrevolution“ veröffentlicht und dann in Deutschland illegal verbreitet.

69. S. „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Okt. 1918/Nr. 235.

70. Drahn und Leonhard, a. a. O., S. 115. Spartakus im Kriege, S. 223.

Der Artikel der „Fränkischen Tagespost“ vom 10. Oktober 1918 gewinnt fernerhin Bedeutung dadurch, daß er nicht nur die private Meinung seines Schreibers oder der Redaktionsstube, in der er entstanden ist, darstellt, sondern daß hinter ihm die ganze Organisation der Nürnberger Arbeiterschaft steht; dieser Artikel wurde erst „nach Vorberatung und in Übereinstimmung mit den für die Nürnberger Arbeiterschaft und ihrer Parteiorganisation verantwortlichen Personen“ veröffentlicht.<sup>71</sup> Der Artikel fand weit über die Grenzen Nürnbergs hinaus Anklang und Beifall. Die Auflagenhöhe der „Fränkischen Tagespost“ stieg in diesen Tagen bis zu 30 000 Exemplaren und genügte angeblich nicht der ungeheueren Nachfrage aus ganz Deutschland. Aber auch das III. Bayerische Generalkommando in Nürnberg wurde darauf aufmerksam; man bat den Verfasser zu sich und verhandelte „politisch, psychologisch, ethisch“ mit ihm in der Richtung, daß solche Artikel fernerhin nicht erscheinen dürften oder daß wenigstens ihr Ton gemildert werden sollte. Adolf Braun ließ sich aber nicht beirren und setzte seine Artikelserie gegen Wilhelm II. fort. Das Generalkommando wagte nicht, dagegen einzuschreiten, da der zuständige General der Überzeugung war, daß die Revolution doch kommen werde.<sup>72</sup>

Prinz Max von Baden glaubte am 10. Oktober in einer Unterredung mit konservativen Abgeordneten versichern zu können, „daß der Kaisergedanke in Baden und Württemberg noch lebendig“ sei, „während es in Bayern damit schlechter zu stehen scheine“.<sup>73</sup> — Die Ursachen hiervon sind nicht zuletzt in der feindlichen Propaganda zu suchen, die bemüht war, die Uneinigkeit der deutschen Stämme zu vertiefen und vor allem den Gegensatz zwischen dem norddeutschen Preußen und Protestanten und dem katholischen Bayern ihren Zwecken dienstbar zu machen.<sup>74</sup> — Prinz Max befragte die konservativen Abgeordneten nach der Stärke des Kaisergedankens in Preußen.<sup>75</sup> Er erhielt die Antwort, daß man auch in konservativen Kreisen starke Kritik an der Politik des Kaisers übe, besonders deshalb, weil er seine Rechte nicht genügend wahre; auf dem Lande aber, in der Provinz, in den kleineren und mittleren Städten, im gesamten Bürgertum der Großstädte sei die Person des Kaisers

---

71. A. Braun, a. a. O., S. 5.

73. Westarp, a. a. O., S. 35.

75. Westarp, a. a. O., S. 34.

72. Ebenda.

74. Vgl. Huber, a. a. O., S. 256 ff.

und das Kaisertum als Staatsform noch fest und tief verwurzelt. In den durch die Sozialdemokratie verhetzten Arbeitermassen, besonders in der Industrie, seien die Dinge anders gelagert; hier könnte bei einer Stellungnahme der Feinde, etwa derart, daß durch die Abdankung Wilhelms II. bessere Friedensbedingungen zu erreichen seien, eine Gefahr für die Monarchie entstehen; dieser Gefahr müsse aber mit aller Entschiedenheit entgegen gewirkt werden.<sup>76</sup> In konservativen Kreisen sah man also die künftige Krisenlage deutlich voraus. Man erkannte sogar die Möglichkeit, wie Wilson gewisse Teile des deutschen Volkes gegen den eigenen Staat revolutionieren könnte.

Am 11. Oktober äußert sich die fortschrittliche „Frankfurter Zeitung“ wiederum zur Schuldfrage, deren Diskussion sie jetzt vertagt wissen will. Das Blatt steht noch unmittelbar unter dem Eindruck der ersten Wilson-Note, und seine Ausführungen kreisen um die Frage, wie Wilsons Mißtrauen hätte vermieden werden können. Der innere Umschwung hätte dem Ausland gegenüber durch eine symbolische Tat verständlich gemacht werden müssen. Wie hätte das aber anders geschehen können, als durch die Abdankung Wilhelms II., dem doch das Mißtrauen der feindlichen Völker galt? Das Blatt schreibt wörtlich:<sup>77</sup>

„. . . das, was in Wahrheit gesagt werden müßte, kann und darf heute noch nicht ans Licht, weil das Interesse des Reiches die Enthüllung der Tatsachen verbietet. Das Vaterland ist in Gefahr! In solchen Augenblicken kann die fürchterliche Rechnung, die das deutsche Volk aufzustellen hat, den Schuldigen nicht übergeben werden. Freilich verlangt es die politische Notwendigkeit, den grundstürzenden inneren Umschwung in Deutschland nicht nur dem eignen Volk, sondern schlechthin auch allen anderen Nationen kundzutun, und dieser politischen Pflicht konnte nicht genügt werden, ohne daß scharfe Worte fielen. Nicht Siegesfreude und nicht das Gelüste, sich an dem Anblick der Gestürzten zu weiden, hat diejenigen geleitet, die den Satz aussprechen mußten: es ist die dornenvolle Aufgabe der Demokratie, unser Volk aus dem Trümmerfeld herauszuführen, das ihr das alte Regime hinterlassen hat. Uns schwindelt beim Anblick jener Nachtwandler, die sich nichtsahnend auf die schaurigsten Gesimse wagten — heute aber darf es nur ein Gefühl geben, wir müssen alle mit allen Sinnen danach trachten, auf die

---

76. Ebenda. Vgl. dazu Keim, a. a. O., S. 82.

77. F. Z., 11. Okt. 1918/Nr. 282 Abendausgabe.



sicherste und unschädlichste Art unser Volk wieder auf festen Grund zu stellen. Solange ist es notwendig, die Schuldfrage ruhen zu lassen.“

Den „Schuldigen“ wird eine weitere Galgenfrist zugebilligt, weil eine Abrechnung und Verurteilung gegenwärtig dem Interesse des Reiches schaden könnte. Es wird ersichtlich, daß sich der Begriff der Schuldigen immer mehr auf die Träger der monarchischen Institution, auf Wilhelm II. selbst, konzentriert. Man muß diese Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ als einen weiteren Schritt zur Entstehung der Kaiserfrage werten.

Nicht nur an Stammtischen und an „Straßenecken“ wurde die Frage erörtert, ob durch den Verzicht der Hohenzollern der Friede leichter zu erreichen sei, sondern auch in intellektuellen Kreisen. Der sich einer großen Popularität erfreuende Heidelberger Nationalökonom, Professor Dr. Max Weber, der spätere Mitbegründer der „Deutschen Demokratischen Partei“, schrieb am 11. Oktober politische Privatbriefe an die Professoren Schulze-Gävernitz und Hans Delbrück und an den Reichstagsabgeordneten Friedrich Naumann (F. Vp.), in denen er sich zur Abdankungsfrage äußerte. Der Brief an Professor Schulze-Gävernitz lautete: <sup>78</sup>

„Als aufrichtiger Anhänger monarchischer — wenn auch parlamentarisch beschränkter — Institutionen und der deutschen Dynastie insbesondere ist meine feste Überzeugung, daß der jetzige Kaiser im Interesse des Reiches und der Dynastie zurücktreten muß. Er kann es mit voller Würde tun, wenn er erklärt: ‚er beharre dabei, nach Recht und Gewissen gehandelt zu haben; das Schicksal sei gegen ihn gewesen, und er wolle der neuen Zukunft seines Volkes nicht als Hindernis im Wege stehen.‘ Es ist seiner und des Kaisertums unwert, in einem verstümmelten Deutschland das ‚Gnadenbrot‘ zu essen — und so würde es kommen. Geht er, ohne Druck von außen, so geht er in Ehren, und das ritterliche Mitgefühl der Nation ist bei ihm. Vor allem: die Stellung der Dynastie bleibt gewahrt. Bleibt er, so wendet sich das unvermeidliche Strafgericht gegen die schweren Irrtümer der Politik auch gegen ihn . . . Es müßte eine geeignete Persönlichkeit gefunden werden, die dem Monarchen, wenn er die Lage nicht erkennt, sie darlegt. Ich gestehe offen, die Art seines Regierens mit entschiedener Abneigung beobachtet zu haben. Aber im Interesse des Kaisertums darf ich nicht wünschen, daß ein Kaiser in Un-

---

78. Max Weber, a. a. O., S. 477.

ehren endet, sei es, daß er später unter dem äußeren Zwang geht, sei es, daß er auf dem Throne fortvegetiert. — Daß wir, wenn er geht, bessere Bedingungen bekommen, ist nur ein sekundärer — wenn schon schließlich auch kein unwichtiger — Gesichtspunkt. Aber stellen Sie sich die furchtbaren Demütigungen vor, denen der Monarch entgegengeht, wenn er bleibt! Furchtbar zu denken! Und auf Generationen nachwirkend! . . .“

Professor Weber sagt zwar wörtlich, daß der Kaiser „im Interesse des Reiches und der Dynastie“ zurücktreten müsse, er fürchtet aber, wie seine Ausführungen zeigen, weder eine Gefahr, die das Reich in seiner Einheit treffen, noch eine solche, die das Kaisertum der Hohenzollern beseitigen würde; er meint damit vielmehr die Ehre des deutschen Kaisertums, die durch feindliche Anmaßungen und durch Anfeindungen im Innern beschmutzt werden würde. —

Am 12. Oktober äußert sich zum ersten Male auch das Parteiblatt der Unabhängigen zur Kaiserfrage. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:<sup>79</sup>

„Jetzt übernehmen sie, Sozialdemokraten, die Verantwortung für die Liquidierung und stellen sich schützend vor diejenigen, die der Zorn des enttäuschten Volkes zu treffen droht. Um Frieden zu sichern, gehen sie in die Regierung, so lautet der Vorwand. Der Vorwand ist falsch.“

Die Zensur hat hier noch stark hemmend auf die Formulierung gewirkt. In der Sache selbst wendet sich diese Stelle gegen die „Kaisersozialisten“, denen die Unabhängigen erneut Verrat an den marxistischen Grundsätzen vorwerfen zu können glauben. Das Blatt kann es nicht verstehen, daß die Mehrheitssozialisten die Liquidierung des Krieges übernehmen wollen, der nach marxistischer Theorie in einer Weltrevolution hätte enden müssen, um die Vertreter des kapitalistischen Systems zu vernichten. Als einer der höchsten Vertreter des kapitalistischen Systems galt der Deutsche Kaiser. Wenn „Genosse Scheidemann“ jetzt in die Regierung eintrat, so konnte er es nur getan haben, um das kapitalistische System vor dem sicheren Untergang zu retten. Der „Vorwand“, daß es sich um die Sicherung des Friedens handle, muß daher nach Auffassung der „Leipziger Volkszeitung“ falsch sein. Der „Zorn des enttäuschten Volkes“ verlangt weniger nach Friede als vielmehr nach Genugtuung.

---

79. L. Vz., 12. Okt. 1918/Nr. 289.

Wie sich das Blatt der Unabhängigen den Anbruch der neuen Zeit vorstellt, veranschaulicht ein politisches Gedicht, betitelt: „Es dämmert.“<sup>80</sup>

„Herunter die Fetzen  
Vom morschen Thron!  
Herunter die Götzen  
Von Babylon!  
Ob Kron, ob Fetisch:  
Es gilt uns gleich!  
Es tagt majestätisch  
Ein neues Reich.“

Prinz Max von Baden hat die Behauptung aufgestellt,<sup>81</sup> daß „Wünsche“ nach der Abdankung Wilhelms II. damals eher auf der Rechten laut geworden seien, und bringt als einzigen Beweis für seine Behauptung ein Zitat aus der „Deutschen Zeitung“, dem Organ der Alldutschen. Das Zitat erweckt in der Weise, wie es Prinz Max wiedergibt, tatsächlich den Eindruck, als wende es sich gegen den Kaiser und drohe ihm mit einem Gerichtstribunal. Oberstleutnant Niemann deutet den Text, wie er ihn beim Prinzen Max findet, als einen Mahnruf an den Monarchen, die Politik des Kriegskabinettes in andere Bahnen zu lenken;<sup>82</sup> nicht der Kaiser hätte damit getroffen werden sollen, sondern in erster Linie Prinz Max, der Reichskanzler. Der Originaltext bestätigt diese Deutung. — Der Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ vom 12. Oktober richtet sich unmittelbar gegen den „Vorwärts“, der am 11. Oktober in derselben Weise wie das „Berliner Tageblatt“ bereits am 6., den Alldutschen und Konservativen die Schuld an der gegenwärtigen „beschämenden“ Lage zugeschoben hatte.<sup>83</sup> Der Vorwurf des „Berliner Tageblattes“ fand damals nur den Widerspruch der „Deutschen Tageszeitung“.<sup>84</sup> Jetzt, da ein solcher Angriff auch von dem sozialdemokratischen Parteiorgan ausging, wurde er sowohl von der alldutschen „Deutschen Zeitung“ als auch von der konservativen „Kreuz-Zeitung“ zurückgewiesen. Die „Deutsche Zeitung“ schrieb:<sup>85</sup>

80. Ebenda.

81. M. v. B., a. a. O., S. 377.

82. Niemann, Revolution von oben, S. 199.

83. Vgl. dazu Wrisberg, a. a. O., S. 138, und Ursachen, Bd. 5, S. 4.

84. Nach Angaben der „F. Z.“ vom 9. Okt. 1918/Nr. 280 Abendausgabe.

85. Deutsche Zeitung, 12. Okt. 1918/Nr. 521. Der in Klammern gesetzte Text fehlt in der Wiedergabe bei Prinz Max.

„(Wir glauben, daß Deutschland aus dem Zustand tiefster Erniedrigung, in der es die zersetzende Wühlarbeit unserer Demokratie gebracht hat, den Weg zurückfinden wird zu den großen Überlieferungen unserer Geschichte, zu dem Geiste eines Bismarck, in dem wir nach wie vor unseren Führer sehen.) Wir warten auf die Stunde der Abrechnung und geben die Versicherung, daß wir schonungslos, erbarmungslos abrechnen werden mit all den Männern, die durch die Zermürbung unseres Volkes der Demokratie zwar den Sieg, Deutschland aber die Niederlage gebracht haben. Es steht uns keiner zu hoch, den wir nicht vor den Richterstuhl der Geschichte rufen werden, der nicht die Verantwortung auf sich nehmen muß für diese ungeheuerlichen Ereignisse der letzten Zeit. Die Not der Stunde gebietet uns, im Augenblick manches zu verschweigen, das gesagt werden müßte (aber es wird gesagt werden, darauf können sich die Herren von der Gegenseite verlassen.

Heute aber muß bereits festgestellt werden, daß der politische Niederbruch Deutschlands keine andere Ursache hat als die Schwäche unserer Regierung.) Deutschlands Elend begann im Jahre 1890, als man Bismarck<sup>86</sup> zum Sachsenwalde schickte. (Von Jahr zu Jahr, von Stufe zu Stufe hat jener . . . unfähige Geist würdeloser Schwäche, jene Politik des Nachlaufens und der Selbsterniedrigung Deutschland mehr und mehr auf die schiefe Ebene gebracht . . . Unsere Staatsmänner und die ganze Linke haben ihr Beifall gejubelt, glaubten durch eine Politik der Höflichkeit und des Entgegenkommens . . . Freunde zu erwerben.)

Es wird hinreichend ersichtlich, daß darin kein Wunsch nach der Abdankung Wilhelms II. ausgesprochen oder auch nur angedeutet ist, wenn das alldeutsche Blatt auch nicht seine Kritik an der kaiserlichen Politik verbirgt. Aus derselben Mißstimmung heraus entsprang auch die zweite Stelle der „Deutschen Zeitung“, die Prinz Max zitiert. Es heißt da:<sup>87</sup>

„Heute . . . kommen die anderen Elemente der modernen Zeit und entwinden dem Kaiser Zepter und Krone. Darüber zu trauern, wäre heute verfehlt. Wer sich das Zepter aus der Hand winden läßt, der kann es nicht führen. Für uns gibt es nur die Frage: Was wird aus unserem Reich?“

Diese Stelle dokumentiert schlaglichtartig die Haltung der „Deutschen Zeitung“ gegenüber Wilhelm II. Während sie dem Kaiser einerseits Führereigenschaften aberkennt und mit einem

---

86. Bei Prinz Max statt „Bismarck“: „Deutschland“.

87. D. Z., 12. Okt. 1918/Nr. 522.



tatkräftigeren Nachfolger einverstanden zu sein scheint,<sup>88</sup> ist sie andererseits bereit, um des Reiches, um des Kaiserreiches willen an dem gegenwärtigen Träger der Kaiserkrone festzuhalten, um so mehr, als eine weitergehende politische Ausschaltung Wilhelms II. ganz allgemein zur Degradierung des Kaisertums führen müßte. Die hier gestellte Frage nach der Zukunft des Reiches, des Kaiserreiches, rechtfertigt diese Interpretation. — Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ wurde für die drei folgenden Tage von der Zensurbehörde untersagt. Es ist kaum anzunehmen, daß dies wegen der unzufriedenen Haltung gegenüber Wilhelm II. geschah, sondern vielmehr wegen der Angriffe auf Prinz Max und das Kriegskabinett.

Am 13. Oktober 1918 besuchte Herr Paul Goldmann, damals Berliner Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“, den Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei, Conrad Haußmann, der am 14. Oktober zum Kaiserlichen Staatssekretär ernannt wurde. Goldmann teilte bei dieser Gelegenheit Haußmann mit, daß „Landrat v. R.“ ihm (Goldmann) gesagt habe:<sup>89</sup> „Die größten Industriellen und Kapitäne, Stinnes, Gwinner, Ballin, Deutsch, Rathenau, erkannten als Rettung des Staates und der Dynastie die Notwendigkeit eines Thronverzichtes von Vater und Sohn und Einsetzung des Enkels mit einem Regentschaftsrat an, der viele bürgerliche Elemente haben müsse.“ — Zunächst: wer war dieser mysteriöse „Landrat v. R.“? Dr. Paul Goldmann teilte dem Verfasser am 18. 11. 1933 auf eine Anfrage hin mit, daß er sich nicht erinnere, Haußmann die erwähnte Mitteilung gemacht zu haben, und sich ferner nicht vorstellen könne, wer der „Landrat v. R.“ gewesen sein sollte. Da wir den Herrn nicht näher identifizieren können, so ist es auch nicht möglich, seine Spur zu verfolgen. — Was die politische Einstellung der genannten Herrn betrifft, so standen Stinnes und Ballin der nationalen Rechten nahe, die übrigen gehörten der bürgerlichen Linken an. Ballin, Deutsch und Rathenau waren überdies Juden. — Sehr aufschlußreich über die Haltung dieser Kreise ist eine Rede, die der Geschäftsführer der Schwerindustrie, Dr. I. Reichert, am 30. Dezember 1918 hielt, in der er einige Indiskretionen gegenüber seinen Brotherrn beging. Er gab

---

88. Vgl. „Vw.“, 31. Oktober 1918.

89. Haussmann, a. a. O., S. 250. Vgl. dazu Ursachen, Bd. 5, S. 95.

bekannt,<sup>90</sup> daß sich die Schwerindustriellen am 9. Oktober im Stahlhof zu Düsseldorf über die Lage unterhielten, und daß dabei die Frage, wie man die Industrie vor der drohenden Sozialisierung und der nahenden Revolution retten könne, erörtert wurde. Bei der Regierung und beim Bürgertum hätten sie keine Rettung sehen können, ihre letzte Hoffnung seien daher die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften gewesen, da diese Organisationen einen überragenden Einfluß zu bekommen schienen. Daraus hätten die Schwerindustriellen den Schluß gezogen, daß es für sie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen gäbe. Und die Forderung der Sozialdemokratie, so bemerkt der Unabhängige Richard Müller triumphierend,<sup>91</sup> war die Abdankung Wilhelms II.! — Subtrahiert man aus dieser Mitteilung die marxistische Färbung der Darstellung, so bleibt als tatsächlicher Kern Zeit und Ort der Zusammenkunft der Industriellen und die Richtung, in welcher sich die Erörterungen bewegten. Diese dürften — wie später der Fall Ballin noch eingehender zeigen wird — mit der Mitteilung des Herrn Goldmann übereingestimmt haben. — Interessant ist es, die Spur dieser Notiz weiterzuverfolgen. Am Nachmittag des 13. Oktobers fand eine Besprechung der Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei statt. Bei dieser Gelegenheit teilte Haußmann seinen Parteifreunden mit,<sup>92</sup> daß er auch in Deutschland Anhaltspunkte für jene Bestrebungen habe, die auf eine Beseitigung „Wilhelms“ und seines ältesten Sohnes hinausgingen. Mit aller Wahrscheinlichkeit erfuhr auch Vizekanzler von Payer auf diesem Wege von den Ansichten der Industriellen.<sup>93</sup>

Am 13. Oktober fand in München der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie statt, auf dem folgende Entschließung zur Annahme kam:<sup>94</sup>

„Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofes zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern brachten,

---

90. R. Müller, a. a. O., Bd. I, S. 122 Fußnote.

91. Ebenda, S. 122.

92. Haussmann, a. a. O., 250 f. Vgl. Payer, a. a. O., S. 147.

93. Payer, a. a. O., S. 147.

94. Zitiert nach der „Germ.“ vom 15. Okt. 1918/Nr. 481. Vgl. dazu Wrisberg, a. a. O., S. 138.

und damit die Verantwortung für den unglücklichen Kriegsausgang und für die unglücklichen Lasten und Opfer, die wir während und nach dem Krieg zu tragen haben (sic). Diese Untersuchung hat vor keiner auch noch so hochstehenden Person haltzumachen . . . Unter der Betonung der sozialdemokratischen Grundsätze fordert der Parteitag die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Verwaltung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.“

Der Begriff der „Schuldigen“ wird hier begrenzt auf diejenigen Personen, „die frühere Friedensaktionen zum Scheitern brachten“, und somit die lange Dauer des Krieges sowie dessen unglücklichen Ausgang verursachten. Das ist im Grunde dieselbe Auffassung, der wir in dem Artikel der „Fränkischen Tagespost“ vom 10. Oktober begegneten und die sich dort auf Wilhelm II. als den Schuldigen bezog. Während dort aber mit dem „Gefühl des Volkes“ argumentiert wurde, wird hier eine juristisch einwandfreie Nachprüfung der Verantwortlichkeit verlangt. Daß aber auch diese Entschliebung gegen den Deutschen Kaiser gerichtet ist, geht aus der Forderung hervor, daß die vorgeschlagene Untersuchung „vor keiner auch noch so hochstehenden Person haltzumachen“ habe. Damit wird geradezu die Aufmerksamkeit auf die hoch- und höchststehenden Persönlichkeiten gelenkt und sie der Verantwortlichkeit und Mitschuld verdächtigt. — Ferner verlangt die Entschliebung die Überführung Deutschlands in einen „Volksstaat“, und zwar unter ausdrücklicher Betonung der sozialdemokratischen Grundsätze — das hieß Selbstbestimmung der Staatsform und der repräsentativen Spitze, kurz: die Republik. — Diese Entschliebung ist nur der Ausdruck der auf dem Landesparteitag zur Sprache gekommenen Probleme. Nach Breithaupt<sup>95</sup> wurde hier die Abdankung des Kaisers direkt gefordert. Die „Münchener Post“, das sozialdemokratische Hauptorgan Bayerns, vermeidet es, wahrscheinlich aus Zensurrücksichten, die Reden des Parteitages wörtlich wiederzugeben. Dagegen weiß die „Augsburger Postzeitung“, das schwäbisch-bayerische Zentrumsblatt, zu berichten, daß der Landtagsabgeordnete Dr. Süßheim aus Nürnberg die Forderung nach der Abdankung des Kaisers ausgesprochen habe, während der Abgeordnete Schneppenhorst, der

---

95. Breithaupt, a. a. O., S. 126.

nachrevolutionäre bayerische Kriegsminister, die grundsätzliche Abschaffung der Monarchie verlangt habe.<sup>96</sup> Diese beiden Herren mit den jüdisch klingenden Namen waren in der Nürnberger Parteiorganisation der Sozialdemokratie tätig; mit ihrem Einverständnis war auch jener Artikel der „Fränkischen Tagespost“ vom 10. Oktober erschienen. Die Abdankungsforderungen auf dem Münchener Parteitag werden sich daher in dem von der „Fränkischen Tagespost“ aufgestellten Rahmen bewegt haben; dies hat um so größere Wahrscheinlichkeit, als auch in der Entschließung parallele Gedankengänge wiederkehren.

Prinz Max von Baden berichtet,<sup>97</sup> daß der zweiten Wilson-Note „bedrohliche“ Nachrichten über ihren Inhalt vorausgeeilt seien. Danach sollte die Gewährung des Waffenstillstandes von der Abdankung des Kaisers abhängig gemacht werden. Eine Quelle gibt Prinz Max für diese Nachrichten leider nicht an. — In einem Telegramm vom 13. Oktober teilt der Korrespondent der „Daily News“ in den Vereinigten Staaten mit, die amerikanische Diplomatie werde Deutschland vor die Wahl zwischen dem Kaiser und dem Frieden stellen.<sup>98</sup> In Deutschland wurde das hier zitierte Telegramm erst am 15. Oktober bekannt.

Am 14. Oktober kamen die Prinzen Adalbert und August Wilhelm von Preußen angeblich in großer Erregung zu dem Reichskanzler und erzählten ihm, „daß in Berlin die wildesten Gerüchte über die Abdankung des Kaisers herumschwirrten.“<sup>99</sup> Da uns nicht überliefert ist, welcher Art diese Gerüchte waren, läßt es sich auch nicht nachkontrollieren, ob sie möglicherweise durch die oben angeführte Nachricht beeinflußt oder gar hervorgerufen waren. Bei Gerüchten kann man ganz allgemein weder von einer „öffentlichen Meinung“ sprechen noch von einem Volkswillen, der, wie in diesem Falle, die Abdankung Wilhelms II. gefordert hätte. — Prinz Max entgegnete den preußischen Prinzen, daß, solange er Reichskanzler sei, er jede Situation zu vermeiden suche, die die Abdankung des Kaisers notwendig mache.<sup>100</sup>

Victor Naumann, ein einflußreicher politischer Publizist in

---

96. Augsburgs Postzeitung, 15. Okt. 1918/Nr. 477.

97. M. v. B., a. a. O., S. 404.

98. Zitiert nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 16. Okt. 1918/Nr. 523.

99. M. v. B., a. a. O., S. 405.

100. Ebenda.



München, schreibt in seinem nachgelassenen Werke „Argumente und Dokumente“, es sei ihm allmählich klar geworden, daß die Abdankung des Kaisers eine unumgängliche Voraussetzung zur Erlangung eines Friedens sei.<sup>101</sup> Er hielt es für möglich, dem Deutschen Kronprinzen die Kaiserkrone zu retten, wenn Wilhelm II. im letzten Augenblick und bevor ihn die Entente dazu zwang, freiwillig verzichtete. In dieser Auffassung stimmt er ungefähr mit Professor Max Weber überein, und wie dieser suchte er eine geeignete Persönlichkeit zu finden, die den Gedanken der Abdankung an den Kaiser herantragen könnte. Da Naumann einmal von dem Deutschen Kronprinzen um Rat gefragt worden war, beeilte er sich jetzt, ihm seine unerbetene Meinung schriftlich mitzuteilen. Er richtete „in den ersten Tagen des Oktober“ einen Brief an den Deutschen Kronprinzen. Dieser Brief trägt, so wie ihn Naumann wiedergibt, kein Datum. Versucht man eine ungefähre Datierung nach dem Inhalt des Briefes und sonstigen Anhaltspunkten, so stößt man auf Widersprüche. Wenn man die Kritik Naumanns an der Politik des Prinzen Max berücksichtigt — er schrieb über dessen Reformen, die den Eindruck erweckt hätten, „als ob wir auf das Ausland blickten und tanzen müßten, wie Wilson pfeift“ —, so dürften wir den Brief nicht vor dem 22. Oktober, dem Tag der Gesetzesvorlage im Reichstage, oder dem 26., an dem die Gesetzesvorlage verabschiedet wurde, datieren. Das stünde aber im Widerspruch mit einer Äußerung Naumanns gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl am Vormittag des 24. Oktober, wo er diesem von seinem Briefe an den Deutschen Kronprinzen und von dessen Antwort Mitteilung macht.<sup>102</sup> Setzt man zwischen der Absendung des Briefes und dem Eintreffen einer Antwort aus dem Hauptquartier des Kronprinzen einen Zeitraum von mindestens drei bis vier Tagen, so könnte man den Brief auf den 17. oder 18. Oktober datieren. Aber auch das steht wiederum in einem gewissen Widerspruch mit der Bemerkung Naumanns, daß die Thronentsagung freiwillig und nicht auf einen Wink oder Druck der Entente erfolgen müsse. Die zweite Wilson-Note lag aber bereits am 15. Oktober vor. Man wird die Absendung des Briefes also ungefähr kurz vor Eintreffen der zweiten

---

101. Naumann, a. a. O., S. 393. Vgl. Buchner, Zur Haltung Bayerns am Vorabend der Revolution von 1918, in Festgabe für A. v. Müller, S. 56.

102. Naumann, a. a. O., S. 406.

amerikanischen Note ansetzen können. Dann muß man allerdings die Bemerkung über die Reformen des Prinzen Max aus dessen Programmrede am 5. Oktober ableiten.

Victor Naumann skizziert in seinem Briefe an den Deutschen Kronprinzen eingangs die politische Lage und schreibt dann wörtlich:<sup>103</sup>

„. . . Mir fällt es schwer, das zu schreiben, was ich jetzt zu schreiben habe. Euer Kaiserliche Hoheit wissen ebenso gut wie ich, daß das Indianergeheul der Gegner dahin geht: Fort mit den Hohenzollern! Und daß sie darauf spekulieren, das deutsche Volk werde gerne diese Vorbedingung eingehen, wenn es dadurch zum Frieden gelangt. Ich verhehle auch Euer Kaiserlichen Hoheit gar nicht: es gibt Kreise im Norden wie im Süden des Reiches, die hierzu bereit sein würden. Aber es ist noch nicht die Mehrheit unseres Volkes, die so denkt, und es darf nicht dazu kommen, daß die Mehrheit in diesen Ruf einstimmt.“

Victor Naumann fährt dann fort:

„Würde die ganze Zukunft des deutschen Volkes von dem Bleiben oder Nichtbleiben der Hohenzollern abhängen, würde die Nation vor der Vernichtung stehen, dann wäre es Pflicht des Kaiser- und Königsgeschlechtes, aus eigenem Willen Krone und Zepter niederzulegen. Doch meiner Überzeugung nach ist das Gegenteil der Fall. Tun wir auch darin dem Feind den Willen, dann werden seine Anforderungen an uns nur noch mehr ins Ungemessene wachsen, und wir werden uns vor Bedingungen gestellt sehen, die nichts anderes enthalten als die Aufforderung, uns selbst zu töten. Wer auf die Milde der Gegner rechnet, der ist ein Narr.“

Ich glaube aber, und ich sage dies Euer Kaiserlichen Hoheit, nachdem ich mich reichlich geprüft habe, ob eine andere Lösung zu finden ist, wir müssen von Seiner Majestät dem Kaiser den hochherzigen Entschluß erwarten, den Verzicht auf seine Würde zu leisten. Ich kann mir nicht denken, daß Seine Majestät sich in die neue Zeit fügen wird, und selbst wenn er es wollte, würde er es schwer können. Seine Vergangenheit beruht auf anderen Voraussetzungen, die ihm ein völliges Umformen seines Wesens kaum gestatten.

Niemand weiß besser als ich, wie unschuldig der Kaiser an dem fürchterlichen Blutvergießen ist, wie gerade er alles darangesetzt hat, als Friedenskaiser zu regieren. Die entsetzliche Tragik liegt darin, daß er als echter Romantiker

---

103. Ebenda, S. 393 ff.

auf dem Thron, und zwar Romantiker in wahrer Bedeutung, sich einer Zukunft gegenüberstellt, in der der Romantiker vereinsamt und verkannt dastehen muß. Seine Majestät darf aber einen solchen Entschluß nur freiwillig tun. Es darf nicht aussehen, als ob auf Befehl der Entente der Deutsche Kaiser vom Thron herabsteigt, und daher müßte meines Erachtens ein solcher Schritt bald und in der würdigsten Weise sich vollziehen. Der Enkel Wilhelms I. muß wie ein Held von der Krone Abschied nehmen, und die Welt muß seinen Entschluß als freiwilligen und hochherzigen empfinden.“

Dieser Brief enthält einige Anklänge an Ausführungen der „Fränkischen Tagespost“ als auch der „Frankfurter Zeitung“ und scheint unter dem Eindruck dieser beiden Blätter geschrieben zu sein. Die Forderung der Abdankung Wilhelms II. wird hier, ebenso wie in dem Nürnberger Blatt, mit dem unüberbrückbaren Gegensatz der alten und der neuen Zeit begründet. Naumann, der den Rücktritt des Kaisers wohl auch aus außenpolitischen Gründen für erforderlich hält, appelliert mit äußerstem Feingefühl für den Empfänger des Briefes an den Opfer Sinn und das Ehrgefühl des Kaisers. — Der Deutsche Kronprinz entschloß sich aber nicht, dem Rate Victor Naumanns zu folgen und seinem kaiserlichen Vater die Abdankung nahezulegen; er ließ Naumann durch seinen Adjutanten in ebenso höflicher wie deutlicher Weise antworten, daß er den Kampf unter keinen Umständen verloren gebe.<sup>104</sup> Das erhellt schlaglichtartig den Standpunkt des Kronprinzen, des preußischen Heerführers, der auf seinem Posten bis zum letzten Augenblick aushält und nicht ängstlich vor der Stimmung des Volkes oder des Auslandes kapituliert.

Am 15. Oktober, unmittelbar vor dem Eintreffen der zweiten Wilson-Note, stellt die „Frankfurter Zeitung“ eine Betrachtung über die gegenwärtige bolschewistische Weltgefahr an. Sie führt darin u. a. folgendes aus:<sup>105</sup>

„Aus den Tiefen der Völker kommt unwiderstehlich der Schrei nach Gerechtigkeit, und wenn ihm nicht genüge getan wird, kann keine Macht der Erde der Raserei Einhalt tun, die dann zerbrechen wird, was sich nicht formen läßt . . . Aber wenn die Männer, denen das Schicksal Gewalt gegeben hat und damit die unerhörte Verantwortung, die Bedeutung

104. Ebenda, S. 395.

105. F. Z., 15. Okt. 1918/Nr. 286 Abendausgabe.

dieser Stunde verkennen sollten, dann könnten keine Fesseln den Ausbruch der bisher mühsam gezähmten Kräfte verhindern.“

Welche Deutung lassen diese Worte hinsichtlich der Kaiserfrage zu? — Der Schrei der Völker nach Gerechtigkeit setzt ein Verschulden der herrschenden Klassen voraus. Damit sollte natürlich, der ganzen Einstellung des jüdischen Handelsblattes nach, der Militarismus und das deutsche Kaisertum getroffen werden. Und diese sollten die Bedeutung der Stunde erkennen. Hieß das nicht, der Kaiser solle freiwillig zurücktreten, um dadurch die herannahende bolschewistische Welle zu brechen, die ihn, wenn er bliebe, unweigerlich von seinem Posten hinwegschwemmen würde?

Wir haben eingangs die Stellung des prinzlichen Reichskanzlers zur Kaiserfrage charakterisiert. Am 15. Oktober legte er in einem Briefe an seinen Vetter, den Großherzog von Baden, seine Auffassung nochmals nieder.<sup>106</sup> Er schrieb:

„ . . . Heute noch hoffe ich, den Kaiser und die Dynastie Hohenzollern zu retten. Die Konservativen sprechen ganz offen von seiner Abdankung. Gottlob, daß ich in den Sozialdemokraten Männer auf meiner Seite habe, auf deren Loyalität wenigstens gegen mich ich mich verlassen kann. Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich imstande sein, den Kaiser zu retten. Welche Ironie des Schicksals.“

Diese Stelle zeigt sehr deutlich die Voreingenommenheit des Prinzen Max gegen die Konservativen und die allzu große Vertrauensseligkeit gegen die Sozialdemokratie. Die Aussagen über die Konservativen beruhen zum Teil auf jener falschen Auslegung der oben zitierten Stellen der „Deutschen Zeitung“, zum andern Teil gehen sie wohl auf die Unterredung mit den konservativen Abgeordneten am 10. Oktober 1918 zurück.

## 2. Kapitel.

### **Die zweite Wilson-Note und ihre Einwirkung auf die öffentliche Meinung.**

In den Frühstunden des 16. Oktobers traf die zweite Wilson-Note<sup>1</sup> ein. Sie war im Tone abweisend<sup>2</sup> und verriet dadurch

---

106. M. v. B., a. a. O., S. 405.

1. Amtl. Urk., Nr. 48.

2. Menke-Glückert, a. a. O., S. 28.



deutlich die Absicht des Präsidenten, die Gewährung eines Waffenstillstandes hinauszuschieben.<sup>3</sup> Die Durchführung der Räumung der besetzten Gebiete und die Bedingungen des Waffenstillstandes müßten der Beurteilung der militärischen Berater der Entente überlassen werden, um die militärische Überlegenheit der gegen Deutschland Verbündeten zu sichern. Ferner wurde das Einstellen des U-Bootkrieges und der „unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen“ der deutschen Truppen gefordert. Schließlich hielt Wilson es für notwendig, auf seine Programmrede vom 4. Juli 1918 hinzuweisen, in der der Satz enthalten sei: „Vernichtung jeder willkürlichen<sup>4</sup> Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht.“ In der amerikanischen Note heißt es dann wörtlich: „... die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge hat.“ Die folgenden Sätze bilden das „Rezept für die Revolution“<sup>5</sup>: „Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.“ — Die Alternative, Wahl zwischen dem Kaiser und dem Frieden, — wie sie in den der Note vorausseilenden Nachrichten angekündigt wurde — kommt in der Note selbst nicht klar zum Ausdruck.<sup>6</sup>

Durch die zweiten Wilson-Note wurde die Kaiserfrage in

3. Keim, a. a. O., S. 43.

4. Vgl. die Textwiedergabe der Amtlichen Urkunden, wo es statt „willkürliche Macht“: „militärische Macht“ heißt. Der Text ist hier der damals veröffentlichten Übersetzung entnommen, s. Max von Baden, a. a. O., S. 407.

5. Keim, a. a. O., S. 43.

6. Vgl. Niemann, Revolution von oben, S. 193.

den Vordergrund des öffentlichen Interesses gestellt. Jeder wußte, was Wilson wollte, aber keiner sprach es zunächst offen aus.<sup>7</sup>

Wilhelm II., der bereits am Nachmittag des 15. Oktobers Kenntnis vom Inhalt der Note erhielt, erkannte sofort, wohin Wilson mit seinen unklaren Andeutungen zielte, nämlich auf den Sturz seines Hauses und auf die Beseitigung der Monarchie überhaupt!<sup>8</sup> Deutschlands Heer sollte jeder moralischen Stütze beraubt und das deutsche Volk der Willkür der feindlichen Mächte ausgeliefert werden.<sup>9</sup>

Welche Aufnahme fand die neue Wilson-Note bei der Reichsregierung? — Staatssekretär Haussmann mußte zugeben, daß der scharfe Hinweis Wilsons auf die Kaiserfrage „die Gemüter aufs stärkste“ beschäftige;<sup>10</sup> man müsse aber den Wortlaut der Note genau prüfen, ob Wilson die Abdankung Wilhelms II. oder die streng konstitutionelle Monarchie verlange.<sup>11</sup> Vielleicht genüge es, wenn man in der Antwortnote den konstitutionellen Charakter der deutschen Monarchie betone; man sei heute in der günstigen Lage, darauf hinweisen zu können, daß durch die kaiserlichen Erlasse vom 17. November 1908 und vom 30. September 1918 die jetzige Entwicklung eingeleitet worden sei. Haussmann führte ferner aus, daß sich jetzt der Monarch die Frage zu stellen habe: „Will ich die Umbildung selbst vornehmen oder will ich sie meinen Sohn oder Enkel vornehmen lassen?“<sup>12</sup> Es sei lediglich die Aufgabe des Reichskanzlers, diese Frage sofort mit dem Monarchen zu besprechen. Er, Haussmann, halte es für genügend, die streng konstitutionelle Monarchie mit dem jetzigen Träger der Krone durchzuführen. Dazu sei allerdings erforderlich, daß sich Wilhelm II. künftig bis in seine mündlichen und schriftlichen Äußerungen nur in dem ihm vorge-

---

7. Menke-Glückert, a. a. O., S. 28 f.

8. Niemann, Revolution von oben, S. 193. Vgl. Niemann, Kaiser und Revolution, S. 103.

9. Noch 5 Jahre später bekannte Wilhelm II., daß ihm nach Eintreffen der 2. Wilson-Note klar geworden sei, „daß die Entente darauf ausging, die in mir verkörperte Einheit des Deutschen Reiches und die Machtstellung Preußens zu zertrümmern, durch die Beseitigung meiner Person den großen militärischen Sieg zu dokumentieren, der in Schlachtenerfolgen nicht erreichbar war“ (Niemann, Wanderungen, S. 104).

10. Haussmann, a. a. O., S. 256.

11. Ebenda und M. v. B., a. a. O., S. 415.

12. Haussmann, a. a. O., S. 256.

schriebenen Rahmen bewege. — Scheidemann, auf den die zweite Wilson-Note „wie eine betäubende Gasbombe“ wirkte,<sup>13</sup> widersetzte sich der Auffassung, daß Wilson die Abdankung Wilhelms II. herbeizuführen beabsichtige; es komme ihm nur darauf an, ihn in eine Stellung zu bringen wie die Könige von Italien, Belgien und der nordischen Länder.<sup>14</sup> — Der Zentrumsabgeordnete Gröber hielt die Vorlage zur Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung, die die staatsrechtlichen Befugnisse des Deutschen Kaisers neu regeln sollte, für eine befriedigende Antwort auf Wilsons Aufforderung zur Ausschaltung jeder „willkürlichen Macht“, eine Bezeichnung übrigens, gegen die Gröber energisch protestierte.<sup>15</sup> Prinz Max hatte den Eindruck, daß der Zweck der Worte: „Vernichtung jeder willkürlichen Macht“ darin bestand, die beabsichtigten deutschen Verfassungsreformen zu beschleunigen.<sup>16</sup>

Scheidemann machte in dieser Sitzung beiläufig die Bemerkung, ob man wirklich glaube, „daß die Neigung im Volke noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten?“<sup>17</sup> Fast dieselbe Frage hatte genau 14 Tage zuvor Oberst Haefen an den Grafen Hertling gestellt. Die Äußerung Scheidemanns jedoch ließ erkennen, daß die Sozialdemokratie, die sich gern mit dem „Volke“ identifizierte, nicht gewillt war, die nationale Verteidigung um der Person des Kaisers willen mitzumachen. Das war in der Tat „deutlich genug für einen „kaiserlichen Staatssekretär““<sup>18</sup>.

Generalleutnant Keim hat die Behauptung aufgestellt:<sup>19</sup> „Nur politische Abc-Schützen waren noch imstande, die zweite Note Wilsons anders zu deuten, als daß sie die Absicht verriet, die Monarchie und damit das Reich zu Fall zu bringen!“

Untersuchen wir nun, inwieweit die deutsche Tagespresse diese Absicht Wilsons erkannte und welche Stellung sie in der Kaiserfrage einnahm. Die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ sprachen mit Empörung und Entrüstung aus, daß Wilson nichts anderes als die Absetzung der Hohenzollern und die

---

13. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 223.

14. Ebenda S. 224. Vgl. M. v. B., a. a. O., S. 415.

15. M. v. B., a. a. O., S. 415.

16. Ebenda.

17. Amtl. Urk., Nr. 54, S. 120.

18. Keim, a. a. O., S. 57.

19. Ebenda, S. 90. Vgl. Wrisberg, a. a. O., S. 137.

Beseitigung der Monarchie verlange.<sup>20</sup> — Die Konservativen erklärten die Waffenstillstandsaktion für gescheitert und erließen einen Aufruf zur nationalen Verteidigung.<sup>21</sup> Graf Westarp, der Vorsitzende der konservativen Reichstagsfraktion, richtete an den Reichskanzler ein Schreiben, in dem es heißt: <sup>22</sup>

„Man mag in Deutschland selbst über die Verfassung des Deutschen Reiches noch so verschieden denken, die Forderung, daß die deutsche Kaisermacht vernichtet oder doch zu tatsächlicher Ohnmacht verurteilt werden müsse, ist eine Einmischung, die mit der deutschen Ehre umso unverträglicher ist, als der Präsident auch den kleinsten Nationen ihr Selbstbestimmungsrecht erhalten wissen will.“

Das linksliberale „Berliner Tageblatt“, das in Wilson noch immer den Propheten für „Recht, Versöhnung und Völkerglück“ sieht, muß zugeben, daß aus seiner neuen Note der „Geist des Machtwillens und der Gewalt“ sprechen, und sagt dann wörtlich: <sup>23</sup> „Jetzt sehen wir, daß er mit jeder Note seine Ansprüche steigert und immer noch den Dolch im Mantel behält.“ Diese Stelle ruft das Bild aus der Schillerschen Ballade von dem Tyrannenmörder wach, der mit dem „Dolch im Gewande“ einhergeht. Gibt das „Berliner Tageblatt“ damit zu verstehen, daß es die Gefahr, die Wilhelm II. von Präsident Wilson droht, erkannt hat?

Die „Frankfurter Zeitung“ hält das Mißtrauen des amerikanischen Präsidenten nicht für berechtigt, nachdem durch eine tiefgreifende innere Umgestaltung Deutschlands, die der englischen glorious revolution von 1688 in nichts nachstände, das deutsche Volk zum Herrn seiner Geschicke und zum Bürgen der Verträge geworden sei. Das Blatt fährt dann wörtlich fort: <sup>24</sup>

„... daß es (das Mißtrauen) fortbesteht, zeigt auch diese Note Wilsons, in der eine Beseitigung oder mindestens Machtlosmachung der Macht, die bisher Deutschlands Geschicke im Geheimen und nach eigenem Belieben geleitet habe, zur Voraussetzung eines dauernden Friedens gemacht wird. Diese Auffassung der deutschen Verhältnisse ist halb richtig und halb falsch. So wie der Präsident Wilson und Amerika sich das Walten der geheimen Mächte vorstellen, ist es niemals

---

20. Kz.-Z., 16. Okt. 1918/Nr. 528. Siehe M. v. B., a. a. O., S. 411.; D. Z., 16. Okt. 1918/Nr. 527.

21. Westarp, a. a. O., S. 44 f.; siehe Kz.-Z., 16. Okt. 1918/Nr. 529.

22. Westarp, a. a. O., S. 42 f.

23. B. T., 16. Okt. 1918/Nr. 527.

24. F. Z., 16. Okt. 1918/Nr. 287 Abendausgabe.



gewesen. Aber wir wissen wohl, daß Deutschlands Gesckicke gerade in den gefährlichsten Lagen und in entscheidenden Augenblicken, wiewohl sicher in guter Absicht, in einer Weise geführt worden sind, die eines mündigen und großen Volkes nicht würdig war. Das Deutschland, das aus diesen Reformen, die eine völlige Umgestaltung sind, hervorgeht, ist in der Tat ein ganz neues, auch wenn die alten Gewalten weiterbestehen. Wie deren Träger sich mit der Neuordnung der Dinge abfinden, das ist zunächst ihre persönliche Angelegenheit, auf den Lauf der Dinge kann es keinen Einfluß mehr haben.“

Die „Frankfurter Zeitung“ deutet also an, daß die „Macht“ der Hohenzollern gänzlich vernichtet sei, was schließlich einer Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht gleichkomme. Das Blatt stellt es „zunächst“ Wilhelm II. anheim, wie er sich mit der Neuordnung abfinden wolle. War diese gleichgültige, ja geringschätzige Äußerung nicht ein Wink für Wilhelm II., daß er jetzt noch die Gelegenheit habe, freiwillig abzutanken? Was bedeutete das Wörtchen „zunächst“? War darin nicht eine Drohung enthalten, daß, wenn der Kaiser jetzt nicht freiwillig zurücktrete, er möglicherweise beim Aufrollen der Schuldfrage, die das Blatt bekanntlich bis zum Abschluß des Friedens vertagt wissen wollte, mehr oder weniger unfreiwillig sich zur Abdankung entschließen werden müsse?

Das Blatt des bayerischen Liberalismus, die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ist in seiner Betrachtung beeinflusst durch die der Note vorausseilenden Nachrichten über deren Inhalt. Es nimmt direkt zu der Alternative, Wahl zwischen dem Kaiser und dem Frieden, Stellung und schreibt wörtlich:<sup>25</sup>

„Die Alternative, die Wilson auf politischem Gebiet stellt, haben amerikanische Blätter auf die Formel gebracht: Wählt zwischen dem Kaiser und dem Frieden! Wie hat sich das deutsche Volk dazu zu stellen? In weiten Schichten ist ohne Zweifel die Frage sehr ernst erörtert worden, wie der Herrscher, der so stark mit der Gottesgnadenidee verwachsen ist, sich wohl mit der neuen Zeit abzufinden vermöchte, und das Gefühl ist im Wachsen, daß da Gegensätze bestehen, die unüberbrückbar sind. Es ist möglich, daß diese Erkenntnis nicht auch schon an allen in Betracht kommenden Stellen erwogen worden wäre. Vielleicht hat vornehmlich der komplizierte Charakter des föderativen deutschen Staatswesens das Auffinden einer Lösung erschwert — wir wissen es nicht.

---

25. M. N. N., 16. Okt. 1918/Nr. 524.

Jedenfalls steht das eine fest: es ist noch keine freiwillige Entscheidung des deutschen Volkes getroffen worden. Und das ist der Kern dieser Frage: sie muß auf dem Wege der Freiwilligkeit gelöst werden. Ein Eingriff von außenher könnte nur Dinge, die im Werden sind, aufhalten und von dem ursprünglichen Weg der Lösung abdrängen. Wir sind ... nicht das zweimal geschlagene Frankreich der Jahre 1814 und 1815, dem fremde Gewalt die Herrscher nehmen und geben könnte. Das Haus unserer Zukunft bauen wir selber; ungebeter fremder Rat müßte unfehlbar den äußersten Trotz wecken, der uns eher seit lang erkannte Fehler ertragen ließe, als daß wir uns zu einem Schritte treiben lassen, der einem feigen Imstichelassen ähnlich sähe.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Ausführungen der „Münchener Neuesten Nachrichten“ der Verlegenheit entsprangen, nicht offen sagen zu wollen: wir wählen, vor die Wahl zwischen dem Kaiser und dem Frieden gestellt, natürlich den Frieden und lassen den Kaiser fallen. Das Blatt klammert sich, wenig überzeugend, an Strömungen, die bereits im Gange gewesen sein sollen, und die eine Regelung der Kaiserfrage beabsichtigten. Es argumentiert, ähnlich wie die „Fränkische Tagespost“, mit dem „Gefühl des Volkes“, das Gegensätze zwischen der Staatsauffassung Wilhelms II. und der der neuen Zeit feststelle, und sich darum besorge, ob der Monarch diese Gegensätze zu überbrücken imstande sei. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ behaupten sogar, daß dieses Gefühl „im Wachsen“ begriffen sei, und plädieren dann für eine freiwillige Entscheidung des deutschen Volkes in der Kaiserfrage — hieß das etwa nicht, daß sich das deutsche Volk gegen den Kaiser und für den Frieden entscheiden werde? Das Blatt verwahrt sich gegen einen „Eingriff von außenher“, ohne zugeben zu wollen, daß die Wilsonsche Alternative doch schon eine Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse bedeutete. Ferner ist aus dem Zitat zu entnehmen, daß die „Münchener Neuesten Nachrichten“ durchaus nicht gesonnen zu sein scheinen, einer Lösung der Kaiserfrage etwa im Sinne der feindlichen Propaganda zuzustimmen, die von einer Zertrümmerung des deutschen Kaiserreiches und von einem Dynastienwechsel zugunsten des Hauses Wittelsbach sprachen.<sup>26</sup>

---

26. Vgl. Huber, a. a. O., S. 256 ff. Vgl. Buchner, Zur Haltung Bayerns am Vorabend der Revolution von 1918, in Festgabe für A. v. Müller, S. 52.

Der „Vorwärts“, das Parteiorgan der Sozialdemokratie, versucht die zweite Wilson-Note möglichst ruhig und sachlich zu besprechen. Er wendet sich an die englische und französische Presse, die Wilson inspiriert hätte, und gibt den dringenden Rat, den Bogen nicht zu überspannen. Ein Scheitern der gegenwärtigen Friedensbestrebungen und ein letzter Verzweiflungskampf könnten die alten Machthaber, „denen die Volksregierung ein Greuel ist und die die Ideen des Völkerbundes als Utopie verachten“, wieder zur Herrschaft bringen.<sup>27</sup> — Der „Vorwärts“ sieht also in einer Abdankungsforderung Wilsons eine Gefahr für den Bestand der parlamentarischen Volksregierung. Von sich aus wagt es das sozialdemokratische Regierungsblatt nicht, den Gedanken der Abdankung Wilhelms II. auszusprechen.

Anders dagegen die sozialdemokratischen Provinzblätter, die hemmungslos den Rücktritt des Kaisers verlangen. In der „Volkswacht für Schlesien“ schreibt Paul Loewe, der spätere Reichstagspräsident, folgendes zur Kaiserfrage:<sup>28</sup>

„Die Menschenschlächtere, die täglich Tausende neuer Opfer fordert, kann und darf nicht einer einzelnen Person willen noch ein halbes Jahr weitergehen — um dann vielleicht zu dem gleichen Ende zu führen; ist es erst soweit, dann muß jede Person hinter der Sache zurücktreten. Es ist doch nichts daran zu ändern, daß Könige wackeln, wenn ganze Völker gemordet werden... Auch die Ideale, mit denen Wilhelm II. seine Kaisermacht verbunden glaubte, sind gefallen. „Einer nur ist Herr im Reich, und das bin Ich“, hat er einst den rheinischen Industriellen gesagt. Er ist es nicht mehr. Er muß seine Macht mit anderen teilen, sogar mit Sozialdemokraten. „Wir gehören zusammen, ich und die Armee“, sagte er an anderem Platze, nun haben wir der **Abrüstung** zugestimmt, und die Zukunft wird keinen Soldatenkaiser mehr kennen, der nur in der Uniform vor der Öffentlichkeit erscheint. Er wird nicht mehr der Admiral des atlantischen Ozeans sein und den nicht mehr mit gepanzerter Faust verfolgen können, der einen Deutschen scheel ansieht. Die alte Kaiserpracht und Kaisermacht ist mit diesem Krieg dahingesunken — von Gottes Gnaden wollen wir gar nicht reden — es wird also nicht mehr so schwer sein, von dem kleinen Rest Abschied zu nehmen, der noch blieb. In der Wahl zwischen weiteren Kriegsschrecken und der Frage der Persönlichkeit kann es keinen Zweifel geben: **Man gehe zu Wilhelm II. und stelle ihm das vor!**“

27. Vw., 16. Okt. 1918/Nr. 286.

28. Volkswacht für Schlesien, 16. Okt. 1918/Nr. 243.

Auch hier wird die Wilson-Note so ausgelegt, als ob darin eindeutig die Alternative, Wahl zwischen dem Kaiser und dem Frieden, stände. — Paul Loewe hatte sich wegen dieses Artikels vor dem zuständigen Generalkommando in Breslau zu verantworten. Die „Volkswacht“ wurde auf die Dauer von drei Tagen verboten. Daraufhin traten Tausende von Arbeitern der großen Breslauer Industriewerke mit der Parole: „Freigabe des Arbeiterblattes“ in den Streik. Diese Aktion hatte den Erfolg, daß das Blatt am 18. Oktober wieder erscheinen durfte.<sup>29</sup> — In ähnlicher Weise forderten das „Saalfelder Volksblatt“,<sup>30</sup> die Magdeburger „Volksstimme“<sup>31</sup> und die „Fränkische Tagespost“ die Abdankung Wilhelms II. Das letztgenannte Blatt schrieb wörtlich:<sup>32</sup>

„Wir müssen aber feststellen, daß die nationale Verteidigung und die Zusammenfassung aller Kräfte zur Abwehr der Wilsonschen Forderung nicht möglich ist, weil Armee und Volk annehmen würden, daß man die letzten heroischen Anstrengungen von ihm verlangt, nicht um das Vaterland zu retten, sondern um Wilhelm dem Zweiten seinen Thron zu sichern. So unerfreulich es auch dem Deutschen mit republikanischer Gesinnung ist und bleibt, daß die Entthronung des Kaisers durch fremde Mächte erzwungen werden könnte, so wenig entspricht es der Stimmung auch der monarchischen Deutschen heute, daß sich das deutsche Volk in einen aller Vermutung nach aussichtslosen Kampf begibt, in einen Kampf, in dem weitere Hunderttausende geopfert werden könnten und in dem deutsches Land so zerstört werden könnte, wie Nordfrankreich leider verwüstet ist — und alles das, nur um Wilhelm II. in seiner Machtvollkommenheit zu erhalten.“

Die „Fränkische Tagespost“ macht in erster Linie gegen die nationale Verteidigung Front, da eine solche im Augenblick den Eindruck erwecken würde, als gelte es, die Machtposition Wilhelms II. zu verteidigen. Darin berührt sich die Auffassung der „Fränkischen Tagespost“ mit der des „Vorwärts“, der im Falle der nationalen Verteidigung eine Wiederbelebung der reaktionären Kräfte befürchtete.

Das Zentrumsorgan, die „Germania“, stützt sich in seiner Betrachtung der zweiten Wilson-Note bereits auf die ihm vor-

29. A. Braun, a. a. O., S. 26 f.

30. Ebenda.

31. H. Müller, Die Novemberrevolution, S. 16.

32. F. Tp., 16. Okt. 1918/Nr. 243, vgl. Wrisberg, a. a. O., S. 137.



liegenden Interpretationen der Rechts- und Linkspresse. Das Blatt schreibt:<sup>33</sup>

„Nun hat man in einem Teil der Presse und zwar hauptsächlich in rechtsstehenden Organen, aus der angezogenen Stelle der Wilsonschen Note herauslesen wollen, daß sie auch die Abdankung des Kaisers oder gar des ganzen Kaiserhauses verlange. Wir sehen keine Notwendigkeit (sic), nach dem bisher vorliegenden Wortlaut zu schließen, und wir hoffen dringend, daß Wilson dieses Verlangen auch gar nicht hat hineinlegen wollen. Eine Forderung von solcher Tragweite und Bedeutung müßte klar und unzweideutig vorgebracht werden. Das ist jedenfalls nicht geschehen; sie würde ja auch der bestimmten Versicherung Wilsons ins Gesicht schlagen, die er in seiner Botschaft vom 8. Januar ausgesprochen hat, daß er sich nämlich nicht herausnehmen wolle, irgendeine Abänderung unserer staatlichen Einrichtungen zu verlangen... Wir glauben, daß er insbesondere nicht unter der ‚Vernichtung der willkürlichen Macht‘ die Absetzung unseres Kaisers und seines Hauses versteht. Denn das würde für Deutschland eine Forderung sein, die einen Angriff auf die Ehre des deutschen Volkes bedeutete. Ein solches Hinausgehen über die bisherigen Reden und Programmpunkte Wilsons, die derartiges nicht enthalten, im Gegenteil von der Gleichberechtigung aller Völker und dem Recht, ihre inneren Angelegenheiten selbständig zu regeln ausgehen, würde die Überspannung des Bogens darstellen, vor der der „Vorwärts“ heute Wilson klar und deutlich gewarnt hat.“

Die „Germania“ gehörte also, um mit Generalleutnant Keim zu sprechen, zu jenen politischen Abc-Schützen, die die versteckten Absichten der zweiten Wilson-Note gänzlich verkannten. Das Zentrumsblatt würde, gegebenenfalls, in einer Forderung Wilsons nach der Abdankung Wilhelms II. einen Angriff auf die deutsche Ehre sehen. —

Der Reichskanzler suchte zu seiner Beurteilung der amerikanischen Note sich auf Nachrichten aus dem Auslande zu stützen. Diese waren aber, wie er selbst zugibt,<sup>34</sup> sehr widerspruchsvoll. Während ihm aus der Schweiz und aus Belgien gemeldet wurde, daß Präsident Wilson die Abdankung des Kaisers verlange, hielten die holländischen Nachrichten daran fest, „daß die Zurückführung der Macht des Kaisers auf die ornamentale Stellung des Königs von England genügen würde, um die

---

33. Germ., 17. Okt. 1918/Nr. 485.

34. M. v. B., a. a. O., S. 453.

von Wilson erstrebten Voraussetzungen zu schaffen“.<sup>35</sup> Von ausschlaggebender Bedeutung war eine Information, die einer der Mitarbeiter des Reichskanzlers im Haag eingeholt hatte, wo dieser mit einem aktiven Diplomaten der Alliierten selbst verhandelt hatte. Diese Information wies auf den Gegensatz Wilson—Foch hin; Wilson erstrebe die Demokratisierung Deutschlands („Keine Absetzung des Kaisers, nur konstitutionelle Monarchie, Stellung der Krone wie in England“), während Foch, der Generalissimus der Ententearmeen, es auf eine militärische Kapitulation und auf die Befriedigung des französischen Rachegefühles abgesehen habe.<sup>36</sup> Der Reichskanzler beauftragte, nachdem er sich über den Sinn der Note hinreichend informiert hatte,<sup>37</sup> Geheimrat Simons eine deutsche Antwortnote zu entwerfen, in der irgendwie zum Ausdruck kommen sollte, daß es nun genug sei mit den Einmischungen in die innerdeutschen Verhältnisse.<sup>38</sup> Dadurch sollten einerseits Fragen nach der Stellung des Kaisers vorgebeugt und andererseits das „gekränkte Ehrgefühl“ des deutschen Volkes aufgerüttelt werden.<sup>39</sup> Nach langen Verhandlungen mit Ludendorff über die militärische Lage und mit Admiral Scheer über die Aufgabe des U-Bootkrieges wurde am 18. Oktober von Simons der Entwurf einer Antwortnote vorgelegt.<sup>40</sup> — Der Nationalliberale Friedberg hielt den Entwurf „für

---

35. Ebenda. In den „Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstands 1918“ sind nur diejenigen Informationen und Benachrichtigungen aufgenommen, die wiedergeben, daß Wilson die Abdankung des Kaisers verlange. Diese waren: 1. Telegramm des Chefs der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien Gesandter v. d. Lancken (Amtl. Urk. Nr. 59): „...Seine (Wilsons) weitere Taktik werde dahin gehen, die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen herbeizuführen.“ Die beiden Hauptpunkte der 2. Wilson-Note, ohne deren Erfüllung der Präsident keinen Waffenstillstand zulasse, hätten folgenden Sinn: „1. Vorheriger Thronverzicht Seiner Majestät des Kaisers und des Kronprinzen. Vielleicht wäre dann Regentschaft durch den für den Zivildienst ausgebildeten Bruder des Kronprinzen möglich.“ — 2. Telegramm des Kaiserlichen Gesandten im Haag Freiherr von Maltzan (Amtl. Urk. Nr. 49): „Als Abschaffung Autokratie verstehe man in England die Abdankung des Kaisers.“ — 3. Telegramm der Kriegsnachrichtenstelle Antwerpen (Amtl. Urk. Nr. 62a): „Die Amerikaner verlangen vor allem, daß die Hohenzollernndynastie abdanke, da man mit ihr, die alte Verträge nicht gehalten, keine neuen abschließen könne.“

36. M. v. B., a. a. O., S. 453 f.

37. Vgl. ebenda S. 409 f.

38. Ebenda 456.

39. Ebenda 458.

40. Ebenda 456 f. Darin hieß es u. a.: „Als wesentliche Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident das Aufhören eines willkürlichen

die innere Situation nicht tragbar“.<sup>41</sup> Graf Roedern bezeichnete ihn als „nicht würdig“ genug, während Scheidemann ihn „zu herausfordernd“ fand.<sup>42</sup> — Der abgeänderte und endgültige Text der dritten deutschen Note vom 20. Oktober 1918<sup>43</sup> besagte, daß die deutsche Regierung mit den Forderungen Wilsons einverstanden sei, und daß der U-Bootkrieg sofort eingeschränkt werden würde. Die deutsche Regierung gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß Wilson „keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würden“. Die Kaiserfrage umging dann die deutsche Note wiederum, indem sie nochmals ihre Autorisation nach demokratischen Prinzipien nachwies. Es hieß da wörtlich: „Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Empfinden, den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortete die Deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu

---

Regiments in Deutschland. Auch hierüber will die deutsche Regierung dem Präsident mit aller Offenheit Rede stehen. Deutschland war bisher ein Obrigkeitsstaat; das lag nicht an der Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern daran, daß das Volk in seiner Mehrheit der Obrigkeit gegenüberstand, ohne das Bedürfnis der vollen eigenen Verantwortung. Das ist während des Krieges anders geworden. Ein starker politischer Wille hat sich in der Volksvertretung herausgebildet und eine grundlegende Umwandlung im deutschen Verfassungsleben vollzogen. Die Entscheidung über alle Lebensfragen der Nation, besonders über Krieg und Frieden, steht heute beim Parlament. ... Ein Rückfall wäre nur dann zu befürchten, wenn Deutschland sich dem Auslande zuliebe mit unaufrichtiger Eile eine Verfassungsform aufdrängen ließe, die seiner Eigenart und Geschichte nicht entspräche.“

41. Ebenda 458.

42. Ebenda.

43. Amtl. Urk., Nr. 64.

besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.“ Der Schlußpassus der deutschen Antwortnote lautete: „Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.“ — In dieser Erklärung ist wiederum kein Wort über die Stellung des Deutschen Kaisers enthalten, geschweige über die monarchische Staatsform.

In der Kabinettsitzung am 16. Oktober hatte Scheidemann auf die „vergiftete“ Stimmung aufmerksam gemacht,<sup>44</sup> die durch einen Brief Kaiser Wilhelms II. an Zar Nikolaus II. aus dem Jahr 1895, der zuerst von der „Iswestija“ und dann von deutschen Presseorganen veröffentlicht worden war, entstanden sei. Der Brief, den wir später auszugsweise bringen werden, enthielt Angriffe auf Parteien, die die jetzige Reichstagsmehrheit bildeten. Während die meisten Zeitungen diesen Brief kommentarlos abdrucken, knüpft die „Münchener Post“ am 18. Oktober daran folgende Bemerkung:<sup>45</sup>

„...alle Versuche, die Veröffentlichung dieser Dokumente zu unterdrücken, sind umso zweckloser, als der in weitesten Kreisen des deutschen Volkes bestehende brennende Wunsch, der Kaiser und sein Sohn möchten durch ihren Rücktritt die Lösung der furchtbaren Krise erleichtern, in der sich ganz Deutschland befindet, gar keiner weiteren Verstärkung mehr möglich ist.“

Das Blatt verfolgt die später so beliebte Taktik, verjährte Kaiserreden und -telegramme auszugraben und wieder zu veröffentlichen, um dadurch eine antikaiserliche Stimmung zu erzeugen. Worin die „furchtbare Krise“ bestand und wodurch

---

44. Amtl. Urk., Nr. 54, S. 120.

45. Münchener Post, 18. Okt. 1918/Nr. 244. Über den Inhalt des Briefes siehe die Rede Ledebours im Reichstag am 24. Okt. 1918 (Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6271).



sie hervorgerufen wurde, verschweigt das Blatt ebenso wie die Frage, welche Erleichterung die Abdankung des Kaisers überhaupt bringen sollte. — Am nächsten Tage, am 19. Oktober, veröffentlicht dasselbe Blatt eine „Zuschrift aus ‚höheren Beamtenkreisen‘“, der wir folgende Stelle entnehmen: <sup>46</sup>

„Eine tiefe Kluft trennt Kaiser und Volk. Sie hat sich nicht erst heute aufgetan, aber sie hat eine Ausdehnung erreicht, daß keine Brücke mehr darüber zu schlagen ist. Für jene, die Zutritt zur Tür des Kaisers haben, dürfte die Stunde gekommen sein, ihm mit aller Offenheit die Stimmung des Volkes darzulegen. Vielleicht vermöchte eine gründliche Aufklärung doch noch Entschlüsse zu zeitigen, die nicht ohne Vorbild sind und dem Kaiser im gleichen Maße wie dem Volke zum Heil gereichen können.“

Der (fingierte?) Schreiber dieser Zuschrift begründet die Abdankungsfrage also mit der bestehenden tiefen und angeblich unüberbrückbaren Kluft zwischen Kaiser und Volk. Die Argumentation ist die gleiche wie bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“, sodaß die Vermutung naheliegt, hier hätten geistige Anleihen stattgefunden. — Am 19. Oktober erhebt wiederum die „Fränkische Tagespost“ ihre Stimme gegen Kaiser Wilhelm II., der noch nicht zurückgetreten war. Das Blatt schreibt: <sup>47</sup>

„Jeder Tag kostet Tausende von Menschenleben, weil man nicht den Mut hat, eine Bedingung des Waffenstillstandes zu erfüllen, die man erfüllen muß und die man in acht Tagen erfüllen wird, ohne daß der Widerspruch des deutschen Volkes der Regierung Schwierigkeiten bereiten wird. . . Müssen jeden Tag Tausende fallen, Tausende verwundet werden, Tausende in Gefangenschaft geraten, weil es niemanden in Deutschland gibt, der dem Kaiser sagt, was er tun muß? Heute ist jedes Soldatenleben, das zugrunde geht,

Wo sind die großmächtigen Männer, die das Bismarck-Wort im Munde führen: ‚Wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt‘? Sind es wirklich nur gewöhnliche Herren-diener und elende Hofschranzen, die dem Kaiser nicht zu sagen wagen, was seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit ist: das deutsche Volk von ihm zu befreien. Er soll ja das Hindernis des Friedens, das Hindernis des Waffenstillstandes, das Hindernis jeder Verhandlung mit dem Gegner sein . . . Wo ist denn Hindenburg, der doch die Majestät von außen

---

46. M. P., 19. Okt. 1918/Nr. 245.

47. F. Tp., 19. Okt. 1918/Nr. 246.

und von innen kennt und der sich über die Kriegslage keinen Täuschungen hingeben kann? Wo ist dieser Hindenburg, daß er nicht vor den Kaiser tritt und ihm sagt, was seine letzte Aufgabe als „oberster Kriegsherr“ ist? Wo ist Prinz Max von Baden, der dem Kaiser sagt, was die Pflicht gebietet?“

Das Blatt erinnert sich seines Genossen Scheidemann, der um die Jahrhundertwende in seinen eigenen Redaktionsstuben saß, und richtet auch einen Appell an dessen persönlichen Mut, indem es fortfährt:

„Und wenn Hindenburg und Max das nicht sagen können, dann soll es Scheidemann tun und dem Kaiser sagen, daß Tausende im Gefängnis gesessen wegen Majestätsbeleidigung, daß nun aber das Volk keine größere Sehnsucht hat, als die Majestät für die Menschenleben zur Verantwortung zu ziehen, die sie auf dem Gewissen hat.“

Die „Fränkische Tagespost“ schlägt hier ungemein heftige Töne an und bedient sich einer Argumentation, die sich eng an die feindliche Propaganda anlehnt;<sup>48</sup> sie macht den Kaiser wiederum für die Verlängerung des Krieges verantwortlich. Das Blatt verlangt die Abdankung Wilhelms II. zum Teil mit der Begründung, Genugtuung für die Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigungen zu erhalten. Ja, es versteigt sich zu der Forderung, Wilhelm II. für die Kriegsoffer persönlich verantwortlich zu machen, und berührt sich hierin mit der späteren Forderung der Feinde, Wilhelm II. zur Aburteilung vor einem internationalen Gerichtshof auszuliefern.

Der Unabhängige Haase hat am 24. Oktober 1918 im Reichstag behauptet,<sup>49</sup> daß auch das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ ausgeführt habe, daß „es eine selbstverständliche und begründete Forderung an den gegenwärtigen Träger der Krone sei, daß er sein Amt niederlege, wenn er ein Friedenshindernis sei“. Soweit die Ausführungen Haases! Haase stützte sich hier auf die „Leipziger Volkszeitung“, die am 19. Oktober eine Stelle aus dem Leitartikel des „Leipziger Tageblattes“ zitierte, die dort folgenden Wortlaut hatte:<sup>50</sup>

„Glaubt die neue Regierung von sich aus, daß eine solche Tat, zur rechten Zeit und freiwillig vollzogen, dem schwer geprüften deutschen Volk den Weg zum Frieden erleichtert,

---

48. Thimme, a. a. O., S. 127 ff.

49. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6185.

50. Zitiert nach der „L. Vz.“ vom 19. Okt. 1918/Nr. 245.

so wird sie den Mut haben, ihre Auffassung zu Gehör zu bringen, und wir haben das Vertrauen zum Träger der Krone, daß ihm im Interesse des Volkes und des Vaterlandes kein Opfer zu schwer sein würde.“

Das „Leipziger Tageblatt“ betont eigens, daß, wenn die neue Regierung „von sich aus“ zu der Überzeugung von der Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers komme, „sie“, die Regierung, den Mut haben werde, dem Monarchen diesen Schritt nahezulegen. Das Blatt vermeidet also bewußt eine persönliche Stellungnahme zu der Frage, ob die Abdankung Wilhelms II. notwendig sei oder nicht. Von einer „selbstverständlichen und begründeten Forderung“, wie Haase sich ausdrückte, ist hier überhaupt keine Rede. Man kann daraus lediglich das Einverständnis des nationalliberalen Blattes mit einer notwendigen Abdankung des Kaisers herauslesen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ greift diese Ausführungen des „Leipziger Tageblattes“ auf und nimmt ihrerseits Stellung zu der Kaiserfrage:<sup>51</sup>

„Die Abdankung Wilhelms II. würde ein Symbol sein; denn er ist der oberste Repräsentant der Kreise, die den Krieg geführt haben. Aber der Sturz Wilhelms II. ist noch nicht der Sturz des Militarismus. Was dann, wenn er abdankt? Friedrich Wilhelm oder ein anderer aus der Dynastie der Hohenzollern als Kaiser?

Das Bürgertum mag diese Halbheiten erwägen. Wir stehen auf einem anderen Standpunkt als jene bürgerlichen Revolutionäre von anno dazumal, deren letztes Ziel wäre, möglichst schnell einen neuen Kaiser zu machen. Wir fordern, daß mit der Person auch die Institution fällt, und das System, mit dessen Hilfe die Institution erhalten wurde.

Wir fordern das nicht erst seit heute und gestern, wie das Bürgertum heute die Abdankung Wilhelms II. erörtert und morgen wieder anders denkt, sondern wir sind von jeher Republikaner gewesen, weil die monarchische Institution der Feudalzeit sich mit dem Sozialismus schlechterdings nicht vereinbaren läßt. Unser Ziel ist die sozialistische Republik.“

Die Abdankung Wilhelms II. wäre, nach Auffassung des Blattes der Unabhängigen, ein Symbol, der Auftakt zum allgemeinen Sturz des „militärischen“ Systems, von dessen straffer Zucht und Disziplin sich die revolutionären Elemente in Schranken gehalten fühlen. Ihr Ziel, das betonen die Unabhängigen immer wieder, ist die sozialistische Republik.

---

51. L. Vz., 19. Okt. 1918/Nr. 245.

Am 20. Oktober kommen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ in ihrer „Politischen Wochenschau“ nochmals auf die Kaiserfrage zu sprechen:<sup>52</sup>

„Dem Enkel des umjubelten ersten Kaisers stehen heute Tausende von deutschen Bürgern fremd und in finsterner Zurückhaltung gegenüber, und offen oder geheim wird die Rolle erwogen, die seiner Persönlichkeit in der Frage der Völkerversöhnung zufällt. Wer am Reichsgedanken hängt, mit seiner ganzen Seele und mit der verstandesmäßigen Erkenntnis, daß ein Bayern im Reich unendlich mehr bedeutet als ein Bayern ohne Reich, den muß diese Entwicklung bis ins Innerste erschüttern.“

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ betrachten hier angeblich die Kaiserfrage noch stärker als am 16. Oktober lediglich vom Reichsgedanken aus. Die später auftauchenden Argumente gegen die Abdankung Wilhelms II. werden hier zur Begründung der Abdankungsforderung vorgebracht: um die Reichseinheit in ihrer jetzigen Form zu wahren, soll der Kaiser der „Völkerversöhnung“ geopfert werden. Die Haltung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist um so beachtenswerter, als gerade in dieser Zeit Gerüchte über bayerische Sonderbestrebungen die Öffentlichkeit beunruhigten.

Am 20. Oktober 1918 traf der Kaiser mit dem bayerischen Gesandten in Berlin, dem Grafen Lerchenfeld, zusammen; bei dieser Gelegenheit wies dieser den Monarchen auf die gefährlichen Strömungen im Reich hin, die eine besondere Spitze gegen den Kaiser trügen.<sup>53</sup> Graf Lerchenfeld erklärte schließlich dem Kaiser,<sup>54</sup> Präsident Wilson habe zwar die Abdankung noch nicht gefordert, diese Forderung könne aber jederzeit kommen und dann müsse ihr unbedingt Folge geleistet werden. Nach einer Äußerung Wilhelms II. gegenüber dem bayerischen Kronprinzen am 4. November 1918<sup>55</sup> hätte Graf Lerchenfeld wörtlich gesagt. „Wenn der Präsident des Kriegskabinettes es sagt, bleibt für Euere Majestät nichts anderes übrig.“ Der Kaiser war darob sehr aufgebracht und entgegnete:<sup>56</sup> „Ein Nachfolger Friedrich des Großen dankt nicht ab.“

---

52. M. N. N., 20. Okt. 1918/Nr. 531.

53. M. v. B., a. a. O., S. 467. Vgl. Niemann, Wanderungen, S. 93.

54. Niemann, Wanderungen, S. 93.

55. Kronprinz Rupprecht von Bayern, Mein Kriegstagebuch, Bd. II, S. 473.

56. M. v. B., a. a. O., S. 467.



Am 21. Oktober sprach in der Berliner Philharmonie der jüdische Publizist Maximilian Harden (= Witkowsky) vor einem auserwählten Publikum der Berliner Gesellschaft. Er führte nach dem Bericht der „National-Zeitung“ folgendes unter dem Beifall der Anwesenden aus:<sup>57</sup>

„Das Volk ist mündig. Eins nur ist vonnöten: Als letzte Tat dieses Krieges muß der oberste Kriegsherr es auf sich nehmen, Volk und Heer gegenüber sich offen zur Lage zu bekennen, die uns zum Schritt des 5. Oktober geführt hat. Ehrlich und überzeugt vor aller Welt sich von einem System lossagen, dessen Wirkungen für unser Land voller Verhängnis war. Das deutsche Volk muß den ersten seiner Bürger innerlich spüren — er kann nicht auf Zeiten verschwinden, ohne ganz zu verschwinden . . . Es kann nur ehrenvoll sein, aus einer Tat die Konsequenzen zu ziehen!“

Harden möchte dem Kaiser das Eingeständnis der Verantwortlichkeit für das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober entlocken und ihn daraus die Konsequenzen ziehen sehen. Wenn Wilhelm II. sich „innerlich“ zur Demokratie bekennen würde, so wie es Harden im Namen des deutschen Volkes zu verlangen sich erdreistet, dann müßte er seinem eignen System gemäß der damaligen Auffassung die Schuld für die katastrophale Lage aufbürden; das hieß aber, sich selbst verurteilen.

Scheidemann berichtet<sup>58</sup> von einem Konflikt zwischen ihm und einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, der an ihn „das niedliche Ansinnen“ gestellt habe, „ihm behilflich zu sein, die Presse in der Kaiserfrage noch fester an die Kette zu nehmen“. Das war für Scheidemann eine zu starke Zumutung, da, nach seiner Ansicht,<sup>59</sup> die Presse sich nur zaghaft in der Kaiserfrage zu äußern wagte, während „in allen öffentlichen Lokalen, in allen Bahnen und Läden, in allen Fabriken und Werkstätten das gleiche Thema: Weg mit dem Kaiser!“ besprochen wurde. Staatssekretär Scheidemann „sagte und schrieb“ dem betreffenden Diplomaten, dessen Namen er uns verschweigt, „gründlich Bescheid“. Das Schreiben, das uns überliefert ist,<sup>60</sup> ist sehr aufschlußreich über die Art, wie die durch das neue Regierungsprogramm teilweise wiedergewonnene „Pressefreiheit“ zu einer Stimmungsmache gegen den Kaiser mißbraucht werden konnte. Das Schreiben lautet:

57. National-Zeitung, 22. Okt. 1918/Nr. 246.

58. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 239.

60. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 198 f.

59. Ebd.

„In Ihrem Schreiben vom 21. Oktober 1918 wünschen Sie, daß ich in der von Ihnen gekennzeichneten Richtung meinen Einfluß auf die Presse ausüben soll. Dazu bin ich durchaus nicht in der Lage. Ich werde mich entschieden gegen jeden Versuch sträuben, der Presse weitere Fesseln anzulegen. In dem Programm der Regierung ist genau skizziert worden, unter welchen Umständen die Zensur das Recht hat, einzugreifen. Über die durch den Krieg bedingten vier Punkte hinaus darf die Presse unter keinen Umständen gehindert werden, frei und offen ihre Meinung zu bekennen.

Das Thema von der Abdankung des Kaisers ist nach meiner Auffassung ein politisches, kein militärisches. Aber selbst wenn man gewaltsam konstruieren wollte, daß das Thema von der Abdankung ein militärisches sei, weil der Kaiser oberster Kriegsherr ist, so könnte die Zensur dennoch nicht einschreiten. Es ist nicht schlechthin die Erörterung eines jeden militärischen Themas unter Zensur gestellt, sondern nur Fragen strategischer und taktischer Art und außerdem Fragen, die sich auf die Munitionsherstellung beziehen. Ich kann also nicht einsehen, woher das Recht abgeleitet werden soll, der Presse die Erörterung des erwähnten Themas zu verbieten oder auch nur zu erschweren.“

Der Kaiserliche Staatssekretär setzte sich ohne Zweifel nur deshalb für die unbehinderte Erörterung der Kaiserfrage in der Presse ein, weil er dadurch eine Unterstützung seiner eigenen (hier noch unausgesprochenen) Wünsche und Ansichten erhoffte — über etwaige Folgen eines solchen Pressefeldzuges fehlt jedes Wort!

Am 21. Oktober 1918 wurden die neuen Staatssekretäre dem Kaiser vorgestellt. Wilhelm II. machte auf Scheidemann „den ungünstigsten Eindruck“. <sup>61</sup> Wir dürfen also annehmen, daß Scheidemann den Kaiser nicht nur aus politischen Gründen bekämpfte, sondern auch aus rein persönlicher Antipathie. — Der Kaiser hielt eine kurze Ansprache an die neuernannten Staatssekretäre, in der es am Schlusse hieß: <sup>62</sup> „Ich hoffe, daß es uns, durch heiße Vaterlandsliebe und das Gefühl starker Verantwortung verbunden, gelingen wird, dem neuen Deutschland den Weg zu einer hellen und glücklichen Zukunft zu bahnen. Daran wollen wir alle unsere Kraft setzen, bereit, den Weg des Friedens zu gehen, bereit aber auch, zu kämpfen bis auf den letzten

---

61. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 233.

62. Niemann, Revolution von oben, S. 194 f. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 231 f.

Hauch und den letzten Hieb, wenn es unsere Feinde nicht anders wollen.“ Wegen dieser Schlußwendung, die die Bereitwilligkeit zur nationalen Verteidigung betonte, kam es unmittelbar nach der Kaiseraudienz zu Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Staatssekretären. Gröber war für die Veröffentlichung der kaiserlichen Ansprache, Scheidemann dagegen, weil er der „festen Überzeugung war, daß die Ansprache in diesem Augenblick lächerlich wirken müsse“<sup>63</sup> und weil ihm die Schlußworte vom „letzten Hauch und letzten Hieb“ „in dieser Situation als eine Geschmacklosigkeit“ erschienen.<sup>64</sup> Mit dieser Argumentation gelang es Scheidemann, die Veröffentlichung der kaiserlichen Ansprache vorläufig hintanzuhalten. Als sie später, am 4. November 1918, veröffentlicht wurde, um die Loyalität des Kaisers gegenüber dem parlamentarischen System zu bekunden, fand sie wenig Beachtung mehr.<sup>65</sup>

Die ablehnende Haltung Scheidemanns gegenüber einem Aufruf zum letzten Kampf war beeinflusst durch die Haltung des sozialdemokratischen Parteiorganes; der „Vorwärts“ gab am 20. Oktober 1918 die nationale Verteidigung mit den berühmt und berüchtigt gewordenen Worten preis:<sup>66</sup> „Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialdemokraten — seine Kriegsflagge für immer einstreichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.“ — Am 22. bemerkt der „Vorwärts“ zur dritten deutschen Note an Wilson:<sup>67</sup>

„So spricht aus der deutschen Note an Wilson ein völlig veränderter Geist. Was gleich geblieben ist, ist nur der Wille zur nationalen Selbsterhaltung, d. h. jetzt aber nicht mehr Selbsterhaltung regierender Kasten und veralteter Staatseinrichtungen, sondern Erhaltung des deutschen Volkes selbst . . .“

Auch aus dem „Vorwärts“ selbst spricht ein „veränderter Geist“. Am 16. Oktober warnte das Blatt die Entente vor einer Überspannung des Bogens; gemeint war: in der Kaiserfrage! Am 20. ist das Blatt zur Erreichung eines dauernden Friedens zu jedem Opfer bereit, „das mit dem Sinn des (Wilsonschen) Programms verträglich ist“.<sup>68</sup> Am 22. Oktober gibt es auch die „veralteten Staatseinrichtungen“ und die „regierenden Kasten“

---

63. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 199.

64. Ebenda, S. 198.

65. Haussmann, a. a. O., S. 264.

66. Vw., 20. Okt. 1918/Nr. 289. Vgl. dazu Keim, a. a. O., S. 55.

67. Vw., 22. Okt. 1918/Nr. 291.

68. Vw., 20. Okt. 1918/Nr. 289.

preis. Damit zieht das sozialdemokratische Organ den Trennungsstrich zwischen der Sozialdemokratie einerseits und der Monarchie und dem Kaiser andererseits.

Am 22. Oktober vollzieht das Nürnberger sozialdemokratische Blatt eine bemerkenswerte Schwenkung. Die „Fränkische Tagespost“ schreibt:<sup>69</sup>

„Was ist heute Wilhelm II.? Es ist ganz gleichgültig, ob er beseitigt wird oder ob er bleibt. Wir sind durchaus frei von jeder persönlichen Abneigung gegen Wilhelm II. Er hat böse gegen uns gesprochen und schroff gegen uns gehandelt. In der nüchternen und überlegten Politik gibt es aber weder Dankbarkeit noch Haß. Wilhelm II. ist ausgeschaltet als ein Faktor der Politik. Er wird kaum mehr sprechen, und wenn er spricht, wird seine Zunge gelähmt sein. Würden wir das Bedürfnis nach einer Genugtuung gegen den Mann haben, der uns Sozialdemokraten zugemutet hat, daß wir den Staub des Vaterlandes von unseren Pantoffeln schütteln, so würden wir dieses Gefühl nun viel kräftiger empfinden, wo er nur noch ein Kaiser dem Namen nach ist, als wir es empfunden hätten, wenn er freiwillig zu noch günstiger Stunde mit heroischer Gebärde seiner Krone entsagt hätte. Wilhelm II. ist gewesen. Sein Schicksal läßt uns kalt.“

Das Blatt begnügt sich anscheinend mit einem Schattenkaisertum Wilhelms II. und drängt nicht weiter auf dessen Abdankung. In einer Zuschrift aus ihrem Leserkreise wurde die „Fränkische Tagespost“ der Inkonsequenz geziehen. Darauf erwidert das Blatt in seiner Briefkastenecke („Nürnberger Chronik“) folgendes:<sup>70</sup>

„Wir haben durchaus die Auffassung, daß Wilhelm II. am deutschen Volke sündigt, weil er nicht zur rechten Zeit abdankt, wir sind überzeugt, daß diese Abdankung kommen wird, zu spät für Deutschland und zu spät für Wilhelm II. Wir sind aber der Meinung, daß sich Wilhelm II. als Schattenkaiser weit tiefer niedergedrückt fühlen muß, denn als Monarch, der aus, wenn auch nur scheinbar, freien Stücken, den Verzicht auf den Thron ausspricht.“

Der Umschwung der „Fränkischen Tagespost“ geht ohne Zweifel auf eine Direktive der sozialdemokratischen Parteileitung zurück. Darüber gibt uns ein Zitat der „Leipziger Volkszeitung“ Aufschluß. Das unabhängige Blatt zitiert einen Ab-

---

69. F. Tp., 22. Okt. 1918/Nr. 248      70. F. Tp., 23. Okt. 1918/Nr. 249.



schnitt aus der S.P.D.-Korrespondenz, der folgenden Wortlaut hat: <sup>71</sup>

„Der jetzige Übergang zur Republik würde gewiß von einem Teil des Volkes freudig aufgenommen. Aber es darf nicht verkannt werden, daß die monarchistische Gesinnung in anderen Teilen des Volkes noch recht fest sitzt. Der tatsächliche Unterschied zwischen einer parlamentarisch regierten Monarchie und einer parlamentarisch regierten Republik ist kaum noch durch die Lupe zu erkennen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn wir Deutsche des kleinen Unterschiedes wegen uns die Schädel, die der Feind noch heil gelassen hat, gegenseitig einschlagen wollten. Die starke Monarchie ist gewesen, und alles, was man über sie sagt, ist nur ein Nekrolog.“

Dieses Zitat erklärt schlaglichtartig die eigenartige Schwenkung der „Fränkischen Tagespost“ am 22. Oktober. Es ist darüber hinaus sehr bedeutsam für die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der monarchischen Staatsform. Bemerkenswert ist die demokratische Auffassung, daß man den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes in der monarchischen Frage berücksichtigen müsse. — Die „Leipziger Volkszeitung“ benutzt diese Gelegenheit, um ihren Standpunkt in dieser Frage kundzutun. Sie schreibt: <sup>72</sup>

„Wir grundsatztreuen Sozialdemokraten sind überzeugte Vertreter der republikanischen Staatsform, obwohl wir aus Erkenntnis und aus Erfahrung wissen, daß die Staatsform allein nicht entscheidend ist, und daß Republik noch lange nicht die sozialistische Gesellschaft bedeutet. Wir wissen aber auch, daß sich die Monarchie in keiner Weise mit Demokratie und wahren Gesellschaftssozialismus verträgt. Das eine schließt das andere aus. Und die Republik ist ein mächtiger Hebel der Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, dem Ziel unseres Strebens. — Wer wollte bestreiten, daß dieses Ziel näher ist denn je? Aus dieser Lage ergeben sich die Notwendigkeiten für das Verhalten der Arbeiterklasse. Sie darüber aufzuklären und ihre Aktion in entsprechender Weise zu beeinflussen, ist die dringendste und wichtigste Aufgabe unserer Partei, die sozialdemokratisch sein will.“

Es dreht sich hier nicht darum, die Unterschiede der beiden sozialistischen Auffassungen festzustellen. Die „Leipziger Volkszeitung“ wirft den Mehrheitssozialisten den „Abbau des

---

71. Zitiert nach der „L. Vz.“ vom 22. Okt. 1918/Nr. 247.

72. L. Vz., 22. Okt. 1918/Nr. 247.

republikanischen Bekenntnisses in dem Augenblick, da ernst gemacht werden soll und gemacht werden kann“ vor.<sup>73</sup> Das heißt: das Blatt der Unabhängigen hat die günstige Gelegenheit zu einem mehr oder weniger gewaltsamen Umsturz der bestehenden monarchischen Staatsform, und damit zur Absetzung Wilhelms II., erkannt und möchte sie ausgenutzt wissen.

Die in der deutschen Note vom 20. Oktober 1918 ausgesprochenen und angekündigten Änderungen der deutschen Verfassung bedurften noch der Zustimmung des Reichstages. Am 22. Oktober wurden dem Reichstage zwei Gesetzentwürfe vorgelegt; der erste betraf den Artikel 9 der Reichsverfassung, der zweite den Artikel 11.<sup>74</sup> Der Artikel 11 regelte die bisherigen politischen und völkerrechtlichen Befugnisse des Kaisers. Er sollte nun dahin abgeändert werden, daß der Reichstag unter allen Umständen zu Kriegserklärungen und Friedensschlüssen seine Zustimmung zu geben habe. — Der Reichskanzler beabsichtigte in seiner einleitenden Rede zu der Gesetzesvorlage auf „die versöhnende Kraft eines Rechtsfriedens hinzuweisen, zugleich aber Friedenshoffnungen herabzustimmen und auf die nationale Verteidigung vorzubereiten“.<sup>75</sup> Dieser Zweck wurde aber nicht erreicht. Die Worte des Reichskanzlers verhallten, ohne tiefere Wirkungen zu hinterlassen.<sup>76</sup> Dagegen benutzten die inneren „Feinde des Reiches“ die günstige Gelegenheit, von der Tribüne des Reichstages herab ihre Wünsche und Forderungen zu stellen und Deutschland die Treue und den Gehorsam zu kündigen.<sup>77</sup>

Am 22. Oktober 1918 äußerte sich der Vorsitzende der Sozialdemokratie, Friedrich Ebert, folgendermaßen:<sup>78</sup>

„Präsident Wilson hat die Zerstörung ‚jeder willkürlichen Macht‘ verlangt, die für sich geheim oder nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Damit hat er sich eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie zu eigen gemacht. Schon 1908 anlässlich des ‚Daily Telegraph‘-Interviews hat unsere Fraktion in dieser Richtung genau formulierte Anträge hier eingebracht, die jetzt endlich — leider viel zu spät — zur Annahme gelangen werden . . .

---

73. Ebenda. 74. Vgl. M. v. B., a. a. O., S. 496, Fußnote.

75. M. v. Baden, a. a. O., S. 474. Die Rede des Prinzen Max im Reichstage am 22. Okt. 1918, siehe ebenda 478 ff.

76. Westarp, a. a. O., S. 76, spricht von „leeren Worten“.

77. M. v. B., a. a. O., S. 487.

78. Verhandlungen des Reichstages, Bd. 314, S. 6161.

Meine Herren, täuschen wir uns nicht: für das persönliche Regiment und für die Politik der gepanzerten Faust ist kein Raum mehr in Deutschland.“

Diese Rede Eberts ist eine deutliche Absage der Sozialdemokratie an das „persönliche Regiment“ Wilhelms II. und darüber hinaus an die Person des Kaisers selbst. Der Redner vermeidet es absichtlich, auch nur anzudeuten, welche Konsequenzen sich aus dem innerpolitischen Umschwunge für den regierenden Monarchen ergeben würden. Und dies hätte man von Ebert um so mehr erwarten können, als er bereits am 18. Oktober in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses die Worte sprach:<sup>79</sup> Das Volk deute auf Ludendorff als den Schuldigen; aller Haß richtet sich gegen Wilhelm II.

Ganz offen sprach am 24. Oktober der Abgeordnete Noske die Erwartungen der Sozialdemokratie in der Kaiserfrage aus:<sup>80</sup>

„Herr Abgeordneter Graf Westarp hat gestern der Hoffnung auf bessere Zeiten unter einer starken Monarchie Ausdruck gegeben<sup>81</sup> . . . Meine Herren, solche Darlegungen könnten dazu anregen, Betrachtungen über die monarchische Politik in Deutschland unter dem jetzigen Kaiser anzustellen. Im Lande geschieht das in reichlichem Maße. Meine Herren, alle Proteste, die gestern laut geworden sind, ändern an der Tatsache nichts, daß über die Frage der Monarchie allenthalben im Lande lebhaft diskutiert wird, und es gibt keinen einzigen unter Ihnen, der den Mut haben könnte, hier aufzutreten und davon zu sprechen, daß irgendwo begeisterte monarchische Kundgebungen veranstaltet worden wären. Meine Herren, es wäre unehrlich, wenn man nicht aussprechen wollte, daß Beifall bei vielen Millionen Menschen im Deutschen Reiche lediglich eine einzige große Geste des Trägers der Kaiserkrone ausgelöst hätte.“

Damit hat auch die Sozialdemokratie im Reichstage das „befreiende Wort“ in der Kaiserfrage gesprochen. Die „große Geste“ Wilhelms II. wurde zum Stichwort in der Erörterung der Kaiserfrage. — Hinsichtlich dieser Rede Noskes muß noch berücksichtigt werden, daß sie erstens bereits unter dem Eindruck der inoffiziell verbreiteten dritten Wilson-Note stand und zweitens im Hinblick auf die mit der Sozialdemokratie um die Gunst der unzufriedenen und revolutionären Massen konkurrie-

---

79. M. v. Baden, a. a. O., S. 468.

80. Verhandlungen des Reichstages, Bd. 314, S. 6217 f.

81. Abgedruckt bei Westarp, a. a. O., S. 59 f., s. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6177 f.

renden Unabhängigen erfolgte. Gerade dieser letzte Umstand dürfte ausschlaggebend gewesen sein, da der Unabhängige Haase bereits am Vortage eine revolutionäre Brandrede gehalten hatte.

Die Rede Noskes blieb nicht ohne Widerspruch. Noch am gleichen Tage erwiderte ihm der konservative Abgeordnete Kreth folgendermaßen:<sup>82</sup>

„Dann sprach Herr Noske darüber, daß die Frage der Aufrechterhaltung der Monarchie nunmehr überall erörtert werde und daß ihm Kundgebungen, die sich für die Monarchie ausgesprochen hätten, nicht bekannt geworden wären. Ja, wenn er nur die sozialdemokratische und ihre benachbarte Presse liest, so wird er wohl wenig davon hören. In der konservativen Presse sind derartige Kundgebungen genug zu finden. Ich glaube, es heiße dem königstreuen und monarchisch gerichteten Teile des deutschen Volkes unrecht tun, wenn man überhaupt auf diese Frage näher eingehen wollte. Das deutsche Volk ist in seiner überwiegenden Mehrheit monarchisch gesonnen und es bleibt monarchisch bis auf die Knochen und wird sich durch gewisse Treibereien von der linken Seite in dieser Überzeugung, in dieser Gesinnung nicht beirren lassen.“

Der konservative Abgeordnete pariert die Erwartung Noskes nach der Abdankung Wilhelms II. mit dem Argument, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes monarchisch gesinnt und daher eine Abdankungsforderung nach demokratischem Prinzip nicht berechtigt sei. Wohl hatte auch Noske von der monarchischen Frage und von monarchischen Kundgebungen gesprochen, seine Forderung aber bezog sich lediglich auf die Abdankung des jetzt regierenden Kaisers und nicht zugleich auf die Änderung der monarchischen Staatsform, um so weniger, als die Sozialdemokratie selbst, wie wir gesehen haben, sich für den Augenblick mit der parlamentarischen Monarchie begnügen wollte. —

Am 23. Oktober sprach im Reichstag der Abgeordnete Haase als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten. Zur Kaiserfrage führte er folgendes aus:<sup>83</sup>

„Meine Herren, die Kronen rollen auf das Pflaster, die Krone des Bulgarenkönigs Ferdinand, die Krone des Zaren Nikolaus, die Krone des österreichisch-ungarischen Kaisers.

---

82. Westarp, a. a. O., S. 71 f., s. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6224.

83. Verhandlungen des Reichstages, Bd. 314, S. 6185 f.



Die Kronen, die man schon zu erhaschen glaubte, sind wie ein Phantom schnell davongeeilt, die Krone von Finnland, von Kurland, von Litauen. Rings um uns werden Republiken sich auftun, und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein.“

Bei diesen Worten unterbrachen stürmische Unruhe und Pfui-Rufe von rechts den Redner. Nach einer Zwischenbemerkung fuhr er dann fort:

„Wir sind hier doch noch nicht so weit, daß man einen Gedanken nicht aussprechen kann in parlamentarischer Form! Wenn Ihnen das nicht paßt, meine Herren (nach rechts), so verraten Sie damit, daß Sie auch in dieser Zeit noch nichts gelernt haben. — Ich glaube, da war kein grobes Wort dabei. Es sind doch bürgerliche Blätter: die „Münchener Neuesten Nachrichten“, das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ erwähne ich nur von vielen, die ausgeführt haben, daß es eine selbstverständliche und begründete Forderung an den gegenwärtigen Träger der preußischen Krone und den Deutschen Kaiser sei, daß er sein Amt niederlege, wenn er ein Friedenshindernis sei. — Eine Reihe anderer Blätter haben noch viel deutlicher gefordert, daß die Dynastie in Deutschland anderen Einrichtungen Platz machen müsse. — Die Zensur hat dann versucht, einige dieser Blätter für kurze Zeit zu unterdrücken; aber die Tatsache hat sie nicht aus der Welt schaffen können.“

Die Bemerkungen über die Haltung der genannten Blätter sind in dieser Untersuchung bereits richtiggestellt worden. Mit der „Reihe anderer Blätter“ wollte der Redner wohl die Presse der Unabhängigen und radikaleren Sozialisten bezeichnen. — Haase fuhr dann fort:

„Sie wissen so gut oder besser als ich, wie in vielen Kreisen des Bürgertums seit Wochen darüber gesprochen wird, in den konservativen Reihen nicht zum wenigsten, daß schließlich um der Hohenzollern-Dynastie willen nicht das Schicksal unseres deutschen Volkes besiegelt sein soll. (Zurufe rechts.) Nein, in konservativen Blättern stand das nicht, das habe ich auch nicht gesagt, aber in den bürgerlichen Kreisen gehen von Mund zu Mund derartige Äußerungen.“

Was die Bemerkung über die mündlichen Äußerungen der bürgerlichen und konservativen Kreise betrifft, so sind diese natürlich nicht kontrollierbar, so wenig wie etwaige kaisertreue Äußerungen bei linksgerichteten Kreisen. Daraus ist im besten Falle zu entnehmen, daß Ausnahmen auch hier die Regel be-

stätigen. — Die Gesamthaltung des Unabhängigen Haase darf dahin zusammengefaßt werden, daß er aus prinzipiellen Gründen die Absetzung Wilhelms II. und die deutsche Republik befürwortet.

Am 24. Oktober sprach der Abgeordnete Ledebour als zweiter Redner der Unabhängigen. Er begann seine Ausführungen über die Kaiserfrage mit folgender Einleitung:<sup>84</sup>

„Sofern man aber einzelne Personen ins Auge faßt, die auf Grund dieses Systems einen unheilvollen Einfluß ausgeübt haben, dann steht Wilhelm II. an der Spitze.“

Hier unterbrach ihn bereits der Reichspräsident und machte ihn darauf aufmerksam, daß er in seiner Rede schon mehrmals den Ausdruck „unheilvoller Einfluß“ gebraucht habe und eben jetzt sogar in Verbindung mit der Person des Monarchen. Der Reichspräsident erteilte Ledebour wegen dieses „ungehörigen Ausdruckes“ einen Ordnungsruf. Ledebour fuhr dann fort:

„Ich werde mich darauf beschränken, Tatsachen ohne Kommentar sprechen zu lassen. Kurz nach Beginn seiner Regierung hat Kaiser Wilhelm II. an Rekruten eine Ansprache gerichtet, in welcher er sie aufforderte, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn es kommandiert würde.

Als Träger des imperialistischen Systems hat Kaiser Wilhelm II. fortgesetzt in der Welt herumtelegraphiert. Ich will nur eins zitieren. Er hat an den ehemaligen Kaiser Nikolaus von Rußland ein Telegramm gerichtet dem Sinne nach: Der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans. (Lachen bei den Unabhängigen.) Sie meinen vielleicht, das sei nur geschmacklos; ach nein, das war in jener Situation eine direkte Aufpeitschung Englands zur Feindschaft gegen Deutschland. Es lassen sich ja diese Aussprüche vervielfältigen. Er hat andererseits auch wieder in dem bekannten ‚Daily Telegraph‘-Interview Aussprüche getan, die selbst bei den bürgerlichen Parteien dieses Hauses einen Sturm der Entrüstung hervorriefen . . . Aus der allerletzten Zeit ist hier aber noch etwas in die Öffentlichkeit gekommen, was, glaube ich, Ihnen allen noch nicht vollständig bekannt ist. In Rußland hat man die Korrespondenz Kaiser Nikolaus II., die er mit seinem Freund und Bruder Kaiser Wilhelm II. geführt hat, veröffentlicht. Darunter befindet sich ein Brief, den Wilhelm II. im Jahre 1895 an den russischen Zaren geschrieben hat. Der lautet: Mein

---

84. Ebenda, S. 6231 f.

Reichstag zeigt eine verflucht üble Färbung, indem er zwischen Sozialdemokraten, die von den Juden unterstützt werden, und den ultramontanen Katholiken hin- und herschwankt. Meiner Ansicht nach müßten beide Parteien einzeln gehängt werden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen. — Lachen rechts.) Wäre dieser Wunsch Kaiser Wilhelms II. damals in Erfüllung gegangen, so wären von den anwesenden Herren z. B. der Herr Staatssekretär Gröber nicht in die Lage gekommen, sich von Wilhelm II. ein Portefeuille in die Hand drücken zu lassen. (Zurufe. — Heiterkeit.) Das ist allerdings ein formeller Unterschied. Das Verhältnis zu dem Herrn, der ihm den Strick um den Hals legen wollte, ist aber genau dasselbe. Nach meiner Ansicht dürfte die gegenwärtige Regierung nicht bloß diesen Brief, sondern der gesamten Kundgebungen wegen, die von dem Herrn aus seiner Regierungszeit bekannt sind, nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten.“

Die Absicht des Redners ist die, die Regierungsparteien gegen den Kaiser mobil zu machen und möglicherweise das Kabinett des Prinzen Max zu sprengen.<sup>85</sup> Ledebour legt dann ausführlich den Standpunkt der Unabhängigen in der Kaiserfrage dar. Er sagte wörtlich:

„Aber mit der Kronniederlegung Wilhelms II. wäre wenig gebessert. Ich will auf seine Nachkommenschaft nicht weiter eingehen. (Heiterkeit bei den Unabhängigen.) Ich meine, man muß sich nicht mit den einzelnen Personen aufhalten, sondern es muß einfach das ganze monarchische System ein für allemal beseitigt werden. Und wenn die gegenwärtigen Dynastien in Deutschland noch einmal etwas tun wollen, was ihnen Ansehen und Achtung verschaffen könnte, dann würde ich ihnen raten, daß sie soviel Patriotismus aufbringen wie die Mandschudynastie in China und freiwillig auf alle ihre Rechte verzichten. Dadurch würden sie in dieser Situation wirklich Deutschland einen großen Dienst leisten.“

---

85. Vizekanzler von Payer entgegnete darauf (siehe ebenda): „Der Abgeordnete Ledebour hat den in der ‚Isvestija‘ veröffentlichten Brief des Kaisers an den damaligen Zaren erwähnt. Ich glaube nicht, daß mit einem solchen Schriftstück, das nach der Angabe des Blattes 23 Jahre zurückliegt, ein Eindruck auf die Parteien dieses hohen Hauses gemacht werden kann. Gelegentliche Wendungen aus einem alten Briefwechsel, die wohl heute niemand mehr auf die Goldwage legen wird, können gegenüber der historischen Entwicklung, die unsere inneren Verhältnisse genommen haben, und auf deren Boden der Kaiser mit aller Entschlossenheit getreten ist, nichts bedeuten. Halten Sie sich doch ... an die Kundgebungen des Kaisers, aus denen sich seine Stellung zur neuen Zeit klar ergibt..., und lassen Sie verjähnte Briefe begraben.“

Der Unabhängige Ledebour betrachtet die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bereits als etwas Selbstverständliches. Er wendet sich daher „in dieser Situation“ an alle deutschen Dynastien, die Hohenzollern eingeschlossen, und verlangt von ihnen „soviel Patriotismus“, auf alle ihre Rechte zu verzichten. Damit könnten sie Deutschland den Weg zur Republik freigeben. Ledebour vertritt damit fast die gleiche Forderung, wie sie der Spartakusbund am 7. Oktober in Gotha aufgestellt hatte, nämlich „Abschaffung aller Einzelstaaten und Dynastien.“<sup>86</sup>

Der „Vorwärts“ kann es sich nicht versagen, die Eröffnung der Reichstagssitzungen durch einen hämischen Bericht zu kommentieren. „Ohne Sang und Klang . . . nach Armsünderart auf einem Schinderkarren, und unter verächtlichen Zurufen der Menge wurde gestern im Reichstage . . . das bankerotte Junkerregiment, das verkrachte System des preußisch-deutschen Feudalismus“ zu Grabe getragen.<sup>87</sup> „Gelebt wie gestorben in Unehren“, das wird man dieser Herrschaft auf den Grabstein setzen.“ Mit solch unglaublich heftigen und höhnischen Worten leitet das Regierungsorgan, der „Vorwärts“, am 23. Oktober seinen Bericht über die erste parlamentarische Reichstagssitzung ein. „Die gestrige Debatte klang wie ein Auftakt der großen Abrechnung, die bevorsteht, und die noch ganz andere Töne und Taten wird finden müssen!“ — Damit tritt auch der „Vorwärts“ in die Spuren der „Frankfurter Zeitung“, die solche Androhungen bereits am 7. Oktober ausgesprochen hatte.

Auch die „Frankfurter Zeitung“, die sich seit ihrer Besprechung der zweiten Wilson-Note in der Kaiserfrage eine auffällige Zurückhaltung auferlegt hatte, nimmt die Eröffnung des Reichstags zum Anlaß einer Betrachtung über den „Weg der Demokratie“. Es heißt darin u. a.:<sup>88</sup>

„Mit aller Entschlossenheit werden wir uns dagegen wehren, daß man Gewalt, die wir dulden sollen, uns als Recht repräsentiere — daß womöglich gar die Demokratie mit ihren Rechtsgrundsätzen und ihren Rechtsformen jetzt für gut genug befunden wurde, über Unrecht, das wir dulden müssen, den schützend verhüllten Mantel zu breiten und damit vor der deutschen Zukunft die lastende Verantwortung dafür zu tragen. Wir wissen nicht, wo für die Regierung das Erträg-

---

86. Drahn und Leonhard, a. a. O., S. 115.

87. Vw., 23. Okt. 1918/Nr. 292.

88. F. Z., 23. Okt. 1918/Nr. 294, Abendausgabe.



liche aufhört und das Unerträgliche beginnt. Kommt sie aber dazu, Opfer gegen unser Recht den Opfern des Endkampfes vorziehen zu wollen, dann soll sie die Wahrheit sagen — die Wahrheit nämlich, daß wir Unrecht dulden müssen für die furchtbare Schuld derer, die uns in die jetzige Lage gebracht haben, daß wir Gewalt dulden nicht wegen der Prinzipien der Demokratie, sondern wegen des Frevelmutes einer jammervollen Politik, die uns ins Unglück gestürzt hätte. Das Volk muß mit rücksichtsloser Ehrlichkeit erfahren, was es tragen soll und warum — und wer die Schuldigen sind, die es dafür schonungslos zur Verantwortung zu ziehen hat . . . Wir haben Jahrzehnte hindurch Reden über uns ergehen lassen, die uns vor der ganzen Welt kompromittierten, und wir sind doch nie über einen schwachen Ärger darüber hinausgekommen, nie zu einem großen Zorn, der diesen Reden ein für alle Male ein Ende bereitet hätte.“

Das Blatt nimmt also die Schuldfrage, die es am 11. Oktober vertagt wissen wollte, jetzt wieder auf. Es wird immer deutlicher, daß sich der Begriff der „Schuldigen“ auf Wilhelm II. selbst konzentriert. Wie am 11. Oktober ist die „Frankfurter Zeitung“ bemüht, die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage dem alten System und seinen Trägern aufzubürden. Sie möchte vor der deutschen Geschichte ihre Hände in Unschuld waschen und verwahrt sich dagegen, daß die Demokratie jetzt die volle Verantwortung für einen Gewaltfrieden übernehmen solle, den diese nicht verschuldet habe. — Am nächsten Tage nimmt die „Frankfurter Zeitung“ das Stichwort von den kompromittierenden Reden wieder auf und sagt dann wörtlich:<sup>89</sup>

„Man hat schließlich das brave deutsche Volk für eine ganz gefährliche Gesellschaft gehalten, das die Welt bedrohe, und dies erhielt immer neue Nahrung dadurch, daß unser Machtaufstieg, der zum Schweigen verpflichtet hätte, mit Reden und Einmischungen begleitet wurde. Es liegt nahe, hier auch an den Kaiser zu denken. Er hat es sicher gut gemeint, seine stark religiöse Natur bürgt allein schon dafür. Er hat auch sicherlich nicht auf den großen Krieg gesteuert, in den man schließlich mehr hineingerutscht als gegangen ist. Aber alles ändert nichts daran, daß er sich durch das, was er in den dreißig Jahren seiner Regierung gesprochen und getan hat, zum Symbol des alten Regimes gemacht hat. Und es muß ausgesprochen werden, daß im deutschen Volk die Stimmung gegenüber dem Kaiser nicht so ist, wie er wohl glauben mag. Weite Kreise lassen keinen Zweifel, daß sie

---

89. F. Z., 24. Okt. 1918/Nr. 295, Abendausgabe.

es dankbar empfunden hätten, wenn er bei der radikalen Umwandlung der inneren und äußeren Politik, die eingeleitet ist, persönliche Konsequenzen gezogen hätte, vor allem um seiner selbst willen . . . Im Übrigen ist die Lage eben die, daß das deutsche Volk das alte Regime, unter dessen Folgen es so schwer leidet, bis zum Halse satt hat, womit auch diejenigen, die dem alten Geist noch anhängen, rechnen müßten, wenn sie begriffen.“

Das Blatt vermeidet eine direkte Forderung nach der Abdankung des Kaisers und spricht sehr vorsichtig von „Kreisen“, die es „dankbar empfunden hätten“, wenn der Monarch beim inner- und außenpolitischen Umschwung zurückgetreten wäre. Die offensichtliche militärische Niederlage Deutschlands also und der Wechsel im Regierungssystem hätten den Kaiser, nach Auffassung des freisinnigen Blattes, verpflichtet, persönliche Konsequenzen zu ziehen und seine Krone niederzulegen. Das Kaisertum Wilhelms II., und mit ihm sein „persönliches Regiment“ im Innern, war also nach dieser Auffassung auf das engste mit Sieg oder Niederlage des deutschen Heeres verknüpft.

### 3. Kapitel.

#### **Die Verschärfung der Kaiserfrage infolge der dritten Note Wilsons vom 23. Oktober 1918.**

Am Nachmittag des 24. Oktobers traf die dritte Antwortnote des Präsidenten Wilson in Berlin ein. Wilson forderte jetzt Sicherung der militärischen Überlegenheit der Ententearmeen und Garantien, die es Deutschland unmöglich machen sollten, den Kampf jemals wiederaufzunehmen. Den deutschen Verfassungsänderungen, die die deutsche Regierung in ihrer Note vom 20. Oktober angekündigt hatte, stand Wilson offensichtlich mißtrauisch gegenüber. In der Note Wilsons hieß es wörtlich:<sup>1</sup> „Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen; daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches zu bestimmen und zu lenken,

---

1. Amt. Urk., Nr. 76. Der Text ist wiederum der Wiedergabe des Prinzen Max, a. a. O., S. 492, entnommen, da die Übersetzung der Amtlichen Urkunden nicht wörtlich mit der damals gebräuchlichen übereinstimmt.

unvermindert ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bisher die Beherrscher Deutschlands waren. In dem Gefühl, daß der ganze Weltfriede jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und gerade gehandelt wird, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch Worte, die schroff klingen mögen, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Beherrscher der deutschen Politik gewesen sind, und noch einmal darauf hinzuweisen, daß beim Friedensschluß und bei dem Versuch, die unendlichen Schäden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges gutzumachen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinen anderen als wahrhaftigen Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, denen eine echt konstitutionelle Stellung als den wirklichen Beherrschern Deutschlands gesichert ist. Wenn sie mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandeln muß, oder der Wahrscheinlichkeit nach später mit ihnen zu verhandeln haben wird, in bezug auf die internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches, dann muß sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe fordern.“ — Eine Interpretation dieser Stelle erübrigte sich eigentlich, da die ganze Note weniger auf eine sachliche Auseinandersetzung abzielte, als vielmehr auf revolutionäre Wirkung berechnet war.<sup>2</sup> Ein Verhandlungsfriede wird in Aussicht gestellt für den Fall, daß die Entente jetzt und später mit rein parlamentarischen Vertretern des deutschen Volkes zu verhandeln haben werde. Es bleibt unklar, ob Präsident Wilson von der Echtheit und Dauerhaftigkeit unseres parlamentarischen Systemes nur dann zu überzeugen war, wenn der Träger des bisherigen „autokratischen Systems“, nämlich Kaiser Wilhelm II., durch seinen Rücktritt das tatsächliche Ende dieses Systems auch nach außen hin kundtat.

Der Reichskanzler versuchte die neue Note Wilsons zu interpretieren,<sup>3</sup> traf dabei aber nicht den Kern der Wilsonschen Note.<sup>4</sup> Er glaubte, Wilsons Alternative laufe auf die Aufforderung hinaus: „Gebt mir politische Bürgschaften, dann verzichte

---

2. Stegemann, Erinnerungen, S. 500.

3. M. v. B., a. a. O., S. 495, Fußnote 2.

4. Niemann, Revolution von oben, S. 176.

ich auf militärische“.<sup>5</sup> Prinz Max schwankte, ob der Präsident nicht vielleicht doch die Abdankung Wilhelms II. verlangte. Er kam aber schließlich zu der Überzeugung, daß die dem Reichstag vorgelegten Gesetzesänderungen genügen würden, um die Grundlage für einen Verhandlungsfrieden zu schaffen.<sup>6</sup> Dem Reichstage wurden in aller Eile noch Zusatzanträge zur vollständigen und endgültigen Ausschaltung des Monarchen vorgelegt.<sup>7</sup>

Oberst Haeften, der Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler, trat am Nachmittag des 24. Oktobers, unmittelbar nach dem Eintreffen der dritten Wilson-Note, an den Reichskanzler mit dem Vorschlag heran, die amtliche Veröffentlichung der Note hintanzuhalten, damit der Kaiser das „Prävenire spielen und seine Abdankung gleichzeitig mit der Note bekannt geben könne“.<sup>8</sup> Oberst Haeften hatte keineswegs hochverräterische Absichten,<sup>9</sup> sondern betonte lediglich, daß der Kaiser gegebenenfalls aus eigener Initiative zurücktreten müsse, keinesfalls aber unter dem Druck der Sozialdemokratie. „Wenn aber Seine Majestät sich nicht sofort entschließt“, so sagte Haeften wörtlich, „dann bleibt nur übrig, mit Wilson zu brechen; und dann heißt es: Helm ab zum Gebet!“<sup>10</sup> — Bei dieser Gelegenheit berichtete Oberst Haeften dem Reichskanzler von einer Äußerung des sozialdemokratischen Abgeordneten Noske, die dieser vor seiner Rede im Reichstag, die wir im vorigen Kapitel bereits behandelten, getan habe. Noske meinte gegenüber dem Staatssekretär Solf und gegenüber Haeften:<sup>11</sup> „Die Note ist doch gar nicht so schlimm; wenn der Kaiser geht, kriegen wir einen guten Frieden.“ Oberst Haeften knüpfte daran die Warnung: Morgen werden die Sozialdemokraten die Abdankung des Kaisers fordern!<sup>12</sup> — Prinz Max von Baden widersetzte sich dem Vorschlag und der Warnung des Obersten Haeften. Später bedauerte er, daß ihn die Worte Haeftens nicht „aufgeschreckt“ hatten: „Ich hätte am 24. abends handeln sollen!“<sup>13</sup> — Staatssekretär Haußmann eilte an das Krankenbett

---

5. M. v. B., a. a. O., S. 495, Fußnote 2. 6. Ebenda, S. 495.

7. S. Westarp, a. a. O., S. 80 f. M. v. B., a. a. O., S. 496 und 496, Fußnote 1.

8. M. v. B., a. a. O., S. 497.

9. S. Niemann, Revolution von oben, S. 233, Fußnote. S. M. v. B., a. a. O. (2. Auflage), S. 671.

10. M. v. B., a. a. O., S. 498.

11. Ebenda, S. 497.

12. Ebenda.

13. Ebenda, S. 511.



des Prinzen Max, um diesen über die Wirkung der neuen Wilson-Note zu benachrichtigen. Zur Kaiserfrage bemerkte er:<sup>14</sup> „Ich bin in dieser Frage nicht ängstlich, denn ich bin Demokrat, aber ein Volk darf nicht auf Geheiß des Feindes seinen Kaiser wegwerfen.“ Der Kanzler dankte Haußmann für dieses „mannhafte Wort“.<sup>15</sup>

Am Abend des 24. Oktobers trat das Kabinett unter dem Vorsitz des Vizekanzlers von Payer zu einer Nachtsitzung zusammen. Hier äußerte sich Haußmann in ähnlicher Weise wie gegenüber dem Reichskanzler. Er stellte fest, daß Wilson „mit Raffinement“ das deutsche Volk locke, „um es zu spalten und dem Deutschen Kaiser Abdankung zuzumuten“ (sic).<sup>16</sup> In einer deutschen Antwortnote hätte die deutsche Regierung in der Kaiserfrage überhaupt keine Antwort zu geben. Nach Absendung der Note aber müsse der Kaiser „angesichts der Lage seine Entschließung fassen, ohne den Druck der Regierung abzuwarten“.<sup>17</sup> — Hier verrät Haußmann eine inkonsequente Haltung: Während er dem Kanzler gegenüber es als eine Ehrenpflicht des Volkes zu bezeichnen scheint, daß es sich der Wilsonschen Forderung widersetze, deutet er hier ganz offen die Notwendigkeit an, daß die Regierung den Kaiser in seinen Entschlüssen unter Druck werde setzen müssen. Wie sollte dabei der Schein gewahrt bleiben, daß die Abdankung nicht auf „Geheiß des Feindes“ geschehen sei? Wie vereinbarte sich dieser Vorschlag, in die Tat umgesetzt, mit der deutschen Ehre, der deutschen Treue und Mannhaftigkeit? War ein solches Vorgehen des deutschen Volkes ehrenvoller und mannhafter, als wenn der Kaiser wirklich auf Geheiß des Feindes geopfert worden wäre? — Staatssekretär Scheidemann sprach die Hoffnung aus, um die Kaiserfrage herumkommen zu können, wenn es gelänge, „Wilsons Forderungen zu erfüllen“;<sup>18</sup> gemeint waren Wilsons politische Forderungen bezüglich der deutschen Verfassungsreformen. Scheidemann berichtet ferner, daß die sozialdemokratische Parteileitung die sozialdemokratische Presse angewiesen habe, die Friedensverhandlungen nicht durch Erörterung der Abdankungsfrage zu erschweren.<sup>19</sup> Daraus hätte man

---

14. Haußmann, a. a. O., S. 259. M. v. B., a. a. O., S. 498.

15. M. v. B., a. a. O., S. 498.

16. Haußmann, a. a. O., S. 260.

17. Ebenda. 18. M. v. B., a. a. O., S. 498, siehe auch Fußnote.

19. Ebenda.

entnehmen können, daß die Sozialdemokratie sich mit der parlamentarischen Monarchie unter dem gegenwärtigen Träger der Kaiserkrone abgefunden habe. Dem steht aber eine spätere Äußerung Scheidemanns<sup>20</sup> gegenüber, wonach für ihn seit der Wilson-Note vom 23. Oktober die Kaiserfrage „relativ einfach“ lag: „Der Kaiser muß gehen; geht er rechtzeitig und es kommt ein erträglicher Nachfolger, dann wird sich das geduldige deutsche Volk wahrscheinlich vorläufig damit abfinden. Geht er nicht, dann wird der Katze der Schwanz nicht stückweise abgehackt, dann weg mit der Monarchie auf einen Hieb.“ Diese Worte klingen ganz anders als die, die der Taktiker Scheidemann im Kabinett sprach. An anderer Stelle sagte Scheidemann,<sup>21</sup> daß nach der dritten Wilson-Note „für Alle die letzten Zweifel und für Manche auch die letzten Hoffnungen“ beseitigt gewesen seien: „Die Tage Wilhelms II. als Kaiser waren gezählt.“

Staatssekretär Erzberger teilte in dieser Sitzung mit, die Zentrumsfraktion habe sich einstimmig gegen die nationale Verteidigung ausgesprochen.<sup>22</sup> — Welche Bedeutung hatte das für die Kaiserfrage? Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, hatte am 16. Oktober erklärt, eine Forderung Wilsons nach der Abdankung des Deutschen Kaisers sei ein Angriff auf die deutsche Ehre, der, so müßte man folgern, nur durch die nationale Verteidigung hätte pariert werden können. Und jetzt spricht sich die Zentrumsfraktion geschlossen gegen die nationale Verteidigung aus! Das hieß, daß das Zentrum die Ehre der Nation, die aufs engste mit dem deutschen Kaisertum verknüpft zu sein schien, nicht mehr zu verteidigen gesonnen war! Gegen die inneren Feinde des deutschen Kaiserhauses gab das Zentrum damit den Kampf noch nicht auf.

Albert Ballin, den enge Beziehungen mit Kaiser Wilhelm II. verbanden, vermerkte am 25. Oktober 1918 in seinem Tagebuch:<sup>23</sup>

„Die Note läßt nach meiner Auffassung klar erkennen, daß Wilson und seine Verbündete den Rücktritt der Hohenzollern oder doch mindestens des Kaisers und des Kronprinzen und<sup>24</sup> in der Form gemilderter Friedensbedingungen

---

20. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 262.

21. Ebenda, S. 237.

22. M. v. B., a. a. O., S. 499. Vgl. Erzberger, a. a. O., S. 322.

23. Huldermann, a. a. O., S. 377.

24. Wahrscheinlich soll das „uns“ heißen.

bezahlen würde (sic). . . . Die Ernennung seines Enkels zum Nachfolger und die Einsetzung eines Regenten, dem man Vertrauen entgegenbringt, würde heute der ganzen deutschen Situation viel von ihrer Furchtbarkeit abstreifen. Natürlich würde ein solcher Rücktritt nicht ohne gewisse Erschütterungen vor sich gehen, aber diese Nachteile müßten in den Kauf genommen werden. Schön wäre es ja, wenn man sie vermeiden könnte und wenn man den Kaiser in die Position eines Königs von England zu bringen vermöchte . . . Freude am Regieren hat meines Erachtens der Kaiser nie gehabt, jedenfalls hat er diese Freude, nachdem er sich den Krieg auf den Hals hat laden lassen, recht verloren.“

Es handelt sich bei diesem Zitat nicht um einen Brief Ballins an den Kaiser <sup>25</sup> — dagegen spricht schon die äußere Form und der Inhalt —, sondern um eine Tagebuchnotiz bei „Eingang eines Briefes von ihm“, <sup>26</sup> das heißt des Kaisers. — Der Name Ballin wurde, wie wir uns erinnern, auch unter jenen Industriellen genannt, die am 9. Oktober im Stahlhof zu Düsseldorf zu der Auffassung kamen, daß die Lage Deutschlands eine Thronentsagung des Deutschen Kaisers notwendig mache. Jene Nachricht, die der Journalist Goldmann dem Staatssekretär Haußmann am 13. Oktober überbrachte, stimmt fast wörtlich mit diesem Tagebuchvermerk überein. Ein Unterschied besteht nur darin, daß dort ein Regentschaftsrat für den minderjährigen Enkel gefordert wird, während hier von einem Regenten die Rede ist.

Betrachten wir nun die Stellungnahme der deutschen Tagespresse zur dritten Wilson-Note. Die konservative „Kreuz-Zeitung“ schrieb: <sup>27</sup>

„Wir Deutsche sollen die Kaiserkrone des Königs von Preußen auf den Verhandlungstisch legen, wir sollen unseren ruhmreichen Heerführern, die das Vaterland über vier Jahre gegen die Übermacht der Feinde verteidigt haben, den Rücken kehren! Die monarchischen und militärischen Autokraten sollen ausgeschaltet sein. Hier steigert der amerikanische Diktator das gegen den König von Preußen Gesagte zu der Verallgemeinerung gegen die Monarchie. Der Autokrat Wilson will damit die Brandfackel der Zwietracht zwischen Herrscher und Volk werfen. Er leistet denen Vorschub, die nicht zurückscheuen vor der Bekämpfung der Monarchie. Er

---

25. Gengler, a. a. O., S. 17.

26. Huldermann, a. a. O., S. 377. Vgl. Schmidt-Pauli, a. a. O., S. 264.

27. Kz-Z., 25. Oktober 1918/Nr. 545.

weiß, sie ist eine Stütze Deutschlands . . . Nein, selbst ein deutscher Republikaner könnte diesen Forderungen Wilsons nicht das Ohr leihen. Auch er kann sich nicht von einem fremden Machthaber Vorschreibungen machen lassen.“

Das konservative Blatt ist also zu keinerlei Konzessionen in der Kaiserfrage bereit und erwartet, daß auch die prinzipiellen Republikaner sich der Forderung Wilsons widersetzen werden. — Die deutsch-konservative Reichstagsfraktion übergab dem Reichskanzler und der Öffentlichkeit eine Entschließung, in der es heißt:<sup>28</sup>

„In der heute veröffentlichten Note des Präsidenten Wilson wird die bedingungslose Kapitulation, die Entthronung des Kaisers, die Entlassung unserer Heerführer, die volle Unterwerfung unter einen Gewaltfrieden gefordert . . . Heer und Volk sind nicht gewillt, auf Befehl unserer Feinde dem Kaiser und König die Treue zu brechen; noch lebt in beiden der Wille und die Kraft, einem Feind, der bedingungslose Unterwerfung fordert, Widerstand zu leisten bis zum äußersten.“

Die Konservativen erklären hiermit ihre Bereitwilligkeit zur nationalen Verteidigung um der Person des Kaisers willen und zwecks Hintanhaltung eines Unterwerfungsfriedens.

Die linksliberale Presse untersucht mit weniger patriotischer Leidenschaft die Note Wilsons. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:<sup>29</sup>

„Was die Worte bedeuten, ist klar. Sie betreffen die Stellung des Kaisers. Das ist in der Tat der ‚Kern‘. Das Auftreten des Kaisers, vor allem in Reden, hat nun einmal das Ausland zu der Meinung gebracht, daß der Kaiser der Vertreter einer Machtpolitik der gepanzerten Faust sei, und die Alternative, die Wilson stellt, ist die Folge dieser Auffassung. Es ist daher nicht ohne historische Logik, wenn sich das, was Wilson ankündigt, in erster Reihe an die Adresse des Kaisers richtet. Wenn es sich nun wirklich darum handelt, ob Deutschland kapitulieren soll, oder ob man mit ihm frei über den Frieden verhandeln wird, dann steht die Entscheidung über diese Alternative zunächst beim Kaiser. Von seinem Entschluß wird für Deutschlands Zukunft und vor allem für die Entwicklung der Friedensfrage vieles abhängen. Dieser Entschluß könnte so manches, was in den letzten Jahrzehnten gesagt und getan worden ist, vergessen machen, und wir möchten hoffen, daß er bald und weise gefaßt wird.“<sup>30</sup>

---

28. Westarp, a. a. O., S. 75 f.

29. F. Z., 25. Okt. 1918/Nr. 296, 1. Morgenblatt.

30. Vgl. Hohfeld, a. a. O., S. 608.



Die „Frankfurter Zeitung“ war noch am 16. Oktober der Ansicht, Deutschland habe sich politisch derartig gewandelt, daß der Kaiser auf den „Lauf der Dinge“ keinen Einfluß mehr habe. Inzwischen hatte sie sich ganz die Meinung des Auslandes zu eigen gemacht, in der der Kaiser immer noch als der einflußreiche „Autokrat“ gilt. Während die „Frankfurter Zeitung“ am 16. Oktober die völlige politische Ausschaltung des Kaisers betonte, schob sie ihm jetzt, in nur zu deutlicher Absicht, die wichtige Entscheidung über den weiteren Verlauf der Friedensaktion zu. Das Blatt ließ keinen Zweifel darüber, daß es nur eine Entscheidung im Sinne der Abdankung erwartete, und stellte dem Monarchen sozusagen einen guten Nachruf in Aussicht. — In derselben Richtung äußert sich das „Berliner Tageblatt“. Es schreibt:<sup>31</sup>

„Aber die Frage, die sich immer deutlicher ergibt, ist nicht eine, über die heute das deutsche Volk zu entscheiden hat. Wenn sie so gelöst werden soll, daß zugleich die Zukunft der Nation und die Würde gewahrt wird, so kann das nur im Rate der Berufenen und in freier Entschließung geschehen. Nichts wäre unritterlicher, als heute zur Unterstützung von Wünschen und Ansichten alte Vorgänge und alte Reden des Kaisers hervorzuzerren. Wir wollen nicht vergessen, daß viele, die sich heute in die Reihen der Demokratie drängen, noch gestern über einen Hausorden entzückt gewesen sind. Man darf nicht glauben, irgendwo könnte heute noch ein Gedanke leben, wie Grillparzers König Ottokar ihn ausspricht:

„Die Ehre eines Königs

Steht nicht um tausend Menschenleben feil.“

Die Ehre steht hier nicht auf dem Spiele, sie würde rein erhalten bleiben, und wir dürfen wohl überzeugt sein, daß heute das hochmütige, selbstsüchtige Wort des Böhmenkönigs für niemanden mehr Geltung hat.“

Das „Berliner Tageblatt“ lehnt einen unritterlichen Kampf gegen den Kaiser ab, ohne sich bewußt zu werden, daß es selbst „zur Unterstützung von Wünschen und Ansichten“ an dem Ehrbegriff der Nation und des Kaisertums herumdeutet.

Der „Vorwärts“ schweigt sich über die Kaiserfrage aus. Er ist der Ansicht, daß das alte System der Vergangenheit angehört und in politischer Hinsicht völlig ausgeschaltet sei. Zur Wilsonschen Alternative bemerkte das Blatt: der Präsident mache in

---

31. B. T., 25. Okt. 1918/Nr. 546.

seiner Note einen Unterschied hinsichtlich der Gewährung des Friedens, „je nachdem der Kaiser noch einen gewissen Einfluß ausüben kann oder vollständig ausgeschaltet wird“.<sup>32</sup> Zur Dauerhaftigkeit des parlamentarischen Systems bemerkt das Blatt:

„Wilson ist im Irrtum, wenn er meint, daß die früheren Machthaber in Deutschland jemals wieder eine ausschlaggebende Rolle spielen könnten. Dazu sind sie viel zu kompromittiert, ist die Verständnislosigkeit, mit der das deutsche Volk ihrem früheren und gegenwärtigen Verhalten gegenübersteht, viel zu groß.“

Sollte damit nicht angedeutet werden, daß das Volk einer Abdankung des Kaisers mehr „Verständnis“ entgegenbringe als seinem „gegenwärtigen Verhalten“? — Die „Fränkische Tagespost“ äußert sich in einem Artikel, „Vor der Abdankung Wilhelms II.“ betitelt, folgendermaßen:<sup>33</sup>

„Prinz Max von Baden hat in seiner Reichstagsrede betont, daß Deutschland zum Frieden bereit sei, daß es aber die nationale Verteidigung, die Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes, nicht scheuen werde, wenn die Bedingungen des Siegers für unser Volk unerträglich werden sollten. Prinz Max wird wohl nicht der Meinung sein, daß wir nun den Krieg deswegen fortzuführen haben, weil Wilhelm II. nicht mehr deutscher Kaiser sein soll. Die höchste Begeisterung des Volkes, das Opfer des letzten Blutes und Gutes von jedem Mann und jeder Frau im Volk kann man nicht verlangen, um Wilhelm II. als deutschen Kaiser zu erhalten. Würde Prinz Max das verlangen, so müßten die Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung, Scheidemann, Bauer, David und Schmidt, sofort zurücktreten. Die deutsche Arbeiterklasse kann nicht die Zukunft des Vaterlandes opfern, um die Herrschaft irgendeines Hohenzollern zu erhalten . . . Wilhelm II. hat es um das deutsche Volk nicht verdient, daß es sich um ihn zum Opfertode bereit findet.“

Für die Ehre des deutschen Kaisertums zu kämpfen, war die Sozialdemokratie natürlich gemäß ihrer weltanschaulichen Einstellung keineswegs bereit. Die „Fränkische Tagespost“ fordert den Austritt ihrer Parteimitglieder aus der Regierung für den Fall, daß zur nationalen Verteidigung um des Kaisers willen aufgerufen würde.

Während der „Vorwärts“ in der Überzeugung, daß die alten Machthaber völlig ausgeschaltet seien, sich jeder Äußerung in der Kaiserfrage enthält, versucht die „Germania“ den Nachweis

---

32. Vw., 25. Okt. 1918/Nr. 294.

33. F. Tp., 25. Okt. 1918/Nr. 251.

zu führen, daß Wilson überhaupt nicht die Abdankung des Kaisers beabsichtigt haben könnte. Sie schreibt:<sup>34</sup>

„Hier gibt es bei ihm wieder Äußerungen über die Macht des Königs von Preußen und den Militarismus, die nicht absolut eindeutig sind. Genau wie bei der vorigen Note Wilsons sehen wir auch diesmal keine Notwendigkeit, ein Verlangen nach Absetzung des Kaisers oder gar der Hohenzollern überhaupt aus seinen Worten herauszulesen. Wir glauben, daß Herr Wilson sich zufrieden geben muß und geben wird, wenn wir die Demokratisierung planmäßig durchführen, die bereits in unseren Absichten lag. Sie kann natürlich nicht von heute auf morgen erledigt werden. So kommt es, daß Wilson bei uns heute einen noch unfertigen Volksstaat vorfindet. Sein Zweifel ist darum erklärlich, aber Wilson wird bald erkennen müssen, daß er nicht berechtigt ist.“

Die „Germania“ erkennt also das augenblickliche Mißtrauen Wilsons für berechtigt an. Während die fortschrittlichen Blätter, wie wir sahen, bereit sind, den Kaiser dem Mißtrauen der Welt zu opfern, glaubt die „Germania“ durch weitere Verfassungsreformen auch Wilson zufrieden stellen zu können.

Obwohl in der Reichstagsdebatte die Besprechung der dritten Wilson-Note ausgeschaltet war,<sup>35</sup> benutzten die Redner die Gelegenheit, wenigstens ihren grundsätzlichen Standpunkt in der Kaiserfrage zum Ausdruck zu bringen. Der Unabhängige Cohn sucht die feindliche Haltung des Auslandes gegenüber Wilhelm II. zu erklären; er wies auf einige Reden des Kaisers hin, die im Ausland die Meinung erzeugt hätten, daß Wilhelm II. der „Urheber und Protektor einer brutalen deutschen Kriegsführung“ sei. Er fuhr dann wörtlich fort:<sup>36</sup>

„. . . und da darf es Sie nicht wundern, daß der Präsident Wilson . . . die militärische Niederlage Deutschlands dazu benutzt, um dem vermeintlichen alleinigen Urheber des Krieges mit seinem Hause . . . mit Stumpf und Stiel zu beseitigen. . . . Für uns liegt die Frage so: Jetzt, in dieser historischen Situation, gibt es kein Ausweichen mehr vor der Frage: Krieg mit den Hohenzollern oder Friede ohne die Hohenzollern?“

Die Frage Cohns: „Krieg mit den Hohenzollern oder Friede ohne die Hohenzollern?“ war nur eine Umformulierung der Schlagzeile der Balderschen Broschüre: „Kaiser und Krieg oder

34. Germ., 25. Okt. 1918/Nr. 499.

35. S. Westarp, a. a. O., S. 76.

36. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6267.

Republik und Frieden?"; sie ergab sich auch aus der Alternative, die Wilson in seiner dritten Note gestellt hatte. Hinsichtlich der Kriegsschuldfrage ist der Redner vorsichtig;<sup>37</sup> er bezeichnet, in Anlehnung an die feindliche Propaganda, ohne selbst die Frage zu entscheiden, den Kaiser als den „vermeintlichen alleinigen Urheber des Krieges“. — Cohn wendet sich dann an die Mehrheitssozialisten:

„Bei dieser Frage, . . . und überhaupt bei der Stellung zum Kaiser und zur Monarchie muß das Verhalten der sozialdemokratischen Bestandteile der jetzigen Regierung und der sozialdemokratischen Bestandteile der Regierungsmehrheit allerdings verwunderlich erscheinen. Sie waren früher meine Parteifreunde und haben mit uns zusammen alle die Jahre hindurch gekämpft gegen die Autokratie, gegen das persönliche Regiment. Aber wollen Sie denn jetzt vergessen, welche Gesinnung der Träger der Krone gerade gegenüber der Sozialdemokratie nicht nur gehabt, nein, auch geäußert und in Handlung umgesetzt hat und in Handlung hat umsetzen lassen? . . . Sie können doch kaum so ganz Ihrer Geschichte und so ganz der Leiden vergessen, die durch dieses Regime über die Partei und ihre Anhänger verhängt worden sind, um jetzt nicht auch zu verlangen, daß das monarchische System und der jetzige Träger der Krone in Deutschland beseitigt werde . . .“

Dieser Appell an die marxistischen Grundsätze der „Kaiser-sozialisten“ hat den Zweck, diese gegen die Monarchie und gegen Wilhelm II. zu alarmieren. Der Redner sieht den historischen Augenblick gekommen, da auf Wunsch Wilsons und mit Hilfe der Sozialdemokraten die Hohenzollern beseitigt werden könnten.

Tags darauf, am 26. Oktober, sprach im Reichstage der Spartakist Rühle, der Gesinnungsgenosse Liebknechts. Rühle forderte die Abdankung des Kaisers „namens derjenigen sozialdemokratischen Arbeiter und Soldaten, die sich weder der Partei der abhängigen Regierungssozialisten noch der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten angeschlossen haben, deren Menge aber ungezählte Tausende umfaßt“.<sup>38</sup>

„Daß sich die Sozialdemokraten zu der Rolle hergegeben haben, in letzter Stunde für die zusammenkrachende bürgerliche Gesellschaft noch den Nothelfer und Kugelfang zu

---

37. Über die Stellung der Unabhängigen zur Kriegsschuldfrage, s. Herbach, a. a. O., S. 28 f.

38. Verhandlungen des Reichstages, Bd. 314, S. 6270.



spielen, wird von den Massen draußen ebenso als schmähhcher Verrat empfunden, wie sie sich durch die Scheindemokratie, die vorgegaukelte Volksherrschaft genarrt und verhöhnt fühlen. Sie brauchen zu ihrer Befreiung etwas ganz anderes, nämlich die Demokratie des Sozialismus, die Republik auf der Grundlage der sozialistischen Revolution, und sie verlangen dazu in erster Linie die Abdankung des Kaisers als des Urhebers dieses Weltkrieges —“

Bei diesen Worten erteilte der Reichstagspräsident dem Redner einen Ordnungsruf, da er die Abdankung des Kaisers mit einer Begründung gefordert habe, „die innerlich unwahr und jeder Ehrerbietung gegen den Kaiser widerspricht“. Darauf Rühle: „Der Ordnungsruf wird ihn vor dem Strafgericht nicht retten.“ Während der Redner zur Revolution aufruft, entzieht ihm der Reichstagspräsident das Wort. — Der Spartakist Rühle ist hinsichtlich der Kriegsschuldfrage weniger vorsichtig als der Unabhängige Cohn; er bezeichnet den Kaiser direkt als den „Urheber dieses Weltkrieges“.<sup>39</sup>

Schließlich ergriff der konservative Abgeordnete von Graefe das Wort und führte aus:<sup>40</sup>

„Die Person des Kaisers ist in den letzten Tagen vielfach gegen die Gepflogenheiten, wie wir sie früher geübt haben, sehr ausföhrlich von dieser Stelle aus in die Debatte gezogen worden; das mag an den veränderten Zeitverhältnissen liegen und soll deshalb keine Kritik meinerseits sein. Aber wie sie besprochen worden ist, darüber erlaube ich mir allerdings die schärfste Kritik. Wir haben auch in unseren Reihen stets von dem guten Recht des Deutschen Gebrauch gemacht, unsere Meinung offen zu sagen, wenn wir über unseren Kaiser oder König einen Tadel auszusprechen uns für berechtigt hielten. Das ist unser gutes Recht als freie deutsche Männer, wir sind keine Sklaven, die alles für schön und gut erklären müssen, wir sind keine Byzantiner. Aber das weiß ich: wenn auch im Deutschen Reichstag die Person des Kaisers in einer unerhörten Weise, wie es vom Abgeordneten Cohn und anderen geschehen ist, kritisiert worden ist: das monarchische Gefühl, welches in der Kaiserlichen Person verkörpert ist, reißen Sie dem deutschen Volke nicht aus dem Herzen; das wird Ihnen nicht gelingen, nie und nimmer! Ich bin überzeugt, wenn Sie auf diesem Wege weiterschreiten,

---

39. Über die Stellung des Spartakabundes zur Kriegsschuldfrage, s. Herbach, a. a. O., S. 36.

40. Westarp, a. a. O., S. 95; s. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6287.

wie es Herr Cohn gestern getan hat, daß Sie dann selbst in weitesten sozialdemokratischen Kreisen die Mauer verstärken werden, die sich vor die Person des Kaisers stellt. Diese Mannentreue geht bis in alle Kreise des deutschen Volkes hinein.“ —

Am Abend des 25. Oktobers meldete Unterstaatssekretär Wahnschaffe dem Reichskanzler, welche Beurteilung die neue Wilson-Note „im allgemeinen“ gefunden habe.<sup>41</sup> Damit waren wohl in erster Linie die Pressekommentare gemeint. Wahnschaffe legte dem Prinzen Max außerdem zwei Depeschen vor. Die erste<sup>42</sup> kam von dem preußischen Gesandten in Bayern, von Herrn von Treutler. Dieser meldete aus München, daß der bayerische Ministerpräsident, Herr von Dandl, und der bayerische Kriegsminister, Freiherr von Hellgrath, die Wilson-Note im Sinne der Abdankung des Kaisers deuteten. Die genannten Herren würden „in jedem Falle“ dafür eintreten, daß dem Kaiser offen erklärt werden müßte: die Feinde würden keinen annehmbaren Frieden gewähren, wenn Wilhelm II. nicht freiwillig der Krone entsage. Eine etwaige Abdankung des Kaisers wird mit den Worten verbrämt: „Wenn dann Seine Majestät Verzicht leistet auf die Kaiserwürde, so würde er nur im Geiste seines 26jährigen Friedenswerkes handeln und dieses krönen. Seine Gestalt würde als die des hochherzigsten, edelsten und aufopferndsten Wohltäters des deutschen Volkes in der Geschichte weiterleben.“ — Die bayerische Regierung war durch Victor Naumann, den Autor des Briefes an den Deutschen Kronprinzen, in der Kaiserfrage beeinflußt worden. Bereits am Vormittag des 24. Oktobers hatte Naumann eine Unterredung mit Herrn von Dandl, in der dieser sich dessen Ansichten betreffs eines Wahlkaisertums „anzuschließen schien“.<sup>43</sup> Bei dieser Gelegenheit berichtete Naumann dem bayerischen Ministerpräsidenten von seinem mißlungenen Versuch, den Deutschen Kronprinzen in der Abdankungsfrage zu gewinnen; das Haus Hohenzollern brächte sich durch die falsche Haltung Wilhelms II. in Mißkredit. — Am Vormittag des 25. Oktobers fand eine zweite Besprechung der genannten Herren statt, als deren Ergebnis das Telegramm des Herrn von Treutler anzusehen ist.<sup>44</sup>

41. M. v. B., a. a. O., S. 501 und 502 f.

42. Amtl. Urk., Nr. 77 und M. v. B., a. a. O., S. 502; siehe ferner Ursachen, 5. Bd., S. 95.

43. Naumann, a. a. O., S. 406.

44. Ebenda. Vgl. Buchner, Zur Haltung Bayerns am Vorabend der Revolution von 1918, in Festgabe für A. v. Müller, S. 70 ff.

Die zweite Depesche, die Wahnschaffe dem Reichskanzler vorlegte, stammte von des Prinzen Vetter, dem Fürsten Ernst zu Hohenlohe-Langenburg. Dieser telegraphierte aus Bern: er habe durch einen Gewährsmann erfahren, daß die dritte Wilson-Note „kaum anderes bedeute, als daß einziger Weg zu einigermaßen erträglichem Frieden über die Resignation des Kaisers führe;“<sup>45</sup> erst nach erfolgtem Rücktritt des Kaisers sei Wilson imstande, seine Friedenspläne im amerikanischen Senat durchzusetzen. Die Dynastie sei im Weigerungsfalle gefährdet, da die Entente dann für die Verbreitung der Auffassung, daß die Friedensaktion an der Person des Kaisers gescheitert sei, sorgen würde. — Der Reichskanzler klammerte sich nach wie vor zur Beurteilung der Wilson-Note an „die günstigen Nachrichten aus dem Haag“;<sup>46</sup> in den „Amtlichen Urkunden“ sind diese Nachrichten nicht überliefert. — Der Reichskanzler hatte ferner die Hoffnung, „das Volk werde sich zurückhalten lassen, von sich aus die Abdankung zu verlangen“.<sup>47</sup> — Wie kam der Prinz angesichts der vorliegenden Pressestimmen zu dieser Ansicht? Sah er in der Presse eine von der Stimmung des Volkes unabhängige Meinungsbildung? — Einige Tage später bezeichnete Payer die antikaiserliche Bewegung „nicht als Zeitungsmache“,<sup>48</sup> ebenso Minister Drews,<sup>49</sup> während Kriegsminister Schöuch die gegenteilige These verfocht.<sup>50</sup> Prinz Max schien zwar die Auffassung Schöchuchs zu teilen, er tat aber nichts, um eine „Gegenwirkung in der Presse“ zu erzeugen.<sup>51</sup>

Der Reichskanzler legte am 25. Oktober 1918 seinem Lagebericht an den Kaiser die beiden Telegramme aus München und Bern bei und beauftragte den neuen Chef des Zivilkabinettes, Herrn von Delbrück, diese dem Kaiser zu übergeben, „aber keinen Kommentar daran (zu) knüpfen“.<sup>52</sup> Prinz Max wollte also dem Kaiser den Entschluß zur Abdankung suggerieren, ohne weder seine persönliche Stellungnahme noch die des Kabinettes irgendwie zu äußern. Zwei Tage später mußte Prinz Max mit Bedauern feststellen, daß die ohne Kommentar übersandten Berichte beim Kaiser nicht den erwünschten Eindruck gemacht hatten.<sup>53</sup>

45. Amtl. Urk., Nr. 78, M. v. B., a. a. O., S. 501 f.

46. M. v. B., a. a. O., 503.

47. Ebenda.

48. Ebenda, S. 542. Vgl. Payer, a. a. O., S. 149/50.

49. M. v. B., a. a. O., S. 545 und 547.

50. Ebenda, S. 547.

51. Vgl. ebenda.

52. Ebenda, S. 503.

53. Ebenda, S. 527.

Am 26. Oktober lehnt auch die „Frankfurter Zeitung“ die nationale Verteidigung um des Kaisers willen ab. Sie schreibt:<sup>54</sup>

„Man glaube nicht, daß ein militärisches Kommando-  
wort, eine konservative Wahlparole oder ein sonstiges Flam-  
menzeichen von oben genügen würde, um den Kampf gegen  
die härteste der Bedingungen eines siegestrunkenen, aber  
zugleich zur Vernichtung des Militarismus entschlossenen  
Feindes aufs neue zur höchsten Entfaltung zu bringen...  
Nein, die Erhaltung von Einrichtungen oder von Personen,  
die das Vertrauen des Volkes nach allem Furchtbaren, das  
geschehen ist, nicht mehr haben, kann niemals der Punkt  
sein, um den sich der Wille zur Freiheit und zur Selbsterhal-  
tung, der Wille zur Bewahrung der Einheit und Unverletz-  
lichkeit unserer deutschen Lande kristallisieren kann.“

Die „Frankfurter Zeitung“ befürchtet offensichtlich den  
Abbruch der Verhandlungen mit Wilson und den Aufruf zur  
nationalen Verteidigung. Dagegen galt es nun für das freisinnige  
Blatt Front zu machen. Es äußert sich fast in derselben Weise  
gegen die nationale Verteidigung wie die „Fränkische Tages-  
post“ bereits am 16. Oktober: sie würde im Augenblick den  
Kampf für die monarchische Staatsform und für den regie-  
renden Monarchen bedeuten, ein Kampf, für den weder der  
Liberalismus und noch weniger der Marxismus zu begeistern  
war.

Auch die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erörtern  
wiederum die Kaiserfrage. Das Blatt schreibt:<sup>55</sup>

„Es nützt nichts, vor schmerzlichen Tatsachen die Augen  
zu verschließen. Man schafft sie dadurch nicht aus der  
Welt. Heute fragen sich Hunderttausende von Deutschen, wie  
sich wohl der Kaiser, der so oft und so scharf seine Führer-  
rolle betont hat, mit der neuen Zeit abzufinden vermag, die  
alle Grundlagen seiner Auffassung vom Herrscherberuf über  
den Haufen wirft . . . Kann der Kaiser mit gutem Gewissen  
und aufrichtigem Willen sich in die neue Verteilung der  
Gewalten fügen, dann soll das mit offenen, überzeugenden  
Worten gesagt werden. Wenn aber, was uns außer Zweifel  
zu stehen scheint, eine solche jähe Wandlung für ihn un-  
möglich ist, dann müssen die Folgerungen gezogen werden.  
Sonst entsteht ein innerlich unwahrer Zustand, der über kurz  
oder lang zu Konflikten führen muß.“

---

54. F. Z., 26. Okt. 1918/Nr. 297, Abendausgabe.

55. M. N. N., 26. Okt. 1918/Nr. 543.



Das Blatt geht dann auf die Verfassungsreformen ein, die eine unverkennbare Spitze gegen die Staatsauffassung Wilhelms II. trügen, und fährt dann fort:

„Ist es denkbar, daß Kaiser Wilhelm II. den Bruch mit allem, was drei Jahrzehnte seiner Regierung Richtung gab, von heute auf morgen mit innerer Überzeugung gutheißt? Wir haben neulich<sup>56</sup> schon einmal angedeutet, daß uns die Gegensätze zwischen den Anschauungen des Kaisers und den Forderungen der neuen Zeit unüberbrückbar zu sein scheinen. Es liegt eine unendliche Bitterkeit in der Tatsache, daß solche Erwägungen heute notwendig sind. Wir wissen, daß nicht nur der Überzeugung weiter Schichten unseres Volkes Rechnung getragen, sondern auch der Wille unserer Feinde erfüllt würde, wenn die Entwicklung sich so vollendete. Aber diese Erkenntnis darf uns nicht abhalten, den Problemen ins Gesicht zu sehen. Nicht Wilson zuliebe, sondern trotz Wilson muß geschehen, was unvermeidlich geworden ist. Um des Reiches willen, das auch dem Kaiser höher steht, als die eigene Persönlichkeit.“

Das Blatt möchte den Eindruck erwecken, als ob die Abdankungsfrage nicht erst durch die Einmischung Wilsons akut geworden sei, sondern durch die Forderungen der neuen Zeit entstanden sei. Für Bayern mag das zutreffen und durch die antipreußische Stimmung eine Erklärung finden. Das Blatt betont daher auch immer wieder die Notwendigkeit der Abdankung Wilhelms II. „um des Reiches willen“.

Das „Berliner Tageblatt“ hat am 25. Oktober erklärt, daß es „zur Unterstützung von Wünschen und Ansichten“ nicht alte Kaiserreden und dergleichen ausgraben wolle. Am 26. bringt das linksliberale Blatt einen Feuilletonartikel, „Dunkle Stunde“ betitelt,<sup>57</sup> in dem ein Hausmarschall seinem Fürsten die Abdankung unter Darlegung aller in Betracht kommenden Gründe nahelegt und die dieser dann auch vollzieht. Man erkennt in der Charakterisierung der Situation und der Personen unschwer Kaiser Wilhelm II. und den Generalfeldmarschall von Hindenburg.<sup>58</sup> Die epische Form des Schlüsselstückes und der Dialog ermöglichen es, alle die Abdankung berührenden Fragen und Einwände zu erörtern, in einer Weise, die die Form des politi-

56. Vgl. ebenda vom 16. Okt. 1918/Nr. 524.

57. B. T., 26. Okt. 1918/Nr. 549. Siehe Anhang. Vgl. Niemann, Kaiser und Revolution, S. 106.

58. Vgl. Max Weber, a. a. O., S. 477 f. und „F. Tp.“ vom 19. Okt. 1918, wo ebenfalls Hindenburg als die geeignetste Persönlichkeit bezeichnet wird, die dem Kaiser die Abdankung nahelegen könnte.

schen Leitartikels nicht erlaubt. Der Verfasser, Paul Block, war der Feuilletonredakteur des „Berliner Tageblattes“, der, wie ich in Erfahrung bringen konnte, vordem Dramaturg am Residenztheater in Berlin war und angeblich eine gewisse Gewandtheit in „höfischen Dingen“ besaß. — Am 27. Oktober behandelt das „Berliner Tageblatt“ wiederum die Kaiserfrage. Das Blatt schreibt:<sup>59</sup>

„Sich in Illusionen hineinzuverirren, wäre verfehlt. Was vor uns liegt, ist noch unendlich schwer. In alten sagenhaften Zeiten vollzogen solche Dinge sich angeblich mit einer primitiven Einfachheit. Als die Dorier den Isthmos überschritten hatten und Attika erobern wollten, rettete, wie Herodot behauptet, der König Kodros sein Volk durch seinen freiwilligen Opfertod. Ein Orakel soll den Doriern den Sieg verheißen haben, falls dem König kein Leid geschehe. Kodros schlich sich in das feindliche Lager, reizte einige Krieger zum Streite, wurde erschlagen, und die dorischen Führer gaben, dem Orakel folgend, den Feldzug auf. Diese sagenhafte Tragik liegt uns heute fern. Und natürlich läßt sich ja nicht verbürgen, daß das Orakel von Washington wahr gesprochen habe und daß jetzt noch, wo die Ententevertreter in Paris ihre Forderungen zusammenstellen, mit irgendeinem Opfer viel zu erreichen sei.“

Das „Berliner Tageblatt“ zieht hier die Parallele zu dem Schicksal des Königs von Attika und stellt dem Kaiser anheim, allenfalls das deutsche Volk durch ein ähnliches Opfer zu „retten“; es konnte dies die Abdankung bedeuten, man kann aber auch das Ansinnen eines Opfertodes aus dem angeführten Beispiel herauslesen. — Wie verhielt sich nun Wilhelm II. zu der Frage? — Der Kaiser äußerte sich darüber später wie folgt:<sup>60</sup> „Ganz abgesehen davon, daß ich ein Gottversuchen oder gar den Selbstmord moralisch verwerfe, kann ich nicht einsehen, welchen Nutzen eine solche inszenierte Heldenrolle bringen sollte. Wir leben nicht mehr in einer Zeit, wo der königliche Feldherr mit dem Degen in der Rechten seine Triarier in den letzten Entscheidungskampf führt. Eine Verzweiflungstat von meiner Seite wäre einem untilgbaren Schuldbekenntnis gleichgekommen.“ — Anders urteilt Generalleutnant Keim,<sup>61</sup> der bemängelt, daß „nichts Ernsthaftes, geschweige Heroisches“ ge-

---

59. B. T., 27. Okt. 1918/Nr. 551.

60. Niemann, Wanderungen, S. 105. Vgl. Schmidt-Pauli, a. a. O., S. 265 f.

61. Keim, a. a. O., S. 91 f.

schehen sei, um der sinkenden Staatsautorität entgegenzuarbeiten. — Wie sich der Vorschlag des „Berliner Tageblattes“, in die Tat umgesetzt, in der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes ausgewirkt hätte, als „inszenierte Heldenrolle“ oder als „Verzweiflungstat“ eines Schuldigen, das läßt sich heute so wenig wie damals beurteilen.

Am 26. Oktober 1918 verabschiedete der Reichstag die verfassungsändernden Gesetze,<sup>62</sup> die die uneingeschränkte parlamentarische Demokratie staatsrechtlich festlegten, und die das deutsche Kaisertum politisch völlig ausschalteten.

Zu gleicher Zeit erfolgte die Entlassung des Ersten Generalquartiermeisters Ludendorff. Gerade die Entlassung Ludendorffs, der seit 1916 manchen Kreisen der alleinige Machthaber Deutschlands zu sein schien, löste im In- und Auslande eine ungeheure Wirkung aus.<sup>63</sup> „Ludendorffs Abschied bedeutete das Ende eines Systems“<sup>64</sup> und war „die erste größere Machtprobe des neuen Systems“.<sup>65</sup> Der Reichskanzler konnte jetzt mit „unterwürfiger Gebärde“<sup>66</sup> in der deutschen Antwortnote vom 27. Oktober 1918 erklären:<sup>67</sup> „Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.“ — Über die Stellung des Kaisers und über dessen Befugnisse, soweit von solchen überhaupt noch gesprochen werden konnte, gab der Reichskanzler, diesmal wohl dem Vorschlage Haußmanns folgend, wiederum keine Auskunft. — Es konnte daher im Auslande der Eindruck entstehen, daß die deutsche Regierung „die letzten Worte gesprochen“ hätte und, da von deutscher Seite „nichts mehr erfolge“, Deutschland nun die von Wilson in der dritten amerikanischen Note angekündigten Kapitulationsbedingungen erwarte.<sup>68</sup>

62. S. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6297.

63. M. v. B., a. a. O., S. 532. S. ferner Amtl. Urk., Nr. 95.

64. Menke-Gluckert, a. a. O., S. 33      65. Rosenberg, a. a. O., S. 236.

66. Keim, a. a. O., S. 58.

67. Amtl. Urk., Nr. 85.

68. Ebenda., Nr. 95 und Nr. 98.

Die Entlassung Ludendorffs fand besonders in der sozialdemokratischen und liberal-pazifistischen Presse ein freudiges Echo. Die „Münchener Post“ benutzt auch diese Gelegenheit, um einige ausfällige Bemerkungen über Kaiser Wilhelm zu machen. Das Blatt schreibt zum „Sturz des Diktators“ folgendes:<sup>69</sup>

„An der Mitteilung, die uns nicht unerwartet kam, war das einzig Befremdende die Tatsache, daß Wilhelm II. noch den Rücktritt dieses ehrgeizigen Gewaltmenschen mitteilen konnte, da alle Welt in dem sicheren Glauben lebte, der Rücktritt Wilhelms II. würde dem des Generals vorangehen oder mindestens mit ihm gleichzeitig erfolgen. Wenn Wilhelm II. endlich allernädist geruht hätte, höchstselbst in den majestätischen Ruhestand zu gehen, dann hätte der in Gehorsam ersterbende Untertan Seiner Majestät den aller ergebensten Dank zu Füßen zu legen gewagt. Ja, der demütigste Untertan sieht heute schon den Rücktritt Wilhelms II. als eine politische Notwendigkeit an.“

Die „Leipziger Volkszeitung“, das Parteiorgan der Unabhängigen, schreibt:<sup>70</sup>

„Der Abschied (Ludendorffs) vollzog sich um so schmerzloser, als der General sich bei Wilhelm II. persönlich nie besonderer Beliebtheit erfreute, und jedenfalls können sich die Mehrheitsparteien kaum das Verdienst zuschreiben, Ludendorff gestürzt zu haben.

Besäßen sie (die Mehrheitsparteien) soviel Mut, dann würden sie ja schließlich nicht bei dieser Person Halt machen. Sie gingen dann dem ganzen Apparat zu Leibe. Sie würden zunächst Hindenburg den Abschied geben, dem Mann, der erst in den allerletzten Tagen die Militärdiktatur neu zu beleben suchte, und dann Wilhelm II., das Fundament und den Eckstein des ganzen Gebäudes, aus seiner Stellung zu entfernen (sic).“

Die „Leipziger Volkszeitung“ sieht im Gegensatz zur „Münchener Post“ in der Entlassung Ludendorffs erst den Anfang des Abbaues des Militärsystems und in der Beseitigung Wilhelms II. den Schlußakt.

Die „Fränkische Tagespost“ sieht in der neuen und letzten deutschen Note an Wilson einen „letzten Rettungsversuch für den Kaiser“.<sup>71</sup>

---

69. M. P., 28. Okt. 1918/Nr. 252.

70. L. Vz., 28. Okt. 1918/Nr. 252.

71. F. Tp., 28. Okt. 1918/Nr. 253.



„Der Kaiser will sich unbedingt seinem Volk erhalten. Er versteht die Wilsonsche Note nicht, er läßt sich lieber Stück für Stück bis zum letzten Rest seine Machtbefugnisse rauben, die er bisher, wie er so schön sagt, als Instrument des Himmels ausgeübt hat. Aber er bleibt, er kann sich nicht trennen, sei es auch nur von dem Schatten der Macht. Die ganze Verfassung wird auf andere Grundlagen gestellt, aber Wilhelm II. bleibt Kaiser oder will es wenigstens bleiben. Der Macht entäußert, ausgeschaltet von den Verhandlungen über den Frieden, aber doch noch Kaiser, sei es auch nur dem Namen nach. . . . Er hat es noch einmal beim Reichskanzler und bei den Staatssekretären durchgesetzt, daß eine Note an Wilson abgeht, in der sich die deutsche Reichsleitung so stellt, als ob sie nicht wüßte, was Wilson fordert. Wir werden nun in wenigen Tagen erfahren, ob es Wilson genügt, daß Kaiser Wilhelm II. nur ein Scheinkaiser ist, oder ob er, wie es vielfach erwartet wird, darauf bestehen wird, daß auch der letzte Rest des Kaisertums Wilhelms II. verschwindet, bevor über den Waffenstillstand verhandelt wird.“

Innerpolitisch besteht nach dieser Auffassung der „Fränkischen Tagespost“ keine Notwendigkeit zur Abdankung mehr, da Wilhelm II. sich ja mit einem Schattenkaisertum abfindet. Ob außenpolitisch eine solche Notwendigkeit besteht, überläßt das Nürnberger Blatt der Entscheidung Wilsons.

Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg sandte am 27. Oktober zwei Offiziere mit einem Schreiben an den Reichskanzler. Darin teilte er ihm wiederum die Äußerungen seines Gewährsmannes mit, der unter anderem gesagt habe:<sup>72</sup> „Mit den Worten ‚militärische Beherrscher und monarchische Autokraten‘ meint der Präsident drei Personen: den Kaiser, den Kronprinzen und Ludendorff. Gegen den Kaiser ist in den Ententeländern eine so raffinierte und systematische Hetze betrieben worden, daß er in der ganzen öffentlichen Meinung jener Länder — auch in Amerika — als die Verkörperung aller wirklichen und erdichteten Greuel dieses Krieges und als der schärfste Gegner jeder Beschränkung der monarchischen Gewalt gilt. . . . Mit diesen Männern wird die Entente niemals über Waffenstillstand oder Frieden verhandeln.“ — Die beiden Offiziere bemerkten im Auftrage des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg, daß die „Drohnote Wilsons“ nur ein „Hilferuf“ an die deutsche Regierung sei, ihm den Kampf für einen Rechtsfrieden zu erleichtern,<sup>73</sup>

---

72. M. v. B., a. a. O., S. 513 f.

73. Ebenda, S. 516.

und beschworen dann den Prinzen Max, „beschleunigte Entscheidungen herbeizuführen, es könnte sich um Tage, ja um Stunden handeln, dann stünden Fochs Waffenstillstandsbedingungen fest.“<sup>74</sup> Prinz Max von Baden wurde durch diese tatkräftige Beeinflussung in seiner Überzeugung schwankend. Wohl glaubte er noch, daß die Widerstandskraft der Westfront die Stellung Wilsons gegenüber Foch stärken würde. Wie aber, wenn wirklich die Abdankung des Kaisers die Waffenstillstandsbedingungen, die Marschall Foch festsetzte, hätte mildern können oder noch mildern konnte?<sup>75</sup> War die Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen möglicherweise noch zu beeinflussen? — Prinz Max glaubte sich später, bei Abfassung seiner Memoiren, eines schweren Versäumnisses anklagen zu müssen, weil er es unterlassen hatte, den Kaiser persönlich zu beraten, das heißt, weil er den Kaiser nicht zur Abdankung überredet hatte. Zunächst entschloß er sich, seinen Vortrag beim Kaiser bis zum 30. Oktober hinauszuschieben und inzwischen durch seinen Mitarbeiter Kurt Hahn „in einer der nordischen Hauptstädte“ (?) Erkundigungen einholen zu lassen.<sup>76</sup>

Am 28. Oktober sprach General von Chelius, von Brüssel kommend, beim Reichskanzler vor und teilte ihm die Informationen des Gesandten von der Lancken, des Chefs der politischen Abteilung beim Generalgouvernement in Belgien, mit; diese gingen auf einen amerikanischen Vertrauensmann zurück, der erklärt habe, „ohne Abdankung des Kaisers würde der Krieg weitergehen oder Deutschland einen furchtbaren Waffenstillstand und ebenso einen furchtbaren Frieden erhalten“.<sup>77</sup> General von Chelius, der vor dem Kriege lange Zeit Flügeladjutant des Kaisers war, bestand darauf, daß der Kaiser das „große Opfer“ bringen müsse, „um die Dynastie und das Land zu retten“.<sup>78</sup> Prinz Max nahm die sich ihm bietende günstige Gelegenheit wahr und bat den General, dem Kaiser persönlich seine Ansicht vorzutragen. Hausminister Eulenburg sollte ihn gegebenenfalls unterstützen. — Aber bereits am nächsten Tage erhielt Prinz Max eine schriftliche Absage Eulenburgs,<sup>79</sup> und General von Chelius hatte sich inzwischen umstimmen lassen und erklärte nun, die Abdankung des Kaisers bedeute die Auflösung der

---

74. Ebenda.

75. Ebenda.

76. Ebenda, S. 517.

77. Ebenda, S. 518.

78. Ebenda.

79. Ebenda, S. 526.

Armee und des Reiches<sup>80</sup> — ein Argument, das später von militärischen Instanzen dauernd gegen die Abdankungsforderung ins Feld geführt wurde. — Der Reichskanzler ließ kein Mittel unversucht. Er wandte sich an den Oberhofprediger von Dryander und legte ihm dar, „daß er als Seelsorger und Freund des Kaisers der Nächste wäre, um ihm den Thronverzicht nahezu legen, vorausgesetzt, daß er glaube, das Interesse der Monarchie verlange dieses Opfer“.<sup>81</sup> Dryander aber lehnte es ab, „eine Mission zu übernehmen, hinter der nicht seine Überzeugung stünde“.<sup>82</sup>

Am Abend des 28. Oktobers wurde dem Kanzler ein Erlaß des Kaisers<sup>83</sup> überreicht, in dem Prinz Max „eine Antwort auf den Ruf nach Abdankung“ sehen zu müssen glaubte, „als eine Antwort, die sagte: Ich will auf meinem Posten bleiben und loyal mit der Regierung zusammenarbeiten“.<sup>84</sup> In dem kaiserlichen Erlaß, der die Veröffentlichung der verfassungsändernden Gesetze begleiten sollte, hieß es:

„. . . Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach dem Vollbringen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Überzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksregierung mit meinen hohen Verbündeten bei in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohl des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke.“

---

80. Ebenda, S. 526.

83. S. ebenda, S. 525.

81. Ebenda, S. 519.

84. Ebenda, S. 525.

82. Ebenda, S. 526.

Diese kaiserliche Kundgebung wurde vorerst nicht der Öffentlichkeit übergeben. Der Reichskanzler hatte, wie wir wissen, dem Kaiser Zurückhaltung in Worten empfohlen, aber durch „Taten“ sollte er bekunden, daß er den Reformwillen des Kabinettes decke. Aus dieser Kundgebung hätte das Volk die Loyalität des Kaisers gegenüber dem neuen System erkennen können. Erzberger und Wahnschaffe sprachen sich im Kabinett für die Veröffentlichung des kaiserlichen Erlasses aus.<sup>85</sup> Graf Roedern, von Payer und Friedberg fürchteten dadurch unnötigerweise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Kaiser zu lenken und öffentliche Diskusisonen über die Stellung des Kaisers in Vergangenheit und Gegenwart heraufzubeschwören; kritische Geister würden dadurch zu der Meinungsäußerung verleitet, „der Kaiser bekenne sich zu etwas, was er nicht fühlt“.<sup>86</sup> Die „überwiegende Mehrheit“ des Kabinettes sprach sich gegen eine Veröffentlichung aus. Der Reichskanzler selbst vertrat die Auffassung, daß dieser Versuch des Monarchen, „die öffentliche Meinung mit seinem Verbleiben auf dem Thron auszusöhnen“, nur schaden könne; denn dann sei die Würde und Freiwilligkeit einer Abdankung nicht mehr zu wahren.<sup>87</sup>

Am 24. Oktober wies der konservative Abgeordnete Kreth im Reichstage gegenüber Noske auf die königstreuen und monarchischen Kundgebungen hin, die dieser in der konservativen Presse in genügender Anzahl finden könne. Prinz Max von Baden gibt zu, daß seit Noskes Rede im Reichstage es „Ehrensache auf der Rechten geworden (war), für den Träger der Krone zu demonstrieren“.<sup>88</sup> Bereits am 16. Oktober versichert der Verband der Preußischen Landkreise in einer Entschließung, daß „auch in der schwersten Zeit im preußischen Volke der Geist der Königstreue und Vaterlandsliebe ungeschwächt lebendig“ sei.<sup>89</sup> — Am 20. Oktober 1918 fand auf Einladung des Rektors der Berliner Universität eine Versammlung der Professoren statt; sie gestaltete sich zu einer einstimmigen Kundgebung „für die unversehrte Erhaltung von Vaterland, Kaiser und Reich“.<sup>90</sup> Rektor und Senat der Universität Göttingen richteten ein Telegramm an den Reichskanzler, das sich in der-

---

85. Ebenda, S. 526.

86. Ebenda.

87. Ebenda.

88. Ebenda, S. 537.

89. Zitiert nach einer Notiz der „Germ.“ vom 19. Okt. 1918/Nr. 490.

90. Zitiert nach einer Notiz der „Germ.“ vom 22. Okt. 1918/Nr. 493.



selben Richtung bewegte.<sup>91</sup> — Der Bund der Landwirte erläßt in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Aufruf, in dem „noch einmal“ zum „Kampf bis zum äußersten“ aufgefordert wird unter der allbekannten Parole: „Für Kaiser und Reich!“<sup>92</sup> — Während der Reichstagsdebatten vom 22. bis zum 26. Oktober blieb kein Wort, das sich gegen den Kaiser richtete, ungerügt. Am 26. Oktober stellt im Preußischen Herrenhaus Graf York zu Wartenberg folgenden Antrag:<sup>93</sup>

„In der Zeit der tiefsten Not des Vaterlandes ist es Pflicht und Recht des Preußischen Herrenhauses, zum Ausdruck zu bringen, wie unlöslich der Zusammenhang ist zwischen Preußens Herrscherhaus und seinem Volke. Der König von Preußen wird sein Volk auch in den dunkelsten Tagen treu finden. Das Herrenhaus wird eingedenk seiner Vergangenheit allezeit zu seinem angestammten Herrscher als Schutz-Wehr vor dem Thron stehen.“

Dieser Antrag wurde von dem Antragsteller des näheren begründet<sup>94</sup> und vom Preußischen Herrenhaus einstimmig angenommen. Die „Frankfurter Zeitung“ fand diese Kundgebung „mehr als unnötig“, sie sei sogar „unklug“.<sup>95</sup> Staatssekretär Haußmann sah darin nur einen „Bärendienst“ für die kaiserliche Sache.<sup>96</sup>

Am 29. und 30. Oktober tagten in Duisburg die christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Der Ausschuß sandte an den Kaiser ein Telegramm, in dem es heißt:<sup>97</sup>

„Die Christlich-Nationale Arbeiterschaft . . . erblickt unter den neuen Verhältnissen in einem echten Volkskaiserthum ein wertvolles Unterpfand für die Entwicklung ihrer Erwartungen. Unabhängig von Gunst und Ungunst der Verhältnisse, in Glück und Unglück standen und stehen wir in Treue zu Eurer Majestät. Seit den Tagen, wo das heilige römische Reich deutscher Nation zerfallen, ging eine heiße Sehnsucht durch das deutsche Volk, unter einem deutschen Kaiser wieder geeinigt zu werden. Unter unsäglichen Mühen ist die Einigung gelungen. Sie hat dem deutschen Volke eine neue Lebensblüte gebracht. Mit der vorbildlich gewordenen deutschen Sozialpolitik hat sich das deutsche Kaiserthum ein unvergängliches Denkmal in den Herzen der deutschen

---

91. „Germ.“, 22. Okt. 1918/Nr. 493.

92. Ebenda.

93. Westarp, a. a. O., S. 104.

94. Ebenda, S. 104 f.

95. F. Z., 1. Nov. 1918/Nr. 303, Morgenausgabe.

96. M. v. B., a. a. O., S. 537.

97. Zitiert nach der „Germ.“ vom 31. Okt. 1918/Nr. 510.

Arbeiterschaft gesetzt. Wir leben der Überzeugung, daß das deutsche Volk auch unter den veränderten Verhältnissen sich erneut zu einer Achtung gebietenden Stellung emporarbeiten wird. Auf dieses hohe Ziel soll die Tätigkeit der christlich-nationalen Arbeiterschaft immerdar eingestellt sein.“

Zu dieser kaisertreuen Kundgebung der katholischen Gewerkschaften gesellt sich eine solche des „Katholischen Frauenbundes“ vom 1. November 1918, die ein „Ruhmesblatt der katholischen Frauenwelt Deutschlands“ darstellt.<sup>98</sup>

Auch in der Presse machte sich eine sehr deutliche Gegenströmung gegen die antikaiserlichen Tendenzen bemerkbar, nicht nur in der konservativen, sondern vor allem in der Zentrums-  
presse. Am 27. Oktober 1918 nahm Graf Westarp, der Vorsitzende der konservativen Reichstragsfraktion, in der „Kreuz-Zeitung“ zur Kaiserfrage Stellung. Der Artikel ist sehr aufschlußreich für die Auffassung der Konservativen über die Entstehung der Kaiserfrage. In dem Artikel heißt es:<sup>99</sup>

„Zu einem ernsten Wort geben uns Äußerungen Veranlassung, die, zum Teil sogar ungerügt, in bisher unerhörter Weise sich gegen den Kaiser und König richteten. In erster Linie geschah das aus dem Munde der unabhängigen Sozialdemokraten. Herr Cohn erdreistete sich, die Beseitigung des Kaisers und der ganzen Dynastie zu fordern, nachdem er zuvor ‚die verehrten Anwesenden‘ zur Revolution aufgerufen hatte. Aber auch Herr Noske sprach davon, daß der König durch eine große Geste sich des ungeteilten Beifalles im Volke erfreuen würde, und deutete damit, ähnlich wie die ‚Frankfurter Zeitung‘ getan, auf Gedanken hin, die durch Wilsons Note nahegelegt werden. Dabei fiel die Behauptung, auch in konservativen Kreisen stehe man nicht mehr ernstlich vor der Person des Kaisers. Der Abgeordnete von Graefe gab darauf klare und unzweideutig Antwort. Auch wir halten uns verpflichtet, an dieser Stelle auszusprechen, was, wie wir überzeugt sind, jeder konservative Mann und weit über die Partei hinaus die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes denkt und empfindet. Gewiß: es hat stets viel Kritik im deutschen Volke an der Person des Kaisers gegeben; auch in früheren Zeiten war das of preußischer Brauch, und konservative Männer haben mit ernsten Bedenken und offenem Wort so manches Mal nicht zurückhalten zu dürfen geglaubt. Aber in guten Tagen, die uns während der 25jährigen Friedensregierung des Kaisers in so reichem Maße

---

98. Buchner, Kaiser Wilhelm II., S. 180.

99. Zitiert nach Westarp, a. a. O., S. 97 ff.

zuteil wurden, bei all der siegreichen Gegenwehr der ersten vier Kriegsjahre haben wir alle, hat das deutsche Volk zum Kaiser gestanden. Darf und kann es ihm jetzt die Treue brechen? Darf es sich so weit erniedrigen, daß es in dem Wahn, den Gegner dadurch milde zu stimmen, den Kaiser preisgibt? Das wäre nicht Art der Preußen, die in jahrhundertlanger Geschichte oft genug in trüben Zeiten um so fester zu ihrem Hohenzollern-König gestanden haben; das entspräche nicht der deutschen Treue der verbündeten Stämme. In ganz Deutschland ist der Kaisergedanke voll lebendiger Kraft, in Preußen ist er in der angestammten Treue verankert. Jetzt können wir zeigen, daß es keine Redensarten waren, was wir in glanzvollen Tagen gesagt und gesungen haben. Die konservative Partei steht geschlossen vor der Dynastie nicht nur, sondern auch vor der Person Seiner Majestät des Kaisers; sie bittet und hofft, daß er die Führung auch im letzten Kampf fest in die Hand nimmt. Sie weiß sich darin eins mit der überwiegenden Mehrheit von Volk und Heer. Wir haben übrigens, wie wir ausdrücklich aussprechen wollen, allen Anlaß zu glauben, daß auch die Reichsregierung in allen ihren Teilen vor dem Kaiser steht.“

Den „sachlichen Kern der Kaiserfrage“ — die Preisgabe Wilhelms II. um besserer Friedensbedingungen willen — bezeichnet Graf Westarp als eine Selbsterniedrigung des deutschen Volkes und den Glauben an die völkerversöhnende Mission Wilsons als eine Wahnidee. Dem stellt Westarp die Bereitwilligkeit der konservativen Partei und der „überwiegenden Mehrheit von Volk und Heer“ zum „letzten Kampf“ mit Wilhelm II. an der Spitze gegenüber, und erhofft eine ebensolche Haltung der Reichsregierung. — Am 28. Oktober tritt die „Kölnische Volkszeitung“ der antikaiserlichen Strömung mit folgenden Ausführungen entgegen:<sup>100</sup>

„Träte der Kaiser, wie so manche antimonarchische Parteigruppen und Zeitungen der Linken es fordern und wie so mancher gedankenloser Schwätzer . . . den geschworenen Feinden von Krone und Altar nachplappert, vom Thron zurück, so würde in weiten Kreisen wie seinerzeit in Rußland der zerstörende Geist des Bolschewismus um sich greifen. . . . Das deutsche Volk ist in seinem besten Kern monarchisch gesinnt und wird eine aus den Tagen unserer Altvorden überlieferte und in ernsten und harten Zeiten bewährte Einrichtung nicht ohne weiteres preisgeben. In Bayern herrscht ein tapferes und volkstümliches Haus seit den Tagen Karls

---

100. Kölnische Volkszeitung, 28. Okt. 1918/Nr. 851.

des Großen, und niemals wird das bayerische Volk sich seinen König freiwillig nehmen lassen. Es besteht Gefahr, daß, wenn in Preußen . . . die bisherige monarchische Verfassung beseitigt und so die Grundlage der Reichsverfassung aufgehoben würde, zunächst Bayern im eigenen Lebensinteresse eine neue Ordnung der Dinge suchen müßte. . . . Was wäre dann noch das Deutsche Reich und seine Bürger?“

Das rheinische Zentrumsblatt, dessen kaisertreue Haltung außer Zweifel steht, wurde auf Grund dieses Artikels von der „Frankfurter Zeitung“ verdächtigt, daß es die „dynastisch-partikularistischen Sonderinteressen“ Bayerns, die „eine wahrhaftig nicht sehr ehrenvolle Rolle“ spielten, hätte unterstützen wollen.<sup>101</sup> Gerade das Gegenteil trifft zu. Der monarchische Gedanke, der in Bayern besonders tief verwurzelt schien, sollte gegen die antikaiserliche Bewegung ins Feld geführt werden. Den kaiserfeindlichen Tendenzen wird der monarchisch-bundesstaatliche Aufbau des Reiches gegenübergestellt, das durch den Rücktritt des Kaisers in seiner Einheit gefährdet schien. — Am 30. Oktober unternimmt die „Germania“ einen Vorstoß zur Klärung der Abdankungsfrage. Sie schreibt:<sup>102</sup>

„Neuerdings ist aus Washington berichtet worden, daß man dort eine Beantwortung der vierten deutschen Note nicht für erforderlich hält,<sup>103</sup> d. h. daß man auch dort die erste diplomatische Etappe auf dem Wege zum Waffenstillstand und Frieden für erledigt erachtet. Ihr wohnte eine keineswegs zu unterschätzende Bedeutung inne, insofern es für Wilson galt, auf unserer Seite Verhandlungsgrundlage und Verhandlungspartei einwandfrei festzustellen. Wenn er für seinen Teil sich mit dem Ergebnis dieses Klärungsversuches zufrieden gibt, so ist darin ohne Zweifel auch die Dynastiefrage eingeschlossen, der ja eine wesentliche Bedeutung für die Kennzeichnung Deutschlands als Verhandlungspartei zukommt. Damit wäre dann festgestellt, daß unsere Auffassung, es liege keine Notwendigkeit vor, aus Wilsons Note die Forderung auf Beseitigung unseres Kaisers oder gar des Hohenzollernhauses herauszulesen, richtig war.“

Die „Germania“ hält „damit die Angelegenheit . . . mindestens für diesen Abschnitt“ für „erledigt“. Das Blatt fährt dann fort:

---

101. F. Z., 30. Okt. 1918/Nr. 301, 2. Morgenblatt.

102. Germ., 31. Okt. 1918/Nr. 509 (Leitartikel ist datiert: 30. Okt. 1918).

103. Vgl. Amtl. Urk., Nr. 95, bezüglich der Auffassung des Auslandes über die vierte deutsche Note an Wilson.



„Mancher mag diese Auslegung vielleicht opportunistisch finden wollen, sie hat jedenfalls angesichts des Abschlusses der vorläufigen Korrespondenz mit Wilson eine indirekte Bestätigung erhalten, und es würde uns deshalb ratsam erscheinen, die Angelegenheit nun bis auf weiteres in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund treten zu lassen. Nichts weist darauf hin, daß sie im Augenblick eine internationale Bedeutung hätte, und innerpolitisch liegt noch viel weniger ein Grund vor, sie am Ende gar zu einem Zankapfel werden zu lassen. Das deutsche Volk ist in seiner erdrückenden Mehrheit monarchisch gesinnt. Das liegt ebenso sehr in seiner geschichtlichen Vergangenheit begründet, wie in der Tatsache, daß es im Kaiser und in der Kaiserwürde ein Symbol der deutschen Einheit sieht. Das weiß und respektiert im allgemeinen auch die Sozialdemokratie.“

Von innerpolitischen Gesichtspunkten aus sieht das katholische Blatt keine Notwendigkeit zur Abdankung des Kaisers, um so weniger, als selbst die Sozialdemokratie den deutschen Einheitsgedanken, der in dem deutschen Kaisertum verkörpert ist, „respektiert“. Und da die Kaiserfrage „im Augenblick“ keine „internationale Bedeutung“ habe, so könne deren öffentliche Erörterung „nun bis auf weiteres . . . in den Hintergrund treten“. — Was heißt: „bis auf weiteres“? Das Blatt ist anscheinend nicht so fest überzeugt, daß sich Wilson mit dem bisherigen „Klärungsversuch“ zufrieden geben werde. Dieser Artikel gewinnt für die spätere Untersuchung dadurch Bedeutung, daß das Zentrumsblatt von nun ab, da das deutsche Kaisertum Wilhelms II. außenpolitisch vorerst gesichert zu sein scheint, den Monarchen gegen die Tendenzen der kaiserfeindlichen Sozialdemokratie verteidigt.

#### 4. Kapitel.

#### **Der Vorstoß der Sozialdemokratie in der Abdankungsfrage am 29. Oktober 1918 und dessen Auswirkungen.**

Am 21. Oktober war Scheidemann für die uneingeschränkte Erörterung der Kaiserfrage in der Presse eingetreten. Am 24. Oktober benachrichtigte er das Kabinett von der Anweisung der sozialdemokratischen Parteileitung an die sozialdemokratische Presse, nicht durch Erörterung der Kaiserfrage die Friedensverhandlungen zu erschweren. Diesem Parteibefehl

hatte sich im wesentlichen sogar die „Fränkische Tagespost“ gefügt. — Die großen demokratischen Blätter verhielten sich abwartend, während die Rechtsorgane die Lage als geklärt betrachteten, so daß die Kaiserfrage wieder in den Hintergrund zu treten schien.

Scheidemann sah die Lage in der Kaiserfrage anders. Er berichtet,<sup>1</sup> die Presse habe „hier und da die Forderung aufgestellt, daß der Kaiser gehen müsse“. Einige Zeitungen seien deshalb verboten worden. Darin sah Scheidemann bekanntlich einen Eingriff der Zensur, der dem Regierungsprogramm des Kriegskabinetts „schnurstracks widersprach“.<sup>2</sup> Zuletzt gab der Oberbefehlshaber in den Marken durch eine Anordnung an die Presse<sup>3</sup> den Anstoß zum Einschreiten Scheidemanns. Dieser erhob zunächst Einspruch im Kabinett und verlangte die Freigabe der Pressediskussionen über die Kaiserfrage.<sup>4</sup> Der Einspruch Scheidemanns blieb erfolglos, das Kabinett war anscheinend gesonnen, diese Angelegenheit „von neuem zu verschleppen“.<sup>5</sup> — In dieser Kabinettsitzung am 28. Oktober äußerte sich Scheidemann:<sup>6</sup> „Dem deutschen Volke keinen Gewaltfrieden, dem Kaiser und dem Kronprinzen keine Gnade.“ Diese Formulierung war von der letzten Wilson-Note eingegeben. Sie erhellt schlaglichtartig die Lage und insbesondere die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Kaiser- und Friedensfrage. Diese Bemerkung fiel vermutlich zur Begründung des Scheidemannschen Antrages zwecks Freigabe der Pressedebatten über die Kaiserfrage. — Scheidemann gab sich mit dem ablehnenden Bescheid des Kabinetts nicht zufrieden. Er richtete am 29. Oktober 1918 an den Reichskanzler, der krankheitshalber den Sitzungen des Kabinetts nicht beiwohnen konnte, einen Brief; darin protestiert er gegen die Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken, die der Presse das Stellen der Abdankungs-

---

1. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 201.

2. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 253.

3. Die „L. Vz.“ veröffentlicht am 30. Okt. 1918 eine solche Verfügung, die ihrer Redaktion zugeht, und in der es heißt: „Auf Anordnung des Obermilitärbefehlshabers wird unter keiner Bedingung geduldet, daß in der Presse die Forderung der Abdankung des Kaisers und der Dynastie Hohenzollern zum Ausdruck kommt.“

4. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 201. Ders., Memoiren, Bd. II, S. 253.

5. Ebenda.

6. M. v. B., a. a. O., S. 513.

forderung verbot. Die Unzulässigkeit dieser Verfügung wird von Scheidemann mit denselben Argumenten wie in seinem Schreiben vom 21. Oktober 1918 an den uns unbekannten Diplomaten des Auswärtigen Amtes begründet. In dem Briefe heißt es dann:<sup>7</sup>

„Nachdem der Öffentlichkeit die Möglichkeit genommen ist, durch Diskussion eine Frage zu klären, die zu einer brennenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden ist, tritt an das Kabinett mit verdoppeltem Ernst die Notwendigkeit heran, sie in seinem Schoße zu erörtern und zum Austrag zu bringen. Aus diesem Grunde sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese: die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, Seiner Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten.“

Staatssekretär Scheidemann macht sich hier zum Sprecher der unter Zensur stehenden öffentlichen Meinung, d. h. der Presse. Er wendet sich bezeichnenderweise nicht zuerst an die Kabinettsmitglieder, sondern an den Reichskanzler selbst; die von Scheidemann ausgesprochene „Bitte“ sollte aber, wie es in dem Briefe ausdrücklich heißt, von den Staatssekretären ausgehen. Scheidemann beabsichtigte mit diesem Briefe, den Reichskanzler zur Aufrollung der Kaiserfrage im Kabinett zu veranlassen. — Sprach hier Scheidemann im Namen der sozialdemokratischen Partei? Scheidemann will diesen Brief geschrieben haben, ohne sich vorher der Zustimmung oder des Einverständnisses der Parteileitung vergewissert und ohne sich auch nur mit einem seiner Freunde besprochen zu haben.<sup>8</sup> Da er angeblich der Zustimmung der „großen Mehrheit“ seiner Partei „absolut sicher“ war, schrieb er den Brief „in der Absicht, ein fait accompli zu schaffen“.<sup>9</sup>

Die Einschränkung der Pressefreiheit durch die Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken war sicherlich nur der äußere Anlaß für das Vorgehen des Staatssekretärs Scheidemann. Die Zersetzungerscheinungen in Österreich-Ungarn, die am 27. Oktober zu einem Sonderfriedensangebot an die Entente führten, haben ohne Zweifel die Haltung Scheidemanns beein-

---

7. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 253 f. Ders., Zusammenbruch, S. 201 f.; hier fälschlich am 20. Okt. datiert, s. M. v. B., a. a. O., S. 531.

8. Scheidemann, Memoiren, Bd. II., S. 262.

9. Ebenda.

flußt, um so mehr, als durch den Abfall des österreichischen Bundesgenossen die Gefahr eines konzentrischen Angriffes der Entente auf Deutschland vor aller Augen stand. Die Verschlechterung der militärischen Lage des Reiches machte aber eine schnelle Entscheidung der Kaiserfrage, die ja in engem Zusammenhang mit der Friedensfrage stand, notwendig. Die Absicht Scheidemanns, unter allen Umständen in der Kaiserfrage ein *fait accompli* zu schaffen, rückt also in diesem Zusammenhang in ein ganz anderes Licht. — Hören wir die „Begründung“, mit der Scheidemann die Forderung nach der Abdankung des Kaisers vertrat. In dem Briefe heißt es:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung des deutschen Reiches die Überzeugung gewonnen hat, daß die Aussicht, zu erträglichen Bedingungen des Waffenstillstands und des Friedens zu gelangen, durch das Verbleiben des Kaisers in seinem hohen Amte verschlechtert wird. Würde ein ungünstiger Friede geschlossen werden, während der Kaiser in seinem Amt verbleibt, so würde später gegen ihn und die Regierung der Vorwurf erhoben werden, daß sie lieber schwere Nachteile für das Volk auf sich genommen haben, als daß sie aus einer nun einmal gegebenen Sachlage die zum Wohle des Ganzen notwendigen Konsequenzen gezogen hätten.

Es kann weiter nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstigere Aussichten bieten, wenn die im Deutschen Reich vollzogene Änderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches nach innen und nach außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß der hier vorgeschlagene Schritt nur hinausgezögert, aber doch nicht vermieden werden kann. Deshalb ist es besser, wenn der Kaiser jetzt schon aus der gesamten Situation die Konsequenzen, die nach der Auffassung auch zahlreicher deutscher Staatsmänner gezogen werden müssen, so schnell als möglich zieht . . .“

Scheidemann operiert hier mit dem unkontrollierbaren Begriff der „Überzeugung“ der „großen Mehrheit der Bevölkerung“. Hier offenbart sich sehr deutlich die Verwechslung der Begriffe Volk und Partei, deren sich die sozialdemokratischen Führer schuldig machten. — Scheidemann führt im wesentlichen zwei Gründe an: 1. die Abdankung Wilhelms II. lasse günstigere und „erträglichere“ Bedingungen erwarten; diese trügerische Hoffnung wurde vor allem durch die dritte Wilson-Note erweckt. — 2. der Systemwechsel müsse „nach innen und nach außen deut-



lich sichtbar gemacht“ werden — das entsprach der Auffassung der Linken, wie sie die „Frankfurter Zeitung“ schon am 11. Oktober 1918 vertreten hatte. — Dann spricht Scheidemann, ähnlich wie die „Frankfurter Zeitung“ am 24. Oktober, von der politischen und von der „gesamten Situation“, aus der der Kaiser besser jetzt als später die Konsequenzen ziehen solle — das wäre ein drittes Argument, das sich aber aus dem zweiten ableiten läßt.

Der Brief Scheidemanns erreichte den Reichskanzler ungefähr gleichzeitig mit der Mitteilung des Freiherrn von Grünau, daß der Kaiser ins Große Hauptquartier abzureisen gedenke.<sup>10</sup> Die Gründe, die den Monarchen zur plötzlichen Abreise aus Berlin bewegten, sind nicht restlos geklärt. Damals ging das Gerücht, wonach der Kriegsminister Schöuch sich nicht mehr für die Sicherheit des Kaisers in Potsdam habe verbürgen können, ein Gerücht, das inzwischen durch eine Erklärung Schöuchs entkräftet wurde.<sup>11</sup> Die Gründe des Kaisers zur Abreise nach Spa stehen jedenfalls im engsten Zusammenhang mit der Frage der Abdankung Wilhelms II., womit nicht gesagt sein soll, daß die Sicherheitsfrage weniger bedeutungsvoll gewesen wäre. Der Kaiser erfuhr sicherlich von den Plänen und Absichten des Reichskanzlers in der Abdankungsfrage und wurde dadurch aufgescheucht. In Spa erklärte Wilhelm II. am 31. Oktober:<sup>12</sup> „Die Regierung des Prinzen Max von Baden arbeitete auf Seine Beseitigung hin, dem hätte Er in Berlin sich weniger entgegenstellen können als inmitten Seiner Armee“ (sic). — Grünau, der dem Prinzen Max die Nachricht von der Abreise des Kaisers überbrachte, will Major Niemann auf die ungünstigen Wirkungen, die eine plötzliche Abreise in der Öffentlichkeit hervorrufen könne, aufmerksam gemacht haben; sie würde so ausgelegt werden, als ob sich der Kaiser unter den Schutz der Armee stellen wolle.<sup>13</sup> Major Niemann habe sich, so berichtete Grünau dem Kanzler, auf Hindenburg berufen, der es für notwendig erachtet habe, daß der Kaiser, nach den politischen Vorgängen der letzten Zeit, wieder mit der Armee in Berührung gebracht werden müsse.<sup>14</sup>

Der Reichskanzler suchte mit allen Mitteln die Abreise des

---

10. M. v. B., a. a. O., S. 527.

11. Ebenda, S. 529, Fußnote.

12. Aufzeichnungen Hintzes, bei Niemann, Revolution von oben, S. 366.

13. M. v. B., a. a. O., S. 527.

14. Ebenda.

Kaisers zu verhindern, er spielte dabei sogar mit dem Gedanken, den Monarchen durch Einreichung seines Entlassungsgesuches unter Druck zu setzen;<sup>15</sup> Prinz Max sah damals in der Abreise des Kaisers eine von der Obersten Heeresleitung vorbereitete „illoyale Handlung“, um den Monarchen dem Rate des Kanzlers zu entziehen.<sup>16</sup> — Generalleutnant Keim beurteilt die Abreise des Kaisers folgendermaßen:<sup>17</sup> „Das war ein auffallender Schritt, weil doch der Herrscher gerade jetzt dem Brennpunkte der politischen Ereignisse nahe sein mußte. Der war in Berlin und nicht in Spa!“ Den Gedanken an seine persönliche Sicherheit, den Generalleutnant Keim für ausschlaggebend hält, hätte der Kaiser zurücktreten lassen müssen „hinter dem Gedanken, daß ein Herrscher an die gefährdetste Stelle gehört, wenn dem Staate und dem Herrscherhause Gefahr droht!“ — Hausminister Eulenburg gab denn auch dem Staatssekretär Solf durch „Andeutungen, Gebärden und Mienen“ zu verstehen — natürlich nur zu dem Zwecke, einen Druck seitens der Regierung hintanzuhalten —, daß er glaube und hoffe, „der Kaiser wolle zum Heer zurück, um sich an die Spitze seines Leibregimentes zu stellen und einen Heldentod zu finden“.<sup>18</sup>

Durch den Brief Scheidemanns und durch die Abreise des Kaisers nach Spa sah der Reichskanzler seine Pläne durchkreuzt. Die Abreise des Kaisers konnte er nicht verhindern, die Wirkung des Scheidemannschen Briefes suchte er durch eine persönliche Rücksprache mit dem Schreiber aufzuheben. Er ließ den Staatssekretär zu sich bitten und bat ihn, den Brief zurückzunehmen.<sup>19</sup> Nach den Aufzeichnungen Scheidemanns sagte Prinz Max:<sup>20</sup> „Sie wissen, daß ich bemüht bin, Seine Majestät wissen zu lassen, wie die Stimmung ist. Er wird zurücktreten. Es wird leichter sein, den freiwilligen Rücktritt des Kaisers zu erreichen, wenn ich nicht unter solchem Druck stehe. . . . Mit Eulenburg und Delbrück habe ich bereits gesprochen.“ Prinz Max will ferner gesagt haben, daß seine Bemühungen erschwert würden und sogar zum Stillstand kom-

15. S. ebenda, S. 527 ff. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 257 f.

16. S. M. v. B., a. a. O., S. 527. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 257.

17. Keim, a. a. O., S. 91.

18. Hammann, a. a. O., S. 139.

19. S. ebenda, S. 532. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 255. Ders., Zusammenbruch, S. 203.

20. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 203 f.

men müßten, wenn ihn Scheidemann oder die Sozialdemokratie unter Druck setzten.<sup>21</sup> — Scheidemann bestritt, „nur im Namen seiner Partei zu sprechen. Persönlichkeiten aller Richtungen stünden heute auf dem gleichen Standpunkt“.<sup>22</sup> Er berief sich ferner auf „ältere Staatsmänner und sogar auf einen Bundesfürsten“, der in einem Briefe an ein Bundesratsmitglied geschrieben habe: „Er muß weg!“<sup>23</sup> Um welchen Bundesfürsten es sich dabei handelte, ist nicht nachweisbar. — Scheidemann erklärte sich schließlich bereit, seinen Brief zurückzunehmen, wenn „die Entscheidung schnellstens fällt“;<sup>24</sup> er müsse die Freiheit seiner Entschließung zurückhaben, sonst könne er nicht im Kabinett bleiben.<sup>25</sup> Prinz Max soll sogar die Zusage gegeben haben, eine Entscheidung „bis morgen mittag“ herbeizuführen,<sup>26</sup> das war also innerhalb 24 Stunden, wie Scheidemann es gefordert hatte. Der Reichskanzler war sich bewußt, daß die Zurücknahme des Briefes „nur eine Formalität war und im besten Falle eine Atempause gewährte“.<sup>27</sup>

Welches Echo fanden diese beiden Vorgänge nun in der Presse? — Die Abreise des Kaisers wurde, wie der Kanzler selbst zugab,<sup>28</sup> weniger besprochen, als er befürchtet hatte. Das „Berliner Tageblatt“ bringt die Mitteilung an ganz unauffälliger Stelle und bemerkt dazu:<sup>29</sup> „In politischen Kreisen bedauert man die Abreise, da angesichts der nun einmal umlaufenden Gerüchte und der ganzen Sachlage allerlei Kombinationen daran geknüpft werden können.“ An anderer Stelle bemerkt das Blatt:<sup>30</sup> „Die Abreise des Kaisers . . . ist allen amtlichen und politischen Stellen völlig überraschend gekommen. . . . Vor allem werde, sagt man, durch die Reise des Kaisers eine unmittelbare Aussprache über die Abdankungsfrage unmöglich gemacht.“ Das Blatt bedauert also, daß sich der Kaiser einer Beeinflussung in der Abdankungsfrage durch seine plötzliche und fluchtartige Abreise entzogen habe. Staatssekretär Solf äußerte sich später darüber folgendermaßen:<sup>31</sup> Das Schicksal

21. M. v. B., a. a. O., S. 532.

22. Ebenda.

23. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 255.

24. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 203.

25. Ebenda, S. 204.

26. Ebenda.

27. M. v. B., a. a. O., S. 532.

28. Ebenda, S. 536.

29. B. T., 1. Nov. 1918/Nr. 559.

30. Ebenda, 1. Nov. 1918/Nr. 560.

31. Hammann, a. a. O., S. 135.

Kaiser Wilhelms II. sei durch die „Flucht aus Berlin“ besiegelt worden. Die Folgen hätten sich bald gezeigt. Es seien Gerüchte aufgetaucht, der Kaiser suche „Rat und Hilfe bei den Militärs zu Gewaltmaßregeln gegen seine Hauptstadt. Der in Berlin gebliebene Kaiser wäre respektiert, jedenfalls vorsichtig behandelt worden, der zu den Truppen entwichene galt als Volksfeind und war geächtet.“ — Solcherart waren also die Gerüchte, die sich um die Reise des Kaisers spannen. — Lediglich die „Germania“ erwidert die Andeutung des „Berliner Tageblattes“ und sagt:<sup>32</sup>

„ . . wir (möchten) der Auffassung sein, daß die Reichsleitung gar nicht das Bedürfnis haben kann, in einer solchen Aussprache an den Kaiser Zumutungen zu stellen, die weder im wohlverstandenen Interesse Deutschlands lägen, noch für Europa im allgemeinen wünschenswert und nützlich erscheinen könnten. Die deutsche Volksregierung hat alles getan, was ihr notwendig schien, unsere Verfassung auf den Stand einer neuen Zeit zu bringen. Sie hat das in entschlossener Arbeit getan, wie sie die ‚Einheitlichkeit der Gesinnung‘ ermöglichte, von der sie sich nach des Kanzlers Worten getragen fühlt. Sie hat keine Ursache zu glauben, daß diese ‚Einheitlichkeit‘ in einem Gegensatz zur Krone steht, im Gegenteil ist wohl anzuerkennen, daß diese mit dem Septembererlaß zu den Neuerungen freimütig den Anstoß selbst gegeben hat. Darum kann die Regierung auch nicht auf den Gedanken kommen, es blieben ihr Konsequenzen zu ziehen, die über den Rahmen der Reformarbeit . . . soweit hinausginge, daß leicht gar ein Umsturz daraus würde.“

Bemerkenswert ist, daß weder der „Vorwärts“ noch irgendein anderes sozialistisches Blatt einen Kommentar an die Notiz von der Abreise des Kaisers knüpfte, auch nicht in der Weise, wie es das „Berliner Tageblatt“ tat.

Die Notiz von dem Briefe Scheidemanns wurde zuerst von der „Vossischen Zeitung“ in die Öffentlichkeit lanciert.<sup>33</sup> Das „Berliner Tageblatt“ spricht<sup>34</sup> von einer Denkschrift, die Scheidemann verfaßt und dem Reichskanzler übergeben habe; es berichtigt diese Auffassung dahin, daß es sich um einen Brief handle, „in dem die Notwendigkeit, daß der Kaiser zurücktrete, betont wurde“. Die „National-Zeitung“ gibt am 2. November

---

32. Germ., 2. Nov. 1918/Nr. 513.

33. Nach Angaben des Vw. vom 2. Nov. 1918/Nr. 302, und der Germ. vom 1. Nov. 1918/Nr. 512. •

34. B. T., 1. Nov. 1918/Nr. 560.



die Erklärung ab,<sup>35</sup> nicht sagen zu können, ob Scheidemann jenen Brief inzwischen zurückgezogen habe; die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung hätten nämlich bis zur Stunde aus dem dynastischen Problem keine Kabinettsfrage gemacht. — Am 2. November bestätigt der „Vorwärts“, „daß von Genosse Scheidemann ein derartiger Schritt unternommen wurde“, und fügt hinzu, „daß er im Einvernehmen mit den Vorständen der Partei und der Reichstagsfraktion erfolgt ist“.<sup>36</sup> Das widerspricht, wie wir bereits dargestellt haben, den Angaben Scheidemanns, wonach er weder die Parteileitung noch irgendeinen seiner Parteifreunde von dem beabsichtigten Schritte verständigt haben will. — Am 3. November stellt der „Vorwärts“ mit Genugtuung fest:<sup>37</sup> „Die Welt hat Kenntnis genommen, daß einer der Staatssekretäre, unser Genosse Scheidemann, es für notwendig hält, daß die Regierung dem Kaiser empfehle, zurückzutreten. Schon diese Tatsache allein zeigt den grundstürzenden Wandel der Dinge, der bei uns eingetreten ist, und es ist kein Wunder, daß sich die ganze Welt angelegentlichst mit ihm beschäftigt.“

Bemerkenswert ist, daß in keinem der hier untersuchten Presseorgane die Abreise des Kaisers irgendwie in Beziehung gebracht wird mit dem Briefe Scheidemanns — obwohl beide Nachrichten ungefähr gleichzeitig an die Öffentlichkeit gelangten.

Wir haben bereits gehört, daß der Reichskanzler am 27. Oktober seinen Mitarbeiter Hahn nach dem Norden schickte, um Erkundigungen einzuholen, ob durch die Abdankung des Kaisers vielleicht noch eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zu erreichen sei. Auf das Ergebnis der Erkundung wollte Prinz Max seine „persönliche Beratung“ des Kaisers stützen. Am Morgen des 30. Oktobers hielt Hahn dem Reichskanzler Vortrag.<sup>38</sup> Prinz Max deutete die eingeholten Informationen derart, daß die Bedingungen in ihrer ganzen Härte feststünden und daß nur der „Verzweiflungskampf“ eine Revision erhoffen lasse.<sup>39</sup> Weit schwerer wog für den Prinzen Max das Gutachten des Deutschen Gesandten in Kopenhagen, des Grafen Brockdorff-Rantzau.<sup>40</sup> Dieser bezeichnete es als fraglich, ob die

35. N.-Z., 2. Nov. 1918/Nr. 256.

37. Ebenda, 3. Nov. 1918/Nr. 303.

39. Ebenda, S. 534.

36. Vw., 2. Nov. 1918/Nr. 302.

38. S. M. v. B., a. a. O., S. 532 f.

40. Ebenda, S. 532.

internationale Situation durch die Abdankung des Kaisers erleichtert würde. Der Zustand der Heimat sei maßgebend. Das deutsche Volk werde sich nicht gegen entehrende Waffenstillstandsbedingungen wehren können, wenn der Kaiser seinen Rücktritt derartig verzögere. — Der Kanzler unterlag dem Eindruck dieser Meldung und kam zu der Folgerung, daß Deutschland nicht zum letzten Kampf fähig sein werde, wenn der Kaiser und der Kronprinz nicht auf die Kaiserwürde verzichteten;<sup>41</sup> Prinz Max glaubte noch immer an die nationale Verteidigung, wenn auch ohne Kaiser Wilhelm II., obwohl er sowohl von der Sozialdemokratie als auch vom Zentrum sehr deutliche Absagen erhalten hatte. — „Die Unschlüssigkeit des Kabinetts“, so glaubte der Kanzler feststellen zu können,<sup>42</sup> „gab dem Kaiser noch einmal Gelegenheit, zu zeigen, daß er die nationale Notwendigkeit besser erkannte als die parlamentarische Regierung.“ Die Abdankung müsse frühzeitig erfolgen und in einer Form, „daß Gefühle der Dankbarkeit sich regen“.<sup>43</sup> — Der Kanzler sandte daraufhin ein Telegramm<sup>44</sup> an den Kaiser, in dem er ihn bat, „baldigst zurückzukehren“. — Der Kaiser, der die Absichten des Prinzen Max wohl erkannte und durchschaute, ließ durch den Chef des Zivilkabinetts, Herrn von Delbrück, antworten, daß seine Anwesenheit in Spa aus militärischen Gründen erforderlich sei; seine Loyalität gegenüber der parlamentarischen Regierung habe er in einer Kundgebung zum Ausdruck gebracht, deren Veröffentlichung der Prinz unterdrückt habe.<sup>45</sup> Prinz Max fühlte die „tiefe Verstimmung und Kränkung“ des Kaisers<sup>46</sup> und sah, wie das „Fundament“ seiner Kanzlerschaft, nämlich sein Freundschaftsverhältnis zu Wilhelm II., zerbrach. Er suchte jetzt nach neuen Bundesgenossen, die dem Kaiser persönlich noch näher standen. Am 30. Oktober bat Prinz Max den Großherzog von Hessen um seinen „persönlichen Beistand“.<sup>47</sup> Dieser hielt sich aber nicht für den geeigneten Vermittler und verweigerte die Reise nach Spa.<sup>48</sup> Prinz Friedrich Karl von Hessen, der Schwager des Kaisers, erbat sich Bedenkzeit;<sup>49</sup> am 1. November teilte er dem Reichskanzler mit, daß er diese schwere Mission übernehmen wolle.<sup>50</sup> Er sollte dem Kaiser die Konzepte

41. Ebenda.

43. Ebenda.

45. Abgedruckt ebenda, S. 535.

47. Ebenda.

49. Ebenda.

42. Ebenda, S. 534.

44. Ebenda.

46. Ebenda, S. 536.

48. Ebenda, S. 544.

50. Ebenda, S. 551.

zu den notwendigen Verzichtsurkunden und ein ausführliches Memorandum<sup>51</sup> vorlegen. Der Kaiser sollte im Falle der Abdankung zwei Aufrufe, „An das Volk“ und „An das Heer“,<sup>52</sup> unterzeichnen. Am Abend des 1. November aber versagte sich Prinz Friedrich Karl dem Ansinnen des Reichskanzlers, da er von einer Abdankung des Kaisers unheilvolle Auswirkungen auf das Heer befürchtete.<sup>53</sup>

Am 31. Oktober 1918 hatte Prinz Max eine Unterredung mit dem Prinzen August Wilhelm von Preußen, dem er bekanntlich am 14. Oktober versichert hatte, daß, solange er Reichskanzler sei, er jede Situation vermeiden wolle, die die Abdankung des Kaisers notwendig machte. Jetzt versuchte ihm Prinz Max „deutlich zu machen, daß der Kaiser handeln solle, ehe ein peinlicher Druck des Parlamentes vorläge“.<sup>54</sup> Prinz Max fand jetzt begreiflicherweise „kein Verständnis“ bei Prinz August Wilhelm.

Die Aufklärungsversuche, die Prinz Max vergeblich zu inszenieren unternahm, fußten auf der Voraussetzung, daß der Kaiser nur freiwillig und ohne Druck des Kabinetts dem Throne entsagen dürfe. Der Kanzler kam zu der Überzeugung, daß ein Druck des Kabinetts nur vermieden werden könne, wenn es ihm gelinge, die Sozialdemokratie von einem ultimativen Drängen zurückzuhalten.<sup>55</sup> Er entschloß sich daher, bei der nächsten Gelegenheit „Scheidemann im Kabinett zu binden, keinen weiteren Druck . . . auszuüben“.<sup>56</sup> In der Sitzung am 31. Oktober 1918 ging er direkt auf dieses Ziel los. Er berichtet anfangs von seinen Versuchen, den Kaiser „über die Lage im In- und Ausland aufzuklären“,<sup>57</sup> und legte seinen Standpunkt in der Kaiserfrage dar.<sup>58</sup> — Staatssekretär Scheidemann, an den die Darlegungen des Prinzen Max in erster Linie gerichtet waren, erklärte, durch das Anschneiden der Kaiserfrage im Kabinett überrascht zu sein.<sup>59</sup> Er führte dann aus, daß die Sozialdemokratie sich bemüht habe, aus Wilsons Note nicht die Forderung nach der Abdan-

---

51. Abgedruckt ebenda, S. 557 f.

52. Beide abgedruckt ebenda, S. 558 f.

53. Ebenda, S. 559.

54. Ebenda, S. 544, auch Anmerkung 2.

55. Vgl. ebenda, S. 537.

56. Ebenda, S. 538.

57. Ebenda.

58. Ebenda; vgl. Payer, a. a. O., S. 148. und Niemann, Revolution von oben, S. 218.

59. M. v. B., a. a. O., S. 538 f.; vgl. Payer, a. a. O., S. 149:

kung Wilhelms II. herauszulesen; diese Behauptung darf im wesentlichen als richtig bezeichnet werden, besonders im Hinblick auf die Anordnung der Parteileitung an die sozialdemokratische Presse. Im Auslande aber, so fährt Scheidemann fort, habe die Wilson-Note die Auslegung gefunden, daß die Entente Deutschland bessere Friedensbedingungen in Aussicht stelle, wenn der Kaiser zurücktrete. Es sei daher „eine gebieterische Pflicht, dem Kaiser nahezulegen, daß er den Schritt freiwillig tut“. Scheidemann erklärt sich mit der Taktik des Prinzen Max einverstanden; „aber man soll ihm raten“, setzte er ermahnend hinzu. — Dann gab Scheidemann eine Erklärung für die Entstehung der Kaiserfrage: die Welt suche nach einem Sündenbock für das Unheil und für die katastrophale Verschlechterung der Lage. Die öffentliche Meinung halte sich an „allerlei Äußerungen, die der Kaiser früher getan hat und die im Gedächtnis geblieben sind“. Die Rückwirkungen solcher Äußerungen führten zu immer stärkeren Angriffen auf die Person Wilhelms II. Weder in Bürger- noch in Bauernkreisen hätten sich Verteidiger des Kaisers gefunden. Bei den Arbeitern habe die Überzeugung Boden gewonnen, daß ein Friede, „der unserem Volke das Weiterleben ermöglicht, nicht ohne vorherige Erledigung des „Kaiserismus“ zu erlangen sei. Die sozialdemokratische Presse lasse sich zum Teil nicht mehr zurückhalten. Scheidemann bezeichnet es als des Kaisers unwürdig, wenn das Volk durch Streiks und Aufstände seinen Rücktritt erzwingen müsse. Vorerst halte er es aber nicht für ratsam, das Kabinett durch den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder „auffliegen“ zu lassen. Scheidemann sagte dann wörtlich: „Wenn ich es für eine historische Notwendigkeit erkläre, daß der Kaiser geht, so spreche ich keine Drohung aus, daß ich aus dem Kabinett austrete, wenn es nicht geschieht. Bevor ich so etwas sage, müßte ich mich mit meinen Parteifreunden besprechen, als deren Vertreter ich hier bin.“ — Das war das entscheidende Wort, um dessentwillen der Kanzler die Abdankungsfrage im Kabinett angeschnitten hatte. Prinz Max sprach Scheidemann seine Genugtuung aus für die Zusage, das Kabinett nicht sprengen zu wollen.<sup>60</sup>

Während der Kanzler dann mit dem Großherzog von

---

60. M. v. B., a. a. O., S. 540.



Hessen und dem Prinzen Friedrich Karl verhandelte, ging im Kabinett die Debatte über die Kaiserfrage weiter. Die Reden, die nach dem Protokoll der Reichskanzlei größtenteils wörtlich überliefert sind,<sup>61</sup> sollen hier nicht wiedergegeben werden. Hier kommt es nur auf die Charakterisierung der Haltung der einzelnen Kabinettsmitglieder an. — Vizekanzler von Payer hatte am 5. Oktober 1918 erklärt, daß das Kabinett sich gegen eine Forderung Wilsons nach der Abdankung Wilhelms II. mit „Hörnern und Klauen wehren“ müsse. An dieser Auffassung hielt er bis „Ende Oktober“ fest,<sup>62</sup> da er, „ganz abgesehen von historischen und verfassungsmäßigen Gesichtspunkten“, durch den Rücktritt des Kaisers eine „Verbitterung der Stimmung“ in Volk und Heer befürchtete.<sup>63</sup> Um die Schwierigkeiten der Lage nicht durch einen solchen Schritt zu vermehren, setzte er sich für das Verbleiben des Kaisers, „so viel Angriffsflächen er auch bot“,<sup>64</sup> ein. Erst als sich die Anzeichen der Zersetzung mehrten und „zuverlässige“ Informationen (auf die Presse, die durch die Zensur zum Schweigen verurteilt gewesen sei, sei kein Verlaß gewesen)<sup>65</sup> eine immer stärker werdende antikaiserliche Strömung, selbst in Rechtskreisen,<sup>66</sup> bekundeten, kam er zu der Überzeugung, „die einzige jetzt noch mögliche Lösung“ bestehe darin, „daß der Kaiser selbst von sich aus seinen Rücktritt anbiete“.<sup>67</sup> — In der Kabinettsitzung, in der er die Debatte auf das „richtige Geleis“ brachte,<sup>68</sup> führte er aus, daß er eine freiwillige Abdankung des Kaisers befürworte; es dürfte aber auf den Kaiser keinen Druck ausgeübt werden,<sup>69</sup> „keinen Druck zum Gehen, aber . . . auch keinen zum Bleiben“.<sup>70</sup> — Staatssekretär Haußmann, dessen Haltung wir in den einzelnen Phasen gelegentlich seiner Stellungnahme zu den Wilson-Noten dargestellt haben, schloß sich der Auffassung seines Parteifreundes Payer an.<sup>71</sup> Er betonte insbesondere, daß der Kaiser freiwillig abdanken müsse, da er sonst bei einem durch das Ausland erzwungenen Rücktritt „das Recht auf Dankbarkeit“ verliere.<sup>72</sup> Der Kaiser brächte gegebenenfalls das Opfer der Thron-

61. Ebenda.

63. Ebenda.

65. Ebenda, S. 149 f.

67. Payer, a. a. O., S. 150.

69. Ebenda.

71. Ebenda.

62. Payer, a. a. O., S. 149.

64. Ebenda.

66. Ebenda, S. 150; M. v. B., a. a. O., S. 548 f.

68. M. v. B., a. a. O., S. 540.

70. Payer, a. a. O., S. 150.

72. M. v. B., a. a. O., S. 541.

entsagung, um dem deutschen Volke einen günstigen Frieden zu ermöglichen. Die zu erwartenden Erschütterungen des Reiches würden durch die Gefühle der Dankbarkeit gemindert. — Solf, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, hielt gleichfalls die Abdankung des Kaisers für unvermeidlich<sup>73</sup> und befürwortete sie auf Grund der Deutungen, die die dritte Wilson-Note im Auslande gefunden hatte.<sup>74</sup> Aber auch die Stimmung in der Heimat sei derartig gegen den Kaiser gerichtet, daß selbst ein Vertreter der Vaterlandspartei die Abdankung Wilhelms II. als notwendig erachtet habe.<sup>75</sup> — Drews, der preußische Innenminister, hielt eine sofortige Abdankung für erforderlich, da im Falle, daß weitergekämpft werden müßte, dies unmöglich mit dem „König“ an der Spitze geschehen könne, wenn man nicht im Chaos enden wolle.<sup>76</sup> — Friedberg, der Vertreter der Nationalliberalen in der preußischen Regierung, vertrat die Ansicht, daß der Schein der Freiwilligkeit überhaupt nicht mehr zu wahren sei. Kämen schwere Bedingungen, dann gebe es für den Kaiser immer noch einen „guten Abgang“, wenn er an die Front und in den Soldatentod ginge.<sup>77</sup> — Generalleutnant Schöch, der preußische Kriegsminister, verwahrte sich gegen die Auffassung von der Freiwilligkeit einer Thronentsagung. „Abdankung sei Zwang und bleibe Zwang.“<sup>78</sup> Das Heer sei auf das engste mit dem obersten Kriegsherrn verbunden und würde durch eine Abdankung des Kaisers Schaden erleiden.

Die Haltung der Staatssekretäre, die dem Zentrum angehörten, war durchaus nicht einheitlich, obwohl sie eine Abdankungsforderung grundsätzlich ablehnten. Ihre Haltung entsprang, wie Payer feststellen zu können glaubte,<sup>79</sup> ihrer „religiös - konservativen Anschauung“, die sie veranlaßte, „aus theoretischen und praktischen Gründen am Kaiser fest(zu)halten“. Haußmann sieht die Lage des Zentrums etwas anders.<sup>80</sup> „Das katholische Zentrum“, so meint er, könne im Kabinett „nicht für den Rücktritt des protestantischen Hohenzollern eintreten“ — das hieß also, daß das Zentrum aus dem konfessionellen Gegensatz, in dem es zum Herrscherhause stand, nicht eine politische Gegnerschaft werden lassen könne. — Staats-

73. Payer, a. a. O., S. 150.

75. Ebenda.

77. Ebenda, S. 541.

79. Payer, a. a. O., S. 148.

74. M. v. B., a. a. O., S. 543.

76. Ebenda, S. 542.

78. Ebenda, S. 542.

80. Haußmann, a. a. O., S. 264.

sekretär Gröber setzte sich am energischsten für den Monarchen ein, wenn er auch nicht so weit ging, sich für die nationale Verteidigung um des Kaisers willen auszusprechen. Er verwies auf das Bibelwort: „Wehe dem Volk, dessen König ein Kind ist!“, <sup>81</sup> die Abdankung des Kaisers und eine Regentschaft würde die Anarchie im Gefolge haben. <sup>82</sup> Gegenüber Scheidemann bestritt er, daß der Kaiser keine Verteidiger gefunden habe und wies in erster Linie auf die Entschließungen und Versammlungen der Zentrumspartei hin. — Nicht minder heftig, aber weniger überzeugend, sprach sich Erzberger gegen die Forderung nach der Abdankung Wilhelms II. aus. Er vertrat die Auffassung, „daß der Rücktritt des Kaisers im jetzigen Augenblick verfehlt sei; man möge doch erst die Antwort der Alliierten abwarten; die Nachteile aus der jetzigen Abdankung seien zweifellos größer als die in Aussicht gestellten Vorteile“. <sup>83</sup> Mit des Kanzlers Anschauung, daß auf den Kaiser kein Druck ausgeübt werden dürfe, war Erzberger einverstanden. <sup>84</sup> Und dann erklärte Erzberger, was Prinz Max nicht für folgerichtig hielt, <sup>85</sup> daß es „ehrentvoller für Volk, Kaiser und Reich“ sei, „wenn es dem Druck nach außen nachgebe statt den Kaiser wegzuwurfen“ <sup>86</sup>; „jedenfalls dürfe man sich nicht durch Stimmungen leiten lassen, sondern nur von neuen Tatsachen.“ Ein neutraler Republikaner, so führte Erzberger weiter aus, habe ihm noch vor wenigen Tagen erklärt, „wenn jetzt der Kaiser unter dem Druck von innen abdanke, dann werde das Ausland über Deutschland sagen: ‚Als Sieger brutal, als Besiegte verächtlich!‘ Wenn die Abdankung heute oder morgen komme, sei es zu spät, um noch eine Wirkung bei den Gegnern auszulösen, da die Bedingungen derselben bereits festgelegt seien.“ <sup>87</sup> — Staatssekretär Trimborn stand anscheinend der Scheidemannschen Auffassung am nächsten, dessen Aussagen er auch bestätigte. <sup>88</sup> Die größten Schwierigkeiten sah er hinsichtlich der Nachfolgerschaft, <sup>89</sup> da der Kronprinz nicht in Frage komme. <sup>90</sup>

81. M. v. B., a. a. O., S. 541; Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 240.

82. Vgl. die Ausführungen der „K. V.“ am 28. Okt. 1918!

83. Erzberger, a. a. O., S. 323.

84. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 240.

85. M. v. B., a. a. O., S. 540.

86. Erzberger, a. a. O., S. 324.

87. Ebenda. Vgl. M. v. B., a. a. O., S. 542.

88. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 239 f. M. v. B., a. a. O., S. 541.

89. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 240; vgl. bezüglich Nachfolgerschaft: M. v. B., a. a. O., S. 543; Haußmann, a. a. O., S. 261.

90. M. v. B., a. a. O., S. 541.

Bezeichnend ist das Urteil, das Scheidemann über diese Sitzung abgibt:<sup>91</sup> „Für das Bleiben des Kaisers hat kein Mitglied des Kabinetts sein Herzblut angeboten.“ Dieses Urteil aus dem Munde eines Sozialdemokraten ist vernichtend für all diejenigen Kabinettsmitglieder, die sich ihrer Kaisertreue in Worten nicht genugtun konnten, es aber an tatkräftigem Einsatz fehlen ließen. — Scheidemann hielt das Kabinett in der Kaiserfrage noch nicht für „sturmreif“;<sup>92</sup> es lag angeblich auch nicht in seiner Absicht, „die tausend Übel, unter denen das deutsche Volk litt, . . . noch zu vermehren“.

Im Einverständnis mit sämtlichen Kabinettsmitgliedern<sup>93</sup> gingen am gleichen Tage, das war am 31. Oktober 1918, die von Staatssekretär Erzberger ausgearbeiteten „Richtlinien für die Kaiserfrage“<sup>94</sup> an die amtlichen Pressestellen hinaus. Der Zweck derselben war dort eingangs deutlich ausgesprochen: „Die folgenden Richtlinien sind nicht dazu bestimmt, den Meinungsstreit über die Kaiserfrage zu verbreitern und zu vertiefen, sondern sie sollen nur Gedanken zur Abwehr und Zurückweisung für diejenigen enthalten, die bei einer öffentlichen oder privaten Erörterung für das Verbleiben des Kaisers pflicht- und überzeugungsgemäß eintreten wollen.“ Das war eine Einschränkung, die der Sozialdemokrat Hermann Müller-Franken dahindeutete, „daß sie (die Richtlinien) eigentlich nur noch für den Hausgebrauch bis in die Knochen konservativer Familien bestimmt waren“.<sup>95</sup> Sie waren aber von Erzberger dazu bestimmt, als Grundlage zu einer Gegenpropaganda für den Kaiser zu dienen, und bauten sich ganz und gar nicht auf konservativen Gedankengängen auf. Sie stellen einen Kompromiß zwischen den Forderungen der Sozialdemokratie und denen des Zentrums dar, sie waren mehr „Abwehr“ als „Zurückweisung“. Ob sie zu einer wirksamen Gegenpropaganda hätten verwendet werden können, bleibt bei ihrer geringen Werbe- und Durchschlagskraft sehr zweifelhaft.

Bereits am 1. November wurde dem „Berliner Tageblatt“ „von verschiedenen Seiten gemeldet“, daß das Kabinett „in einer

---

91. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 237 f.

92. Ebenda, S. 241.

93. Niemann, Revolution von oben, S. 219.

94. Ebenda, S. 220 ff. Siehe Anhang.

95. H. Müller, Novemberrevolution, S. 21.



dreistündigen Sitzung Veranlassung gehabt (habe), sich, wenn nicht mit der Frage (des Thronverzichtes) selbst, so doch mit der Situation, die sich daraus ergeben hat, und mit Vorgängen, die damit im Zusammenhang stehen, zu befassen“.<sup>96</sup> Am Abend des 1. November berichtet das „Berliner Tageblatt“ von einer Kabinettsitzung, die am Vormittag stattgefunden habe, und in der sich das Kabinett „von neuem mit dieser Frage“ beschäftigt haben soll, „in der jetzt Einmütigkeit zu bestehen scheint“.<sup>97</sup> Diese Notiz ist ohne Zweifel eine Zweckmeldung, da weder von einer Kabinettsitzung am Vormittag des 1. Novembers etwas bekannt geworden ist, noch von einer „Einmütigkeit“ der Regierung in der Abdankungsfrage die Rede sein konnte. Dieser Meldung tritt denn auch zunächst die ebenfalls im Mosse-Verlag erscheinende „National-Zeitung“ mit folgender Erklärung entgegen:<sup>98</sup>

„Wie wir ... von zuverlässiger Seite erfahren, ist bisher ein Beschluß, dem Kaiser die Notwendigkeit seiner Abdankung darzulegen, weder erfolgt, noch in nächster Zeit zu erwarten. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder ist der Ansicht, daß in der gegenwärtigen Situation von unleugbar weittragender Bedeutung keine Veranlassung vorliegt. Bei den monarchisch gesinnten Persönlichkeiten der Regierung, also bei fast allen Kabinettsmitgliedern mit Ausnahme der Sozialdemokraten, spielt auch die Besorgnis keine geringe Rolle, daß im Falle der Abdankung des Kaisers die Regierung auf ein elfjähriges Kind übergehen würde, was im Hinblick auf die gerade jetzt so dringend benötigte Stabilität der inneren Lage die schwersten Bedenken erregen würde. Bei den Erörterungen des Kriegsrates über die möglichen Folgen einer Abdankung des Kaisers hat sich ferner gezeigt, daß die Meinungen über die Gestaltung der Regentschaft stark auseinandergehen“.

Am 2. November weiß die „Kölnische Volkszeitung“ zu berichten,<sup>99</sup> daß die Mitglieder des Kabinetts, „denen an einer Abdankung des Kaisers gelegen ist, beziehungsweise die auf sie hinarbeiten, die Herren Scheidemann und Haußmann“ seien. — Am gleichen Tage bringt das „Berliner Tageblatt“ eine Notiz, die seine Meldung vom Vortage richtig stellen soll. Es schreibt:<sup>100</sup>

96. B. T., 1. Nov. 1918/Nr. 559.

97. Ebenda, 1. Nov. 1918/Nr. 560.

98. N.-Z., 2. Nov. 1918/Nr. 256; die Notiz ist datiert: „Berlin, den 1. November“.

99. K. V.z., 2. Nov. 1918/Nr. 866.

100. B. T., 2. Nov. 1918/Nr. 561.

„Gegenüber allen anders lautenden Mitteilungen muß betont werden, daß das Kriegskabinett einen bindenden und einmütigen Beschluß in der Abdankungsfrage bisher nicht gefaßt hat, wogegen der Wunsch, daß der Kaiser zu besserer Fühlungnahme und Aussprache in Berlin weilen möchte, allerdings ein einmütiger ist.“

Zu welchem Ergebnis eine solche „Fühlungnahme“ und „Aussprache“ führen sollte, darüber gab es wohl nirgends einen Zweifel mehr. Das Blatt schreibt weiter:

„Diejenigen, die einen Verzicht des Kaisers zugunsten seines ältesten Enkels für dringend nötig und unvermeidlich halten, geben sich ebenso wie die Reichstagsparteien, die auf dem gleichen Standpunkt stehen, nicht dem Gedanken hin, daß ein solcher Schritt jetzt noch den Gang der Friedensverhandlungen und die Waffenstillstandsbedingungen beeinflussen würde. Sie gehen vielmehr einzig und allein von innerpolitischen Erwägungen aus.“

Das Blatt gibt also zu, daß die Abdankungsfrage, deren eigentlicher Zweck doch war, mildere Friedensbedingungen zu erlangen, überholt sei. Im Vordergrund stehen jetzt also — worauf wir noch ausführlich zurückkommen werden — „innerpolitische Erwägungen“.

Zu einer privaten Beratung über die Kaiserfrage berief der Kanzler auf den Nachmittag des 31. Oktobers die Herren von Payer, Friedberg, Wahnschaffe, Drews, Simons, Solf und Schöuch — Männer, „die nicht von der Panik der letzten Septembertage emporgetragen, sondern nach freiem Ermessen des Kaisers berufen worden“ seien!<sup>101</sup> Der Kanzler teilte ihnen jene Auslandsnachrichten mit, die von dem Gegensatz Wilson—Foch sprachen und die von der Abdankung des Kaisers eine Stärkung der Position Wilsons zugunsten eines Rechtsfriedens erhoffen ließen. Prinz Max legte dann die Frage vor, ob das deutsche Volk, wenn schwere Waffenstillstandsbedingungen kämen, zur nationalen Verteidigung bereit sei, trotz des Bewußtseins, daß der Kaiser die schweren Bedingungen verschuldet habe, oder ob es diesen letzten Kampf ablehnen und die Abdankung des Kaisers zur Erreichung milderer Bedingungen fordern würde?<sup>102</sup> — Minister Drews führte das näheren aus,<sup>103</sup> daß ein Aufruf zur nationalen Verteidigung unmöglich sei, da die

---

101. M. v. B., a. a. O., S. 544.

102. Ebenda, S. 545.

103. Ebenda, S. 545 f. und 547 f.

Unabhängigen und wohl auch die Mehrheitssozialisten einen solchen Kampf sabotieren würden; die Folge würde sein, daß wir Zuständen entgegengingen „wie in Rußland und Österreich“. — Schöuch betrachtete die Abdankung des Kaisers nach wie vor unter Berücksichtigung der Heerespsychologie.<sup>104</sup> — Solf befürwortet eine frühzeitige Abdankung, um die Stellung Wilsons bei den amerikanischen Kongreßwahlen gegenüber den Republikanern, die eine Vernichtung des Deutschen Reiches und eine Beseitigung des Kaisers anstrebten, zugunsten eines Rechtsfriedens zu stärken.<sup>105</sup> — Payer wies auf die Gefahren hin, die bei einer fortdauernden Hetze gegen den Kaiser auftreten würden und die in der Forderung nach der Republik zum Ausdruck kämen.<sup>106</sup> — Wahnschaffe berichtet über die kaisertreue Haltung der Christlichen Gewerkschaften und von Erzbergers Plan, eine Gegenpropaganda für den Kaiser einzuleiten.<sup>107</sup> — Prinz Max faßte das Ergebnis der geheimen Beratung dahin zusammen, daß die Meinungen der Herren auseinandergingen.<sup>108</sup> Er hielt an seiner Auffassung von der freiwilligen Abdankung fest und erklärte, daß er als Prinz und Thronfolger von Baden<sup>109</sup> aus diesem Anlaß die Kabinettsfrage nicht stellen könne. Er werde sich fernerhin bemühen, den Kaiser durch neutrale Persönlichkeiten aufklären zu lassen. Die deutschen Bundesfürsten, so führte er auf eine Frage Friedbergs<sup>110</sup> aus, würden sich nach seiner Beurteilung „keineswegs auf den Boden der Abdankung stellen“; der Großherzog Friedrich II. von Baden habe ihm, dem Reichskanzler, sagen lassen: „In dieser Stunde gehören die deutschen Fürsten hinter den deutschen Kaiser“<sup>111</sup> — das hieß, daß sich die regierenden Bundesfürsten in einer Schicksalsgemeinschaft mit Wilhelm II. befänden, und daß mit dem Fall der Institution des Kaisertums auch der Fall der monarchischen Institutionen in den Bundesstaaten verbunden sein würde.

Prinz Max bat anschließend an diese Beratung den preußischen Innenminister Drews, sofort ins Große Hauptquartier zu reisen und den Kaiser über „die Stimmung im Lande aufzuklären“.<sup>112</sup> —

---

104. Ebenda, S. 546 f.

106. Ebenda.

108. Ebenda.

110. Ebenda, S. 550.

112. Ebenda, S. 551.

105. Ebenda, S. 548.

107. Ebenda, S. 549.

109. S. ebenda, S. 555.

111. Ebenda.

Am Abend des 31. Oktober erhielt der Reichskanzler zwei Nachrichten, die ihn in seiner Auffassung nur noch bestärkten. Unterstaatssekretär David (Sozd.) sollte geäußert haben:<sup>113</sup> Wenn der Kaiser abdanke, dann sei der republikanischen Bewegung das Rückgrat gebrochen. Und der Unabhängige Haase, der am 23. Oktober im Reichstag das Wort von den rollenden Kronen geprägt hatte, habe seine Uninteressiertheit an der Abdankung des Kaisers betont für den Fall, daß die nationale Verteidigung nicht zustande komme.<sup>114</sup>

Am Vormittag des 1. November hatten sich die stimmführenden Mitglieder des Bundesrats im bayerischen Gesandtschaftshaus versammelt. Prinz Max legte ihnen die Frage vor, welche Stellung die Bundesfürsten zur Abdankung des Kaisers einnehmen würden. Er bat die erschienenen Herren, sofort zu ihren Souveränen zu reisen und diese zu informieren. Über das Ergebnis sollten sie ihm, dem Reichskanzler, telegraphisch berichten, und zwar kurz, ob die Bundesfürsten mit einer Abdankung des Kaisers einverstanden oder nicht einverstanden wären.<sup>115</sup> — Der Reichskanzler führte zur Information der Herren näher aus, daß sich der gleichzeitige Verzicht des Kronprinzen wohl nicht vermeiden lassen. Die Regentschaft für den minderjährigen Enkel Wilhelms II. könnte ein preußischer Prinz übernehmen.<sup>116</sup> — Die Stellungnahme der Reichstagsmehrheit sei noch ungeklärt, da das Zentrum erst die Bedingungen der Feinde abwarten wolle; gegen eine freiwillige Abdankung habe das Zentrum keinen Widerspruch erhoben.<sup>117</sup> Die Stellungnahme der Fortschrittler sei nicht ganz einheitlich, wenn sie auch aus inner- und außenpolitischen Rücksichten in der Abdankung des Kaisers eine Erleichterung der Lage sehen würden. Die Sozialdemokratie habe bisher einen Druck auf die Regierung vermieden,<sup>118</sup> die Ereignisse könnten sich aber infolge des Druckes „von unten“ überstürzen und auch die Sozialdemokratie zu einer entschiedeneren Haltung ver-

---

113. Ebenda.

114. Ebenda, Sh. Haase, a. a. O., S. 170, woraus hervorgeht, daß diese Bemerkung Haases in einer Unterredung mit Simons fiel.

115. M. v. B., a. a. O., S. 552 f. Vgl. Niemann, *Revolution von oben*, S. 229, der in diesem Vorgehen des Reichskanzlers „in nuce die Vorbereitung eines Staatsstreiches“ sieht.

116. M. v. B., a. a. O., S. 553 f. Siehe auch Anmerkung.

117. Ebenda, S. 554.

118. Ebenda, S. 555.



anlassen. — Graf Lerchenfeld, der bayerische Gesandte in Berlin, teilte dem Kanzler mit, daß Seine Majestät der König von Bayern bereits eine derartige Erklärung, wie Prinz Max sie gefordert hatte, abgegeben habe.<sup>119</sup> — Weitere Einzelheiten über die vom Prinzen Max geforderten Erklärungen sind nicht bekannt. Prinz Max selbst hatte das „Gefühl, daß die Vertreter der Bundesstaaten in ihrer Mehrzahl“ mit ihm in der Beurteilung der Lage übereinstimmten.<sup>120</sup> „Diese Auffassung wurde mir in den nächsten Tagen bestätigt“, vermerkt der Kanzler in seinen Erinnerungen.<sup>121</sup> Hieß das nicht, daß die „Mehrzahl“ der deutschen Bundesratsbevollmächtigten „Einverstanden“ zurückdrahtete?

Dem Reichskanzler war selbst „bange“, ob sich der „streng sachliche Beamte“ — Drews! — im Großen Hauptquartier werde durchsetzen können.<sup>122</sup> Die Oberste Heeresleitung parierte alle Abdankungsideen mit der „Abwehrparole“: mit Rücksicht auf das Heer sei der Rücktritt des Kaisers indiskutabel.<sup>123</sup> Von dieser Überlegung war selbst Prinz Friedrich Karl von Hessen, der zur Unterstützung Drews nach Spa reisen sollte, am 1. November in Berlin erfaßt worden. —

Drews schilderte am 1. November 1918 in Spa dem Kaiser „die bekannten Vorgänge in Presse, Hochfinanz und Publikum, und betonte, daß der Reichskanzler zur Abdankungsfrage selbst keine Stellung genommen“ habe.<sup>124</sup> Der Kaiser merkte, daß Prinz Max ihm den Minister Drews sandte, um ihm „quasi (zu) suggerieren, selbst zu dem Schritte zu kommen“ und freiwillig seine Abdankung zu vollziehen, — bevor die Regierung auf ihn einen Druck ausüben würde.<sup>125</sup> Wilhelm II. legte Drews „die verhängnisvollen Folgen der Abdankung dar, und fragte ihn, wie er als preußischer Beamter eine solche Zumutung mit seinem Beamteneide seinem König gegenüber glaube vereinigen zu können“.<sup>126</sup> Drews berief sich auf den Reichskanzler, der zu dieser Mission keinen anderen Mann habe finden können. Der Kaiser lehnte seinen Rücktritt ab und erklärte, er werde mit Truppen in die Heimat zurückkehren und die Ordnung im Lande wiederherstellen<sup>127</sup>; er beauftragte Drews ferner, dem Reichs-

119. Ebenda, S. 556.

120. Ebenda.

121. Ebenda, S. 556, Anmerkung.

122. Ebenda, S. 551.

123. Ebenda, S. 559.

124. Wilhelm II, a. a. O., S. 239 f.

125. Ebenda.

126. Ebenda.

127. Ebenda.

kanzler zu melden, „daß er pflichtgemäß auf seinem Posten bleiben werde“ und daß ihm seine Söhne bereits das Versprechen gegeben hätten, auf keinen Fall eine Regentschaft zu übernehmen.<sup>128</sup>

Die Nachricht von dieser Mission Drews', die für die Meinungsbildung der Öffentlichkeit von ausschlaggebender Bedeutung werden sollte, drang auf einem höchst sonderbaren Weg in die deutsche Presse. Am 7. November melden Budapester Blätter (1), „daß der preußische Minister Drews dem Kaiser im Auftrage des Kabinettes über die Frage der Abdankung Vortrag gehalten habe. Drews hat bei seiner Rückkehr mitgeteilt, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Der Kaiser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die jetzige verworrene Lage seinen Platz nicht verlassen wolle. Er könne Deutschland unmöglich der Entente ausliefern. Seine Abdankung würde ein Überhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben“.<sup>129</sup> Das „Berliner Tageblatt“ gibt am 8. November 1918 eine wesentlich andere Darstellung; es schreibt:<sup>130</sup> „Der Minister Drews hat vor etwa zehn Tagen in einem Gespräch mit dem Kaiser diese Frage (= Abdankungsfrage) berührt. Wilhelm II. scheint geantwortet zu haben, daß er freiwillig nicht den Platz verlassen werde, und er soll nach anderer Version erklärt haben, er weiche nur der Gewalt.“ — —

In der Kabinettsitzung am 31. Oktober 1918 bemerkte Scheidemann in seinen Ausführungen, daß der „Vorwärts“ „heute“ einen Artikel gebracht habe, „der schon deutlich genug war, obwohl er die Zensurbestimmungen einhielt. Ein geschickter Journalist kann das immer einrichten, daß er keine Forderung aufstellt, aber durchblicken läßt, was er meint“<sup>131</sup>. Dieser Artikel des „Vorwärts“ auf den Scheidemann hinwies, erschien am 31. Oktober und war überschrieben: „Was wird der Kaiser tun?“<sup>132</sup> Er hatte folgenden Inhalt:<sup>133</sup>

---

128. Denkschrift der Generale v. Plessen, Frh. v. Marschall u. Grf. v. d. Schulenburg vom 6. April 1919, bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 328; ferner: Denkschrift des Generals Frhr. v. d. Schulenburg v. 26. August 1919, ebenda, S. 345, und Aufzeichnungen Hintzes, ebenda, S. 366 f.

129. Nach einem Telegramm der „F. Z.“ vom 8. Nov. 1918/Nr. 310, 2. Morgenblatt.

130. B. T., 8. Nov. 1918/Nr. 572.

131. M. v. B., a. a. O., S. 539.

132. Vw., 31. Okt. 1918/Nr. 300.

133. Der Text ist hier gekürzt und in indirekter Rede wiedergegeben.

Der Kaiser habe im Reiche viele politische Gegner. Besonders stark sei in den letzten Jahren die Gegnerschaft von rechts hervorgetreten. Diesen durchaus monarchisch gesinnten Kreisen sei der Kaiser nicht militärisch, nicht preußisch, nicht alldeutsch genug gewesen und habe demokratischen Forderungen nicht genügend festen Widerstand geleistet. Die Alldeutschen sähen sich nun enttäuscht, die Konservativen fühlten sich verlassen und die Stimmung sei erbittert.

Die Sozialdemokratie sei aber von jeher grundsätzliche Gegnerin aller ererbten Vorrechte gewesen. Wäre die gegenwärtige Verfassungsänderung vor zehn oder zwanzig Jahren durchgeführt worden, so wären wir nicht in den Krieg hineingeraten, oder die Volksvertretung wäre dafür verantwortlich und der Kaiser wäre dann außerhalb der Debatte geblieben.

Der Kaiser habe Jahre hindurch es für seine Aufgabe gehalten, sich an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu stellen. Er habe aber später seinen Fehler erkannt und zu verbessern gesucht. Die Spuren des alten Großes seien aber geblieben. Zwischen Wilhelm II. und den breiten Massen des Volkes habe nie ein richtiges Verstehen geherrscht. Der monarchische Gedanke habe in den letzten dreißig Jahren nicht gewonnen, und auch ohne diesen unglücklichen Krieg stünde Wilhelm II. vor einer gescheiterten Mission.

Der Kaiser habe diesen Krieg zwar nicht gewollt, aber auch nicht die richtigen Mittel gefunden, ihn zu verhindern. Nach seiner Weltanschauung sei die Ermordung des österreichischen Thronfolgers mehr gewesen als ein gewöhnlicher Menschenmord. Aus der Ermordung eines armen Landbriefträgers sei noch nie ein Weltkrieg entstanden.

Als der Krieg kam, habe sich der Kaiser in dankenswerter Weise jedes Eingriffes in die militärische Leitung enthalten, leider nicht ebenso jedes Eingriffes in die Politik. Dabei habe er wiederholt in seinem Optimismus die wirkliche Sachlage verkannt und schlechtgewählte Parolen herausgegeben, wie die des ewigen Gegensatzes zwischen deutscher und englischer Weltanschauung, während er sich früher gerühmt habe, Englands einziger Freund in Deutschland zu sein.

Vor genau zehn Jahren habe die „Daily Telegraph“-Affäre viel Aufsehen erregt und den „Novembersturm“ im Reichstage zur Folge gehabt. Damals habe das Bürgertum versagt. Die Sozialdemokraten seien, ohne es zu wissen und

---

und lehnt sich teilweise eng an ein Telegramm der „F. Z.“ vom 1. Nov. 1918/Nr. 303, 1. Morgenblatt, an.

ohne es zu wollen, jenesmal nahe daran gewesen, dem Kaiser zu helfen.

Jetzt stünden wiederum schwere Wolken über dem Schloß Bellevue, in dem ein Mensch um den Entschluß des Handelns ringe. „Nichts mehr kann das Raunen und Rauschen im Volk zum Schweigen bringen: ‚Was wird der Kaiser tun? — Wann wird er es tun?‘“.

Bemerkenswert und auffällig ist, daß in dem ganzen Artikel, auch im Original, keine Anspielung auf Wilson oder auf die deutsche Friedensaktion enthalten ist. Die Abdankungsfrage wird hier, wie Prinz Max richtig beobachtet hat,<sup>134</sup> bewußt und absichtlich „aus der Sphäre staatsmännischer Erwägung in die einer gefühlsmäßigen Einstellung“ gegen Wilhelm II. gerückt. Das Blatt selbst schreibt darüber: „Wer hier meint, noch mit den alten Gegensätzen Ordnung und Umsturz, Monarchie und Republik operieren zu können, urteilt falsch. Es gibt in dieser Frage kaum bedeutende Meinungsverschiedenheiten, und wenn sie vorhanden sind, so gruppieren sie sich keinesfalls nach dem Schema der verschiedenen Parteirichtungen.“<sup>135</sup> Damit sollten die Grenzen zwischen den Auffassungen der einzelnen Parteirichtungen verwischt und die Front gegen Wilhelm II. verbreitert werden.

Die konservative „Kreuz-Zeitung“ ignoriert die gegen sie gerichteten Angriffe und Aussagen, und sieht in dem „Vorwärts“-Artikel nur die Absicht „das Thema ins Rollen zu bringen“.<sup>136</sup> Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der Alldeutschen, überschreibt ihre Betrachtungen mit denselben Worten: „Was wird der Kaiser tun?“<sup>137</sup> Das Blatt wendet sich gegen die Hervorzerrung der Vorgänge von 1908. Der „Vorwärts“ beabsichtige anzudeuten: wenn damals der sozialdemokratische Antrag, der Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden zu geben, im Reichstag durchgegangen wäre, dann wäre die Krone heute gesichert. Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet das als einen „ziemlich kindlichen Gedanken“; die Schuld am Kriege treffe, wie der „Vorwärts“ selbst zugebe, nicht den Kaiser, sondern sei bei unseren Feinden zu suchen. — Das Blatt wendet sich dann gegen die Anklage des deutschen Bürgertums, daß es nicht schon vor zehn Jahren den unhaltbaren Zuständen ein

---

134. M. v. B., a.a. O., S. 537.

136. Kz-Z., 1. Nov. 1918/Nr. 559.

135. Vw., 31. Okt. 1918/Nr. 300.

137. D. Z., 31. Okt. 1918/Nr. 556.



Ende bereitet hätte. Darauf erwidert die „Deutsche Zeitung“: der Krieg sei der elementare Ausbruch des nicht zu überbrückenden englisch-deutschen Gegensatzes gewesen; die Feinde hätten das Schlagwort von der Reaktion Preußen-Deutschland nur geprägt, um uns in der Welt politisch unmöglich zu machen. — Das Blatt verwahrt sich gegen die Darstellung des „Vorwärts“, als führe Wilson tatsächlich einen Kreuzzug gegen die Reaktion in Deutschland.

Die „Germania“, die sichtlich unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Wien und Budapest steht, wendet sich gegen den scheinbar plötzlichen Stimmungsumschwung ihrer Regierungsfreunde. Sie schreibt:<sup>138</sup>

„Wir möchten nach allen Seiten dringend raten, sich in diesen ernsten Stunden nicht solchen Stimmungseinflüssen hinzugeben. Uns darf heute nirgends und in keinem Teil des Volkes das Beispiel Wegweiser sein, das andere uns geben, vielmehr gilt es, keinen Augenblick unseren eigenen Vorteil aus dem Auge zu verlieren. Die Frage heißt nicht, ob nicht bei uns auch ein Kaiser gehen solle wie bei anderen Völkern, sie schneidet vielmehr gebieterisch die Kardinalfrage an, ob ein solcher Wechsel nicht die deutsche Einheit und Einigkeit gefährde, die uns allen das Heiligste ist und sein soll, auch nach den Programmpunkten, die Präsident Wilson für den Rechtsfrieden aufgestellt hat.“

Die „Germania“ hat die Taktik des „Vorwärts“ genau erkannt und wendet sich mit denselben Mitteln dagegen. Dem Stimmungszusammenbruch setzt sie das Recht der Selbstbestimmung und den Aufbauwillen entgegen. Das Blatt schreibt weiter:

„Wir Deutsche sind ein von zu Hause aus stark monarchisches Volk, so daß vor wenigen Monaten der Vorwärts noch zugeben mußte, die Mehrheit sei so überwiegend für den monarchischen Gedanken, daß ihr gegenüber die grundsätzliche Anhängerschaft der Sozialdemokratie an die Republik zurücktreten müsse — eine durchaus demokratische Auffassung, die sich dem Willen der Majorität fügt. Warum sollen wir also uns in Streit und Hader um die Kaiserfrage stürzen, die selbst für das feindliche Ausland ihren Inhalt verloren hat, nun, nachdem der kaiserlichen Gewalt nichts mehr anhaftet von allem, was man als absolutistisch glaubte empfinden zu müssen. Die politische Macht des deutschen Kaisers steht heute bei uns um nichts größer da als die

---

138. Germ., 1. Nov. 1918/Nr. 511.

Macht des Königs von England gegenüber seinem Parlament, oder die des Königs von Italien. Dasselbe Recht aber, das diese Länder auf die monarchische Staatsform haben, müssen und werden auch uns selbst unsere Feinde zugestehen, denn so verlangen es Recht und Gerechtigkeit, die Grundlagen der neuen Weltordnung.“

Die „Germania“ erwidert die Stimmungsmache gegen Wilhelm II. mit dem monarchischen Bekenntnis des deutschen Volkes und mit dem Nachweis, daß der Wille zur monarchischen Staatsform sich mit den Programmpunkten Wilsons wohl vereinbare.

In der Kabinettsitzung am 31. Oktober 1918 wurde von Staatssekretär Solf eine telephonische Nachricht aus Spa mitgeteilt,<sup>139</sup> daß ein Kurier mit wichtigen Mitteilungen nach Berlin unterwegs sei, und daß man deshalb keine Entschlüsse fassen solle. Dieser Kurier war der Chef des Zivilkabinetts, Herr von Delbrück. Er hatte vom Kaiser den Auftrag erhalten, dem Kanzler „eine allgemeine, auch zur Veröffentlichung bestimmte Ordre“ vorzulegen,<sup>140</sup> die die Ansprache des Kaisers an die neuernannten Staatssekretäre am 21. Oktober 1918 durch einen erweiterten Text ersetzen sollte. Darin sollte der Öffentlichkeit die loyale Haltung des Kaisers zur „Neuorientierung“ kundgetan werden. Delbrück wurde am 1. November beim Reichskanzler „wegen der Pressetreibereien in der Abdankungsfrage und wegen der Nichtveröffentlichung der Kaiserlichen Kundgebungen“ vorstellig.<sup>141</sup> Der Reichskanzler gab zu, daß durch sein Veröffentlichungsverbot des kaiserlichen Erlasses vom 28. Oktober 1918 die „Position“ des Kaisers „eine Schwächung erfahren habe“.<sup>142</sup> Es gelang Herrn von Delbrück aber zunächst nicht, die nachträgliche Veröffentlichung der betreffenden Kundgebungen durchzusetzen; Prinz Max berief sich darauf, daß der Widerstand nicht allein bei ihm liege.

von Delbrück veranlaßte daraufhin die „Germania“ zum Abdruck einer Notiz, die unter Hinweis auf einen Artikel des „Daily Chronicle“ die Veröffentlichung jener Kundgebungen verlangen sollte.<sup>143</sup> Die „Germania“ bringt diesen Artikel unter

---

139. M. v. B., a. a. O., S. 544.

140. Wilhelm II., a. a. O., S. 240.

141. Telegramm Delbrücks an den Kaiser, bei Niemann, Revolution von oben, S. 197.

142. Ebenda.

143. Ebenda.

der Überschrift: „Der Kaiser und das neue Deutschland“. Es heißt darin wörtlich:<sup>144</sup>

„In einem bemerkenswerten Aufsatz spricht der Daily Chronicle von englischen Besorgnissen, die sich an den amerikanischen Kampf gegen das deutsche Kaisertum anknüpfen. —

Man fürchtet in England mit Recht, daß mit dem deutschen Kaisertum ein weiteres Stück Autorität und ein letztes Bollwerk gegen den eindringenden europäischen, kulturgefährdenden Bolschewismus verloren ginge. Völker leben von Ideen und Reiche werden von Ideen zusammengehalten. Das müssen wir Deutsche uns vor Augen halten, damit wir jenseits von den Gefühlen der Zuneigung und Abneigung nicht vergessen, daß mit der Abdankung des Kaisers das Gefüge des Deutschen Reiches sich verhängnisvoll lockern und daß vor allem auch ein Damm gegen die Gefahren der Plutokratie abgetragen würde. —

Freilich, eins ist notwendig: der gegenwärtige Träger der Kaiserkrone muß sich bewußt und vorbehaltlos zu der neuen Staatsgestaltung Deutschlands bekennen. Nun lassen aber Zeitungsnachrichten erkennen, daß das bereits in überzeugender, eindringlicher, feierlicher Form geschehen ist. Trifft das zu, so ist es ein Gebot der Staatsklugheit, mit der Veröffentlichung der kaiserlichen Kundgebung nicht eine Stunde zu zögern.“

Welche Wirkung löste dieser Artikel in der öffentlichen Meinung aus? — Die „Kreuz-Zeitung“ findet es als „eine starke Zumutung“, von dem Monarchen eine Erklärung zu verlangen, „in der er die in den letzten Wochen in so hohem Maße vorgenommenen Beschränkungen seiner Macht noch einmal öffentlich von sich aus zum Ausdruck bringt“.<sup>145</sup> — Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu folgendes:<sup>146</sup>

„Wir können die Andeutung der ‚Germania‘ bestätigen. Der Kaiser hat sich nicht nur mündlich ohne jede Einschränkung auf den Boden der neuen innerpolitischen Verhältnisse gestellt, sondern auch schriftlich in einem (bisher noch nicht veröffentlichten) Erlaß an den Reichskanzler. Bei dem Empfang der neuen Staatssekretäre erklärte der Kaiser, daß ‚das deutsche Volk das freieste der Welt werden soll‘, und in dem Erlaß schreibt der Kaiser, daß er diesen Umwandlungen nicht widerwillig zugestimmt, sondern daß er freiwillig und in vollem Maße seine Zustimmung dazu gegeben. Es ist möglich, daß dieser Erlaß veröffentlicht werden wird.

---

144. Germ., 1. Nov. 1918/Nr. 512.

145. Kz.-Z., 2. Nov. 1918/Nr. 561.

146. B. T., 2. Nov. 1918/Nr. 561.

Ob das genügen wird, um die Lage besser zu beeinflussen, scheint zweifelhaft.“

Auch das „Berliner Tageblatt“ sieht also in der Abdankungsfrage, genau wie der „Vorwärts“, nur eine Folge der anti-kaiserlichen Stimmung und bezweifelt, ob diese durch einen derartigen Erlaß gemindert werden könnte. — Die „Frankfurter Zeitung“ spricht ohne weiteres die Vermutung aus, daß der Artikel der „Germania“ „nicht vollständig die Auffassung des Zentrums“ wiedergebe. Das Blatt schreibt dann <sup>147</sup> :

„Es ist unseres Wissens gar nichts neues und auch nie bestritten worden, daß der Kaiser sich vorbehaltlos zu der neuen inneren Staatsgestaltung bekennt, und es wird wohl auch richtig sein, daß ein solches Bekenntnis von neuem abgelegt werden wird. Das hat aber mit dem sachlichen Kern der Frage nichts zu tun; ob sich die furchtbare Lage, in der sich Volk und Reich nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges befinden, durch das Verbleiben des Kaisers odere durch seinen freiwilligen Rücktritt erleichtert werden würde, das hat im Grunde mit irgendwelcher Gegnerschaft gegen den Kaiser oder mit der prinzipiellen Stellung zur monarchischen oder republikanischen Staatsform nichts zu tun.“

Das Blatt will die Kaiserfrage in ihre ursprüngliche Bahn zurückgeführt wissen, da sich von hier aus beweiskräftigere Argumente für die Notwendigkeit der Abdankung ergeben. Von diesem Standpunkte aus ging eine Loyalitätserklärung Wilhelms II. allerdings am sachlichen Kern der Abdankungsfrage vorbei.

Der kaiserliche Erlaß vom 28. Oktober 1918 wurde schließlich zur Veröffentlichung gegeben, nachdem die Kaiserin Auguste Viktoria zur Feder gegriffen und den Prinzen Max darum gebeten hatte.<sup>148</sup> Staatssekretär Haußmann, der die Veröffentlichung vorbereitete, war überzeugt, daß der Erlaß des Kaisers „wenig an der Stimmung ändern“ werde.<sup>149</sup> Am 3. November endlich wurde er der Öffentlichkeit übergeben.<sup>150</sup>

Die „Deutsche Tageszeitung“ hofft, daß nach dem Erscheinen dieser Kundgebung die Diskussion über die Person des Kaisers „als erledigt“ betrachtet werden könne.<sup>151</sup> — Die „Kreuz-

---

147. F. Z., 2. Nov. 1918/Nr. 304, 2. Morgenblatt.

148. Wilhelm II., a. a. O., S. 240.

149. Haußmann, a. a. O., S. 264.

150. Weiter oben wörtlich wiedergegeben.

151. Zitiert nach der „F. Z.“ vom 4. Nov. 1918/Nr. 306, Morgenausgabe.



Zeitung“ sieht in der Veröffentlichung „ein letztes Mittel gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie, die Abdankung des Kaisers zu erzwingen“. <sup>152</sup> — Die „Germania“ bemerkt dazu: <sup>153</sup>

„Der kaiserliche Erlaß vom 28. Oktober . . . würde dank seinem vorbehaltlosen Bekenntnis zu der in Deutschland erfolgten verfassungsrechtlichen Neuordnung unseres Erachtens den besten Anlaß bieten, die Erörterungen über die Kaiserfrage zu schließen. Wir haben von Anfang an uns für eine möglichste Begrenzung der nach Lage der Sache an sich gewiß notwendigen Aussprache eingesetzt. Nun kann aber als Ergebnis derselben festgestellt werden, was wir immer behaupteten, daß weder innerpolitisch noch außenpolitisch eine Notwendigkeit vorliegt, eine Abdankung des Kaisers zu fordern. In der Tat besteht in ersterer Beziehung zwischen dem Kaiser und dem politisch reifen, freien Volk, in dessen Händen heute die entscheidende staatliche Machtfülle liegt, jene Übereinstimmung der Gesinnung, die Reichskanzler Prinz Max von Baden als Grundlage in der Zusammenarbeit für alle Regierungskreise bezeichnet hat. Und was die außenpolitische Seite der Frage anlangt, so steht mindestens heute noch nicht fest, ob der Friede mit oder ohne Kaiser besser ausfallen würde.“

Das Blatt betont auf der einen Seite, daß innerpolitisch keine Notwendigkeit zur Abdankung Wilhelms II. vorhanden sei, und macht andererseits Zweifel geltend, ob nicht außenpolitisch eine solche Notwendigkeit bestehe. — Das „Berliner Tageblatt“ gibt besonders seiner Freude über die äußere Form des Erlasses Ausdruck. Es schreibt: <sup>154</sup>

„Der Erlaß unterscheidet sich vom Gedankeninhalt ganz abgesehen, auch in der Form von früheren Äußerungen und ist einer Zeit angepaßt, die, wie es in dem Dokument heißt, die alten Formen zerbrochen hat. Es ist verständlich, daß der Kaiser auf die abgeschlossene Epoche, die mit der Geschichte seines Hauses eng verknüpft ist, und deren Machtglanz er so oft gefeiert hat, mit warmen Worten hinweist, und auch der entschiedenste Vertreter demokratischer Ideen muß die Empfindungen würdigen und begreifen, die hinter diesen Worten stehen. Man muß es auch erfreulich finden, daß eine Wendung wie ‚Es ist mein Wille‘, die noch in den grundlegenden, den Übergang zum Volksstaat ankündigenden Erlaß an den scheidenden Grafen Hertling, dem Erlaß vom 30. September, gebraucht war, jetzt nicht mehr wiederkehrt.“

---

152. Kz.-Z., 4. Nov. 1918/Nr. 563.

153. Germ., 5. Nov. 1918/Nr. 517.

154. B. T., 4. Nov. 1918/Nr. 563.

Das Weltblatt hält sich an Äußerlichkeiten, um zum Inhalt und zur Kaiserfrage selbst nicht Stellung nehmen zu müssen. — Der „Vorwärts“ ist in diesem Punkte viel ehrlicher, er bekennt offen und kurz, daß durch diesen Erlaß die Haltung der Sozialdemokratie in „nichts geändert“ würde,<sup>155</sup> umso weniger, als er bereits zu einem neuen Vorstoß in der Kaiserfrage ansetzte.

Der Chef des Zivilkabinettes, von Delbrück, meldete dem Kaiser, „daß die Ordre in Berlin und in der Presse die Lage entspannt und zu Beruhigungen gebracht habe, so daß die Abdankungsidee zu schwinden beginne“.<sup>156</sup>

Minister Drews wurde am 2. November bei seiner Rückkehr aus Spa von dem Vizekanzler von Payer und dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe in Empfang genommen, denen er auch, da der Kanzler krankheitshalber an der Ausübung seines Amtes verhindert war, Bericht erstattete.<sup>157</sup> Er brachte aus dem Großen Hauptquartier den Eindruck mit, daß die Abdankung zur Zeit unmöglich sei, weil die Armee sonst schweren Erschütterungen ausgesetzt sein würde.<sup>158</sup> Wahnschaffe trat daraufhin für ein energisches Einschreiten gegen die antikaiserliche Stimmungsmache in der Presse ein. Staatssekretär von Waldow ist sofort bereit, seine Beziehungen zur Presse und zu den Parteien in der gleichen Richtung auszunützen. Die Chefredakteure und die Vertreter der großen Zeitungen sowie die Führer der Mehrheitsparteien wurden umgehend in Einzelbesprechungen auf die große Gefahr einer weiteren Verschärfung der Kaiserkrise hingewiesen.<sup>159</sup>

Scheidemann wurde „mit vereinten Kräften bearbeitet“, die Abdankungsforderung der Sozialdemokratie bis nach dem Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen aufzuhalten.<sup>160</sup> Scheidemann stimmte einer Vertagung der Abdankungsfrage bis zu dem angegebenen Zeitpunkt zu. Dann aber würde die Sozialdemokratie auf der Abdankung bestehen. Bis dahin wolle er alles tun, um den sozialdemokratischen Parteivorstand vor weiteren Maßnahmen zurückzuhalten.<sup>161</sup> — von Delbrück tele-

---

155. Vw., 3. Nov. 1918/Nr. 303.

156. Wilhelm II., a. a. O., S. 240.

157. M. v. B., a. a. O., S. 562.

158. Wahnschaffe, Der letzte Akt der Kaisertragödie bei Niemann, Revolution von oben, S. 416.

159. Ebenda.

160. M. v. B., a. a. O., S. 562.

161. Ebenda.

graphierte nach Spa, daß die Rechtssozialisten eine Vertagung der Abdankungsfrage beschlossen hätten.<sup>162</sup>

Der bayerische Kronprinz empfing am 3. November den Besuch des deutschen Kronprinzen. Der Hohenzoller hatte ein Schriftstück bei sich, das an den Reichskanzler gerichtet werden sollte, und in dem gegen die Forderung nach Abdankung des Kaisers Einspruch erhoben wurde; es wurde besonders auf die Gefahren hingewiesen, die solche Zumutungen auf die Disziplin des Heeres ausüben würden. Dieses Schriftstück sollte von den drei prinzlichen Heerführern an der Westfront gemeinsam unterschrieben werden.<sup>163</sup> — Kronprinz Rupprecht weigerte sich, das Schriftstück zu unterzeichnen. Er begründete das mit Erwägungen, daß er in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe sich nicht in politische Angelegenheiten einmischen könne.<sup>164</sup> Bei der aufgeworfenen Frage drehte es sich um die Rückwirkung der Abdankungsforderungen auf das Heer und nicht um die Berechtigung oder politische Begründung der Abdankungsforderung. — Die Weigerung des bayerischen Kronprinzen hatte vermutlich noch andere, und zwar politische Hintergründe. Am Tage vorher war er, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht,<sup>165</sup> zu der Überzeugung gekommen, daß es an der Zeit wäre, „daß die deutschen Fürsten sich gemeinsam an den Kaiser wenden, um . . . ihm die Abdankung nahezu legen“. da anscheinend anders ein Waffenstillstand nicht zu erreichen sei.

Scheidemann wurde „in diesen Tagen“ im Auftrage Delbrücks befragt, ob der Kaiser noch zu halten wäre, wenn er, Scheidemann, Reichskanzler werden würde.<sup>166</sup> Die Antwort Scheidemanns auf diese fast grotesk anmutende Fragestellung ist leider nicht überliefert. Die Basis einer solchen Kanzlerschaft hätte für Scheidemann die Verleugnung seiner weltanschaulichen und politischen Grundsätze zur Voraussetzung gehabt.

Der Gedanke eines Kanzlerwechsels zur Herbeiführung

---

162. Wilhelm II., a. a. a. O., S. 240.

163. Kronprinz Rupprecht von Bayern, a. a. O., Bd. II, S. 472. Vgl. M. v. B., a. a. O., S. 553, Fußnote 1, Absatz 3.

164. Rupprecht von Bayern, a. a. O., Bd. II, S. 473.

165. Ebenda, S. 471.

166. M. v. B., a. a. O., S. 570; Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 277 f.; Scheidemann bedauert, daß Prinz Max nicht angibt, was er, Scheidemann den „Herrschaften“ geantwortet habe.

eines Umschwunges in der Haltung der Regierung zur Kaiserfrage wurde am Nachmittag des 3. November durch Oberst Haeften an den Prinzen Max herangetragen. Oberst Haeften wies auf folgenden Weg:<sup>167</sup> der Kanzler solle sich auf seinen Standpunkt als Offizier zurückziehen und dem Kabinett mitteilen, daß er als Offizier die Abdankung des Kaisers nicht erzwingen könne. Wenn dann das Kabinett immer noch auf der Forderung bestehe, solle er sein Kanzleramt niederlegen. Die Neubildung eines Kabinettes hätte in dieser Situation unter der Parole: „Für oder gegen den Kaiser“ vor sich gehen müssen. — Prinz Max war aber zu sehr von seiner Mission überzeugt, als daß er solchen Gedanken Raum gegeben hätte.

Der Reichskanzler ließ am 3. November den Kaiser nochmals bitten, sofort nach Berlin zurückzukehren;<sup>168</sup> die Notwendigkeit der Rückkehr wurde damit begründet, daß das Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen die Anwesenheit des Kaisers in der Hauptstadt erforderlich mache und daß möglicherweise mit einer Regierungskrise zu rechnen sei. — Der Kaiser erkannte wiederum die Fadenscheinigkeit solcher Motivierungen und sandte noch am 3. November den Staatssekretär Hintze nach Berlin, damit dieser im Sinne des Monarchen wirke.<sup>169</sup>

Hintze sprach am 4. November zuerst im Auswärtigen Amte vor und legte sein Argument gegen die Abdankung dar:<sup>170</sup> „die Abdankung werde die Armee und die Ordnung im Innern auflösen und uns dem Feinde wehrlos preisgeben; jede Regierung — sei sie, welche sie wolle, auch eine sozialdemokratische — würde die Armee gebrauchen (sic) zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung im Innern. Daher, da Armee nach Außen wie im Inneren, in jedem Fall der Entwicklung, nötig, Abdankung sie aber auflösen würde — dürfte der Kaiser nicht abdanken“ (sic). — Im Auswärtigen Amte erhielt Hintze folgende Antwort:<sup>171</sup> Oberst House, der Vertreter Wilsons bei der Entente, habe eine Stellungnahme zur Kaiserfrage abgelehnt. Aus anderer Quelle habe man erfahren, daß Wilson die Abdankung zwar

---

167. M. v. B., a. a. O., S. 561.

168. Telegramm, unterzeichnet von Delbrück und Solf, abgedruckt: M. v. B., a. a. O., S. 570, Anmerkung.

169. Aufzeichnungen des Staatssekretärs v. Hintze bei Niemann, Revolution von oben, S. 367.

170. Ebenda, S. 368.

171. Ebenda.



wünsche, sie aber nicht öffentlich verlangen wolle. Dr. Solf war der Ansicht, der Kaiser hätte am 26. Oktober, als man ihm die Kommandogewalt nahm, zurücktreten müssen; jetzt würde die Flut der Revolution über ihn hinweggehen.<sup>172</sup> — Prinz Max bezeichnete gegenüber Hintze die Abdankungsfrage als „überholt“.<sup>173</sup> — Scheidemann bedauerte jene Pressenotiz, die von seinem Brief an den Reichskanzler sprach; sie sei eine „schädliche Indiskretion“ gewesen. In der Abdankung Wilhelms II. wollte er jetzt kein großes Heilmittel mehr sehen.<sup>174</sup> — Ebert meinte, der Rücktritt des Kaisers sei nur noch ein „Palliativ, immerhin aber eine Erleichterung“.<sup>175</sup> — Hintze hinterließ zweifellos überall einen starken Eindruck. Sein Argument gegen die Abdankung des Kaisers hatte Durchschlagskraft. Seine Mission blieb aber nur eine Episode, um so mehr, als sein Wirkungskreis nur auf wenige Persönlichkeiten beschränkt war. Es fehlte ihm das Sprachrohr, mit dem er an die große Masse des Volkes sich hätte wenden können. —

Am 3. November 1918 wendet sich Graf Westarp, der Führer der Konservativen, in einem groß angelegten Artikel in der „Kreuz-Zeitung“ gegen die Forderungen nach der Abdankung Wilhelms II.; leider drang auch er, um das vorwegzunehmen, kaum über den Leserkreis des konservativen Blattes hinaus. Er führte aus:<sup>176</sup>

„... der Staatssekretär Scheidemann hat . . . im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsvorstand dem Reichskanzler die Gründe dargelegt, aus denen er es für nötig halte, daß der Kaiser abdanke. Dagegen gilt es nunmehr in aller Entschiedenheit vom Standpunkt der Konservativen Stellung zu nehmen. Wie die konservative Partei zu dieser Frage steht, sollte freilich selbstverständlich sein, und man muß staunen, daß die geradezu krankhafte Sucht, falsche Gerüchte zu verbreiten, heute . . . auch hier vor nicht Halt macht. Um so nötiger ist klare Aussprache.

Die von der Sozialdemokratie geforderte Abdankung Seiner Majestät des Kaisers würde nach unserer Auffassung in unmittelbarer Folge zum Ende der Hohenzollern-Dynastie und der Einigkeit des Deutschen Reiches führen. Man muß sich dabei zunächst vergegenwärtigen, daß die Sozialdemokratie und andere Kreise, die in dieser Frage ihr zur Seite

---

172. Ebenda.      173. Ebenda.      174. Ebenda.      175. Ebenda.

176. Kz. - Z., 3. Nov. 1918, „Politische Wochenschau“, zitiert nach Westarp, a. a. O., S. 105 ff.

treten, auch an die Abdankung des Kronprinzen denken, der weder dem Präsidenten Wilson und unseren anderen Feinden, noch unserer Demokratie genehmer sein würde, als der Kaiser. Was allein in Frage kommt und gefordert wird, ist die Abdankung zugunsten des minderjährigen Enkels und eine Regentschaft.“

Graf Westarp zitiert dann eine Stelle aus dem „Politischen Testament“ Friedrichs des Großen, worin dieser seine Stimme zur Gottheit erhob, um Preußen „vor der Geißel einer Minoritätsregierung gnädig zu bewahren“. Die Folgen seien Bürgerkriege, schwache Regierungen, schwankende Politik, Lockerung der Manneszucht, Verfall der Ordnung im Heer und vor allem Kriege. — Graf Westarp fährt dann fort:

„Das ist heute so richtig, wie es jemals gewesen ist. Dem Regenten fehlt der feste Boden unter den Füßen . . . er ist in seiner Entschlußkraft gehemmt, weil er nicht aus eigenem Recht verfügen kann. Schon in ruhigen Zeiten wird deshalb die Zeit der Regentschaft schwerlich eine Zeit der Stärke und des Fortschritts für die Monarchie sein. Den Stürmen, die uns bevorstehen, . . . wird die Regentschaft sicher nicht gewachsen sein. Außer der revolutionären und äußeren Gefahr würde die Einsetzung eines Regenten auch noch diejenige des Partikularismus heraufbeschwören. Daß die Entente mit ungeheueren Mitteln daran arbeitet, durch Schürung partikularistischer Strömungen den Bestand des Reiches zu zersetzen, geht aus vielen Ereignissen der letzten Zeit hervor. . . . Wer aber wollte dafür bürgen, daß unter den heutigen Verhältnissen die zutreffende Auslegung der Verfassung sich durchsetzt und nicht ohne weiteres über den Haufen geworfen wird, wenn es den politischen Mächten genehm ist, die jetzt an der Herrschaft sind? Darum ist es nicht anders: Wer die Abdankung des Kaisers fordert, der muß sich vollkommen klar darüber sein, daß er auch das Herrscherhaus, die monarchische Staatsform und die Einigkeit des Deutschen Reiches aufs schwerste gefährdet.“

Dann kommt Graf Westarp auf die Errungenschaften und auf den glänzenden Aufstieg während der Regierungszeit Wilhelms II. zu sprechen. Beim 25jährigen Regierungsjubiläum des Monarchen im Jahre 1913 sei in ganz Deutschland von der deutschen Treue zum Kaiser, von der angestammten Liebe der Preußen zu ihrem Hohenzollernkönig gesungen und gesprochen worden. „Soll das jetzt alles vergessen, alles unwahr gewesen sein, weil schwere Gewitterwolken über dem Deutschen Reiche stehen?“

Dann erörtert Graf Westarp die außenpolitische Seite der Abdankungsfrage. Er schreibt:

„Um so unauslöschlicher wäre die Schmach, wenn wir Preußen und Deutsche jetzt unserem Kaiser und Könige die Treue brechen wollten, weil der Feind verlangt, daß es geschieht. In nur zu klug berechneter Weise hat der Präsident Wilson das in seinen bisherigen Äußerungen deutlich erkennen lassen, ohne es bisher ausdrücklich auszusprechen. Am Schlusse seiner letzten Note hat er durchblicken lassen, daß wir auf Verhandlungen über die Friedensbedingungen rechnen könnten, wenn mit den „echten Vertretern“ des Volkes zu verhandeln sei, auf die völlige Ergebung dagegen, wenn der Kaiser die Verhandlungen führe. Also durch Bruch der Treue soll das deutsche Volk sich mildere Behandlung erkaufen! Die sozialdemokratische Forderung einer Abdankung des Kaisers bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß Deutschland auf dieses Ansinnen eingehen soll. Noch niemals aber . . . hat ein Volk in unserer Lage sein Schicksal dadurch verbessert, daß es die Schmach voller Unterwürfigkeit unter jede ausgesprochene oder gar noch nicht ausdrücklich kundgetane Forderung desjenigen annahm, den es als Sieger anerkennen zu müssen glaubte. Auch dem deutschen Volke würde es nichts als den Verlust der Achtung vor sich selbst und vor der ganzen Welt eintragen, wenn es übereifrig dem Geheiß des Präsidenten folgend das Kaisertum preisgeben wollte. Das geht aus der letzten Note des Präsidenten für jeden, der lesen kann, klar genug hervor. Er will ja auch mit den ‚echten Vertretern des Volkes‘ über die Friedensbedingungen nur verhandeln, nachdem der Waffenstillstand ihm und seinen Verbündeten die ‚unbeschränkte Macht‘ eingeräumt hat, alle Einzelheiten des Friedens ‚zu gewährleisten und zu erzwingen‘. Das Opfer der Ehre würde nutzlos gebracht auf der Straße liegen.“

Auch Graf Westarp, der konservative Politiker, führt das demokratische Prinzip der Majorität ins Feld, wenn er schreibt:

„Von einer Einheitsfront im deutschen Volke kann, wenn die demokratische Forderung der Abdankung des Kaisers zur Erörterung gestellt wird, nimmermehr die Rede sein. Nicht nur die Million konservativer Wähler, die hinter uns steht, empfindet solche Politik als die schwerste Verletzung ihrer heiligsten Gefühle, der überwiegende Teil des deutschen Volkes steht, wie wiederholt auch von demokratischer Seite anerkannt worden ist, auf dem Boden der monarchischen Gesinnung. Den konservativen Kundgebungen monarchischer Gesinnung aus der letzten Zeit stehen solche aus anderen Parteikreisen in großer Zahl zur Seite. Der direkte Übergang

zur Republik . . . würde, wenn überhaupt, so nur eine Minderheit des deutschen Volkes befriedigen. Das gilt in verstärktem Maße von Preußen, wo es sich um eine jahrhundertalte Überlieferung handelt, die in Geist und Seele des Volkes durch frohe und noch mehr durch schmerzliche Erlebnisse hineingewachsen ist. Nicht zuletzt sollte man an das Heer denken, das seinem obersten Kriegsherrn den Fahneneid geleistet und in 50 Monaten unsagbarer Mühen und Opfer in persönlichem Gehorsam und fester Mannentreue gehalten hat. Groß ist die Gefahr, daß ihm der Halt genommen werden könnte, wenn es in den schweren Kämpfen, die noch bevorstehen, seinen König und Kaiser verliert.“

Graf Westarp wendet sich schließlich gegen die unwürdige Behandlung der Kaiserfrage in der demokratischen und sozialistischen Presse. Das Kabinett treibe auch in dieser Frage Geheimpolitik und unterstütze dadurch die unkontrollierbaren Nachrichten, Gerüchte, Vermutungen und Deutungen der sensationslüsternen Presse. Erfreulich sei die kaisertreue Haltung der „Germania“ und anderer Zentrumsblätter. Am Schlusse seiner Ausführungen gibt Graf Westarp der Hoffnung Ausdruck, daß der Kaiser noch einmal zur nationalen Verteidigung aufrufe, wenn unsere Feinde schmachvolle Unterwerfung forderten. „Aber der Tag wird nicht fern sein“, so schließt Westarp, „an dem Deutschland erneut vor der Entscheidung stehen wird, ob es, noch unbesiegt in Feindesland stehend, Heer, Flotte und Grenzmarken wehr- und ehrlos übergeben will. Wenn dann der Kaiser sein Volk ruft, wird es ihm folgen.“

Am 3. November bringt der „Kladderadatsch“, die bekannte satirische Wochenschrift, ein Gedicht, „Amerikanisches Schachspiel“ betitelt, in dem Wilson, der bisher in der deutschen Karrikatur nur als der „Depp“ und „Halbindianer“ erschien, jetzt als „Weltbetrüger“ entlarvt werden soll.<sup>177</sup>

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht am 4. November 1918 einen Artikel des Fürsten Bülow, des letzten kaiserlichen Reichskanzlers der Vorkriegszeit, in dem dieser zur Kaiserfrage Stellung nimmt und sich für das Verbleiben Wilhelms II. einsetzt. Es heißt da wörtlich:<sup>178</sup>

„. . . Ich weiß, daß Strömungen sich geltend machen, die einer Abdankung des Kaisers das Wort reden. Ich achte

---

177. Kladderadatsch, 3. Nov. 1918/Nr. 44, Siehe Anhang .

178. Zitiert nach der „Germ.“ vom 5. Nov. 1918/Nr. 518.



jedermanns Überzeugung. Dieselbe Achtung aber kann für sich in Anspruch nehmen, wer der gegenteiligen Ansicht ist. Ich spreche nicht von den Empfindungen, die mich als langjährigen und treuen Diener der Monarchie erfüllen. Ich denke in diesem Augenblick nur an die Nation, an die Gesamtheit des deutschen Volkes, an seine höchsten Lebensinteressen. Und die fordern, daß in dieser schweren Zeit nicht Hader und Zwiespalt in unser Volk getragen werden, das in seiner tausendjährigen Geschichte mit Kaisertum und Kaiseridee eng verwachsen ist. Die Nation hat in den letzten Wochen, in denen sie sich einen neuen tragfähigen Rahmen für ihr staatliches Leben schuf, einen hohen Grad von politischer Reife gezeigt. In diesen neuen Rahmen muß sich Deutschland einleben können. Ein demokratisiertes Kaisertum, wie es jetzt vor uns steht, bietet für die Ungestörtheit dieses Werdeprozesses eine sichere Gewähr. Ich habe einen großen, den größeren Teil meines Lebens im Auslande zugebracht. Sie dürfen mir, einem alten Kenner Europas, glauben, daß es für Deutschland vorerst genug ist mit den Veränderungen unseres staatlichen Aufbaues. Ich glaube, daß eine derart stürmische Entwicklung, wie sie durch eine Abdankung des Kaisers eingeleitet würde, noch vieles andere mit sich fortreißen würde. Ich frage Sie weiter: Welches wird der Eindruck auf die Armee sein? Der Fahneid ist jedem deutschen Soldaten . . . die unverrückbare Grundlage seines Treuverhältnisses zum Kaiser. Wir sind in voller Disziplin in den Krieg gezogen; auch die Demobilisation muß sich im Geiste der gleichen unbedingten Disziplin vollziehen, wenn nicht unabsehbare Wirkungen eintreten sollen, die jeden deutschen Staatsbürger, er mag sich für oder gegen den Kaiser gestellt haben, gleich schwer treffen würden . . .“

Fürst Bülow meint dann, daß die Verfechter dieses Vorschlages zur Abdankung des Kaisers viel zu gute Patrioten seien, um auf ihm zu bestehen.<sup>179</sup> — Auf dieses taktische Kompliment erwidert der „Vorwärts“ wie folgt:<sup>180</sup>

„Daß Fürst Bülow die Sozialdemokraten als gute Patrioten anerkennt, zeigt einen erfreulichen Wandel der Gesinnung. Im übrigen ist seine Haltung selbstverständlich. Denn er ist der gefürstete Hauptträger des alten Systems, hat in uferloser Welt- und Flottenpolitik geschwärmt und den inneren Fortschritt bekämpft. Aber der Mann, der einst den Platz an der Sonne forderte, ist heute selber ein Mann im Schatten und sein Ausspruch: ‚In Preußen der König voran,

179. Zitiert nach dem „Vw.“ vom 5. Nov. 1918/Nr. 305.

180. Ebenda.

Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran!“ — ach, was ist aus ihm geworden?“ —

Wie schon angedeutet, unternahm der „Vorwärts“ am 3. November 1918 einen zweiten Vorstoß in der Kaiserfrage. Den Auftakt dazu bildet der zweimalige Hinweis auf den Brief Scheidemanns an den Reichskanzler. Die Ungeduld des Volkes wurde durch die Frage: Wann wird Scheidemann Antwort erhalten? — gesteigert.<sup>181</sup> Schon die Überschrift des neuen Artikels deutet den Inhalt an: „Vor schweren Entscheidungen!“<sup>182</sup> Zunächst geht der „Vorwärts“ auf die monarchischen Kundgebungen und Äußerungen seiner politischen Gegner ein und stellt fest, daß diese mehr ein Bekenntnis zu dem monarchischen Prinzip als zur Person Wilhelms II. seien. Das Blatt wendet sich dann gegen die „Germania“, die am 1. November an das demokratische Gewissen der Sozialdemokratie appelliert und ausgeführt hatte, daß sich auch in der Kaiserfrage eine Minderheit dem Willen der Mehrheit zu fügen habe. Darauf erwidert der „Vorwärts“:

„Wir wollen aber gar nicht überwältigen, sondern wir wollen überzeugen, und wenn ein Zwang vorliegt, was wir nicht bestreiten, so geht er nicht von uns, sondern von den allgemeinen Verhältnissen aus. Gegen eine demokratische Regelung hätten wir selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden, und wenn man sich auf der Linie einigen wollte, die Angelegenheit so bald wie möglich zum Gegenstand einer Volksabstimmung zu machen, so wären wir durchaus einverstanden.“

Wir wollen hier nicht selber in eine Interpretation dieses Textes eintreten, sondern dies den folgenden Pressestimmen überlassen. Der „Vorwärts“ nimmt dann zu dem anderen Argument der Rechtsblätter Stellung, daß durch den Rücktritt des Kaisers die Reichseinheit, die auf das Kaisertum gegründet sei, bedroht werden könnte. Darauf erwidert der „Vorwärts“:

„Da ist zu entgegnen, daß die nationale und nationalwirtschaftliche Zusammengehörigkeit, die im Reichstag und in der Reichsgesetzgebung ihren Ausdruck findet, das bei weitem stärkste einigende Band ist. Desto demokratischer das Reich ist, desto sicherer wird seine Einheit, desto stärker wird seine Anziehungskraft sein. Das Großdeutschland, das schon 1848 zu werden schien und dessen Umrisse sich heute von neuem zeigen, war als demokratisches Staatsgebilde

---

181. M. v. B., a. a. O., S. 563.

182. Vw., 3. Nov. 1918/Nr. 303.

gedacht. Im Süden ist die Gegnerschaft gegen den Kaiser am schärfsten ausgeprägt, dort äußert sie sich in der temperamentvollsten Weise. Und Deutschösterreich strebt nicht danach, unter das Szepter Wilhelms II. zu gelangen, sondern es will in das freie Deutschland hinein.“

Das Blatt lockt mit der möglichen Verwirklichung des großdeutschen Gedankens, wenn Wilhelm II. zurücktrete und Deutschland zum „freien Deutschland“, das heißt zur Republik werde. — Der „Vorwärts“ fährt dann fort:

„Sind also die Gründe unserer Gegner wenig haltbar, so sind die unseren desto stärker. Kunst der Politik ist, Notwendiges rechtzeitig zu tun. Bleibt der Kaiser im Amt und wird der kommende Friede schlecht, so wird es keinen Beweis gegen die Behauptung geben, der Friede hätte besser werden können, wenn man den Ratschlägen der Sozialdemokratie rechtzeitig gefolgt wäre. Der Verdacht, daß dem Interesse einer einzelnen Persönlichkeit das Interesse der Volksgesamtheit geopfert worden sei, würde die Monarchie als solche der denkbar stärksten Belastungsprobe aussetzen. Der ganze Widerstand gegen den sozialdemokratischen Ratschlag erscheint uns als ein Sträuben gegen etwas, was man auf die Dauer doch nicht verhindern kann, also als etwas politisch Unkluges.“

Hier liegt in der Stelle bezüglich des kommenden Friedens eine parallele Argumentation zum Briefe Scheidemanns an den Reichskanzler vor. Hier, wie dort dieselben Gedankengänge: ein schlechter Friede würde den Vorwurf rechtfertigen, daß er durch das Verbleiben des Kaisers verschuldet worden sei. — In dieser Situation sieht sich die Sozialdemokratie „vor schwere Entscheidungen“ gestellt. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Die Frage ist, wie gesagt, offen, es ist noch nichts entschieden, weder für noch gegen. Die nächste Zeit wird die Entscheidung bringen müssen, deren ungeheuer weittragende Bedeutung niemand verkennen wird. Sie kann unter Umständen so fallen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung austreten, wozu sie zweifellos berechtigt sind. Ihr Austritt bedeutete aber den Zusammenbruch der Volksregierung und damit auch der Grundlage, auf der die angesponnenen Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden beruhen.

Man wird also begreifen, daß die Sozialdemokratie und ihre in der Regierung stehenden Mitglieder nur mit reiflicher Überlegung und ohne Überstürzung handeln wollen. Ihr Standpunkt ist klar, und ihre Stellung ist stark. Was wir für richtig halten, haben wir deutlich gesagt, alle Welt hat davon

Kenntnis genommen, und alle Welt weiß auch, wie oft es dem Reich Unheil gebracht hat, wenn unsere Ratschläge nicht oder nicht rechtzeitig befolgt wurden. Es ist ein schwerer Entschluß, vor den die bisher anders Denkenden gestellt sind, das erkennen wir ohne weiteres an. Aber er muß gefaßt werden, denn lang ist der gegenwärtige Zustand der Unklarheit nicht zu ertragen.“

Hier wird mit dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung gedroht, ein Vorgehen, das die „Fränkische Tagespost“ schon am 25. Oktober forderte für den Fall, daß zur nationalen Verteidigung aufgerufen würde; hier für den Fall, daß der Kaiser nicht baldigst seinen Rücktritt vollziehe.

Die „Germania“ und die „Kölnische Volkszeitung“, die beiden führenden Zentrumsblätter, setzen sich eingehend mit diesem „Vorwärts“-Artikel auseinander. — Auf jene Ausführung des „Vorwärts“, es werde später keinen Beweis gegen die Behauptung geben, daß der Friede durch den rechtzeitigen Rücktritt des Kaisers hätte besser werden können, erwidert die „Germania“:<sup>183</sup>

„Natürlich kann man ebensogut sagen: Geht der Kaiser und der Frieden wird gut, so wird es keinen Beweis geben, daß der Friede hätte schlechter werden müssen, wenn man der Sozialdemokratie nicht gefolgt wäre. Mit dem Mann, der das Wenn und das Aber erdacht, hat niemand noch gute Geschäfte gemacht! Auf letztere allein aber kommt es beim Frieden nicht an.“

° Jenem Passus des „Vorwärts“ bezüglich der Reichseinheit begegnet die „Germania“ folgendermaßen:

„Darum dürfen wir uns die Reichseinheit nicht leichtsinnig zerschlagen. Der Vorwärts meint zwar, diese finde mehr in Reichstag und Reichsgesetzgebung ihren Ausdruck, aber er übersieht dabei, daß das Deutsche Reich ein auf Verträgen beruhender Bund ist. Stürzt man den Kaiser, so fällt leicht das Kaisertum. Wer aber will garantieren, daß die Einzelstaaten sich an eine ‚deutsche Republik‘ weiter gebunden halten würden?“

Der Vorschlag des „Vorwärts“, die Kaiserfrage durch eine baldige Volksabstimmung zu entscheiden, fand in allen kaisertreuen Kreisen den heftigsten Widerspruch. Die „Kreuzzeitung“<sup>184</sup> hält eine Volksabstimmung schon aus praktischen Gründen für utopisch; es sei aber auch unmoralisch, wenn die

---

183. Germ., 5. Nov. 1918/Nr. 517.

184. Kz.-Z., 4. Nov. 1918/Nr. 563.



Kaiserkrone der Preis eines Würfelspieles, wie es in den Jahrmarktsbuden üblich sei, werden solle. — Die „Kölnische Volkszeitung“ weist dem „Vorwärts“ inkonsequentes Verhalten nach. Sie schreibt:<sup>185</sup>

„Er (der „Vorwärts“) beantwortet den Appell an das demokratische Gewissen mit dem Vorschlag, man möge eine Volksabstimmung über die Kaiserfrage entscheiden lassen. Uns will scheinen, daß er sich damit in Widerspruch setzt zu der Stimmung und Auffassung, aus der heraus er die Abdankung des Kaisers als notwendig bezeichnet hat. Günstige Friedensbedingungen — das war doch das Ziel, das man mit der Abdankung des Kaisers erreichen will. Konstruiert man aber diesen . . . inneren Zusammenhang zwischen dem Friedenschluß und der Kaiserabdankung, dann ist es inkonsequent, das Schicksal des Kaisers von einer Volksabstimmung abhängig machen zu wollen.“

Die „Germania“ äußert sich zu dem Stichwort „Volksabstimmung“ folgendermaßen:<sup>186</sup>

„Auch wer grundsätzlich auf diesem Boden stehen will, wird zugeben müssen, daß ein solches Referendum gegenwärtig, wenn überhaupt, dann sicher nur sehr schwer durchzuführen wäre, und gerade nach dem Vorwärts eilt aber die Entscheidung. Wir möchten deshalb meinen, daß der Vorwärts die Überzeugung des Reichstags als ausreichenden Ersatz für eine Volksabstimmung ansehen müßte, jenes selben Reichstags, den auch die Sozialdemokratie als ein durchaus genügendes Spiegelbild des Volkswillens angesehen hat, um darauf die einschneidende Verfassungsänderung der letzten Wochen zu gründen, d. h. für eine Umwälzung, die gerade in den Augen der Sozialdemokratie so bedeutend war, daß alles andere ihr gegenüber alte und verächtliche „Formen“ darstellt, die man vielleicht nicht einmal zu beseitigen brauche. Aber wie die Reichstagsmehrheit heute über die Kaiserfrage denkt, das steht unseres Erachtens auch ohne Abstimmung bereits fest.“

Wie verhielt sich die Presse zu der Drohung des „Vorwärts“, eventuell ihre Mitglieder aus der Regierung zurückzuziehen? Die „Kreuz-Zeitung“<sup>187</sup> erkennt die Schwierigkeit einer Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie an und wendet sich gegen die Austrittsdrohung. Das Blatt verlangt „mehr Logik“: die Abdankung des Kaisers sei nicht mehr die Forderung der Entente, wie englische Blätter erkennen ließen.<sup>188</sup> Die Bedenken Eng-

185. K. V., 4. Nov. 1918/Nr. 869.

186. Germ., 5. Nov. 1918/Nr. 517.

187. Kz.-Z., 4. Nov. 1918/Nr. 563.

188. Vgl. oben über den Daily - Chronicle - Artikel der „Germ.“ am 1. Nov.

lands hätten Wilson zum Schweigen gebracht. Auf den Waffenstillstand und auf den Frieden hätte die Abdankung des Kaisers keinen Einfluß mehr. Blieben die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten bei ihrer jetzt unverhüllt aufgestellten Forderung, so würde das nichts anderes bedeuten als den Wunsch nach einer Straflektion für den Herrscher, der doch stets den Frieden gewollt habe. — Die „Kölnische Volkszeitung“ bezeichnet es als eine bedauerliche Gefährdung der Geschlossenheit der inneren Front, wenn der „Vorwärts“ eine derartige Drohung an die Wand male.<sup>189</sup> Wenn die Sozialdemokratie in der Vergangenheit auch manches durchzusetzen vermocht habe, so täusche sie sich in diesem Falle über die innere Kraft, die ihrer gegenwärtigen Hauptforderung innewohne. Die Sozialdemokratie habe, so schreibt das Blatt am nächsten Tage,<sup>190</sup> auf die Nachgiebigkeit der bürgerlichen Parteien unbedingt gerechnet. — Die „Germania“ pariert die Austrittsdrohung der Sozialdemokratie folgendermaßen:<sup>191</sup>

„Das Blatt (der „Vorwärts“) . . . spricht von einer Möglichkeit, die noch in der Zukunft liegt. Wir dürfen darum annehmen, es werde uns zustimmen, wenn wir für die Gegenwart feststellen, daß die Forderung, der Kaiser solle abdanken, durchaus jenseits des Regierungsprogramms liegt, auf das sich die vier großen Parteien des Reichstags geeinigt haben und auf Grund dessen die heutige Volksregierung gebildet ist und den deutschen Volksstaat eingerichtet hat. Es versteht sich wohl von selbst, daß bis zum Eintritt neuer erheblicher Tatsachen jede Partei sich an dieses Programm gebunden erachtet, denn nur Notwendigkeiten, nicht Stimmungen haben uns zusammengeführt und könnten uns trennen, und nur Übereinstimmung der beteiligten Parteien vermag zu einer Erweiterung oder Einengung des Programms führen. Damit ist natürlich keineswegs gesagt, die Sozialdemokratie dürfe nicht für sich in Anspruch nehmen, weitergehende Forderungen, also auch die Abdankung des Kaisers, zu vertreten; nur bleibt den anderen Parteien dann das gleiche Recht, sie können für ein Verbleiben des Kaisers sich einsetzen und müssen das ebenso unbehindert tun können.“<sup>192</sup>

189. K. Vz., 4. Nov. 1918/Nr. 869.

190. Ebenda, 5. Nov. 1918/Nr. 872. 191. Germ., 5. Nov. 1918/Nr. 517.

192. Auf diese Auslassungen antwortet die „Sozialistische Korrespondenz“ (zitiert nach dem „B. T.“ vom 7. Nov. 1918/Nr. 570) folgendes: „... Die Zentrums Presse und ein Teil der nationalliberalen Blätter haben sich darauf versteift, daß von einer Abdankung Wilhelms II. nichts in dem Programm stünde, das die Mehrheitsparteien zur Bildung der jetzigen

Selbst das linksliberale „Berliner Tageblatt“ verurteilt die vom „Vorwärts“ angekündigte Taktik, eine Entscheidung in der Kaiserfrage durch ihre Rücktrittsdrohung zu erzwingen. Es schreibt:<sup>193</sup>

„Das Stellen der Kabinettsfrage war eines der beliebten Drohmittel Bismarcks beim alten Kaiser. Eine demokratische Regierung sollte nicht mit den abgenutzten Mittelchen einer überwundenen Zeit arbeiten. Für sie gelten die Grundsätze der Demokratie, deren oberstes lautet, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat. Die Sozialdemokratie bestreitet nicht, daß die Mehrheit des Volkes auf monarchischem Boden steht, die Anschauungen des Volkes finden in der Zusammensetzung der Volksregierung einen parallelen Ausdruck. Auch hinsichtlich der Personenfrage dürfte das Verhältnis im Volk ähnlich sein, zumal, wenn die Entscheidung so stünde, ob die Kaiserwürde in den Händen eines Kindes oder eines Mannes liegen soll. Wir bestreiten nicht, daß sich die Verhältnisse ändern können. Solange das aber nicht der Fall ist, darf nicht mit Methoden gearbeitet werden, die doch auch eine Diktatur sind, zumal solche Methoden geeignet sind, auch die Gegenseite zu ermuntern. Wir glauben allerdings nicht, daß die Gefahr eines militärischen Putsches im Augenblick vorliegt. Dafür sind die Gegenkräfte zu stark.“

Das „Berliner Tageblatt“ distanziert sich sehr deutlich von der durch den „Vorwärts“ angekündigten Taktik der Sozialdemokratie. Diese sieht sich nun fast einer geschlossenen Front gegenüber, wenigstens hinsichtlich der einzuschlagenden Taktik zur Erzwingung des Rücktritts Wilhelms II.

Die von der Sozialdemokratie angekündigte Taktik zur Erzwingung ihrer Abdankungsforderung sollte sie nun bald praktisch in die Tat umsetzen müssen: der sich täglich steigende Druck „von unten“, von seiten der Unabhängigen, und der offene Ausbruch der Revolution in Kiel zwangen die Sozialdemokratie zu tatkräftigem Handeln in der Kaiserfrage. —

---

Volksregierung vereinbart haben. Das ist formell richtig. Aber die Ereignisse laufen jetzt so rasch, daß dieses Regierungsprogramm vom 5. Oktober schon jetzt nach genau einer Monat veraltet und überholt ist. Wollen die bürgerlichen Parteien durchaus nicht vorwärts, klammern sie sich an ihren formalen Vertrag, dann muß die Sozialdemokratie den Vertrag kündigen und lösen. Bloß wegen ihrer Teilnahme an der Regierung die notwendige Entwicklung zur Freiheit aufzuhalten, das kann uns nicht im Traume eintreffen.“

<sup>193.</sup> B. T., 4. Nov. 1918/Nr. 563.

## 5. Kapitel.

### Die Kaiserfrage im Zeichen der beginnenden Revolution in Deutschland.

Angesichts der militärischen Niederlage Deutschlands und des inneren Zusammenbruchs hielt die radikale Linke den Zeitpunkt für gekommen, um mit Erfolg auf einen gewaltsamen Umsturz hinarbeiten zu können. Seit der Haftentlassung Karl Liebknechts am 21. Oktober 1918 setzte von seiten des Spartakusbundes eine eifrige Propagandatätigkeit ein. Durch tägliche Demonstrationen und durch Zusammenstöße mit der Polizei suchte Liebknecht Unruhen zu provozieren. Die Organisation der revolutionären Obleute, einer revolutionären Stoßtruppe, und ihre Führer Emil Barth und Richard Müller traten immer mehr in den Vordergrund. Die Parteileitung der Unabhängigen war von den Aussichten eines gewaltsamen Umsturzes zwar wenig überzeugt, um so mehr drängte der Spartakist Liebknecht auf schnelles Handeln.<sup>1</sup> Am 2. November wurde der ursprünglich auf den 4. festgesetzte Termin zum Losschlagen auf den 11. November verlegt.<sup>2</sup> — In Berlin wurden täglich Handzettel verteilt, die zu Streik und Gewalttätigkeiten aufforderten. Am 3. November wandte sich der „Vorwärts“ gegen die „Ratschläge unverantwortlicher Elemente“ und riet zur Besonnenheit und Disziplin. Am 4. November verbreitete die Sozialdemokratie ein Flugblatt, das sich wiederum gegen die illegale Agitation richtete. Darin heißt es:<sup>3</sup>

„Wie Ihr aus den Zeitungen wißt, hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser raten, zurückzutreten. Über diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen. Arbeiter! Parteigenossen! Wir fordern euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen.“

Das war eine von den berüchtigten „Beruhigungsspillen“ für das Volk, deren Mitteilung in keiner Weise den Tatsachen entsprach. Wir wissen, daß Scheidemann am 4. November auf die eindringliche Warnung Hintzes die Veröffentlichung einer Notiz betreffs seines Briefes an den Reichskanzler als eine

---

1. Rosenberg, a. a. O., S. 245.

2. Ebenda, S. 244 f.; s. R. Müller, a. a. O., Bd. I, S. 127 f.

3. Zitiert nach dem „Vw.“ vom 4. Nov. 1918/Nr. 304.



„schädliche Indiskretion“ bezeichnete, und daß er sich mit der Vertagung der Abdankung Wilhelms II. bis nach Abschluß des Waffenstillstandes einverstanden erklärte.

Am 5. November unternimmt der „Vorwärts“ einen erneuten Vorstoß in der Kaiserfrage und versteigt sich zur Erwägung der Einführung der Republik. Er richtet seinen Angriff zunächst gegen die politische Rechte, insbesondere gegen die Äußerungen der „Kreuz-Zeitung“ vom 4. November:<sup>4</sup>

„... gestern verstieg sich sogar ein konservatives Blatt zu der Bemerkung, zwischen der Kaiserfrage und der Friedensfrage bestehe kein Zusammenhang, da ersichtlich geworden sei, daß die Entente gegen das Bleiben des Kaisers nichts einzuwenden habe. Wie diese Bemerkung mit dem uns so oft vorgerittenen Nationalstolz der Konservativen vereinbar ist, bleibt das Geheimnis der Redaktion. Wir aber erinnern nur daran, wie oft uns von jener Seite vorgehalten worden ist, wir handelten dem Gegner zu Gefallen, wenn wir Forderungen erhoben, die schon lang vor Kriegsbeginn und selbst vor Wilsons Geburt unser eigen gewesen sind. Jetzt berufen sich die Konservativen auf die Revolutionsangst der Ententebourgeoisie, die angeblich den deutschen Kaiserthron als Barrière erhalten zu sehen wünscht. Wir erinnern uns zugleich auch des stolzen Ausspruches: ‚Der Kaiser ist, was er ist, von Gottes Gnaden‘ . . . Welcher Monarchist könnte sich einen deutschen Kaiser von Entente Gnaden wünschen?“

Dann wendet sich der „Vorwärts“ gegen das „stärkste Argument“ seiner Gegner:

„Das stärkste Argument aber geht immer darauf hinaus, es handle sich nicht um eine Frage der Person, sondern des Systems, nicht um Wilhelm II. oder Regentschaft, sondern um Monarchie und Republik. Darin liegt vielleicht ein Stück werdender Wahrheit.<sup>5</sup> Noch vor kurzem ist der Gedanke an einen Thronwechsel auch vielen grundsätzlichen Monarchisten sympathisch gewesen, weil sie hofften, eine weitergehende Bewegung durch einen Thronwechsel abschnüren zu können. Diese Möglichkeit bestand zweifellos und besteht wohl auch noch jetzt. Aber die Toten reiten schnell, und die manchen ‚revolutionär‘ scheinenden Lösungen von heute sind die konservativen von morgen.“

Wo war aber nach Auffassung der Sozialdemokratie die Grenze zwischen den „grundsätzlichen Monarchisten“ und den grundsätzlichen Republikanern? Für die Sozialdemokratie waren wohl alle, die den „bürgerlichen“ Rechtsstaat bedingungslos

---

4. Vw., 5. Nov. 1918/Nr. 305.

5. Gesperrt vom Verfasser.

bejahten, grundsätzliche Monarchisten. Es gab natürlich Rechtskreise, die den Rücktritt des Kaisers in erster Linie um der Dynastie willen forderten<sup>6</sup> oder mit dem Rücktritt einverstanden gewesen wären; hier könnte man vor allem das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ nennen. Das eigenartigste Beispiel dürfte wohl der Fall Stresemann sein; dieser bezeichnete am 26. Oktober 1918 die Abdankung des Kaisers vom nationalliberalen Standpunkte aus als „eher ertragbar“ als das Ausscheiden Hindenburgs aus der Obersten Heeresleitung;<sup>7</sup> am 1. November kam die nationalliberale Reichstagsfraktion einstimmig zu der Überzeugung, daß die erzwungene Abdankung des Kaisers nichts anderes bedeuten würde als den Übergang zur Republik.<sup>8</sup> — Der „Vorwärts“ gibt ferner sehr eindeutig zu verstehen, daß in den Befürchtungen der Rechtskreise „ein Stück werden-der Wahrheit“ liege. In diesem Sinne fährt das Blatt fort:

„Die Sozialdemokratie ist eine grundsätzlich demokratische Partei, die aber — siehe Bebel — auf die bloße Form der repräsentativen Spitze bisher nie entscheidenden Wert gelegt hat. Die Aussicht, sich in einer jungen Republik vielleicht dreißig Jahre lang mit royalistischen Don Quichottes herumschlagen zu müssen und dadurch notwendige innere Entwicklung gestört zu sehen, gehört ja auch nicht zu den angenehmsten. Wird aber die Frage der Staatsform in Deutschland akut, so wird niemand daran zweifeln, wo die deutsche Sozialdemokratie ihrer ganzen Vergangenheit nach ihre Stellung nehmen wird.“

Der „Vorwärts“ lockt also die Rechtskreise mit der Chance, daß wenn jetzt der Kaiser sofort abdankt, die monarchische Staatsform gewahrt bliebe. Prinz Max sieht in dieser Stelle des „Vorwärts“ sogar einen aufrichtigen und dringlichen Hilferuf der Sozialdemokratie, die sich gegenüber den Unabhängigen in einer „wahrhaft verzweifelten Lage“ befunden habe.<sup>9</sup> Jedenfalls steht diese Äußerung des „Vorwärts“ im Zeichen des nur mühsam aufgehaltenen Ausbruches der Revolution. — Daneben spricht das sozialdemokratische Parteiblatt von der möglichen

---

6. Payer bezeichnete am 31. Oktober 1918 die „rechtsstehenden Leute“ als die „allerwildesten Kaiserstürzer“ (M. v. B., a. a. O., S. 548).

7. Stresemann, Vermächtnis, Bd. I, S. 12 f.: „... Ich bin der Meinung, daß von unserem Standpunkte aus, die Abdankung des Kaisers eher zu ertragen sein würde als das Gehen von Hindenburg.“

8. Nach einer Notiz der „K. Vz.“ vom 2. Nov. 1918/Nr. 866. Vgl. „Germ.“ vom 4. Nov. 1918/Nr. 516.

9. M. v. B., a. a. O., S. 580.

Verwirklichung der Republik und moquiert sich bereits über die „royalistischen Don Quichottes“. Das Blatt fährt dann fort:

„Während wir so, mit einer Ruhe, die nur dem deutschen Volke eigentümlich ist, über brennende Fragen des Tages debattieren, erwarten wir die Waffenstillstandsbedingungen unserer Gegner. Es kann sein, daß sie das gesamte Bild auch in der Kaiserfrage mit einem Ruck verschieben werden, denn einstweilen läßt sich nicht absehen, wie die Regierung Wilhelms II. den Waffenstillstand und den kommenden Frieden überdauern könnte. Es ist doch schließlich etwas anderes, wenn eine neue Regierung das Defizit des alten Kursus notgedrungen übernimmt, als wenn der Träger dieses Kursus selbst seine Bilanz unterzeichnen muß. Man stelle sich weiter vor, daß die Sozialdemokratie, deren Standpunkt . . . unabänderlich ist, in die ersten Friedenswahlen unter diesem Zeichen eintreten würde. Was kann daraus kommen? Sicherlich nichts, was für die zähen Verteidiger der letzten Reste des alten Regimes erfreulich wäre! Aber daß die Lösung auch nur bis zu jenem Termin vertagt werden könnte, dünkt uns aus den angeführten Gründen sehr unwahrscheinlich.“

Mit welchen Möglichkeiten der „Vorwärts“ beim Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen rechnete, die die Kaiserfrage „mit einem Ruck verschieben“ könnten, wird nicht ganz klar. Es konnte dies nur zweierlei sein: einmal, daß in den Bedingungen der Feinde die Abdankung des Kaisers enthalten sein würde, oder, daß es angesichts schwerer Bedingungen zur Revolution und zur gewaltsamen Beseitigung der Hohenzollern-dynastie kommen würde. Dann spricht der „Vorwärts“ von dem Vorsprung des republikanischen Gedankens bei den ersten Friedenswahlen gegenüber dem monarchischen, da die Monarchie mit dem „Defizit des alten Kursus“ belastet sein würde.

Am 29. Oktober kam es auf der Hochseeflotte zu Gehorsamsverweigerungen. In Kiel erklärten sich in den nächsten Tagen die Werftarbeiter mit den meuternden Matrosen solidarisch und traten in den Streik. Am 4. November 1918 gelang es in Kiel den revolutionären Arbeitern und Soldaten, die Macht an sich zu reißen. Am 5. November wehte vom Rathausurm die rote Fahne. Jetzt erfuhr auch die Reichsregierung, daß in Kiel „bedenkliche Dinge“ vorgekommen seien.<sup>10</sup> „Erster Kieler Punkt“, so berichtet Noske,<sup>11</sup> der im Einverständnis der Reichs-

---

10. Noske, a. a. O., S. 8

11. Ebenda, S. 13.

regierung nach Kiel gereist war, „war die Abdankung der Hohenzollern.“ Aus der Matrosenmeuterei, die sich in erster Linie gegen die Offiziere richtete, war also eine Revolution geworden, die die Dynastie als das Haupt der militärischen Ordnung treffen sollte.<sup>12</sup> Damit tritt die Kaiserfrage in das Zeichen der beginnenden Revolution in Deutschland. —

Bereits am 2. November wurde der Kaiser durch Admiral Scheer über die Vorgänge bei der Marine unterrichtet. Scheer führte dabei aus, daß die Besatzungen der Hochseeschiffe „systematisch durch die Parteigänger der unabhängigen Sozialisten, aber auch durch zahlreiche Zeitungsartikel verhetzt seien, die ganz offen die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers . . . forderten“.<sup>13</sup> — Im Großen Hauptquartier kam es in der Kaiserfrage zu einem eigenartigen Umschwung. General Groener hat im „Münchener Dolchstoß-Prozeß“ (Oktober 1925) ausgesagt,<sup>14</sup> daß er am 1. November 1918 unmittelbar nach der Besprechung des Kaisers mit Drews, dessen Ansinnen Groener übrigens energisch zurückgewiesen hatte, gegenüber den beiden Generaladjutanten des Kaisers, Generaloberst von Plessen und General Freiherr von Marschall, geäußert habe: die Stellung des Kaisers sei nicht mehr haltbar. Gegen eine Abdankung des Kaisers will Groener „aus Gründen der Heerespsychologie“ die „allergrößte Abneigung“ gehabt haben. Groener will alsdann die Ansicht vertreten haben, der Kaiser solle an die Front gehen, „nicht zu Paraden, sondern in den Tod“. Und wenn der Kaiser nur verwundet worden wäre, so erhoffte Groener einen Stimmungsumschwung des deutschen Volkes. — Diese Darstellung wird von Generaloberst von Plessen bestritten und von Niemann aus psychologischen Gründen als unwahrscheinlich bezeichnet.<sup>15</sup> Sie hat aber trotzdem sehr große Wahrscheinlichkeit für sich, da Staatssekretär Hintze, ganz unabhängig von den Aussagen Groeners, in seinen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1919 die Vorgänge so beschreibt, als sei diese Idee erst durch ihn an Groener herangetragen worden. Hintze<sup>16</sup> bestätigt die Zurechtweisung Drews' durch Groener. Erst als er diese Vorgänge

---

12. Rosenberg, a. a. O., S. 243.

13. Bericht des Kapitäns zur See v. Restorff, bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 386.

14. Der Dolchstoßprozeß, S. 214.

15. Niemann, *Revolution von oben*, S. 234.

16. Aufzeichnungen Hintzes, bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 367.



„überdachte“, will sich in ihm der Glaube gefestigt haben, daß der Kaiser an die fechtende Front müsse: „Nichts Besseres kann Ihm, der Monarchie oder der Dynastie geschehen, als wenn er in der kämpfenden Front zum Beispiel verwundet würde.“ — Hintze bat Groener, diesen Vorschlag durch Hindenburg dem Kaiser nahelegen zu lassen. Groener war damit einverstanden; er stieß aber bei seinen „wiederholten Anregungen zu einer Frontreise“ auf den Widerstand des Generalobersten von Plessen, der den Kaiser nicht in Lebensgefahr bringen lassen wollte. Hindenburg billigte, nach Groeners Aussage,<sup>17</sup> den Vorschlag ebenfalls nicht. Am 3. November war Hindenburg mit einer Frontreise des Kaisers einverstanden, die am 4. November auch tatsäch'lich stattfand; der Kaiser wurde aber, wie Hintze mit Bedauern feststellt, nur bis zu den Etappen- und Rekrutendepots vorge lassen.<sup>18</sup> — Selbst Prinz Max von Baden kam in Berlin, nach den ihm vorliegenden Nachrichten, zu der Ansicht, daß im Großen Hauptquartier „Kampfesstimmung“ herrsche.<sup>19</sup> Freiherr von Grü nau berichtet der Reichsregierung,<sup>20</sup> daß der Kaiser jetzt geringe Neigung zur Rückkehr nach Berlin habe.

Während der Kaiser seine Frontreise antrat, ging General Groener zur militärischen Berichterstattung nach Berlin. Der Reichskanzler wollte den General über die „inneren Zustände unterrichten“, <sup>21</sup> das heißt, er wollte ihn von der Notwendigkeit des Rücktritts Wilhelms II. überzeugen. General Groener stellte sich aber, wie Prinz Max mit Bedauern feststellen mußte,<sup>22</sup> auf den rein soldatischen Standpunkt. Im Auftrage Hindenburgs erklärte er, „daß er (Hindenburg) sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde“. <sup>23</sup> Die Heimat, so führte Groener aus, müsse auf die Psychologie des Heeres Rücksicht nehmen. Wenn die Hetze gegen den Kaiser nicht aufhöre, so sei das Schicksal der Armee besiegelt; sie laufe dann auseinander. Das war im wesentlichen auch der Inhalt der „Abwehrparole“ der Obersten Heeresleitung vom 1. November. — Der Reichskanzler sah ein, daß es auf dieser Ebene keinen Ausgleich und keine Verständigung zwischen Heer und Heimat gab.<sup>24</sup>

---

17. Zitiert nach Niemann, *Revolution von oben*, S. 233 f.

18. Aufzeichnungen Hintzes, bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 368.

19. M. v. B., a. a. O., S. 580.

20. Telegramm Grünaus, ebenda, S. 589, Fußnote.

21. M. v. B., a. a. O., S. 570.

22. Ebenda, S. 581.

23. Amtl. Urk., Nr. 100, S. 248.

24. M. v. B., a. a. O., S. 581.

Trotzdem versuchte Prinz Max im Laufe des 5. November den General in einer privaten Unterhaltung von der Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers zu überzeugen. Groener verschloß sich aber jeder Beeinflussung und kennzeichnete die Debatten über die Kaiserfrage als eine Rücksichtslosigkeit gegen das Frontherr.<sup>25</sup>

Am 5. November berichtet der Berner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in einem längeren Telegramm über die Haltung der Entente zur Kaiserfrage folgendes:<sup>26</sup>

„Gemäß dem Programm des amerikanischen Präsidenten werden die Mächte der siegreichen Koalition keine Meinung darüber ausdrücken, ob die Abdankung des Kaisers und seines ältesten Sohnes für den Frieden erwünscht sei. Denn darin würde formell die Einmischung in die innere Verfassung eines anderen Volkes zu erblicken sein. Aus dieser Haltung darf aber nicht gefolgert werden, daß jene Angelegenheit ihnen gleichgültig sei.“

Der Berner Korrespondent berichtet dann, daß Präsident Wilson seiner ganzen Denkweise nach mit dem Rücktritt Wilhelms II. gerechnet habe, wenngleich seine Theorie es ihm verbiete, das offen auszusprechen. — Dieselbe Auskunft über die Haltung Wilsons hatte, wie wir bereits gehört haben, auch das Auswärtige Amt erhalten und am 4. November gegenüber Hintze vertreten. — Die Frage, ob die Abdankung des Kaisers aus außenpolitischen Gründen noch erforderlich sei, wurde damit auch in der deutschen Öffentlichkeit nicht geklärt. Die Verwirrung wurde durch die unklare Haltung Wilsons nur noch vergrößert. Es hätte aber auffallen müssen, daß die Abdankung des Kaisers von der Entente nicht mehr in Verbindung gebracht wurde mit der Gewährung milderer Friedensbedingungen. — Der Berner Korrespondent gibt auch die Auffassung des französischen Regierungsblattes, des „Temps“, wieder, das sich in auffälliger Weise gegen die Meinung gewandt habe, daß die Abdankung Wilhelms II. die Alliierten irgendwie milder stimmen oder gar veruneinigen könnte. Deutschland, selbst ein sozialistisches Deutschland, wolle nur das Reichsgefüge retten, indem es seinen Kaiser opfere. Herrn Clémenceau komme es aber darauf an, Deutschland dauernd schwach zu halten, und wünsche deshalb keinen weiteren Erfolg des deutschen Radikalismus. Frank-

---

25. Ebenda.

26. F. Z., 6. Nov. 1918/Nr. 308, 1. Morgenblatt, datiert: Bern, 5. Novemb.

reich, das zu Tode erschöpft sei, fürchte nichts so sehr als die deutsche Einheit und Einigkeit. — Der „Vorwärts“, der das Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ ausführlich wiedergibt, bemerkt dazu in boshafter Weise: „Die Kreuz-Zeitung kann sich jetzt also sogar auf den Temps berufen, der, in französisch-nationalistischem Interesse, das Verbleiben des Kaisers wünscht.“<sup>27</sup>

Am 6. November 1918 nimmt die „Frankfurter Zeitung“, die sich seit dem 29. Oktober in der Kaiserfrage auf die Wiedergabe von Äußerungen der führenden Parteiorgane beschränkte, in einem großen Artikel zur Abdankungsfrage Stellung. Das Blatt schreibt eingangs:<sup>28</sup>

„Die furchtbare Lage unseres Vaterlandes verlangt Wahrheit, die gefühlt werden sollte, und die ausgesprochen werden muß, da sie nicht gefühlt worden ist. Diese Wahrheit ist: daß seit dem 30. September, an dem das alte Regime abgesetzt wurde und die deutsche Umwälzung begann, und noch mehr seit dem 5. Oktober, an dem die neue Regierung genötigt wurde, ihr Ersuchen um Waffenstillstand und Frieden an Wilson zu richten, Millionen und Abermillionen von Deutschen die Erwartung hegten, es werde der Kaiser (und mit ihm selbstverständlich auch der Kronprinz) freiwillig abdanken — freiwillig, bevor es gefordert wurde, einfach aus dem Gefühl der eigenen Würde und der natürlichen Konsequenz. Denn, was in diesen fünf Wochen vor sich gegangen ist, das ist, nach innen und nach außen, die Liquidation der dreißigjährigen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., oder dessen, was von ihr noch übrig geblieben ist in der furchterlichen Katastrophe dieses Krieges, die eben auch eine Katastrophe des Kaisers ist. Was wir jetzt erleben, ist Ende und Abschluß, unmöglich schien der Gedanke, daß der Anfang des Neuen, das nun kommen muß, unter demselben Zeichen der Regierung Wilhelms II. (oder seines Sohnes) begonnen werden könnte. Nicht um die schwere Frage der Schuld handelt es sich dabei in erster Reihe; denn ebenso schuldig wie der Kaiser waren die Jämmerlichen, die ihm knechtisch dienten, statt ihn mannhaft in die Grenzen seiner Rechte und seiner Fähigkeiten zu verweisen. Aber der Kaiser selbst hat sich vor der ganzen Welt zum Symbol der Politik gemacht, die Deutschland in den Abgrund geführt hat; als sein System hatte diese immer in der Ichform geführte Politik vor der Zeit und vor der Geschichte gelten sollen — so gebietet es die Würde, daß er verzichte, wenn

---

27. Vw., 6. Nov. 1918/Nr. 306.

28. F. Z., 6. Nov. 1918/r. 308, 2. Morgenblatt.

diese furchtbare Politik zusammenbricht. Was jetzt geschieht, ist das diametrale Gegenteil von dem, was er dreißig Jahre hindurch, nur allzu oft und allzu laut, als seinen Glauben bekundet, gelehrt, gehandelt hat. Wohl bekundet er jetzt, daß es ihm ernst sei auch mit dem Neuen, und wir achten in dieser Bekundung die späte Einsicht. — Aber kann der Sechzigjährige wirklich selbst glauben, daß er nochmals berufen sei, uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen? Das deutsche Volk will jetzt selbst sein Schicksal leiten, und selbstgewählte Führer müssen ihm dabei vorangehen — für den Kaiser wären die neuen Formen nur eine schwere, kaum lange gut zu tragende Last. Warum verzichtet er nicht freiwillig auf das Unmögliche? Und warum blieb er noch vor wenigen Monaten (sic; zu ergänzen: als er) in einer Rede (die niemals hätte gehalten und erst recht nie hätte veröffentlicht werden dürfen), den Krieg, den das deutsche Volk nur zur Verteidigung führte, zu einem Zweikampf zwischen der angeblich deutschen und der angeblich angelsächsischen Weltanschauung umdeutete — warum blieb er in dem Augenblick, als frevelhafte Fehler einer politischen Kriegsführung uns — und ihn! — zwangen, denselben Präsidenten Wilson als Friedensstifter anzurufen, den er damals, freilich nur bildlich, zum Zweikampf herausgefordert hatte? Warum ersparte er sich und uns nicht die Demütigung, daß wir, weil er blieb, dem feindlichen Auslande in immer neuen Erklärungen unseren Verfassungsumsturz nachweisen mußten? Warum brachte er uns in die elende Lage, immer neue und immer eindeutigeren Antwortnoten Wilsons entgegennehmen zu müssen, deren Reihe vielleicht noch immer nicht abgeschlossen ist?“

Die „Frankfurter Zeitung“ braucht sich hier nicht mehr an das „Gefühl“ zu wenden, sie kann jetzt offen ihre Meinung aussprechen. Sie bestätigt hier unsere Vermutungen und Auslegungen hinsichtlich der Beziehungen und Zusammenhänge zwischen der Schuld- und der Kaiserfrage. Um die Berechtigung der Abdankungsforderung zu stützen, wurde das Motiv der Schuldfrage angeschlagen und die ganze Verantwortung für die Niederlage ohne Bedenken dem alten System aufgebürdet. Daraus ergab sich dann die Forderung, der Kaiser möge aus der inner- und außenpolitischen Lage die „Konsequenzen“ ziehen. — „Das deutsche Volk will jetzt selbst sein Schicksal leiten, und selbstgewählte Führer müssen ihm dabei vorangehen —“ — ist das nicht ein Bekenntnis zur republikanischen Staatsform? Die Haltung der „Frankfurter Zeitung“ ist in diesem Punkt nicht ganz eindeutig, da sie andererseits wieder an der monarchischen



Staatsform und an der Dynastie wenigstens formell festzuhalten scheint. — Das Blatt fährt dann fort:

„Glaubt man, daß die Dynastie von diesem langen Zögern Vorteil haben werde? Dann wird man sich täuschen. Denn immer würde fortan der Glaube des Volkes auf ihr lasten, daß sie durch dieses Zögern die Bedingungen des Friedens, die Deutschland auf sich nehmen muß, noch verschärft hatte, daß rechtzeitiger freiwilliger Verzicht des Kaisers und des Kronprinzen uns diese Bedingungen erleichtert hätte. Aus diesem gespannten Warten wird so ein Fordern werden. Dem Schritte aber, der dann doch getan werden muß, wird auch noch die letzte Würde fehlen, die der Freiwilligkeit. . . . So muß nun wenigstens die schlimmste Gefahr vermieden werden, die uns der Träger der Krone hätte ersparen können und doch auch in der jetzigen unerhörten Bedrohung der Heimat nicht erspart hat: daß nämlich auch diese Frage jetzt zu einer Parteifrage werde, die Volk und Reichstagsmehrheit spalten und damit die junge deutsche Demokratie wieder gefährden könnte. . . .“

Dann setzt die „Frankfurter Zeitung“ zur Widerlegung aller Bedenken, die gegen die Abdankung Wilhelms II. geltend gemacht wurden, an. In der Überleitung heißt es:

„Wir wissen wohl, daß die Tragik in dem Schicksal des Kaisers, die jeder mitempfinden wird, die Gefühle großer Volksteile schmerzlich berührt, und wir verkennen nicht die Sorgen vieler Patrioten und die ernsten Schwierigkeiten für Staat und Reich, die der Übergang der Krone auf ein unmündiges Kind und die Einsetzung einer Regentschaft mit sich bringen wird.“

Die „Frankfurter Zeitung“ wendet sich zunächst an die „zähen Verteidiger der Monarchie“ und insbesondere an den Fürsten Bülow. Sie schreibt wörtlich:

„Die Monarchie hat, trotz allem, heute noch manche starke Wurzeln in den Empfindungen vieler, ebenso wie in manchen Erwägungen der Zweckmäßigkeit, die aus dem heutigen komplizierten Aufbau des Reiches als eines Bundesstaates sich ergeben. Aber gerade diejenigen, die das stark betonen, hätten heute den schnellen freiwilligen Verzicht des Kaisers und seines Sohnes wünschen müssen, der nur die augenblicklichen Repräsentanten des monarchischen Systems, nicht dieses System selbst berührte. Und gerade sie müßten es am entschiedensten ablehnen, daß ein solcher Verzicht heute von Personen und mit Argumenten bekämpft wird, die gerade damit die Monarchie als Institution aufs aller schwerste diskreditieren. Es ist widerlich, wenn jetzt der Fürst von Bülow, nachdem er bei allen Krisen dieser Kriegs-

jahre nur unterirdisch seine Kandidatur für eine neue politische Tätigkeit betrieben hat, diese Kaiserfrage als Gelegenheit benutzt, sich, nicht ohne wiederholte tiefe Verbeugungen vor dem neuen Regime, als Verteidiger des Monarchen diesem in empfehlende Erinnerung zu bringen und dadurch seine Treulosigkeit vom November 1908 vergessen zu machen: diesem leichtfertigen Verderber unserer Politik, einem der Schuldigsten unter den Schuldigen, müßte heute von allen Seiten klargemacht werden, daß er froh sein darf, wenn man ihm erlaubt, fernerhin zu schweigen. Er ist kein guter Verteidiger der Monarchie. Und andere, die sich jetzt für sie mit Emphase einsetzen, sind es ebensowenig.“

Die Angriffe auf den Fürsten Bülow bewegen sich in ähnlichen Gedankengängen wie die des „Vorwärts“; hier wird er überdies verdächtigt, daß er sich mit seinem Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als der gegebene Reichskanzler zur Verteidigung der Monarchie propagieren wollte.

Dann sucht die „Frankfurter Zeitung“ jenes Argument zu entkräften, das besonders von militärischer Seite geltend gemacht wurde, daß ein Rücktritt des Kaisers den Zusammenhalt der Armee gefährden würde. Das Blatt schreibt:

„Denn auch das nützt wahrlich nicht der Monarchie, wenn man drohend oder warnend betont, daß ein Verzicht des Kaisers auf den Thron den Zusammenhalt der Armee gefährden könnte. An die Gefühle der großen Massen der in Feldgrau gekleideten Volksgenossen, die sich jetzt dem Kaiser schwerlich mehr persönlich verbunden fühlen werden als früher, wo sie den Bürgerrock trugen, ist dabei wohl weniger gedacht als an die Gefühle der hohen Berufsoffiziere, der Stäbe, der Führer, die in alter Tradition in dem persönlichen Träger der Krone ihren obersten Kriegsherrn zu verehren gewöhnt sind. Wir achten diese Gefühle. Aber es dünkt uns eine Selbstverständlichkeit, daß sie zurückstehen hinter der Pflicht. Das deutsche Heer ist ein Volksheer in allen seinen Teilen, auch in seinen Spitzen. Es kämpft für die Verteidigung der Heimat, für nichts anderes. Und die Vaterlandsliebe, die Millionen von Soldaten fünfzig Monate hindurch still duldend bewährt haben, müssen vor allen anderen auch die Führer bewähren, die eben auch durch diese Vaterlandsliebe, nicht durch das persönliche Verhältnis zu dem Träger der Krone an ihre Aufgabe gebunden sind. Wie eine Abdankung des Kaisers auf die Armee wirken würde, das hängt ausschließlich von ihnen und von ihrem Verhalten ab. Und wir meinen, es hieße diese Männer beleidigen, deren Befehlswort Jahr für Jahr immer neue Tausende in den Tod um das

Vaterland geschickt hat, wenn man an diesem Verhalten zweifeln wollte.“

Die „Frankfurter Zeitung“ wendet sich hier mit feinstem Anpassungsvermögen an die Vaterlandsliebe der hohen Offiziere, die ihnen höher stehen müßte als ihr Treueid zu dem Monarchen, um durch ihr Verbleiben den Zusammenhalt der Armee im Falle der Abdankung Wilhelms II. zu garantieren. Jenen, die für den Bestand des Reiches fürchteten, antwortet die „Frankfurter Zeitung“ folgendes:

„Nicht anders aber steht es mit dem Zusammenhalt des Reiches, den manche heute ebenfalls durch einen Rücktritt des Kaisers gefährdet glauben. Wohl ist der Kaiser heute nach außen der persönliche Repräsentant der Einheit des Reiches. Aber diese Einheit wäre wahrhaftig schlecht gewahrt und die ganz ernsthafte Absicht mancher Teile der Entente, neue Rheinbundgebilde von ihren Gnaden an die Stelle des Deutschen Reiches zu setzen, hätte ganz andere Aussichten auf Erfolg, wenn das Reich wirklich nur in der Person des Kaisers verankert wäre und nicht vielmehr in seinem festen Entschluß, sich diese Einheit durch nichts und niemanden jemals wieder rauben zu lassen. Das kann sich erweisen. Denn wenn wirklich bei einer Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen und bei der Einsetzung einer Regentschaft neue dynastisch-partikularistische Sonderinteressen sich geltend zu machen versuchten, wenn wirklich noch einmal die Dynastien die Einheit des Reiches bedrohen sollten, wie sie es in früheren Zeiten des deutschen Jammers getan haben, dann würden recht unbeabsichtigte Folgen ohne jedes Zögern zu spüren sein. Dann würde das deutsche Volk gezwungen sein, die Frage ernsthaft aufzuwerfen und zu beantworten, ob es wirklich heute noch die zweiundzwanzig Dynastien nötig hat, die es als Erbschaft der Vergangenheit bisher gutwillig trug. Und es würde dann neben der Tätigkeit der Hohenzollern vor und im Kriege auch das Schuldkonto manches anderen gekrönten Hauptes nachprüfen: manche Kriegszielrede, die, zum Beispiel durch mangelhafte Kenntnis von der Geographie der Rheinmündung, nicht weniger bedenklich wäre als manche Kundgebung Wilhelms II., käme dann ebenso wieder in Erinnerung wie gewisse wahrhaft unzeitgemäße Hausmachtansprüche, deren Anmeldung während des Krieges die rechtzeitige Lösung wichtiger Probleme (Elsaß-Lothringen!) verhängnisvoll verhinderte! Dann würde sich schnell erweisen, was fester steht: das Reich oder gewisse einzelstaatlichen Throne!“

Die „Frankfurter Zeitung“ spielt hier gegenüber den partikularen Gewalten, insbesondere gegenüber den bayerischen, den

Reichsgedanken aus; sie droht nötigenfalls auch das „Schuldkonto“ einzelner Bundesfürsten aufzustellen und durch einen Pressefeldzug auch deren Throne ins Wanken zu bringen. Bezeichnenderweise hält das Blatt an einer Regentschaft für den Enkel Wilhelms II. fest, während es die monarchischen Institutionen der Bundesstaaten als eine „gutwillig“ ertragene „Erb-schaft der Vergangenheit“ bezeichnet. Die einzige Voraussetzung, um den drohenden Zusammenbruch des Reiches hintanzuhalten, und um die vielen Nutznießer unschädlich zu machen, sieht die „Frankfurter Zeitung“ in der Einigkeit und Geschlossenheit der jetzigen Reichsregierung. Diese müsse sich stark machen — durch Aufnahme neuer Männer! —, denn sie müsse stark sein zu „täg-lichem schleunigen und durchgreifenden Handeln“ — auch in der Kaiserfrage! — Dieser Artikel der „Frankfurter Zeitung“ nimmt eine besondere Stellung dadurch ein, daß er großzügig die Gefahrenmomente einer Abdankung Wilhelms II. zu widerlegen sucht, indem er dem Kaisergedanken den Gedanken des Vater-landes und der Volkseinheit gegenüberstellt.

Der revolutionäre Aufstand hatte am 6. November die Städte Lübeck, Altona, Hamburg und Bremen infiziert. Die Arbeiter in den Großbetrieben traten in den Ausstand, es kam zu Dis-ziplinlosigkeiten und gewaltsamen Übergriffen.<sup>29</sup>

In Berlin fand am Nachmittag des 6. Novembers eine Zu-sammenkunft zwischen General Groener und den Partei- und Ge-werkschaftsführern der Sozialdemokratie statt. Der General sollte davon überzeugt werden, daß die innere Front einstürzen würde, wenn der Kaiser es den Sozialdemokraten nicht ermöglichte, in der Regierung zu bleiben.<sup>30</sup> — Ebert lenkte das Thema sofort auf die Kaiserfrage und führte aus:<sup>31</sup> die Stimmung des Volkes schiebe dem Kaiser die Schuld an dem allgemeinen Zusammenbruch zu und wolle die vermeintlichen Schuldigen von ihren Plätzen ent-fernst sehen. Um den Übergang der Massen in das Lager der Revolutionären zu verhindern, sei es notwendig, daß der Kaiser abdanke. Wilhelm II. solle seinen Rücktritt spätestens am näch-sten Tage bekanntgeben und einen seiner Söhne, Prinz Oskar oder

---

29. Nach einem Telegramm des W. T. B., zitiert „Germ.“ vom 7. Nov. 1918/Nr. 522.

30. M. v. B., a. a. O., S. 571.

31. Ebenda, S. 591. Diese Mitteilungen gehen auf einen schriftlichen Bericht des Obersten Haeften, der der Sitzung beiwohnte, zurück.



Eitel Friedrich, mit seiner Vertretung beauftragen; der Kronprinz sei ungeeignet, da er bei den Massen zu verhaßt sei. — Groener erwiderte in militärischer Kürze:<sup>32</sup> von einer Abdankung des Kaisers könne jetzt, da die Armee in den schwersten Kämpfen mit dem Feinde stehe, nicht die Rede sein. Die Interessen der Armee müßten allen anderen vorangestellt werden. Er lehne es daher ab, in der Abdankungsfrage irgendwelche Schritte zu unternehmen oder gar dem Kaiser Vortrag darüber zu halten. — Die Sozialdemokraten David und Südekum beteuerten, daß sie keine prinzipiellen Gegner der Monarchie seien und daß die Abdankung des Kaisers nicht die Abschaffung der deutschen Monarchie bedeute. Die Sozialdemokratie würde sich mit einer parlamentarischen Monarchie abfinden.<sup>33</sup>

Scheidemann, der sich inzwischen mit dem in Kiel weilenden Noske telephonisch verständigt hatte, kehrte in den Sitzungssaal zurück und ruft erregt:<sup>34</sup> „Die Abdankung steht jetzt nicht mehr zur Diskussion, die Revolution marschiert. Die Kieler Matrosen haben auch in Hamburg und Hannover die Staatsgewalt an sich gerissen. Meine Herren, jetzt gilt es nicht mehr zu diskutieren, jetzt heißt es handeln. Wir wissen nicht, ob wir morgen noch auf diesen Stühlen sitzen werden.“ — Die siegreiche Revolution in Kiel und einigen Städten Norddeutschlands war für die Sozialdemokratie das Signal zur Änderung ihrer Taktik. Um die revolutionären Arbeitermassen, die sich nicht mehr zurückhalten ließen, bei der Stange der Partei zu halten, mußten auch die Führer der Sozialdemokratie jetzt „handeln“. — Ebert bat Groener nochmals dringend, „die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie zu ergreifen und sogleich beschleunigt die Betrauung eines kaiserlichen Prinzen mit der Regentschaft zu veranlassen“.<sup>35</sup> Der Abgeordnete Südekum soll angeblich mit Tränen in den Augen Groener beschworen haben, auf den Vorschlag Eberts einzugehen. Groener blieb unerschütterlich: der Vorschlag sei für ihn indiskutabel<sup>36</sup>; sämtliche Hohenzollernprinzen hätten sich mit dem Kaiser solidarisch erklärt, und keiner würde die Regentschaft übernehmen. — „Unter diesen Umständen,“ erwidert jetzt Ebert, „erübrigt sich jede weitere Erörterung. Jetzt müssen die Dinge ihren Lauf gehen“.<sup>37</sup>

---

32. Ebenda.

34. Ebenda, S. 592.

36. Ebenda.

33. Ebenda.

35. Ebenda.

37. Ebenda.

Am Nachmittag des 6. November trat die 4. Note Wilsons<sup>38</sup> ein, in der mitgeteilt wurde, daß Marschall Foch ermächtigt sei, Vertreter der deutschen Regierung zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen zu empfangen. Scheidemann stellt fest,<sup>39</sup> daß darin „kein Wort von Verhandlungen“ stehe, wie man nach der dritten Wilson-Note hätte erwarten sollen.

Groener spricht sich jetzt gegenüber dem Reichskanzler aus:<sup>40</sup> der Kaiser dürfe zwar nicht sein Amt, wohl aber sein Leben opfern oder zum mindesten aufs Spiel setzen. Wie am 1. November glaubt der General, daß der Kaiser durch eine solche Opfertat das Volk noch einmal „hochreißen“ könne, wenn unannehmbare Bedingungen kämen.

Welchen Einfluß hatte die vierte Wilson-Note auf die Entwicklung der Abdankungsfrage? — Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:<sup>41</sup>

„Wer einen Blick zurückwirft auf die Wechselrede diplomatischer Noten des vergangenen Monats, der wird sich nicht verhehlen können, daß der Inhalt des Vertrages, dem wir entgegensehen, wesentlich davon bestimmt sein wird, daß Präsident Wilson und mit ihm die Staatsmänner der Entente bisher noch nicht davon überzeugt sind, ihr Ziel im ‚Kernpunkt‘ erreicht zu haben: wenn auch Wilson den Sinn und die Größe der deutschen Revolution des Oktober 1918 voll erkannt haben, so hat er doch darüber keinen Zweifel gelassen, daß — sagen wir es ohne Umschweife — nur die Abdankung Wilhelms II. ihn bestimmen könnte, das Vollgewicht seines Einflusses geltend zu machen, damit sich die Entente mit einem geringeren Maße von Garantien für die Durchführung des kommenden Friedensvertrages begnüge, als es nun der Fall sein wird. Der Kaiser hat geglaubt, seine Pflicht gebiete ihm, vom deutschen Volk dieses Opfer zu verlangen, und die deutsche Regierung hat sich bis heute damit abgefunden. Die Geschichte, vielleicht schon die Entwicklung der allernächsten Zeit, wird darüber richten.“

Das Blatt ist von der Notwendigkeit der Abdankung Wilhelms II. jetzt vollkommen überzeugt, ebenso davon, daß die zu erwartenden Waffenstillstandsbedingungen die von Wilson in seiner dritten Note angekündigten Kapitulationsbedingungen sein werden. — Der „Vorwärts“ knüpft an die Besprechung der

---

38. Amtl. Urk., Nr. 101.

39. Memoiren, Bd. II, S. 264.

40. M. v. B., a. a. O., S. 595.

41. F. Z., 7. Nov. 1918/Nr. 309. 2. Morgenblatt.

neuen Note die dringliche Forderung nach der Abdankung Wilhelms II..<sup>42</sup>

„... Das erfordert aber auch eine schnelle Regelung der Kaiserfrage... Im Interesse der äußeren wie der inneren Politik darf der entscheidende Schritt nicht länger hinausgezögert werden. Deutschland darf sich eines einzigen Mannes wegen weder die Friedensverhandlungen erschweren noch im Bürgerkrieg zerfleischen. Der Krieg, der dem deutschen Volk so unsagbare Opfer gekostet hat, fordert nun auch sein Opfer von diesem Mann, der mit seinen sechs Söhnen unverehrt heimgekehrt ist. Er wird immer noch lange nicht der Bedauernswerteste unter den deutschen Familienvätern sein, wenn er dieses notwendige Opfer leistet!“

Hier ist der Einfluß der feindlichen Bildpropaganda wiederum direkt nachweisbar; die Entente verbreitete ein Bild der „Air Post“, das den Kaiser und seine sechs Söhne zeigte, wie sie in Paradeuniform durch das Völkermorden hindurchschreiten.<sup>43</sup>

Anschließend an die Unterredung mit General Groener am 6. November fand eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, und zwar, wie Scheidemann eigens betont,<sup>44</sup> „nach Kenntnisnahme der jüngsten Wilson - Note“. Scheidemann forderte in dieser Sitzung von der Parteileitung die Ermächtigung zu seinem Austritt aus der Regierung, falls der Kaiser nicht bis zum Mittag des 7. Novembers zurückgetreten sei.<sup>45</sup> Er führte aus, das Kabinett habe nicht den Mut, „absolut notwendige Konsequenzen zu ziehen“, und verzögere Unaufschiebbares. Dafür könne weder die sozialdemokratische Partei noch er als sozialdemokratischer Staatssekretär die Verantwortung übernehmen. Die Parteileitung müsse unter allen Umständen ein befristetes Ultimatum stellen. Scheidemann war also angesichts der siegreichen Revolution entschlossen, die Regierung in der Kaiserfrage durch ein Ultimatum unter Druck zu setzen. — In der Aussprache der Fraktion empfahlen „einige Zauderer“, ein solches Ultimatum nicht zu stellen, da sonst die jetzige Reichstagsmehrheit zusammenbrechen würde. — „Verspürt ihr denn nicht“, so entgegnete Scheidemann seinen Parteifreunden, „daß wir unmittelbar vor dem Zusammen-

---

42. Vw., 7. Nov. 1918/Nr. 307; vgl. dazu Müller, Rich., a. a. O., Bd. II, S. 20.

43. Thimme, a. a. O., S. 135 f.

44. Memoiren, Bd. II, S. 264.

45. Zusammenbruch, S. 204 f; vgl. Payer, a. a. O., S. 158.

bruch des Reiches stehen — und da wird von einem Zusammenbruch der Reichstagsmehrheit geredet?“<sup>46</sup> Die Bewegung, die von Kiel und Hamburg ausgehe, könne in kürzester Zeit auch nach Berlin übergreifen. Vielleicht sei das schlimmste noch zu verhüten, wenn der Kaiser sofort abdanke. Scheidemann, der die Sitzung vorzeitig verlassen mußte, teilte dem Reichskanzler mit, daß die Regierung in Bälde mit einem offiziellen Schritte der Sozialdemokratie in der Kaiserfrage rechnen müsse.<sup>47</sup> Im Augenblick kämpften innerhalb der Partei noch zwei Strömungen miteinander; die eine befürworte ein befristetes Ultimatum, die andere begnüge sich mit seiner bisherigen Haltung, wie sie vor allem in seinem Briefe an den Reichskanzler zum Ausdruck gekommen sei. — Scheidemann wies dann auf die revolutionären Vorgänge in Norddeutschland und auf die erregte Stimmung in der Arbeiterschaft hin, und riet zu einer baldigen Lösung der Kaiserfrage, da sonst diese Frage in die republikanische überspringe.<sup>48</sup>

Am Abend des 6. November wurde dem Reichskanzler folgende Entschließung der Sozialdemokratie zugestellt:<sup>49</sup>

„Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß Fraktion und Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage erwarten.“

Scheidemann war mit diesem Beschluß, der ihm nicht erlaubte, aus der Regierung auszutreten, angeblich nicht so ganz zufrieden und bezeichnete ihn als „eine bedauerliche, kaum wieder gutzumachende Halbheit“.<sup>50</sup> Der Reichskanzler stellte mit einer gewissen Genugtuung fest, daß das Ultimatum „gerade noch hintangehalten“ worden sei.<sup>51</sup> Der Kanzler entschloß sich, am nächsten Tage ins Große Hauptquartier zu reisen und selbst mit dem Kaiser über dessen Abdankung zu sprechen. Vorher wollte er aber die Sozialdemokratie vor einem ultimativen Drängen, wenigstens für die Zeit seiner Abwesenheit in Spa, zurückzuhalten und zu binden versuchen. Er unterrichtete Ebert und den Unter-

46. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 205; Ders., Memoiren, S. 286 f.

47. M. v. B., a. a. O., S. 596.

48. Ebenda.

49. Ebenda, S. 597; Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 264 f.

50. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 265.

51. M. v. B., a. a. O., S. 597.



staatssekretär David von seinen Absichten, die ihm beide die erwünschte Garantie zusagten.<sup>52</sup> — Die Pläne des Prinzen Max gingen dahin, dem Kaiser eine Kapitulation vor dem „Drängen der Straße“ zu ersparen: Wilhelm II. sollte zunächst einen Stellvertreter ernennen. Ein neu zu wählender Reichstag sollte dann zu den Verfassungsfragen, die mit der Thronentsagung zusammenhingen, Stellung nehmen. Erst dann sollte die Abdankung Wilhelms II. erfolgen.<sup>53</sup> — Diese Lösung, die vor eine Abdankung die Stellungnahme einer verfassungsgebenden Nationalversammlung einschalten wollte, hatte einige Ähnlichkeit mit dem Vorschlag des „Vorwärts“, die Kaiserfrage durch eine Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Die Absicht, die Prinz Max dabei verfolgte, war nach seiner Angabe, den demokratischen Gedanken gegen die Revolution aufzurufen.<sup>54</sup> Der Reichskanzler sah darin eine Möglichkeit, die monarchische Institution zu retten. In dieser Auffassung wurde er bestärkt durch eine Äußerung des sozialdemokratischen Unterstaatssekretärs David, die besagte, daß Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung die Sozialdemokraten angeblich in große Verlegenheit brächten; als Republikaner müßten sie nämlich für die republikanische Staatsform agitieren, während viele Parteigenossen die demokratische Monarchie vorzögen.<sup>55</sup>

Der Herd der Revolution hatte sich am 7. November weiterausgebreitet und die Städte Braunschweig, Hannover, Wilhelms- haven und Köln erreicht. Berlin wurde militärisch gesichert: alle öffentlichen Gebäude, viele Großbetriebe wurden durch Militär besetzt. Auf dem Lehrter Bahnhof ruhte der Verkehr völlig, um eine Zureise meuternder Matrosen zu verhindern. Die auf den Abend des 6. November von den Unabhängigen einberufenen fünf großen Versammlungen, auf denen über das Thema: „Der Jahrestag der russischen Revolution“ gesprochen werden sollte, wurden von dem Oberkommandierenden in den Marken, General Linsingen, verboten.<sup>56</sup> Der Reichskanzlei gingen Nachrichten zu, daß zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten Fäden zur Verständigung zwecks gemeinsamer Aktionen angesponnen worden seien.<sup>57</sup> — Der Vorwärts hatte sich

52. Ebenda, S. 599 f.; vgl. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 265 f.

53. M. v. B., a. a. O., S. 598.

54. Ebenda.

55. Ebenda, S. 600.

56. Nach einem Bericht der „Germ.“ vom 8. Nov. 1918/Nr. 523.

57. M. v. B., a. a. O., S. 603; vgl. ebenda, S. 599.

angesichts der revolutionären Ereignisse in Norddeutschland „von dem Weg der geordneten Demokratie abdrängen lassen“. <sup>58</sup> Er schrieb: <sup>59</sup>

„An der Wasserkante haben sich Ereignisse abgespielt, die in aller Welt Munde sind . . . Keiner, dem die Gedanken der neuen Zeit aufgegangen sind, wird sich in seinem Empfinden von den Massen trennen, er wird es auch dort nicht tun, wo er nicht jedes einzelne Vorkommnis zu billigen imstande ist.“ —

Am Nachmittag des 7. Novembers tagten abermals die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß. Scheidemann verlangte angesichts der sich verschärfenden Lage und des Ausnahmezustandes in Berlin die Ermächtigung zu seinem Austritt aus der Regierung. Die Zustände, so führte er aus, <sup>60</sup> hätten sich katastrophal entwickelt und die Regierung sei so unentschlossen, daß die Sozialdemokratie dafür die Verantwortung nicht mittragen könne; ebenso wenig wolle sie sich mit Blutschuld belasten, wenn es zur Unterdrückung der Aufständischen komme. Scheidemann stand also innerlich schon auf seiten der Revolutionären. — Unterstaatssekretär David sah den Nutzen eines Austrittes in diesem Augenblick nicht ein. Die Abgeordneten Wels und Otto Braun schlossen sich der Meinung Scheidemanns an. Es wurde schließlich eine Einigung erzielt, dahingehend, daß die Sozialdemokratie nicht sofort aus der Regierung austreten, sondern ein befristetes Ultimatum für ihr Verbleiben in der Regierung aufstelle. Der Beschluß hatte folgenden Wortlaut: <sup>61</sup>

„Die Sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für die gestrigen Versammlungen aufgehoben werden, <sup>62</sup>

2. Polizei und Militär zur äußerster Zurückhaltung angehalten werden,

3. die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,

4. der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,

---

58. M. v. B., a. a. O., S. 599.

59. Vw., 7. Nov. 1918/Nr. 307.

60. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 205 f.

61. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 279.

62. Das bezieht sich auf das Verbot der fünf Versammlungen der Unabhängigen!

5. die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis Freitag mittag (8. November) bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Gleichzeitig ergeht eine Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit.“

Ebert und Scheidemann überbrachten dem Reichskanzler das Ultimatum ihrer Partei. Ihre Begründung war kurz, aber vielsagend:<sup>63</sup> „Der Kaiser muß sofort abdanken, sonst haben wir die Revolution.“

Durch das Ultimatum sah Prinz Max die Grundlagen seiner Kanzlerschaft zerbrochen, auch seine geplante Reise nach Spa schien ihm jetzt zwecklos zu sein.<sup>64</sup> David entschuldigte seine illoyale Haltung gegenüber dem Reichskanzler damit, daß die Entwicklung der Dinge über seinen Kopf ginge.<sup>65</sup> Geheimrat Simons, der Berater des Prinzen, versuchte auf eine Bitte des Prinzen Max hin, Ebert zur formellen Zurücknahme und Geheimhaltung des Ultimatums zu bewegen. Ebert lehnte das ab mit der Begründung, daß das Ultimatum am Abend von den Tribünen der sechszwanzig angesetzten Versammlung verkündet werden müßte, und setzte wörtlich hinzu: „— sonst läuft uns die ganze Gesellschaft zu den Unabhängigen“. <sup>66</sup> Prinz Max verständigte den Vizekanzler von Payer und teilte ihm mit, daß er sofort beim Kaiser um seine Entlassung nachsuchen würde.

Der „Vorwärts“ begleitet das Ultimatum mit folgenden Ausführungen:<sup>67</sup>

„Der Beschluß des Parteivorstandes trägt die Zeichen einer Zeit, in der die innerpolitischen Verhältnisse zum Zerreißen gespannt sind und unendlich viel, alles auf dem Spiele steht. Bürgerkrieg und Hungersnot bedrohen unser Volk mit dem Untergang. Weiteres Blutvergießen soll verhindert, die Volksernährung, wenigstens im allernotwendigsten, sichergestellt werden. Irgendeine Art von Ordnung muß sein! Zu diesem Ziele gibt es nur zwei Wege: entweder den der Gewalt oder den des Appells an die Einsicht des Volkes. Die Sozialdemokratie hat den zweiten gewählt...“

Zu dem 5. Punkt ihres Ultimatums, zu der Kaiserfrage, bemerkt der „Vorwärts“ lakonisch: „Die Diskussion über dieses

---

63. M. v. B., a. a. O., S. 604.

65. Ebenda.

67. Vw., 8. Nov. 1918/Nr. 308.

64. Ebenda.

66. Ebenda, S. 605.

Thema muß geschlossen, eine Entscheidung herbeigeführt werden.“

Die konservative „Kreuz-Zeitung“<sup>68</sup> steht dem Versprechen der Sozialdemokratie, nach Erfüllung ihrer Forderungen die Revolution aufhalten zu wollen, äußerst skeptisch gegenüber. Man könne nicht den Umsturz des Bestehenden proklamieren und gleichzeitig Ordnung stiften wollen. Der Kaiser habe sich wahrscheinlich schon entschieden, ob er den falsch geleiteten Instinkten der Masse die Krone opfern solle oder ob er, getreu der Tradition seines Hauses, den Kampf mit seinen inneren Gegnern aufnehmen wolle.

Die „Germania“ hüllt sich zunächst in Schweigen, und gibt lediglich den Kommentar des „Vorwärts“ zu dem Ultimatum wieder.<sup>69</sup> Am 8. November schreibt sie dann folgendes:<sup>70</sup>

„Das zuerst noch ziemlich zaghafte Drängen der Sozialdemokratie auf Abdankung des Kaisers hat sich von Tag zu Tag gesteigert, bis es gestern nun zur kategorischen Forderung wurde, die die anderen Parteien, besonders diejenigen, welche sich mit der Sozialdemokratie zur Volksregierung zusammenfanden, vor die Alternative stellte, entweder den Kaiser oder die Wahrung der Ruhe und Ordnung im Vaterlande fallen zu lassen. Die Entscheidung ist bis zur Stunde noch nicht getroffen oder wenigstens noch nicht bekannt geworden, da der Kaiser sich im Großen Hauptquartier befindet und die Verständigung daher eine zeitraubendere ist.“

Bemerkenswert hierbei ist, daß die „Germania“ jetzt kein ablehnendes Wort mehr für die Forderung nach der Abdankung Wilhelms II. findet, ebenso, daß sie anerkennt, die Parteien der Reichstagsmehrheit ständen jetzt vor der Wahl zwischen Kaiser und der Wahrung der Ordnung; die „Germania“ hatte doch bisher immer im Verbleiben des Kaisers die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Reiche gesehen!

Am ausführlichsten verbreitet sich das „Berliner Tageblatt“ über die Entwicklung der Kaiserfrage im Zeichen der revolutionären Bewegung. Es schreibt:<sup>71</sup>

„Es scheint, daß wir ungefähr alles mitmachen sollen, was Frankreich 1870 und 71 vorgemacht hat. Wir hatten vor und bei Beginn des Krieges dieselbe Garnitur von Staatsmännern, dieselbe Unterschätzung des Gegners durch die Militärs, dieselbe gedankenlose Begeisterung gesehen, die es 1870

---

68. Kz.-Z., 8. Nov. 1918/Nr. 572.

69. Germ., 8. Nov. 1918/Nr. 524.

70. Ebenda, 9. Nov. 1918/Nr. 525.

71. B. T., 8. Nov. 1918/Nr. 572.



in Frankreich gab. Wir haben während des Krieges die politischen Generäle erlebt. Sollen wir jetzt, bei der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und unmittelbar vor dem Frieden ganz wie das damalige Frankreich im gleichen Zeitpunkt, allgemeine Zerrüttungen, blutigen Aufstand und die Fessellosigkeit der Kommune sehen?

Eine ungeheuer ernste Bewegung, die fast ausschließlich eine Militärbewegung ist, geht durch das Land. Sie hat in Kiel begonnen und hat schnell Hamburg, Lübeck, Geestemünde, Bremen, Schwerin und sehr viele andere Städte, in denen Matrosen und Soldaten lagern, erfaßt... In Bayern ebenso wie fast in allen preußischen Städten, wo jetzt Soldatenräte ihre Forderungen aufstellen, werden die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen verlangt. In Kiel stand diese Bedingung, anfangs wenigstens, nicht auf dem Programm.

Die sozialdemokratische Partei glaubt, daß unter solchen Umständen die Abdankung nicht einen Tag länger hinausgeschoben werden darf...“

Und weiter unten:

„Es ist sehr möglich, daß nach der Abdankung die Anarchie sich noch steigern wird. Man muß aber leider konstatieren, daß sie bereits in recht bedrohlichem Umfange begonnen hat, obgleich, oder, wie die Sozialdemokraten behaupten, weil der schließlich doch unvermeidliche Schritt noch nicht geschehen ist. In keinem Falle wird man sagen können, die Abdankung habe — falls Wilhelm II. sich zu ihr entschließen sollte — die Unruhen im Lande zur Folge gehabt. Ob diese Unruhen sich nicht so gefährlich ausgebreitet hätten, wenn der Entschluß rechtzeitig gefaßt worden wäre, ist eine Frage, die man ohne genaue Kenntnis des in den Soldatenbezirken herrschenden Geistes nicht beantworten kann.“

Zu dem sozialdemokratischen Ultimatum bemerkt das „Berliner Tageblatt“, nachdem es die Entstehung der revolutionären Bewegung eingehend dargelegt hat, folgendes:

„Glauben die Parteileitung und die Fraktion, daß sie die Bewegung noch beherrschen und in ruhige Bahnen leiten können, wenn der Kaiser sich sofort zur Abdankung entschließt? Sie geben das als Grund für ihre Forderung an. Aber diese Forderung schafft, so wie sie aufgestellt worden ist, eine Lage, die wieder andere Gefahren schafft. Die militärischen Delegierten, die zu den Waffenstillstandsverhandlungen unterwegs sind, haben ihre Legitimation vom Kaiser erhalten, und wenn der Kaiser heute abdanken sollte, könnte Foch ihnen sagen, sie seien nicht mehr legitimiert. Und wenn das Formalitäten sind, die sich vielleicht bald ordnen ließen — was geschieht, wenn der Kaiser nicht ab-

danken will? Dann ist das ganze Kabinett, das ohne die Sozialdemokratie nicht existieren kann, gezwungen, zu gehen. Wir werden dann entweder eine Diktatur bekommen, die freilich nichts mehr hinter sich haben, die Verwirrung ins Unabsehbare steigern wird: Oder wir werden ein Ministerium Scheidemann oder Ebert haben, das die Absetzung des Kaisers beschließen könnte, das aber für die Unterstützung dieses Beschlusses im Reichstage nicht über eine Mehrheit verfügt. Jeder, der den Ausweg aus diesem Chaos sucht, muß hoffen, daß der Kaiser heute redliche Ratgeber finden und anhören wird, die klaren Sinnes die Notwendigkeit zu wägen verstehen. Aber wenn er sich weigert, wird die Sozialdemokratie mit einer großen Verantwortung belastet sein.“

Das Blatt wägt alle Möglichkeiten, die sich in dieser durch das Ultimatum geschaffenen Situation ergeben, ab, ohne sich für eine offen zu entscheiden. Es steht aber außer Zweifel, daß das „Berliner Tageblatt“ in dem Rücktritt des Kaisers die einzig mögliche Lösung der Krise erblickt.

Scheidemann unterrichtet in der Abendsitzung des 7. Novembers das Kabinett von dem sozialdemokratischen Ultimatum. Er führte aus,<sup>72</sup> das Versammlungsverbot und das Verbot, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, hätte „allgemeine Heiterkeit“ erregt. Die Vorgänge in Norddeutschland zeigten, daß Teile des Reiches in Revolution stünden. Die in Berlin erlassenen Schutzmaßnahmen hätten verbitternd gewirkt. Es sei so eine Gesamtsituation entstanden, die die Sozialdemokratie vor die schwersten Entschlüsse gestellt habe. Nur dem geschickten Eingreifen Eberts sei es zu verdanken, daß die Massen in Berlin sich noch zurückhalten ließen. Das sei jetzt aber nicht mehr möglich, wenn die von der Sozialdemokratie in einem Ultimatum aufgestellten Forderungen nicht erfüllt würden. — Hinsichtlich der Kaiserfrage bemerkte Scheidemann: die Sozialdemokratie sei zu der Überzeugung gekommen, daß der Reichskanzler von sich aus doch nicht den Entschluß fassen würde, den Kaiser zur Abdankung zu bewegen; sie sehe sich deshalb veranlaßt, zu „handeln“. Wenn jetzt die Abdankung nicht erfolge, so werde man in kurzer Zeit vor die Frage, Monarchie oder Republik, gestellt sein. Daraufhin teilte der Vizekanzler von Payer dem Kabinett mit, daß der Reichskanzler aus der durch das sozialdemokratische Ultimatum geschaffenen Lage die Konsequenzen ziehen und den Kaiser um

---

72. M. v. B., a. a. O., S. 607 f.

seine Entlassung bitten werde. — Scheidemann mußte nun die Vorwürfe Payers über sich ergehen lassen: der Austritt der Sozialdemokratie würde zum Zusammenbruch der jetzigen Regierung führen und die Sozialdemokratie vor der Geschichte mit der ganzen Verantwortung belasten.<sup>73</sup> — Scheidemann, in die Verteidigung gedrängt, weist die Unterstellung der historischen Verantwortung zurück und schiebt sie auf den Kaiser, der sich weigere, ein Opfer zu bringen, das er im Interesse des Volkes schon längst hätte bringen müssen.<sup>74</sup> — Auch die Herren Haußmann und Graf Roedern geben ihrer Empörung über das sozialdemokratische Ultimatum mit erregten Worten Ausdruck.<sup>75</sup> Scheidemann wurde unsicher und versprach schließlich, alles zu tun, um wenigstens den Rücktritt des Kanzlers zu vermeiden.<sup>76</sup> Er machte folgenden Vorschlag: „1. Sofortige Mitteilung des Tatbestandes an den Kaiser. 2. Weder der Reichskanzler noch wir ziehen die äußersten Konsequenzen, bis der Waffenstillstand abgeschlossen ist.“ — Dem Reichskanzler, der inzwischen sein Entlassungsgesuch aufgesetzt hatte,<sup>77</sup> wird dieser Umschwung Scheidemanns gemeldet. Prinz Max setzt daraufhin eine Erklärung<sup>78</sup> auf, die von Payer alsdann im Kabinett verliest; darin sprach der Kanzler aus, daß es ihm unmöglich sei, sein Amt weiterzuführen, wenn die Sozialdemokratie innerhalb 24 Stunden die Abdankung des Kaisers verlange. — Scheidemann äußert daraufhin den „dringenden Wunsch, daß aus der Sache (dem Rücktritt des Kanzlers) nichts wird;“<sup>79</sup> die Forderungen der Sozialdemokratie hätten, wie er inzwischen durch Ebert erfahren habe, „außerordentlich beruhigend gewirkt“. Die Arbeiterschaft habe versprochen, „nichts zu unternehmen, bis die Entscheidung gefallen ist“.

Nichtsdestoweniger sandte Prinz Max sein Abschiedsgesuch an den Kaiser ab. Er sprach darin aus,<sup>80</sup> daß er das Reichskanzleramt nur führen könne, wenn er das Vertrauen der Reichstagsmehrheit besitze. Die Einheitlichkeit der Regierung sei nach dem vorliegenden sozialdemokratischen Ultimatum nicht mehr zu wahren. Da er es ferner ablehne, auf den Monarchen in der

---

73. Ebenda, S. 608; Haußmann, a. a. O., S. 266.

74. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 282; M. v. B., a. a. O., S. 609.

75. M. v. B., a. a. O., S. 609 f.

76. Ebenda, S. 610 f.

77. Abgedruckt ebenda, S. 605 f.

78. S. ebenda, S. 611 f.

79. Ebenda, S. 612.

80. Ebenda, S. 605 f.

Kaiserfrage einen Druck auszuüben, so bitte er um seine Entlassung.

Zu dem Rücktrittsgesuch des Prinzen Max bemerkt die „National-Zeitung“ folgendes:<sup>81</sup>

„Das Ultimatum der Sozialdemokratie hatte zunächst zur Folge gehabt, daß der Reichskanzler unmittelbar nach dem Empfang desselben seine Demission eingereicht hatte, nicht aus dem Grunde, weil er den Forderungen der Sozialdemokratie prinzipiell ablehnend gegenüberstand, sondern weil er einerseits die Herbeiführung der Abdankung des Kaisers innerhalb der so außerordentlich knapp bemessenen Frist für völlig undurchführbar hielt, andererseits die Verantwortung für die Folgen, die sich aus einem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung unzweifelhaft ergeben müßten, nicht zu übernehmen glaubte.“

Während diese Ausführungen auf sehr genaue Informationen zurückzugehen scheinen, ist die „Frankfurter Zeitung“ mehr auf Vermutungen und Deutungen angewiesen. Sie schreibt:<sup>82</sup>

„Prinz Max von Baden hat als Reichskanzler seinen Abschied eingereicht. Das ist nicht geschehen, um auf den Kaiser einen Druck zu üben, auch nicht weil er den Rücktritt etwa für unvermeidlich hielt, er ist wohl von seiner Notwendigkeit überzeugt; aber der Prinz glaubt, diese Entwicklung wohl aus Gründen, die in seiner Herkunft liegen, nicht mitmachen zu können, zumal, da ja die nächste Regierung unzweifelhaft eine ganz oder ganz überwiegend sozialistische sein wird.“ —

Prinz Max sandte spät abends seinem Entlassungsgesuch noch einen telegraphischen Bericht über die durch „das Vorgehen der Sozialdemokratie“ geschaffene Lage. Darin heißt es:<sup>83</sup>

„Eine Thronentsagung Eurer Majestät und ein Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen, die unter dem Druck der Sozialdemokratie erfolgen — beide werden in dem heute abend verbreiteten Flugblatt der Partei bis Freitag mittag gefordert —, hielt ich für eine so schwere Gefährdung der Dynastie und des Reichsgedankens, daß es mein ganzes Bestreben war, sie durch meine Schritte bei Eurer Majestät und im Kriegskabinett abzuwenden. Für eine noch größere Gefahr aber halte ich eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie, sie wäre jetzt nur in Form einer Militärdiktatur möglich, die unvermeidlich in blutigem Bürgerkrieg und in der Zerstörung des deutschen Volkskörpers durch den Bolschewismus enden müßte. Schon

---

81. N.-Z., 9. Nov. 1918/Nr. 262.

82. F. Z., 9. Nov. 1918/Nr. 311, 2. Morgenblatt.

83. S. M. v. B., a. a. O., S. 613.



der Versuch, sie durchzuführen, würde scheitern, da die Truppen größtenteils zu den Aufrührern übergehen würden. Ich halte es daher für meine Pflicht, Eurer Majestät von einem solchen Schritt mit aller Eindringlichkeit abzuraten.“

Dieses Telegramm wurde von Graf Reventlow als eine Perfidie bezeichnet,<sup>84</sup> die „bei diesem Prinzen nicht überraschen“ gekonnt hätte. Der Reichskanzler erwähnt nämlich bedingungsweise eine Diktatur und bezeichnet sie gleichzeitig als unmöglich. Was blieb dem Kaiser anders übrig, als den Wunsch des Reichskanzlers nach seiner Abdankung herauszulesen, um die Sozialdemokratie regierungsfähig zu erhalten?

Am 7. November loderte in München ein neuer revolutionärer Herd auf. Bereits am 5. November hatte Kurt Eisner gelegentlich einer Massenversammlung auf der Theresienwiese seinen Kopf verpfändet, „daß München in den nächsten Tagen aufstehen und die Regierung stürzen werde“.<sup>85</sup> Am 7. kam es zu einer gemeinsamen Versammlung der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten, an der über 100 000 Menschen teilnahmen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die deutsche Kriegsschuld proklamiert, und der „sofortige Abgang des Kaisers und Thronverzicht des Thronfolgers“ gefordert wurde.<sup>86</sup> Im Anschluß an diese Kundgebung kam es zu ernststen Unruhen. Die Teilnehmer zogen vor die Residenz, wo die Menge in Hochrufe auf die Republik und in den Ruf: „Nieder mit dem Kaiser!“ einstimmte. — In der Nacht vom 7. auf den 8. November gingen in München sämtliche staatlichen Einrichtungen in die Hände der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte über und Kurt Eisner erklärte Bayern zum Freistaat; der König von Bayern mußte als erster deutscher Bundesfürst fluchtartig seine Residenz verlassen.<sup>87</sup>

Im Laufe des 8. Novembers kapitulierten auch andere deutsche Bundesfürsten vor der ausbrechenden Revolution. Schon am Abend des 7. wehte auf dem herzoglichen Schloß in Braunschweig die rote Fahne und der Herzog verstand sich zur Preisgabe landesherrlicher Rechte. Am Abend des 8. Novembers erscheint eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates und legt dem Herzog eine Abdankungsurkunde vor, die dieser nach kurzer

---

84. Zitiert nach Keim, a. a. O., S. 90.

85. Müller-Meinungen, Aus Bayerns schwersten Tagen, S. 29.

86. Deutscher Geschichtskalender, Die deutsche Revolution, S. 65.

87. Ebenda, S. 66.

Bedenkzeit unterzeichnet.<sup>88</sup> Am 8. November drang die revolutionäre Welle noch weiter vor, Magdeburg, Halle und Leipzig wurden von ihr erfaßt. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin stimmt den Verfassungswünschen des Arbeiter- und Soldatenrates zu und vermag seinen Thron noch einige Tage zu behaupten.<sup>89</sup> Über Köln dringt der Aufstand nach Frankfurt und Stuttgart vor; die Abdankung des Königs von Württemberg wird bis 1 Uhr 30 nachmittags gefordert.<sup>90</sup>

Am Morgen des 8. Novembers ging dem Reichskanzler von einer ihm nahestehenden Persönlichkeit, deren Namen er verschweigt, eine Warnung zu, in der es hieß:<sup>91</sup> die Massensuggestion von der Schuld des Kaisers schaffe Berührungspunkte zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen. Es sei daher zu befürchten, daß selbst erprobte Truppen, wenn sie zum Kampf gegen die Revolution eingesetzt würden, zu den Aufständischen übergingen. — Die Situation der Mehrheitssozialisten sei derart, daß sie sich der revolutionären Bewegung anschließen müßten, um nicht den Unabhängigen und Spartakisten die Führung der Massen zu überlassen. Wenn der Kaiser abdanke, so würde sich die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Organisation und Werbekraft in den Dienst der Bekämpfung des Bolschewismus stellen. Daraufhin richtet der Reichskanzler in einem Telegramm an den Kaiser seinen „positiven Vorschlag“, der folgenden Wortlaut hatte:<sup>92</sup>

„Um die alte Sozialdemokratische Partei regierungsfähig zu erhalten und den Übergang der Massen in das radikale Lager zu verhindern, muß man den Unabhängigen und der Spartakusgruppe das Schlagwort<sup>93</sup> aus der Hand winden, dessen Massensuggestion nach Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen noch wachsen wird, wie sie schon gewachsen ist nach Bekanntwerden der erschwerenden Auslegung der Wilsonschen Punkte.

Dabei rate ich aber, nicht das sozialdemokratische Ulti-

---

88. Deutscher Geschichtskalender, Die deutsche Revolution, S. 145 f.

89. Ebenda, S. 144.

90. S. Blos, Von der Monarchie zum Volksstaat, Bd. I, S. 17 ff.

91. M. v. B., a. a. O., S. 615 f. Vgl. Buchner, Die „Erinnerungen und Dokumente“ des Prinzen Max von Baden und ihr Quellenwert, in Gelbe Hefte IX. Jahrg., S. 643.

92. M. v. B., a. a. O., S. 616. Vgl. dazu die Aufzeichnungen Hintzes bei Niemann, Revolution von oben, S. 378.

93. Nach Rückfrage Hintzes wird als Schlagwort: „Abdankung“ angegeben.

matum anzunehmen, sondern den monarchischen Gedanken durch eine demokratischere Lösung zu retten, als das Ultimatum sie enthält:

Seine Majestät würden unverzüglich Ihren festen Willen aussprechen, abzudanken, sobald der Stand der Waffenstillstandsverhandlungen die Ausschreibung von Neuwahlen für eine Verfassungsgebende Nationalversammlung gestattet, der die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes... zufallen würde. Diese Nationalversammlung würde dann zu den Verfassungsfragen Stellung nehmen, die mit der Thronentsagung zusammenhängen. Bis dahin würden Seine Majestät einen Stellvertreter bestellen.“

Damit nahm der Reichskanzler seinen Kompromißgedanken vom 6. November wieder auf, der nun folgende vier Vorteile haben sollte:<sup>94</sup> 1. Die Krone kapituliert nicht vor der Sozialdemokratie. — 2. Die Frage des Thronverzichtes des Kronprinzen wird vertagt. — 3. Der monarchische Gedanke hat bei den Neuwahlen (zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung) den Vorsprung vor dem republikanischen. — 4. Die Stimmung der Massen wird in die legalen Bahnen einer Wahl abgeleitet.

In der Reichskanzlei war man voller Zuversicht, daß der Kaiser sich unter dem „Schwergewicht“ der von dem Prinzen Max angeführten Gründe und der „Überzeugungskraft der Tatsachen“ zur Abdankung entschließen würde.<sup>95</sup> Prinz Max selbst war überzeugt, daß es ihm alsdann gelingen würde, Deutschland als Rechtsstaat in den Frieden hineinzuführen.<sup>96</sup>

Die Ungewißheit des 8. Novembers kommt sehr deutlich in einem Artikel des „Berliner Tageblattes“ zum Durchbruch, den wir hier auszugsweise wiedergeben:<sup>97</sup>

„Es ist ein Uhr vorüber — die Ultimatumsstunde der Sozialdemokratie — und man weiß noch nicht, ob Wilhelm II. abgedankt hat. Es heißt, der Reichskanzler Prinz Max von Baden... trete von seinem Posten zurück...“

Das Zentrum, das bisher von der Abdankung durchaus nichts wissen wollte, erkennt jetzt das Unvermeidliche dieses Schrittes. Das schwer gefährdete Heil des Landes fordert gebieterisch solche Erkenntnis, und nicht minder schnelles Handeln und Einigkeit...

Es scheint — und unter den gegenwärtigen Umständen muß man es dringend hoffen —, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Ultimatum einen Erfolg erreichen wird...

---

94. M. v. B., a. a. O., S. 616.

96. Ebenda, S. 619.

95. Ebenda, S. 618.

97. B. T., 8. Nov. 1918/Nr. 573.

Wir sind und waren von der Notwendigkeit, daß der Kaiser abdanken müsse, überzeugt. Wir sind nicht überzeugt, daß der Weg, den die Sozialdemokratie gewählt hat, der richtige ist... Sie (die Sozialdemokraten) haben ihr Ultimatum beschlossen, weil sie darin das einzige, oder doch das beste Mittel zur Eindämmung der im Lande sich ausbreitenden gefahrdrohenden Bewegung sahen. Aber sie konnten ein Ultimatum beschließen und konnten darin, statt der Abdankung des Kaisers, die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung fordern, der die Regelung der Kaiserfrage gleichzeitig mit der Umgestaltung der ganzen Verfassung zu übertragen sei... Jetzt will die Sozialdemokratie ihren Willen zum Gesetz erheben, obgleich sie über keine Mehrheit verfügt. Haben wir dazu das parlamentarische System geschaffen, in dem es nur ein Gesetz, das der Mehrheit, und nur einen Willen, den Mehrheitswillen, gibt? Wir wollen nicht einen Autokraten, aber wir wollen auch nicht hundertundvier...<sup>98</sup>

Die Erbschaft würde... dem zwölfjährigen Sohn des Kronprinzen zugesprochen und ein Regent einzusetzen sein. Nach der Verfassung, die wir heute besitzen, käme die Regentschaft dem Prinzen Eitel Friedrich zu. Niemand wird behaupten, daß dieser Prinz sich einer hervorragenden Popularität erfreut. Man würde also auch ihn vermutlich zum Verzicht bewegen wollen.“

Das „Berliner Tageblatt“ erwägt hier gegenüber dem sozialdemokratischen Ultimatum, das wie ein Diktat wirke, die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung, die, wie das Blatt durchblicken läßt, nicht nur über die Frage der Abdankung Kaiser Wilhelms II., sondern auch über den Verzicht sämtlicher Hohenzollernprinzen auf Übernahme der Regentschaft hätte entscheiden können.

Hintze, der in Spa am Morgen des 8. Novembers das Telegramm des Reichskanzlers entgegennahm, verlangte die Entsendung verantwortlicher Minister, um über die Abdankung Vortrag zu halten, da er in dieser Frage dem Monarchen gegenüber nicht den Standpunkt der Regierung vertreten könne.<sup>99</sup> Freiherr von Grünau und von Hintze, die dem Kaiser Vortrag über die eingelaufenen Telegramme zu halten hatten, vermuteten, daß die nächste Frage des Kaisers alsdann sein würde:<sup>100</sup> „Ist die Armee

---

98. Damit waren die 104 Abgeordneten der Sozialdemokratie gemeint!

99. Aufzeichnungen Hintzes bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 369. Vgl. bezüglich der Rückfragen\* Hintzes, ebenda, S. 378.

100. Ebenda, S. 379.



willens und imstande zu Mir zu stehen und mit Mir an der Spitze jede umstürzlerische Bewegung in Deutschland niederzuschlagen?“ Die beiden Herren begaben sich daher zum Generalfeldmarschall von Hindenburg und zu General Groener, um sich deren Beistand und Stellungnahme zur Bekämpfung der Revolution zu vergewissern. Hindenburg und Groener lehnten eine Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zu dieser Frage ab.<sup>101</sup> — Der Kaiser hörte die telegraphischen Mitteilungen des Reichskanzlers ruhig an und sagte dann:<sup>102</sup> „Dem Reichskanzler solle gesagt werden, der Kaiser denke nicht daran, abzudanken.“

Um die Mittagszeit des 8. Novembers traf der Bescheid aus Spa in Berlin ein: der Kaiser behielt sich die Entscheidung über das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers bis zum Abschluß des Waffenstillstandes vor.<sup>103</sup> Freiherr von Grünau erklärte in einem weiteren Telegramm,<sup>104</sup> der Kaiser habe es „völlig abgelehnt“, auf die Vorschläge des Prinzen Max in der Thronfolge einzugehen; er halte es nach wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben.

Der Optimismus, der am Morgen des achten in der Reichskanzlei geherrscht hatte, wurde dadurch wieder stark gedämpft. Es wurde wiederholt der Versuch unternommen, „die Wahrheit an den Kaiser heranzubringen“.<sup>105</sup>

Von seiten der Vaterlandspartei wurde ein „Kompromißgedanke“ dem Reichskanzler nahegelegt: der Kaiser solle seine Abdankung von einer Volksabstimmung abhängig machen.<sup>106</sup> Dieser Vorschlag wurde zuerst, allerdings in einem anderen Sinne, vom „Vorwärts“ am 3. November gemacht und verfolgte dasselbe Ziel wie der Vorschlag des Prinzen Max und des „Berliner Tageblattes“.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm mittags 12 Uhr einen Bericht Scheidemanns über seine Verhandlungen mit der Regierung entgegen<sup>107</sup> und faßte alsdann folgenden Beschluß:<sup>108</sup> „Nachdem der Reichskanzler erklärt hat, daß er dem Kaiser das gestern gestellte Ultimatum der Fraktion mitgeteilt hat, wünscht sie, um die Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu

---

101. Ebenda, S. 369 und S. 379.

102. Ebenda, S. 369.

103. S. M. v. B., a. a. O., S. 619.

104. Ebenda.

105. Ebenda.

106. Ebenda, S. 619 f.

107. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 290 f.

108. Ebenda, S. 291.

gefährden, nicht den Rücktritt des Kanzlers und will selber auch nicht die Konsequenzen des Rücktritts ihrer Mitglieder aus der Regierung ziehen, solange, bis der Waffenstillstand geschlossen ist.“ — Dieser Beschluß bedeutete die Verlängerung des Ultimatums bis zum Abschluß des Waffenstillstandes. Dies kam auch in einem Flugblatt zum Ausdruck, das am Nachmittag des 8. November in Berlin verbreitet wurde. Darin hieß es:<sup>109</sup>

„Arbeiter! Parteigenossen!

Ein Teil der von uns gestern aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden...

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt... Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.

Arbeiter, Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Euere Kraft und euere Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub.“

Die Sozialdemokratie war sich ihres „Sieges“, des „Sieges des Volkes“, schon ziemlich sicher; sie verspricht auch die Erfüllung ihrer Forderung in der Kaiserfrage.

Wie wir bereits aus einer Notiz des „Berliner Tageblattes“ wissen, soll auch das Zentrum jetzt die Unvermeidlichkeit des kaiserlichen Rücktrittes anerkannt haben. Das kündigte sich bereits in der Besprechung des sozialdemokratischen Ultimatums durch die „Germania“ an. Das führende Zentrumsblatt ist am Nachmittag des 8. Novembers „trotz redlichen Bemühens nicht in der Lage, ihr (der Notiz des „Berliner Tageblattes“) sofort eine authentische Erklärung über die Stellungnahme der Zentrumsfraktion entgegenzustellen, da die Aussprache der Fraktion in diesem Augenblick, da wir diese Zeilen niederschreiben, noch andauert.“<sup>110</sup> Die „Germania“ scheint in der Tat sehr schlecht infor-

---

109. Zitiert nach dem „Vw.“ vom 9. Nov. 1918/Nr. 309; s. M. v. B., a. a. O., S. 621.

110. Germ., 9. Nov. 1918/Nr. 525.

miert gewesen zu sein. Nach einem Drahtbericht der „Kölnischen Volkszeitung“<sup>111</sup> wurde bereits am Vormittag des 8. Novembers in der Zentrumsfraktion die Kaiserfrage besprochen; der Bericht lautete:

„Die Fraktion in ihrer überwiegenden Mehrheit hat geglaubt, der durch das sozialdemokratische Ultimatum geschaffenen Lage insofern Rechnung tragen zu sollen, als sie nicht mehr unbedingt an ihrem bisherigen Widerspruch gegen die Abdankung des Kaisers festhält . . . Wie die Dinge sich entwickelt haben, glaubt man nicht mehr an der bisherigen Haltung festhalten zu können.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet darüber wie folgt:<sup>112</sup>

„Für die Fraktion, deren Mitglieder wohl ausnahmslos streng monarchische Männer sind, wurde die Entschliebung nicht leicht, aber sie ist schließlich gegen eine geringe Minderheit dahin ausgefallen, daß das Zentrum nach Lage der Dinge den Rücktritt des Kaisers als die einzige Möglichkeit ansieht, der gegenwärtigen Schwierigkeiten Herr zu werden.“

Der Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ spricht von einem möglichen Umschwung der Zentrumsfraktion in der Abdankungsfrage, während die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ von der bereits erfolgten Entscheidung berichtet. Staatssekretär Haussmann erfährt,<sup>113</sup> daß die Zentrumsfraktion „über den Kopf von Gröber hinweg die Forderung nach der Abdankung des Kaisers einstimmig erhoben“ habe. Motiviert wird dieser Umschwung damit, daß die Zentrumsfraktion dem sozialdemokratischen Ultimatum und der Entwicklung der Dinge Rechnung tragen zu müssen glaubte. Mit einem unbedingten Widerstand gegen die Abdankungsforderung war seit dem 24. Oktober 1918, als das Zentrum die nationale Verteidigung preisgab, nicht mehr zu rechnen. Konfessionelle Momente mögen im Unterbewußtsein mitgespielt haben; nachweisen läßt sich das allerdings nicht.<sup>114</sup> Hören wir, wie die „Germania“ den Umschwung der Zentrumsfraktion in der Kaiserfrage ihren Lesern verständlich zu machen suchte. Das Blatt schreibt:<sup>115</sup>

---

111. K. Vz., 9. Nov. 1918/Nr. 884.

112. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 9. Nov. 1918/Nr. 574.

113. Haußmann, a. a. O., S. 267; vgl. Payer, a. a. O., S. 159.

114. Vgl. Keim, a. a. O., S. 81; vgl. Grf. v. Hoensbroech, 14 Jahre Jesuit, Leipzig 1912, Bd. II, S. 163.

115. Germ., 9. Nov. 1918/Nr. 525.

„Da die Nationalliberalen zur Aufrechterhaltung einer parlamentarischen Mehrheit nicht unbedingt erforderlich sind, liegt bei unseren Parteifreunden die ganze Schwere der Entscheidung, die ihnen sozialdemokratische Taktik leider so gestellt hat, daß sie zwischen Kaiser und Volk wählen sollen, während wir immer vertreten haben, Volk und Herrscher seien durch gemeinsame Interessen verbunden und verbunden zu halten. Denn notwendig zur Mehrheitsbildung ist nach Lage der Dinge nun einmal die Sozialdemokratie. Darin liegt für sie eine ebenso große politische Macht wie Verantwortung. Die letztere aber ist bei der Sozialdemokratie grundsätzlich anders gerichtet als bei uns, sie bekennt sich seit jeher zum Republikanismus. Darum hat sie nicht gezögert, in dessen Interesse von der Macht, die ihr geworden, Gebrauch zu machen, und sie hat sich dabei wahrlich nicht zimperlich gezeigt. Solange die Sozialdemokratie nicht in der Regierung saß, erklärte sie, ihre republikanische Gesinnung zurückstellen zu müssen und zu wollen, angesichts der monarchischen Überzeugung der großen Volksmehrheit. Das war echt demokratisch gedacht. Als sie zur Regierung kam, blieben ihr die Monarchie und was davon nach den Reformen der letzten Wochen Bestand hielt, nur noch alte Formen, unbedeutend genug, sie vielleicht unangetastet zu lassen. Noch in den allerletzten Tagen hieß es auf der Höhe der Erörterungen, die Sozialdemokratie solle <sup>116</sup> überzeugen, nicht überwältigen. Wir müssen gestehen, daß der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen bei uns ein ganz anderer ist als bei der Sozialdemokratie, wenn sie uns sollte sagen wollen, es sei ein 'Überzeugen', was sie jetzt mit uns vornahm.“

Während das Blatt bei seiner Besprechung des sozialdemokratischen Ultimatums sich vor die Wahl zwischen Kaiser und Ruhe und Ordnung gestellt sah, hat es scheinbar inzwischen die Inkonsequenz dieser Behauptung gegenüber seiner bisherigen Haltung erkannt, und formuliert die Alternative jetzt: Wahl zwischen Kaiser und Volk; den Widerspruch dieser letzteren Formulierung mit seiner früheren Haltung betont das Blatt selbst, geht dann aber nicht mehr darauf ein. Die Alternative hätte das Blatt richtiger und treffender: „Für oder gegen die Sozialdemokratie?“ formulieren können, und dann wäre die Haltung des Zentrums, das seit der Juliresolution des Jahres 1917 einen Pakt mit den Sozialdemokraten geschlossen hatte, deutlicher und klarer zum Ausdruck gekommen. Dann wäre auch deutlicher

---

116. Nach dem Text des Vw. vom 3. Nov. müßte es hier „wolle“ heißen.



geworden, daß das Zentrum, ohne von der Notwendigkeit der Abdankung Wilhelms II. von der Sozialdemokratie „überzeugt“ worden zu sein, nicht gegen jene Stellung zu nehmen wagte und deshalb deren Forderung nachgab. Um Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten und um die Geschlossenheit der Reichstagsmehrheit nicht durch den Austritt der Sozialdemokraten zu gefährden, wohl auch um eigene Parteiinteressen wahren zu können, ließ das Zentrum den Kaiser fallen.

Über die Haltung der Fortschrittler zur Kaiserfrage bemerkt die „Germania“<sup>117</sup> bezeichnenderweise sehr treffend, daß diese in der Abdankungsfrage „schon seit einiger Zeit der Sozialdemokratie“ nahestünden. Auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin am 6. November 1918 bemerkte der Abgeordnete Dr. Mugdan:<sup>118</sup> die Fortschrittliche Volkspartei wolle in dieser Zeit nicht neue Unruhen und Verwicklungen in unser Volk tragen. Das hieß, daß die Fortschrittler nach der Seite des geringeren Widerstandes nachgeben würden und sich dem Strom der Zeit nicht hindernd entgegenstellen wollten. — Am 8. November veröffentlicht die „B(erliner). Z(eitung). am Mittag“ einen Artikel eines Fortschrittlers, unter dem man sich, wie die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, wohl einen fortschrittlichen Staatssekretär (Haussmann?) zu denken habe. Darin hieß es:<sup>119</sup>

Die Fortschrittliche Volkspartei sei von dem Ultimatum der Sozialdemokraten überrascht worden, denn es setze ihr die Pistole auf die Brust. Richtiger wäre es gewesen, der Kaiser wäre früher mit einer großen Geste zurückgetreten. Jetzt komme der Schritt verspätet, aber bei der Revolution, die sich nun einmal vollziehe, sei er nicht mehr zu vermeiden. Es könne ohne die Sozialdemokratie nicht regiert werden, sonst gehe die Revolution nicht auf geordnetem, friedlichen Wege vor sich, sondern bolschewistisch... Der bolschewistischen Agitation, wie sie sich bereits in verschiedenen Städten gezeigt habe, müsse der Boden abgegraben werden, sonst komme Hungersnot und alles Furchtbare. —

Ganz offen gibt die „Freisinnige Zeitung“, das von Eugen Richter gegründete Parteiblatt, die Beweggründe der Fortschrittlichen Volkspartei für ihr Verhalten gegenüber dem sozialdemokratischen Ultimatum zu: es sei oberste Pflicht, „die jetzige

---

117. Germ., 9. Nov. 1918/Nr. 525.

118. Freisinnige Zeitung. 8. Nov. 1918/Nr. 263.

119. Wiedergegeben nach einem Telegramm der „F. Z.“ vom 9. Nov. 1918/Nr. 311, 2. Morgenblatt.

Mehrheit zusammenzuhalten, soll nicht der Zerfall Deutschlands dem Zerfall des Regierungsblockes folgen“.<sup>120</sup>

Am 8. November 1918 nachmittags 6 Uhr 45, findet die Fraktionssitzung der Fortschrittlichen Volkspartei statt, „die einmütig Abdankung fordert“.<sup>121</sup>

Über eine veränderte Haltung der Nationalliberalen in der Kaiserfrage ist am 8. November auch der „Germania“ „Zuverlässiges noch nicht bekannt“.<sup>122</sup> Über die Beschlüsse der national-liberalen Reichstagsfraktion am 8. November ist ebensowenig etwas Zuverlässiges bekannt geworden. Im „Deutschen Geschichtskalender“ heißt es,<sup>123</sup> daß auch die Nationalliberalen zu der gleichen Auffassung wie die Fortschrittler gekommen seien und wie diese im Rücktritt des Kaisers die einzige Möglichkeit gesehen hätten, um der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden; dem widerspricht aber eine Notiz in Marx' „Handbuch der deutschen Revolution“,<sup>124</sup> wonach die Nationalliberalen in ihrer Fraktionssitzung einmütig zu der Auffassung sich bekannt hätten, „daß das Kaisertum im Interesse der Erhaltung des Deutschen Reiches aufrechterhalten bleiben müsse“. Marx weiß allerdings auch zu berichten, daß „ein erheblicher Teil der Fraktion“ sich dafür ausgesprochen habe, „die Personenfrage von dem Prinzip zu trennen. Mit anderen Worten, es scheint, als ob die Nationalliberalen sich nicht gegen eine Abdankung des Kaisers wenden würden, wenn sie zur Klärung der politischen Sachlage von den anderen Mehrheitsparteien gefordert würde.“ —

Die einzige Partei, die dem Kaiser die Treue bis zuletzt hielt und sich für ihn einzusetzen bereit war, ist die Konservative Partei gewesen. Am 7. November spricht der Parteivorstand, nachdem die äußere und die innere Lage erörtert worden war, die Erwartung aus, daß die Regierung „im Innern mit kraftvoller Entschlossenheit für den Schutz von Kaiser und Reich, von Staat und Gesellschaft eintreten wird. Die konservative Partei wendet sich gegen die neuerdings erhobenen Angriffe auf unsere bestehende monarchische Staatsform“.<sup>125</sup> — In einem Beschluß des konservativen Parteivorstandes vom 8. November heißt es:<sup>126</sup>

---

120. Fs. Z., 9. Nov. 1918/Nr. 264. 121. Haußmann, a. a. O., S. 268.

122. S. „Germ.“, 9. Nov. 1918/Nr. 525.

123. Deutscher Geschichtskalender, Die deutsche Revolution, S. 26.

124. Marx, Handbuch der deutschen Revolution, S. 121.

125. Zitiert nach „Germ.“ vom 9. Nov. 1918/Nr. 525.

126. Zitiert nach „Deutschem Geschichtskalender“, S. 26.

„Die konservative Partei erblickt in dem Inhaber der Krone den Träger der monarchischen Staatsform, unter der Preußen und mit ihm Deutschland groß und zu einem Hort und Schützer der deutschen Kultur geworden ist, und wird ihm die Treue bewahren.“

Wir haben gesehen, daß die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum dem sozialdemokratischen Ultimatum dadurch Rechnung trugen, daß sie dessen Forderung nach der Abdankung Wilhelms II. zustimmten oder doch nicht widersprachen. Bezüglich der Frage der Staatsform weiß die „National-Zeitung“ zu berichten,<sup>127</sup> daß die bürgerlichen Parteien „natürlich an der monarchischen Staatsform unter allen Umständen festhalten. Die Sozialdemokratie hat dagegen ihren Standpunkt in dieser Frage noch nicht eindeutig klargelegt. In sozialdemokratischen Kreisen waltet jedoch die Ansicht vor, daß die Entwicklung sich wohl kaum in diesem Stadium aufhalten lassen wird.“

Am Abend des 8. Novembers gibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgenden Lagebericht:<sup>128</sup>

„Die anderen (nicht nationalliberalen) Parteien, die in der Volksregierung vertreten sind, haben ihren Entschluß unter dem Druck der Verhältnisse, wie sie durch das sozialdemokratische Ultimatum entstanden sind, gefaßt. Wenn der Kanzler dem Kaiser als die Meinung der Volksregierung und damit als die Meinung der Reichstagsmehrheit und der Volksmehrheit übermittelt hat, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Abdankung des Kaisers die einzige Befreiung von einem unerträglichen Druck empfunden werde, so lag darin unseres Erachtens keine Absage des deutschen Volkes an den Kaiser, noch viel weniger eine solche an die monarchische Staatsform, sondern einzig und allein das Eingeständnis, daß bestehende und drohende, noch größere Gefahren nur durch diesen Entschluß des Kaisers zu bannen seien.“

Auch daraus können keine Rückschlüsse über die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion gezogen werden; das Blatt spricht zwar von der Volksregierung und der Reichstagsmehrheit, aber gerade zur Aufrechterhaltung der Reichstagsmehrheit waren die Nationalliberalen nicht erforderlich.

Auf den 8. November abends 7 Uhr war eine Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses anberaumt. Der Zentrumsabgeordnete Herold, der später in der Zeit der Republik öfters das

---

127. N.-Z., 9. Nov. 1918/Nr. 262.

128. Nd. A. Z., 9. Nov. 1918/Nr. 575.

Alterspräsidium des Reichstages innehatte, beklagte die Form des sozialdemokratischen Ultimatums, mußte aber zugeben, daß es unmöglich sei, ohne die Sozialdemokratie der revolutionären Bewegung Einhalt gebieten zu können. „Unter diesen Umständen“, so schloß Herold, „hält es unsere große Mehrheit für richtig, wenn der Kaiser zurücktritt und die Monarchie aufrecht erhalten wird.“<sup>129</sup> — Alsdann führte der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Gothein aus, daß auch auf seine Partei das Ultimatum einen peinlichen Eindruck gemacht habe, aber es bliebe nichts anderes übrig, als daß der Kaiser und der Kronprinz zurückträten.<sup>130</sup> Der Abgeordnete Gothein legte einen Antrag vor, der folgenden Wortlaut hatte:<sup>131</sup>

„Angesichts der ganzen politischen Entwicklung hält der Ausschuß der Mehrheitsparteien den freiwilligen Rücktritt des Kaisers und Einsetzung einer Regentschaft für seinen Enkel für den größten, dem Staate zu leistenden Dienst, für den das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit dankbar sein würde.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg bezeichnete die Erklärungen der Abgeordneten Herold und Gothein als „dankenswert“, da sie zur Hoffnung berechtigten, daß die Sozialdemokratie nicht aus der Regierung auszutreten brauche. Er versicherte, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, die Republik mit Gewalt einzuführen, weil sie zwar Republikaner, aber auch Demokraten seien.<sup>132</sup> — Der Zentrumsabgeordnete Herold sprach sich alsdann im Namen der Zentrumsfraktion für den Antrag des Fortschrittlers Gothein aus;<sup>133</sup> die Staatssekretäre Gröber und Trimborn, die der Sitzung der Zentrumsfraktion nicht beigewohnt hatten, protestierten gegen diese Erklärung Herolds. — Der Abgeordnete Stresemann gab die Erklärung ab, daß die national-liberale Fraktion über den Antrag Gotheins erst Beschluß fassen müsse und daß sie diesen Beschluß durch Friedberg dem Kabinett mitteilen lassen würde.<sup>134</sup> Aus dieser Stellungnahme Stresemanns wäre zu entnehmen, daß die Nationalliberalen in ihrer Fraktions-sitzung nicht wie das Zentrum zu einem formellen Beschluß über die Kaiserfrage gekommen waren, einesteils, weil sie aus prinzipiellen Gründen an dem Kaisertum festzuhalten gewillt waren, und andernteils, weil sich innerhalb der nationalliberalen Partei

---

129. Haußmann, a. a. O., S. 268; vgl. M. v. B., a. a. O., S. 620.

130. Haußmann, a. a. O., S. 268.

131. Ebenda.

132. Ebenda.

133. Ebenda, S. 269.

134. Ebenda.



Strömungen bemerkbar machten, die die Personenfrage von dem Prinzip trennen wollten. — Der Fortschrittler Gothein zog alsdann auf Anregung Herolds seinen Antrag zurück, „aber nur damit er nicht an die Öffentlichkeit als Beschluß komme“.<sup>135</sup>

Aus dem Großen Hauptquartier wurde, trotz eifrigsten Bemühens seitens der Reichskanzlei, die „Wahrheit“ an den Kaiser heranzubringen, „kein Anzeichen einer Sinnesänderung“ gemeldet.<sup>136</sup> Hintze hatte dem Reichskanzler schon am Vormittag empfohlen, sich mit dem Kaiser telephonisch verbinden zu lassen und Seiner Majestät direkt zu referieren.<sup>137</sup> Um die achte Abendstunde entschloß sich Prinz Max, den Kaiser persönlich ans Telephon bitten zu lassen. In dem dreiviertelstündigen Gespräch führte Prinz Max unter anderem folgendes wörtlich aus:<sup>138</sup> „... Deine Abdankung ist notwendig geworden, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden und um Deine Mission als Friedenskaiser bis zum Schluß zu erfüllen.... Der Interfraktionelle Ausschuß hat heute gesprochen, aber mir seine Stellungnahme nicht mitgeteilt. Wenn jetzt nichts erfolgt, so wird im Reichstag die Forderung erhoben werden und da durchgehen... Heute kann ich meine schützende Hand nicht mehr vor den Träger der Krone halten, nachdem das Ultimatum der Sozialdemokratie erfolgt ist, ein Ultimatum, dem ich bisher ausgewichen bin. Das Verlangen, welches das Ultimatum enthält, wird heute von viel weiteren Kreisen gestellt. Unruhen sind da. Man mag heute vielleicht in der Lage sein, sie zuerst gewaltsam zu unterdrücken, ist aber einmal Blut geflossen, so wird überall der Schrei nach Rache erklingen. Die Haltung der Truppen ist nicht zuverlässig... In München ist die Republik ausgerufen... Das Militär hat sich nirgends bewährt. Wir steuern unfehlbar dem Bürgerkrieg zu... die Situation ist heute unhaltbar, die Abdankung würde überall dankbar als befreiende und heilende Tat begrüßt werden.“ Prinz Max wies dann auf die zwei Möglichkeiten hin: „1. Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung. 2. Abdankung, Thronverzicht des Kronprinzen und Regentschaft für den Enkel.“ —

---

135. Ebenda.

136. M. v. B., a. a. O., S. 623.

137. Aufzeichnungen des Staatssekretärs v. Hintze bei Niemann, Revolution von oben, S. 370.

138. M. v. B., a. a. O., S. 623 f. nach einer Aufzeichnung des Adjutanten des Prinzen Max, Herr von Prittwitz.

Prinz Max lenkte die Aufmerksamkeit des Kaisers auf den ersten Vorschlag, da dieser „alle Chancen für die Monarchie“ biete; den zweiten verlange der Interfraktionelle Ausschuß.

Wilhelm II. gab dem Reichskanzler seinen festen Entschluß, „nicht nachzugeben“, bekannt und entgegnete, daß er an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückkehren und die Ordnung wiederherstellen werde. Die Vorschläge des Prinzen Max wies der Kaiser „entrüstet und heftig“ zurück.<sup>139</sup> Prinz Max bat nochmals um seine Entlassung; der Kaiser erwiderte, daß er bis zum Abschluß des Waffenstillstandes bleiben müsse.

Der Reichskanzler sandte alsdann noch ein Telegramm an den Kaiser, in dem er eingangs auf die Thronentsagungen des Königs von Bayern und des Herzogs von Braunschweig hinwies; dann hieß es:<sup>140</sup>

„Das Kabinett, dessen Mitglieder bis gestern in der Mehrzahl gegen die Thronentsagung Eurer Majestät waren, hält heute ganz überwiegend diesen Schritt für das einzige Mittel, um Deutschland vor blutigem Bürgerkrieg zu bewahren.“

Diese Mitteilung entspricht nicht ganz den Tatsachen. Um 6 Uhr fand die Kabinettsitzung statt.<sup>141</sup> Um 7 Uhr tagte der Interfraktionelle Ausschuß, in dem Gröber und Trimborn — Erzberger, der als Delegierter der Regierung der Waffenstillstandskommission angehörte, war am 8. November nicht in Berlin —, also die Kabinettsmitglieder des Zentrums, sich gegen den Antrag Gothein aussprachen, d. h. daß sie in dem „freiwilligen Rücktritt des Kaisers“ keineswegs „den größten, dem Staate zu leistenden Dienst“ sahen.

Wahnschaffe bat Herrn von Grünau nochmals, den Kaiser für die Vorschläge des Prinzen Max zu gewinnen. Grünau hielt das für wenig aussichtsvoll und schlug, wie Hintze am Vormittag, vor, der Kanzler solle, falls er nicht selbst abkömmlich sei, noch in derselben Nacht ein oder mehrere Minister nach Spa schicken.<sup>142</sup> Prinz Max wandte sich umgehend an Solf und Waldow. Solf hielt sich für keinen geeigneten Boten, weil der Kaiser das Vertrauen zum Kanzler und seinen Mitarbeitern ver-

---

139. M. v. B., a. a. O., S. 624 f.

140. S. ebenda, S. 625; Aufzeichnungen des Staatssekretärs v. Hintze bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 380.

141. Haußmann, a. a. O., S. 268.

142. Der letzte Akt der Kaisertragödie, Aufzeichnungen von Wahnschaffe bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 419.

loren habe; er bat, ihm wenigstens einen „königstreuen Konservativen und alten Preußen“, der „bei Seiner Majestät Gehör finden würde“, mitzugeben. — Waldow erklärte, es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren zu können, „seinem Herrn Nachgiebigkeit gegen revolutionäre Wünsche“ empfehlen zu müssen.<sup>143</sup> Zu Wahnschaffe sagte Waldow:<sup>144</sup> „Wenn der Kaiser seine Armee hinter sich hat, soll er um seine Krone bis aufs Letzte kämpfen. Wenn er sie nicht mehr hinter sich hat, dann wäre es Wahnsinn. Aber das kann allein vom Kaiser und seinen militärischen Rätegebern beurteilt werden.“ — Wahnschaffe erkundigte sich bei den sozialdemokratischen Parteiführern nach der Frist, die die Sozialdemokratie für die Abdankung bewillige.<sup>145</sup> Scheidemann ermutigte zu einer Reise nach Spa, während Ebert wörtlich sagte:<sup>146</sup> „Die Abordnung wird in Spa erst eintreffen, nachdem die Würfel schon gefallen sind. Die Entscheidung des Kaisers könne nur wirken, wenn sie bis morgen (das war der 9. November) früh um 9 Uhr da wäre, das sei der allerspätste Termin.“ — Die Reise Solfs nach Spa unterblieb, dagegen reiste der Chef des Zivilkabinetts, Delbrück, nachdem er zuvor eine Unterredung mit Scheidemann über die Lage gehabt hatte.<sup>147</sup>

Prinz Max veranlaßte den Staatssekretär des Äußeren, Solf, zu einem Telegramm an den Kaiser, in dem er auf die Folgen hinweisen sollte, die eintreten würden, wenn die Sozialdemokratie aus der Regierung ausscheide,<sup>148</sup> d. h., wenn der Kaiser nicht abdanken würde. Das Telegramm Solfs lautete:<sup>149</sup>

„Euerer Majestät unterbreite ich alleruntertänigst, daß die Teilnahme der Mehrheit der Sozialisten die unerläßliche Voraussetzung für die Fortsetzung des Friedenswerkes ist. Die Sozialisten scheiden bei der Nichtberücksichtigung ihres Ultimatums sofort aus der Regierung aus. Dann bleibt nur Militärdiktatur. Jedenfalls hört die Regierung auf, für die Entente verhandlungsfähig zu sein. Unter solchen Umständen werden die Feindseligkeiten durch die Entente fortgesetzt werden.“

---

143. Hamman, a. a. O., S. 136; vgl. Niemann, Revolution von oben, S. 419, Fußnote. 144. M. v. B., a. a. O., S. 627 f.

145. Ebenda, S. 628.

146. Ebenda.

147. Der letzte Akt der Kaisertragödie, Aufzeichnungen von Wahnschaffe bei Niemann, Revolution von oben, S. 419.

148. Hamman, a. a. O., S. 137.

149. M. v. B., a. a. O., S. 628, Anmerkung.

... Die Mehrheit der Sozialisten können und wollen den Unabhängigen und der Spartakusgruppe die Alleinherrschaft über die Massen nicht lassen.

Von Eurer Majestät sofortigem Entschluß hängt es einzig und allein ab, ob der Bürgerkrieg zu vermeiden ist. Ich bitte daher Euere Majestät in aller Ehrfurcht durch das höchste Opfer dem Reich den Frieden zu bringen, der es allein retten kann.“

Prinz Max wurde noch spät in der Nacht „zu einem Unternehmen gedrängt, das vielleicht doch noch das Schicksal meistern würde“. <sup>150</sup> Der Reichskanzler sollte durch eine „Führertat“, die man, wie Prinz Max selbst sagt, ebensogut als Staatsstreich hätte bezeichnen können, auf der einen Seite das Volk bis zum Abschluß des Waffenstillstandes „im Zaum halten“ und auf der anderen dadurch die Entscheidung des Kaisers erzwingen. Dies sollte durch eine Pressenotiz folgenden Inhalts erreicht werden: er, der Reichskanzler, sei von der Notwendigkeit der Abdankung überzeugt, habe sie gefordert und werde sie durchsetzen. — Prinz Max antwortete, daß er Derartiges nicht gegen den Kaiser unternehmen werde. <sup>151</sup>

Vermeidung des Bürgerkriegs! das war die Parole der „Frankfurter Zeitung“ am 8. November. Das Blatt schreibt: <sup>152</sup>

„Die Kaiserfrage..., die für den weiteren Verlauf der Dinge — und für die ganze deutsche Zukunft! — von ungeheuerster Bedeutung sein wird, tritt... im Augenblick fast in den Hintergrund. Vielmehr: man muß sie als entschieden betrachten. Denn ein furchtbarer Frevel wäre es, wollten die Dynastien und ihre Berater sich auch jetzt noch der Einsicht des Notwendigen verschließen. Unheil genug ist dadurch entstanden, daß der einzig mögliche Schritt hinausgeschoben wurde. Die Regierung hat sich, wie es scheint, deshalb zu so langem Zögern bereitgefunden, weil sie, vielleicht nicht ohne Anhaltspunkte dafür zu haben, für den Fall der Abdankung des Kaisers ein Versagen hoher Soldatenstellen, eine Bedrohung des Zusammenhaltes der Armee nicht von unten, sondern von oben, befürchtete. Jetzt ist längeres Zögern unmöglich. Wir haben, das muß klar gesehen werden, nur die Wahl zwischen dem Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen oder dem Bürgerkrieg. Und niemand darf zweifeln, was dieser für die Dynastie überhaupt, nicht für den gegenwärtigen Träger der Krone und ihren nächsten Anwärter, letzten Endes mit aller Sicherheit bedeuten würde.

---

150. Ebenda, S. 629.

151. Ebenda.

152. F. Z., 8. Nov. 1918/Nr. 310, Abendausgabe.



Diese Wahl ist in Wirklichkeit für den Kaiser keine Wahl mehr.“

Dann wendet sich das Blatt gegen eine Zurückerobering der Heimat durch das Frontheer.

„Denn den Bürgerkrieg, den letzten Ruin Deutschlands zu verhüten, muß heute die allein entscheidende Sorge aller sein. Manchem, im alten militärischen Geiste des Obrigkeitsstaates verbundenen, mag der Gedanke naheliegen, Soldaten gegen die Meuterer aufzubieten und so mit Waffengewalt die Aufständischen zu ihrer Pflicht zurückzurufen. Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit lehnt, dessen sind wir sicher, solche Gedanken mit aller Entschlossenheit ab. Menschenleben und Menschenglück sind in den fünfzig Monaten des Krieges millionenfach vernichtet worden: das soll jetzt zu Ende sein. Die deutschen Heere haben mit ihren Leibern die Zerstörung von deutschen Städten ferngehalten: sie sollen nicht selbst die Verwüstung noch in die Heimat tragen. Deutsche sollen nicht auf Deutsche schießen. Die Regierung, wie sie auch morgen heißen möge, muß einen Weg finden, mit den Lenkern der Bewegung einen Ausgleich herzustellen ohne Blutvergießen. Eine neue Zeit ist angebrochen — sie muß Mißstände der Vergangenheit rückhaltlos preisgeben, für die sie ja nicht verantwortlich ist, sie muß mit neuen Mitteln, in neuer Form arbeiten können.“

Vor genau dieselbe Frage, Zurückerobering der Heimat, war am Abend des 8. Novembers die Oberste Heeresleitung gestellt. Der Kaiser hatte am Vormittag seine Absicht kundgetan, an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wiederherzustellen, und hatte General Groener den Befehl erteilt, diese Operation vorzubereiten.<sup>153</sup> Groener bezeichnete schon jetzt, nach vorläufiger Prüfung der Verhältnisse, den Plan eines Vormarsches gegen die Heimat als aussichtslos.<sup>154</sup> Hindenburg schloß sich, da ein Erfolg bei den gegebenen Voraussetzungen nicht zu erwarten sei, schweren Herzens dem Urteil Groeners an. Generaloberst von Plessen, der Generaladjutant des Kaisers, empfindet es schmachvoll, „daß dieselbe Armee, die sich vier Jahre lang die Bewunderung der ganzen Welt erworben habe, jetzt nicht imstande sein sollte, eine Bande ruchloser Matrosen zu überwinden.“<sup>155</sup>

Die Telegramme des Reichskanzlers und des Staatssekretärs

---

153. Die Vorgänge des 9. November im Großen Hauptquartier, Denkschrift vom 27. Juli 1919, bei Niemann, Revolution von oben, S. 334.

154. Ebenda, S. 335.

155. Ebenda.

Solf werden am Morgen des 9. Novembers dem Kaiser vorgelegt. Sie führen aber keine Sinnesänderung des Monarchen herbei. Dieser ist fest überzeugt, „daß es sich in der Heimat um einen Umsturzversuch bolschewistischen Charakters handle, und daß eine Abdankung in diesem Augenblick ein Chaos heraufbeschwören würde.“<sup>156</sup>

Der militärische Vortrag der Obersten Heeresleitung beim Kaiser am 9. November steht ganz im Zeichen der Ohnmacht gegenüber den Revolutionären. Hindenburg bittet formell um seine Entlassung. General Groener hält Vortrag und schildert eingehend die militärische Lage des Frontheeres gegenüber den Revolutionären; ein Unternehmen des Feldheeres gegen die Heimat sei unausführbar;<sup>157</sup> entscheidend hierfür sei die Ernährungsfrage und die Aussichtslosigkeit, mit dem Feinde im Rücken, die Rheinübergänge und Festungen wiederzuerobern zu können. — Hindenburg stimmte trotz der Proteste von Plessens und von der Schulenburgs den Ausführungen Groeners zu: die Nachrichten, die die Oberste Heeresleitung aus der Heimat und vom Heer hätten, ließen es als ausgeschlossen erscheinen, mit Erfolg den Kampf gegen die Revolution führen zu können; er, Hindenburg, könne die Verantwortung für die Zuverlässigkeit des Heeres nicht mehr übernehmen.<sup>158</sup>

Der Kaiser gibt jetzt den Gedanken, die Heimat zurückzuerobern, auf. Nach geschlossenem Waffenstillstand will er in friedlicher Weise an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückkehren.<sup>159</sup> — Aber auch diese Absicht bezeichnet General Groener für unausführbar, da die revolutionäre Bewegung sich unmittelbar gegen die Person Wilhelms II. richte, und auch das Heer nicht unter dem Befehl des Kaisers in geschlossener Ordnung in die Heimat marschieren werde; das Heer stehe nicht mehr hinter dem Monarchen.<sup>160</sup> — Der Kaiser, der sich von der Armee schmählich verlassen fühlt, braust auf und verlangt diese Meldung „schwarz auf weiß“, aber erst nach Befragung aller Befehlshaber.<sup>161</sup> Jetzt überbringen von Grünau und von Hintze die aus Berlin vorliegenden Nachrichten:<sup>162</sup> die sozialistischen

---

156. Niemann, *Revolution von oben*, S. 294.

157. Ebenda, S. 336.

158. Denkschrift des Generals Grf. v. d. Schulenburg, ebenda, S. 350.

159. Ebenda, S. 337.

160. Ebenda, S. 350.

161. Ebenda.

162. Ebenda, S. 380.

Minister seien aus der Regierung ausgetreten; in Berlin sei der Generalstreik ausgebrochen, man rechne stündlich mit der Ausrufung einer Regierung Liebknecht; Straßenkämpfe seien bereits im Gange, die Truppen seien zu den Aufständischen übergegangen und „Berlin flösse im Blut“; die Reichskanzlei dringe fortwährend auf die Abdankung Seiner Majestät. — von Plessen und von der Schulenburg bitten den Kaiser, wenigstens als König von Preußen beim Heer zu bleiben, wenn er als Deutscher Kaiser abzudanken gedenke; auch Hindenburg sieht darin eine Möglichkeit, das Heer weiterhin zusammenzuhalten.<sup>163</sup>

Gegen 11 Uhr vormittags berichtet Oberst Heye, der Chef der Operationsabteilung, über die Befragung der 39 nach Spa berufenen Frontoffiziere. Die Frage, die diesen vorgelegt worden war, lautete: <sup>164</sup> „Wie steht die Truppe zum Kaiser? Wird es möglich sein, daß der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampf wieder erobert?“ — Diese Frage wurde von einem Offizier bejaht, von 23 verneint und 15 erschien es „mehr oder weniger zweifelhaft“. — Oberst Heye meldete dem Kaiser: die Truppe sei noch treu ergeben, aber sie sei müde und gleichgültig, sie wolle nur Ruhe und Frieden. Gegen die Heimat marschiere sie jetzt nicht mehr, auch nicht mit dem Kaiser an der Spitze. Sie marschiere auch nicht gegen den Bolschewismus. — Der Kaiser wirft die Frage ein, ob die Armee auch ohne ihn geordnet nach Hause marschiere? Darauf Heye: das Heer sei noch fest in der Hand seiner führenden Generäle, und wenn der Kaiser mitmarschiere, „so ist das der Truppe recht und ihr eine Freude“.<sup>165</sup> Aber freilich: der Kaiser brauchte, wie Hintze treffend bemerkte, keine Armee zum Spazierengehen.<sup>166</sup> —

Unter dem Zwang dieser Verhältnisse entschloß sich Wilhelm II., dem Vorschlag Schulenburgs folgend, als Deutscher Kaiser abzudanken, aber als König von Preußen beim Heere zu bleiben.<sup>167</sup> Um 1 Uhr 15 gibt er Hintze den Befehl, eine Abdankungsurkunde zu formulieren.<sup>168</sup> Um 2 Uhr ist die Urkunde, die sich eng an die vom Kaiser diktierten Stichworte <sup>169</sup> anschließt,

---

163. Ebenda, S. 352.

164. Ebenda, S. 338.

165. Ebenda.

166. Ebenda, S. 304.

167. Nachwort zum 9. November, bei M. v. B., a. a. O., S. 645.

168. Niemann, Revolution von oben, S. 305.

169. Ebenda.

fertiggestellt und wird von Wilhelm II. unterzeichnet.<sup>170</sup> Darin hieß es u. a.:<sup>171</sup>

„2. Um Blutvergießen zu vermeiden, sind Seine Majestät bereit, als Deutscher Kaiser abzutreten, aber nicht als König von Preußen. Seine Majestät wollen auch aus dem Grunde König von Preußen bleiben, um zu vermeiden, daß durch den bei Abdankung erfolgenden gleichzeitigen Abgang der Mehrzahl der Offiziere die Armee führerlos wird und sich auflöst.

3. Seine Majestät wollen einen Bürgerkrieg nicht.

4. Seine Majestät werden für den Fall der Abdankung als Deutscher Kaiser dem Feldmarschall von Hindenburg befehlen, den Oberbefehl über das deutsche Heer zu übernehmen und werden Allerhöchstselbst bei den preußischen Truppen bleiben. Weitere Bestimmung würde dem Reichsverweser vorbehalten.“

Nach 2 Uhr 15 gibt Hintze den Wortlaut dieser teilweisen Abdankung Wilhelms II. telephonisch an die Reichskanzlei nach Berlin.

Wie kam es nun in Berlin zur Entthronung des Kaisers? — Von den Unabhängigen war für den 9. November, früh 9 Uhr, die Parole zum Generalstreik herausgegeben worden.<sup>172</sup> Die Mehrheitssozialisten hatten wenig Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, die Arbeiterschaft von der Streikparole der Unabhängigen zurückzuhalten; sie entschlossen sich daher am Abend des 8. Novembers, der Regierung zur Herbeiführung der Abdankung des Kaisers „eine Galgenfrist bis 9 Uhr früh“ zu gewähren;<sup>173</sup> damit warfen die Mehrheitssozialisten ihren Beschluß vom Mittag des 8. Novembers bezüglich der Verlängerung des Ultimatums bis zum Abschluß des Waffenstillstandes wieder um. Die Mehrheitssozialisten wollten den Anschluß an die Revolution nicht verfehlen und nicht zufällig fielen die Stunde der Streikparole der Unabhängigen mit der neuen Fristsetzung des sozialdemokratischen Ultimatums zusammen.

Als Scheidemann am 9. November gegen 9 Uhr die Reichskanzlei antelephonierte und einen negativen Bescheid bezüglich der Abdankung Wilhelms II. erhielt, ließ er dem Reichskanzler mitteilen, daß er sein Amt als Kaiserlicher Staatssekretär nieder-

---

170. Ebenda, S. 305, S. 373, S. 422.

171. Ebenda, S. 305.

172. S. Rosenberg, a. a. O., S. 254. Vgl. M. v. B., a. a. O., S. 630,

173. Scheidemann, Memoiren, Bd. II S. 295.



lege.<sup>174</sup> Nun trat die Sozialdemokratie offen ins revolutionäre Lager über. Die Revolution marschierte, und mit ihr die Sozialdemokratie, der am Vortage die bürgerlichen Parteien vertrauensvoll entgegengekommen waren und deren Forderungen sie zugestimmt hatten, um „Ruhe und Ordnung“ sichergestellt zu wissen.

In der Reichskanzlei herrschte fieberhafte Erregung. Als um 9 Uhr 15 Hintze aus Spa mitteilte:<sup>175</sup> „Die Oberste Heeresleitung hat sich entschlossen, sogleich Seiner Majestät zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht unter Ihm stehen würden, und daß die Armee wegen Ernährungsschwierigkeiten nicht imstande sein würde, einen Bürgerkrieg zu führen“ und hinzufügte: „es sollten jedoch in Berlin keine Konsequenzen daraus gezogen werden, die Nachricht sei streng geheim“, und als Wahnschaffes Einwurf, daß es unter diesen Umständen gar keine andere Entscheidung als die Abdankung gebe, unwidersprochen blieb,<sup>176</sup> da glaubte man in der Reichskanzlei ganz allgemein, eine solche Stellungnahme der Obersten Heeresleitung müsse den Rücktritt Wilhelms II. unmittelbar zur Folge haben.<sup>177</sup> Wahnschaffe verständigte Ebert und forderte ihn auf, die Demonstrationsbewegung aufzuhalten; Ebert bedauerte: die Arbeiter der Fabrik Schwartzkopff seien schon auf die Straße gegangen.<sup>178</sup> Wahnschaffe war der Ansicht, daß eine „Bekanntmachung, die auch gleich eine Regentschaft ankündigte“, vorbereitet werden müßte, „um bei Eintreffen der Nachricht aus Spa zur Hand zu sein“.<sup>179</sup> Geheimrat Simons entwarf alsdann nach Rücksprache mit dem Reichsjustizamt und dem Justizministerium eine solche Bekanntmachung. —

Die aus Spa bis gegen 11 Uhr einlaufenden Nachrichten waren angeblich nur Vertröstungen, dahingehend, daß die Entscheidung in Bälde bevorstünde. In der Reichskanzlei entstand dadurch der Eindruck, „daß die Dinge sich im Hauptquartier so entwickelten, wie sie nach dem Vortrag der Obersten Heeresleitung sich eigentlich naturnotwendig entwickeln mußten, d. h.

---

174. Ebenda, S. 296 f.

175. Niemann, Revolution von oben, S. 284.

176. Wahnschaffe, Der letzte Akt der Kaisertragödie, bei Niemann, Revolution von oben, S. 420.

177. Ebenda, S. 284.

178. M. v. B., a. a. O., S. 631.

179. Niemann, Revolution von oben, S. 422.

daß der Kaiser abdanken würde.“<sup>180</sup> Nach der Darstellung des Prinzen Max lag nach 11 Uhr folgende, für ihn maßgebende Meldung vor:<sup>181</sup> die Angelegenheit sei jetzt sachlich entschieden; man sei jetzt bei der Formulierung. — Hier liegt offensichtlich eine Verwechslung des Prinzen Max vor; dieses Telephonat erfolgte erst gegen 1 Uhr 30.<sup>182</sup>

Unterstaatssekretär Wahnschaffe, dessen Darstellung der Vorgänge vom 9. November unabhängig von der des Prinzen Max erfolgte, spricht davon, daß „man in Berlin den bestimmten — durch die späteren Meldungen bald bestätigten — Eindruck“ hatte, „daß der Entschluß zur Abdankung feststehe und nur die Form noch gesucht würde“.<sup>183</sup> Diesen Eindruck erhielt „man“ in Berlin — gemeint waren Wahnschaffe, Simons und von Prittwitz, der Adjutant des Prinzen Max — aus Gesprächen mit General Groener und mit den Herren von Grünau, von Hirschfeld und von der Schulenburg (?). Es handelt sich hier zweifellos um Äußerungen der Genannten auf Grund subjektiver Eindrücke von den Vorgängen im Großen Hauptquartier,<sup>184</sup> aus denen man in der Reichskanzlei das Wünschenswerte heraushörte.<sup>185</sup>

---

180. Ebenda, S. 632.

181. Ebenda.

182. Gegen halb 2 Uhr entgegnete Schulenburg auf das fortgesetzte Drängen der Reichskanzlei: „Eine so wichtige Entschliebung wie die Abdankung des Deutschen Kaisers könne nicht in wenigen Minuten gefaßt werden. Seine Majestät hätten seinen Entschluß gefaßt, er würde schriftlich im Augenblick formuliert und die Reichsregierung müsse sich gedulden, bis diese Erklärung etwa in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde.“ (Denkschrift Schulenburgs bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 325.)

183. Niemann, *Revolution von oben*, S. 422.

184. S. Buchner, Die „Erinnerungen und Dokumente“ des Prinzen Max von Baden und ihr Quellenwert, in *Gelbe Hefte IX. Jahrg.*, S. 651. Um 11 Uhr, nach dem militärischen Vortrag Groeners, befahl der Kaiser, daß alle Oberbefehlshaber über die Stimmung des Heeres befragt werden sollten; er schloß mit den Worten: „Wenn diese mir melden, daß das Heer nicht mehr zu mir steht, bin ich bereit, zu gehen, nicht eher.“ (Bericht Grünaus bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 445 f.) — Nach 11 Uhr hatte Herr von Grünau eine Unterredung mit dem Kaiser. Grünau glaubt die Feststellung machen zu können, „daß er (der Kaiser) sich innerlich bereits mit dem Gedanken der Abdankung vertraut gemacht hatte, und daß er sich zu dem schweren Entschluß durchringen würde.“ (Nachwort zum 9. November, bei Max von Baden, a. a. O., S. 644.) Wilhelm II. erklärte alsdann gegenüber Grünau, „wenn das Deutsche Volk es nicht anders wolle, so sei er bereit, abzudanken.“ (Ebenda.)

185. Buchner, Die „Erinnerungen und Dokumente“ des Prinzen Max von Baden und ihr Quellenwert, in *Gelbe Hefte IX. Jahrg.*, S. 653.

Für Prinz Max von Baden, der ganz unter dem Einfluß der in der Reichskanzlei herrschenden Spannung stand und vergeblich auf einen positiven Bescheid aus Spa wartete, waren angeblich die nun folgenden Erwägungen für seinen Entschluß ausschlaggebend. Er sah noch eine „schmale Hoffnung für die Monarchie“,<sup>186</sup> wenn er jetzt, bevor die Revolution zum Zuge käme, die Abdankung des Kaisers, die Einberufung einer Nationalversammlung und die Ernennung Eberts zum Reichskanzler bekanntgeben könnte. Vielleicht gelang es dann noch, „die revolutionären Energien in die legalen Bahnen des Wahlkampfes zu lenken“.<sup>187</sup> Die Absetzung des Kaisers durch eine Proklamation der „Straße“, die zu verhindern der Reichskanzler keine Machtmittel mehr besaß, glaubte er durch die Verkündung der Abdankungserklärung vorbeugen zu müssen, wenn noch die „geringste gute Wirkung zugunsten des Kaisers und seines Hauses erzielt“ werden sollte.<sup>188</sup> Geheimrat Simons riet dem Kanzler, sich über formale Bedenken hinwegzusetzen, in einem Augenblick, wo es vielleicht noch möglich sei, die Monarchie als Institution zu retten.<sup>189</sup> Der vollen Verantwortung wohl bewußt,<sup>190</sup> ließ Prinz Max gegen halb 12 Uhr dem Wolffschen Telegraphenbureau die von Simons entworfene Abdankungserklärung zugehen. Die Wolff-Depesche lautete:<sup>191</sup>

---

186. M. v. B., a. a. O., S. 632.

187. Ebenda.

188. Ebenda, S. 634.

189. Ebenda.

190. Ebenda.

191. S. ebenda. Vgl. Keim, a. a. O., S. 111, wo dieser die Auffassung zweier Juristen über das Verhalten des Prinzen Max wiedergibt. 1. Der Rechtsanwalt Dr. Ebenau in Frankfurt a. M. stellte am 22. August 1920 Strafantrag beim Reichsgericht gegen den Prinzen Max von Baden, Philipp Scheidemann, Friedrich Ebert, Dr. Landsberg, Dittmann, wegen Hochverrates (S. „In der Strafsache gegen Prinz Max von Baden und fünf Genossen wegen Hochverrates“, F. Lehmann, München). Bezüglich des Prinzen Max heiße es dort: „Der Beschuldigte hat am 9. November 1918 eine amtliche Bekanntmachung erlassen, in der es heißt, der Kaiser und König habe sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Tatsächlich waren um diese Zeit die Verhandlungen mit dem Kaiser über seine Abdankung noch nicht abgeschlossen, insbesondere lag eine Abdankungserklärung noch nicht vor. . . Einer der Zwecke der genannten Bekanntmachung ist gewesen, durch diese Veröffentlichung eine Lage zu schaffen, die mit physischer Gewalt Kaiser und Kronprinz zur Thronentsagung zwang. Der Beschuldigte hat also unternommen, die im Deutschen Reich und Preußen bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern — Verbrechen gemäß §§ 87, 82 des Reichsstrafgesetzbuches.“ — Das Reichsgericht gab dieser Anklage in zwei Instanzen keine Folge. Dr. Ebenau bemerkt hierzu: „Der Beschluß des Reichsgerichtes vermeidet es ebenso wie der Bescheid des Oberreichsanwaltes auf die von mir

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenze wünschen sollten, endgültig festzustellen.“

Generalleutnant Keim, der dem Prinzen Max für seine bisherige „unfähige“ Politik „mildernde Umstände“ zubilligte, nennt diese Vorgehen ein „Verbrechen“.<sup>192</sup> Die in jener Kundgebung ausgesprochene Ankündigung einer Regentschaft und Wahl zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung entsprach überdies nicht dem Vorschlag, den Prinz Max noch am Vortage dem Kaiser sowohl mündlich als schriftlich gemacht hatte;<sup>193</sup> dort hatte er die Ernennung eines Stellvertreters empfohlen, eine Lösung, die in der Reichsverfassung nicht vorgesehen war. Für Preußen war eine Stellvertretung für den Fall

---

gegebene Begründung einzugehen. Ich ziehe hieraus den Schluß, daß beide nicht in der Lage sind, meine Rechtsauffassung zu widerlegen. Das höchste Gericht, die Regierung, die nach ihrem eigenen Worte, die alte Regierung stürzte, um an Stelle der Macht das Recht zu setzen, zerschlägt mit dieser Entscheidung das seitherige Recht und setzt an dessen Stelle die Macht. Recht und Gericht sind zum Werkzeug der Machthaber erniedrigt.“

2. Prof. Dr. Frhr. v. Freytag-Loringhofen sagt im „Tag“ vom 13. Mai 1922 unter der Überschrift: „Die Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung“ u. a. folgendes: „Prinz Max von Baden gab am 9. November 1918 in Nr. 267 des ‚Reichsanzeigers‘ wahrheitswidrig die Abdankung des Kaisers bekannt, die damals nicht erfolgt war und Scheidemann rief die Republik aus. Prinz Max von Baden und Scheidemann haben sich durch ihre Handlungen des Hochverrates im Sinne des geltenden Strafgesetzbuches schuldig gemacht. Die Tatsache, daß ein vom 12. November datierter Aufruf der ‚Volksbeauftragten‘ die Amnestie für alle politischen Strafhandlungen gewährte, kann sie von der verwirkten Strafe befreien, aber auch amnestierter Hochverrat bleibt Hochverrat. ... Worauf es ankommt ist, daß sie beide ihren als Reichskanzler und als Staatssekretär dem Kaiser geleisteten Eid gebrochen und überdem das Vertrauensverhältnis mißbraucht haben, in dem sie zum Kaiser als seine nächsten Berater standen. Prinz Max von Baden hat ferner gegen die Pflicht verstoßen, die ihm als deutschen Fürsten oblagen, und hat bewußtermaßen eine Lüge ausgesprochen ...“

192. Keim, a. a. O., S. 110 f.

193. S. Niemann, Revolution von oben, S. 287.



einer vorübergehenden Behinderung des Monarchen zulässig.<sup>194</sup> Da nach der Reichsverfassung der König von Preußen zugleich Deutscher Kaiser war, so hätte Wilhelm II. nur als König von Preußen einen Stellvertreter ernennen können; ob dieser Stellvertreter auch zugleich als Stellvertreter des Kaisers hätte fungieren können oder ob ein eigener Reichsverweser einzusetzen war, darüber gingen die Meinungen der Juristen auseinander. Eine Regentschaft war in der Reichsverfassung ebenfalls nicht vorgesehen, sie hätte aber praktisch im Falle der Minorität des Nachfolgers eintreten müssen.

Gegen 12 Uhr wurde die obige Abdankungserklärung bereits als W.T.B.-Depesche in den Straßen Berlins verbreitet.<sup>195</sup> Um dieselbe Zeit ungefähr übergab Prinz Max ebenso ohne jegliche Vollmacht<sup>196</sup> dem Abgeordneten Ebert das Reichskanzleramt. Auf die Frage des Prinzen Max, ob Ebert bereit sei, dieses Amt innerhalb der monarchischen Verfassung zu führen,<sup>197</sup> entgegnete dieser: „Gestern hätte ich diese Frage unbedingt bejaht, heute muß ich mich erst mit meinen Freunden beraten.“<sup>198</sup> Als dann Prinz Max auf die Regentschaftsfrage einging, rief Ebert und der ihn begleitende Chor der Sozialdemokratie: „Zu spät, zu spät!“<sup>199</sup> Prinz Max bedauerte später, daß er in diesem Augenblick nicht den vom Kaiser ernannten Stellvertreter (!) der Sozialdemokratie präsentieren<sup>200</sup> und die sozialdemokratische Abordnung vor gegebene Tatsachen stellen konnte. —

Gegen halb 2 Uhr sprach Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus an die Volksmassen. Er sagte unter anderem:<sup>201</sup>

„Der Kaiser hat abgedankt! Er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt! ... Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die deutsche Republik!“

Wer hat am 9. November über den Kaiser und „seine Freunde“ gesiegt? Das „Volk“ auf der Straße, die revolutionären

---

194. Über die Rechtslage nach der Abdankung Wilhelms II. wurde am 31. Okt. im Kabinett diskutiert, s. Max von Baden, a. a. O., S. 543, Niemann, Revolution von oben, S. 287 und 225.

195. M. v. B., a. a. O., S. 635.

196. Vgl. Rosenberg, a. a. O., S. 255.

197. M. v. B., a. a. O., S. 638.

198. Eberda.

199. Ebenda.

200. Ebenda, S. 639.

201. Scheidemann, Memoiren, Bd. II, S. 312.

Massen oder das demokratische Prinzip? — Wir haben gesehen, daß die Entschließung des Interfraktionellen Ausschusses vom 8. November auf die Vorgänge in Berlin und Spa keinerlei Einfluß gehabt hatte. Es wäre aber billig, deshalb der Sozialdemokratie und der radikalen Linken den „Sieg“ zuschreiben zu wollen. Gesiegt — um bei der Vokabel zu bleiben! — hat schließlich nur die Furcht des Prinzen Max vor der Revolution, die ihn zur Entthronung des Kaisers veranlaßte, um dadurch möglicherweise die monarchische Institution zu retten. Diese Tat erst und ihre Auswirkung gaben der Sozialdemokratie die Illusion des Sieges. —

Die Proklamation der Republik durch Scheidemann war kein rechtsgültiger Akt, und Ebert wies darob seinen Parteifreund energisch zurecht:<sup>202</sup> „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante!“ Und noch zwischen 5 und 6 Uhr bat Ebert den Prinzen Max als Reichsverweser zu bleiben.<sup>203</sup>

Als die Abdankungserklärung Wilhelms II. nach 2 Uhr in Berlin eintraf, löste sie eine ungeheure Verwirrung aus. Wahnschaffe und Simons bezeichneten sie als „Unsinn“,<sup>204</sup> Payer wußte angeblich nicht, ob er diese Lösung „mit Weinen oder mit Lachen aufnehmen“ sollte.<sup>205</sup> Wahnschaffen erschien die teilweise Abdankung Wilhelms II. aus staatsrechtlichen Gründen unmöglich; da nach der Reichsverfassung der preußische König zugleich Deutscher Kaiser war, so glaubte Wahnschaffe, daß eine solche „Teilabdankung“ eine Änderung der Verfassung bedinge; in der Abdankungsurkunde Wilhelms II. war aber ausdrücklich von einem Reichsverweser die Rede. Ferner befürchtete Wahnschaffe, daß die teilweise Abdankung nicht die beabsichtigte politische Wirkung auslösen würde.<sup>206</sup>

Dem Kaiser wird der Sachverhalt der Berliner Abdankungserklärung mitgeteilt. Wilhelm II. entgegnet in feierlichem Ernst:<sup>207</sup> „Ich bin und bleibe König von Preußen und werde das Heer nicht verlassen.“

Um halb 4 Uhr findet in Spa eine Beratung über folgende

---

202. Ebenda, S. 313.

203. M. v. B., a. a. O., S. 643.

204. Ebenda, S. 641.

205. Payer, a. a. O., S. 162.

206. Niemann, Revolution von oben, S. 422.

207. Niemann, Revolution von oben, S. 422.

Fragen statt:<sup>208</sup> „1. Sind die materiellen Mittel zur Verfügung, um die in Berlin ausgesprochene Abdankung mit Gewalt rückgängig zu machen?“ Die Antwort der Offiziere lautete: Nein! — „2. Ist es richtig und ratsam, einen öffentlichen Einspruch gegen die Berliner Proklamation zu erlassen?“ Die übereinstimmende Antwort war: „jetzt nicht zeitgemäß, aber schriftlicher Protest als Dokument für die Zukunft zu hinterlegen.“ — „3. Wie ist für die Sicherheit des Kaisers zu sorgen?“ Die Offiziere waren überzeugt, daß bei einer fortschreitenden Ausbreitung der Revolution auch der Aufenthalt des Kaisers bei der Armee keine Gewähr für die Sicherheit bieten würde. Die Rückkehr des Kaisers in die Heimat wurde für „kaum tunlich und ratsam erachtet angesichts des dortigen Aufruhrs und der Besetzung der Rheinübergänge durch die Auführer. Für eine eventuelle Reise Seiner Majestät ins neutrale Ausland wurde die Schweiz und Holland ventiliert, Holland als das leichter erreichbare erklärt.“

Hindenburg überbrachte Wilhelm II. den Beschluß der Obersten Heeresleitung. „Ich kann es nicht verantworten,“ so sprach der Feldmarschall,<sup>209</sup> „daß Euere Majestät von meutern den Truppen nach Berlin geschleppt und der revolutionären Regierung als Gefangener ausgeliefert werden.“ „... Deshalb<sup>210</sup> muß ich Euer Majestät raten (die Krone niederzulegen und), nach Holland zu gehen.“ — Wilhelm II. verließ am 10. November, früh 5 Uhr, das Große Hauptquartier und begab sich ins Exil nach Holland.

Die Berliner Abdankungserklärung wurde also von der Obersten Heeresleitung und von Wilhelm II, weder öffentlich widerrufen noch berichtigt. Durch den Übertritt des Kaisers auf neutrales Gebiet, wurde die Tatsache der Entthronung demonstrativ kundgetan.

In der gesamten Presse — und nicht nur Deutschlands! — wurde die Abdankung Wilhelms II. als Deutscher Kaiser zum Anlaß eingehender Betrachtungen über die geschichtliche Bedeutung dieses Aktes und über die Persönlichkeit des Hohenzollern. Wäre es dem Kaiser vergönnt gewesen, das deutsche Volk zum Siege zu führen, so würde er im Volksbewußtsein

---

208. Ebenda, S. 374.

209. Ebenda, S. 307.

210. Ebenda, S. 375.

ohne Übertreibung als eine Lichtgestalt, als ein Halbgott,<sup>211</sup> wie Scheidemann meint, weitergelebt haben. Nun, da der Krieg verloren war, wurden die Lichtseiten seines Wesens stark gedämpft und die Schattenseiten traten in verzerrender Schärfe in den Vordergrund.<sup>212</sup>

Die „Kreuz-Zeitung“, das Blatt der Kaisertreuen schrieb:<sup>213</sup>

„Die in 500 jähriger Geschichte gegründete Herrscherstellung der Hohenzollern hat ihr Ende gefunden, der deutsche Kaisertraum ist ausgeträumt, des Deutschen Reiches Herrlichkeit und Weltstellung ist vernichtet. Das alte ruhmbedeckte preußische und deutsche Heer, die Flotte, der Stolz und der Liebling des deutschen Volkes, liegen mit beschmutztem Ehrenkleid am Boden. Unsagbar schwer wurde das deutsche Volk durch das Geschick getroffen, daß es nach dem Heldenkampf von 50 Monaten der Übermacht von vier Fünftel der ganzen Menschheit militärisch erliegen mußte. Schwerer noch und vernichtender trifft es die eigene Schuld, daß es sich zuletzt selbst aufgab, daß es sich los-sagte von Treue und beschworener Pflicht, von Würde und Ehre, daß es sich wehrlos in die Hand seiner Feinde gab. Vor unseren Augen steht in unerbittlicher Klarheit das Bild der Sühne, die dem deutschen Volk nicht erspart bleiben wird. Ein fürchterliches Erwachen wird dem Tausel der jetzigen Tage folgen.“

Das konservative Blatt sieht in dem Umsturz, in der Enthronung des Kaisers, eine Treulosigkeit, eine selbstvergessene Ehrlosigkeit des deutschen Volkes. — Der Berliner „Lokal-Anzeiger“ schreibt:<sup>214</sup>

„Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Geschichtsforschung sein, in das wahrheitsverhüllende Labyrinth dieser Geschichtsfälschung mit der Fackel der unbestochenen Forschung hineinzuleuchten und nachzuweisen, daß die Weltgeschichte, wenn sie beansprucht, sich auch in dem Ereignis des heutigen Tages als Weltgericht zu offenbaren, einen grausamen, furchtbaren Justizmord begangen hat.“

Und die „Germania“:<sup>215</sup>

„Es ist also Tatsache geworden, was von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde unvermeidlicher zu werden schien. Die stärkste Monarchie Europas und damit der Welt steht am

---

211. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 197.

212. Niemann, Wanderungen, S. 127. Vgl. Schmidt-Pauli, a. a. O., S. 18 f.

213. Kz.-Z., 10. Nov. 1918/Nr. 575.

214. Zitiert nach dem „Deutschen Geschichtskalender“, Die deutsche Revolution, S. 27.

215. Germ., 9. Nov. 1918/Nr. 526.



Ende des gewaltigsten Krieges der Geschichte nun auch auf das ernsteste erschüttert da. „Der Kaiser hat sich entschlossen,“ sagt die amtliche Meldung, aber dieser Entschluß ist selbstverständlich herausgewachsen aus einer Entwicklung, deren Ende nun schon so klar vor des Monarchen Auge stand, daß er es nicht erst von selbst an sich herantreten zu lassen brauchte. Gerade acht Tage ist es her, seit bekannt gegeben wurde, daß der Kaiser in einem Erlaß an den Reichskanzler seine Auffassung des Kaisertums dahin aussen und haben mit tiefer Sorge gesehen, daß die Einflüsse, gesprochen hat, es sei „Dienst am Volke“. Aus dieser Auffassung heraus, hat er auch diesen letzten für ihn persönlich gewiß schwersten Entschluß gefaßt, er gibt dem deutschen Volk die Bahn frei, seine Zukunft in jeder Beziehung so zu gestalten, wie es das selbst für richtig finden wird... Wir können in dieser historischen Stunde nur dem tiefgefühlten Wunsch Ausdruck geben, daß es unserem Volke vergönnt sein werde, diese Wahl (zur Nationalversammlung) und Entscheidung in Ruhe und Besonnenheit klaren und festen Sinnes zu treffen und weder dabei noch jemals später zu vergessen, was es den Hohenzollern in 500 Jahren aufwärts-führender Regierung zu verdanken hat.“

„Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß die Um- Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben:<sup>216</sup>

gestaltung unserer inneren Verhältnisse und der Zusammenbruch der durch vier Jahre mit teilweise unverantwortlichen Mitteln aufrechterhaltenen Kriegspolitik den Rücktritt des Mannes unvermeidlich gemacht haben, an dessen Amt nun einmal die ungeheure Verantwortung haftete. Wir haben nie an dem Willen Kaiser Wilhelms gezweifelt, das deutsche Volk einer gesegneten Zukunft entgegenzuführen, aber wir haben die Wege, die er einschlug, oft genug mißbilligen müßten er ausgesetzt war, sich in einer Richtung bewegen, die von den Anschauungen der gewaltigen Volksmehrheit weitab führte.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:<sup>217</sup>

„So sicher es ist, daß der von der Höhe herabfallende Stein nicht in der Luft hängen bleiben kann, so sicher stand, nach dem Gesetz der Schwere, seit Wochen diese Lösung der großen Frage fest. Besser wäre es auch hier gewesen, dem Willen des Volkes nicht hinterdrein zu folgen, sondern ihm mit Herrscherwürde voranzugehen. Aber trifft die Könige die alleinige Schuld, wenn sie zu lange glauben, das ganze

---

216. Zitiert nach dem „Deutschen Geschichtskalender“, Die deutsche Revolution, S. 28.

217. B. T., 9. Nov. 1918/Nr. 575.

Volk sei in liebender Anhänglichkeit um sie geschart? Wann tritt, zwischen huldigenden Bürgermeistern, Ehrenjungfrauen, Spalierenthusiasten, Lakaien und Triariern, die Wahrheit an sie heran? Und wie sollen sie verstehen, daß plötzlich so mancher, der gestern noch den Roten Adlerorden vierter Klasse glückstrahlend entgegennahm, heute die demokratische Überzeugung möglichst sichtbar ins Knopfloch steckt? . . .

Wer dem Kaiser nie die Rosen, die aus den Gärten von Byzanz stammen, dargebracht hat, wird in diesem Augenblick gern darauf verzichten, auf die Schwelle, über die er hinausschreitet, nur Beschuldigungen zu streuen. Er hat dreißig Jahre lang regiert, und er ist das Opfer von Eigenschaften geworden, die ein Teil seiner Natur waren und von fatalen Persönlichkeiten zugunsten falscher Ziele ausgebeutet worden sind. Man kann ihn nicht mit wenigen Worten und Strichen zeichnen, denn sein Wesen ist sehr gemischt, und es geht in ihm vieles, was unvereinbar scheint, durcheinander und nebeneinander her. Er schien, wie ein moderner Mensch, überall Wissen und Berührung zu suchen, und er war doch offen überzeugt, Gott habe ihn und sein Haus zu Sendboten, zu Vollstreckern seines Willens gewählt . . . Aber er war doch, wenn die Zeitumstände es gebieterisch forderten, zu Konzessionen, zur Hergabe alter historischer Requisiten bereit. Wir haben gesehen, wie er der Umgestaltung Preußens durch das gleiche Wahlrecht zustimmte und wie er zuletzt, in den Tagen der Not, auf die mittelalterliche Glorie verzichtete, die ihm, wie er meinte, vom Gottesgnadentum kam.“

Der „Vorwärts“ findet in dem Revolutionstaumel keine Muße, dem letzten Hohenzollern einen Nachruf zu widmen. Die „Fränkische Tagespost“, die als erste die Abdankung Wilhelms II. forderte, soll hier auch das letzte Wort haben. Sie schrieb in einem Extrablatt:<sup>218</sup>

„Wilhelm II. hat endlich abgedankt.

Als höflicher Mann hat Wilhelm II. seinem freundlichen Wittelsbachischem Vetter und Bruder in München den Vortritt gelassen. Dieser Vortritt war freilich ein unfreiwilliger, und auch in Berlin ging es nicht anders, als daß man das ‚Werkzeug des Himmels‘ zur Abdankung nötigte. Der Abschied von der Macht fällt begreiflicherweise umso schwerer, je fester der Inhaber dieser Macht von seinem ‚Gottesgnadentum‘ und von seiner überragenden, durch keine Verantwortlichkeit eingeschränkte Stellung durchdrungen und eingenommen war. Zudem waren auch nach Ludendorffs Kalt-

---

218. F. Tp., 9. Nov. 1918/Nr. 264.

stellung jene Einflüsse noch stark und zahlreich, die den Monarchen in seinem Widerstand gegen die ehrlichen Ratschläge der neuen Reichsleitung zu bestärken suchten. Vor allem die Generale, die mit dem Verschwinden der kaiserlichen ‚Kommandogewalt‘ ihre eigene, über alles Zivilpack hoch erhabene, mit diktatorischer Gewalt ausgestattete Stellung untergraben sahen und die darum alles daran setzten, um den Kaiser in dem Irrwahn zu halten, daß sein Bleiben nötig sei, um den Bestand des Reiches vor ‚bolschewistischem Umsturz‘ zu bewahren.“

Zusammenfassend muß zu dem Presseecho gesagt werden, daß auffälligerweise nirgends die Rede davon ist, daß nun die Vorbedingung zur Erreichung milderer Friedensbedingungen erfüllt sei; nirgends wird die Abdankung in Zusammenhang mit der Friedensaktion gebracht. Die Kaiserfrage war also in der gesamten deutschen Presse zu einer Kaiserkrise und darüber hinaus zu einer Krise des monarchisch-militaristischen Systems geworden.

Die republikanische Regierung „beunruhigte“ sich in der Folgezeit „wegen des Fehlens einer unanfechtbaren Abdankungserklärung“, <sup>219</sup> besonders wegen der Notwendigkeit, die Offiziere und Beamten ihres Diensteides zu entbinden. Kriegsminister General Schöuch trat am 15. November 1918 mit von Hintze in Verbindung, damit dieser nach Amerongen, dem Aufenthaltsort Wilhelms II., sich begeben und Seine Majestät zur förmlichen Abdankung bewegen sollte. <sup>220</sup> Hintze regte eine schriftliche Eingabe des preußischen Justiz- und Kriegsministeriums bei Wilhelm II. an, die dann auch tatsächlich erfolgte. Am 22. November 1918 unterzeichnete der Kaiser eine Urkunde, in der er Heer und Beamtschaft des Reiches und Preußens ihres Treueides entband. <sup>221</sup> Die Volksbeauftragten gaben sich mit einer solchen Erklärung jedoch nicht zufrieden und betrieben eine neue Verzichtserklärung. Um alle Mißdeutungen betreffs seines Aufenthaltes in Holland zu entkräften, unterzeichnete Wilhelm II. am 28. November 1918 folgende Urkunde: <sup>222</sup>

„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte

---

219. Niemann, *Revolution von oben*, S. 376.

220. Ebenda.

221. Niemann, *Vom Thron in die Fremde*, Neue I. Z., 1932/Nr. 29, S. 684.

222. Zitiert nach dem „Deutschen Geschichtskalender“, die deutsche Revolution, S. 32.

an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und die Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer höchsteigenthändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.

gez. Wilhelm.“

### **Zusammenfassung.**

In dieser Untersuchung wurde der Versuch gemacht, alle erreichbaren Belege für die Entstehung und Entwicklung der Abdankungsfrage zu erfassen und zu einem einheitlichen Ganzen zu ordnen; es wurde versucht, die inneren Zusammenhänge dieser Frage klarzulegen und das Für und Wider der Meinungen in den einzelnen Phasen der Entwicklung darzustellen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Entstehung der Kaiserfrage auf das engste verknüpft ist mit der zunehmenden Erkenntnis der deutschen Niederlage. Die Abwehrkämpfe des Sommers und Herbstes 1918, die Aussichtslosigkeit dem Vordringen des Feindes weiterhin siegreich widerstehen zu können, schufen in weiten Kreisen die Meinung, daß ein Verständigungsfriede durch Preisgabe des Kaisers zu erlangen sei. Während an der Westfront mit äußerster Verbissenheit gekämpft wurde, diskutierten die Defaitisten in der Heimat über Verfassungsänderungen, um die Voraussetzungen für einen solchen Verständigungsfrieden zu schaffen.

Die überraschende Einführung des parlamentarischen Systems und das deutsche Friedensangebot offenbarten nur zu deutlich die militärische Niederlage Deutschlands. Nun trat die Schuldfrage in den Vordergrund. Die Vorwürfe richteten sich gegen die „militärischen Gewalthaber“ und gegen das „autokratische“ System. Die demokratische Presse war es vor allem, die die Kaiserkrone zum Objekt ihrer eignen politischen Schwachzüge machte und sie der „Völkerversöhnung“ opfern wollte.



Der Notenaustausch mit Wilson lenkte die Aufmerksamkeit immer mehr auf die Person Wilhelms II. und schuf in der breiten Öffentlichkeit die Überzeugung, daß die Entente den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern wirklich nur gegen dessen bisheriges politisches System führe, und daß durch die Abdankung des Kaisers die Erlangung günstigerer Friedensbedingungen garantiert sei.

Durch die dritte Wilson-Note wurde die Kaiserfrage unmittelbar aktuell: die demokratische und marxistische Presse sprach ganz offen die Erwartung aus, der Kaiser werde durch seinen Rücktritt den Weg zum Frieden freigeben.

Die Sozialdemokratie machte die Kaiserfrage bald zu einer Parteiangelegenheit und die radikale Linke propagierte den Umsturz. Die Demokraten gerieten immer mehr in das Schlepptau der Sozialdemokratie. Das Zentrum versuchte vergebens den Nachweis zu erbringen, daß die Kaiserfrage mit der Friedensfrage in keinem Zusammenhang stehe. Die Nationalliberalen und die oppositionelle Rechte klammerten sich an den monarchischen Gedanken und an die Idee des Kaisertums, ohne damit der Zunahme der antikaiserlichen Bewegung Einhalt gebieten zu können.

Vergebens wurde der Versuch gemacht, die Öffentlichkeit dadurch mit Wilhelms II. wieder auszusöhnen, daß der Kaiser seine Loyalität gegenüber der „Volksregierung“ bekundete.

Je länger die Gewährung des Waffenstillstandes von der Entente hinausgeschoben wurde, umso stärker wurde die „öffentliche Meinung“, daß Wilhelm II. das einzige Friedenshindernis sei. Als die Flotte am 28. Oktober zu einem letzten Kampf gegen England auslaufen sollte, kam es zur Meuterei: die Matrosen sahen in dem Befehl eine Sabotage der Friedensbestrebungen. Die Meuterei wurde zur Revolution, die sich innerhalb weniger Tage über ganz Deutschland ausbreitete. Dem gemeinsamen Druck von innen und außen fiel schließlich die Kaiserkrone Wilhelms II. zum Opfer.

Anhang I (zu Seite 95).

Dunkle Stunde.

Ein Phantasiestück von Paul Block.

In dem Zimmer des kleinen Schlosse hinter der Front wurde es dunkel. Schweigen\*lastetete sekundenlang auf den Herzen, nachdem das Ungeheure ausgesprochen war.

Vor seinem Fürsten stand hochaufgerichtet der alte Hausmarschall. Sein gebräuntes Gesicht war von Eisen, aber unter den buschigen weißen Brauen schimmerten die Augen feucht, mit denen er dem zornigen Herrn in das gerötete Antlitz sah.

„Das raten Sie mir, Marschall, dessen Väter meinen Vorfahren seit zwei Jahrhunderten treue Diener waren! Sie, der Paladin meines Thrones, der alte Soldat —.“

Der Alte rührte sich nicht; nur seine Stimme bebte, als er Antwort gab.

„Ja, das rate ich, der ich meinem Fürsten bis zu meiner Todesstunde ein treuer Diener bleiben will. Das rate ich, weil ich für meinen Fürsten den letzten Sieg erkämpfen will, den größten.“

„Einen Fürsten ohne Fürstentum!“

„Fürstliche Würde ist nicht an den Thron gebunden. Herrscherwille heißt nicht bloß Wille zur Macht; der große Herrscher kann auch den stärkeren Willen beweisen, der Macht in rechter Stunde zu entsagen.“

„Und Sie wagen die Ansicht auszusprechen, mir ins Gesicht auszusprechen, daß die rechte Stunde gekoramen ist?“

„Das Wagnis ist nicht groß, da ich nur wiederhole, was Tausende sagen, Hunderttausende denken. Groß ist nur mein Schmerz, daß ich dazu berufen bin, den Gedanken zu meinem Fürsten zu tragen, weil mein Herr mir Gehör schenkt, während er anderer, weniger ehrfürchtiger Stimmen nicht achtet.“

„Ich kenne mein Volk und weiß, daß es mich liebt.“

Der alte Hofmann stand einen Augenblick im mitleidigen Sinnen; aber sogleich straffte er sich höher. In dieser Stunde mußte die Wahrheit gesprochen sein.

„Mein Fürst kennt sein Volk nicht; er hat seit Jahrzehnten nur gesehen und gehört, was ihm als Volk gezeigt worden ist: geputzte Bürger, gut genährte Arbeiter, diplomatische Gelehrte.“

gottesfürchtige Offiziere, gehorsame Soldaten. Jede andere Meinung, als die dem Herrn wohlgefällige, wurde als wertlos oder verbrecherisch seinem Ohr ferngehalten. Die Eisenmauer der Tradition stand zwischen dem Herrscher und seinem Volk. Ihre Stachelspitzen kann Liebe nicht überklettern.“

„Sie vergessen, daß meine Väter dies Volk erst zum Volk gemacht haben. Was eine Vergangenheit von Jahrhunderten sorgsam geschmiedet hat, kann ich nicht in einer dunklen Stunde zerstören. Mein Erbe gehört meinen Ahnen.“

„Nur dann, wenn es auch den Enkeln gehört. Für die Zukunft muß die Gegenwart sich opfern.“

Wieder fuhr der Fürst empor. Zorn und Zweifel stritten in seiner Stimme.

„Bin ich meines Heeres nicht mehr sicher? Wankt etwa die Front? Sind wir nicht mehr stark genug, unser Recht zu schützen, mein Recht zu wahren?“

„Wir sind stark genug, jeden Feind zu bestehen, bis auf einen: die Idee. Gegen den sind auch Helden wehrlos. Und dieser Feind kämpft am stärksten im eigenen Lande und wird immer stärker, je länger ein Kampf währt.“

„Sie antworten nicht auf alles. Noch einmal: m e i n Recht?“

„Edelstes Fürstenrecht ist Achtung vor Menschenrecht.“

„Lafayette im Frack! Schreiben wir 1789 oder 1848? Kehrt Ihre Zukunft zur Vergangenheit zurück?“

Der Alte beugte traurig den Kopf.

„Ich wünsche zu Gott, daß die Vergangenheit nicht zurückkehre. Nicht meine Zukunft ist es, von der ich spreche. Mein Leben ist beschlossen mit dieser Zeit. Aber Pflicht gebietet mir, zu sagen, daß ich, wie die meisten anderen meiner Generation, die Zeichen der Zeit, die nun gekommen ist, nicht erkannt habe. Die Siedehitze der Not hat eine Entwicklung beschleunigt, die sonst noch ein Menschenalter gebraucht hätte. Jetzt ist sie da. Wir müssen mit ihr rechnen.“

„Und kann ich das nicht auch? Sind meine Macht und mein Wille nicht stark genug, meinem Volk zu helfen? Wer kann aufstehen und sagen, daß ich meine hohe Mission nicht immer mit heiligem Eifer erfüllt habe? Daß ich nicht stets aus vollem Herzen gab, was ich für mein Land und Volk als nützlich erkannte?“

„Am großen Herzen meines Fürsten zweifelt keiner; aber

die Sprache, in der Fürsten zu ihren Völkern zu reden pflegen, entseelt den Willen. Nicht Befehl und Geschenk ersehnt das Volk, sondern Verständnis und Recht.“

„Es gibt noch Anderes, Größeres: die Pflicht. Ich habe sie getan, vor Gott und meinem Gewissen. Was tut mein Volk, von dessen Treue so viel Lieder singen?“

Der ernste Blick des Marschalls sah durch die Fenster in die Ferne, aus der dumpfer Donner herüberklang.

„Die Schlacht ist wieder im Gange. Das Volk tut seine Pflicht. Es stirbt.“

Mit raschen Schritten ging der Fürst durch das Zimmer. Er hob die Vorhänge und schaute in die Nacht. Rötlich schimmerte der Horizont. Dann wandte er sich in tiefem Ernst wieder zu dem alten Mann.

„Ich erkenne Ihre gute Meinung. Mir greift das Unglück meines Volkes bitter ans Herz. Wenn ich es vor meinem Gewissen kann, will ich das Meine tun. Also noch einmal: Sie raten?“

„Ich rate, daß mein Fürst aus freien Stücken der Krone entsagt, um durch das Opfer seiner Macht und seiner persönlichen Geltung Glück und Zukunft seines Reiches zu sichern. Besser kein König, als ein Schatterkönig.“

„Glück und Zukunft! Wer sagt Ihnen, wer kann dafür bürgen, daß mit so hohem Opfer auch wirklich Wertvolles erkauft wird? Gibt mein Abschied den Frieden? Bringt meine Entsagung den Sieg?“

„Frieden und Sieg gibt das Schicksal, das niemand beugen kann. Uns Menschen steht nur das Eine frei: die Tür für das zu öffnen, was unser blödes Auge als Heil zu erkennen glaubt. Wenn mein Fürst so hohes Opfer bringen wollte, dann könnte er ebenso Hohes verlangen. Mit dem Geschenk seiner Macht kann er die Ehre seines Volkes erkaufen. Ein Fürst, der so handelt, darf sagen: ich lege meinen Glauben an mich selbst in die Opferflamme dieser Zeit — aber das kann nur geschehen, wenn mein Volk und mein Land ohne mich so groß bleiben, wie sie es mit mir gewesen sind. Entscheidet Euch. Eines oder das andere: aber niemals, mit meinem Willen eines und das andere.“

„Und wenn sie es nicht wollen?“

„Dann, mein Fürst und Herr, gilt es wirklich den letzten,



den allerletzten Todeskampf. Dann werde ich den Söhnen meiner Zeit vorangehen im Sterben, um nicht mehr schauen zu müssen, was aus unserem Volk wird. Dann aber wird noch in letzter Stunde das geschehen, was bisher meinem Fürsten versagt war: dann wird das Volk, das er so geliebt hat, ihn in der Größe seines Willens erkennen. Die Zweifler werden verstummen, die Hasser müssen sich beugen. Und in der Geschichte wird diese Tat fortleben als ein Sieg auf dem Schlachtfeld der Menschheit — bis ein glücklicher Enkel, in den Gedanken einer neuen Welt erzogen, einst durch das Ehrentor zieht, das ein starker Entschluß ihm jetzt geöffnet hat. Wir Menschen vergehen, das Recht bleibt am Leben.“

Sie schwiegen lange. Dann schritt der Fürst langsam zu dem Tisch, auf dem eine Urkunde vorbereitet lag. Er las sie vom Anfang bis zum Ende, ohne daß ein Zucken verriet, was in seinem Herzen tobte. Und nahm mit fester Hand die Feder.

## **Anhang II (zu Seite 130).**

### **Richtlinien für die Kaiserfrage.**

„Zentrale für Heimatdienst  
Staatssekretär Erzberger.

Tgb.-Nr. 1471/18 H.

Berlin W 35, 31. Oktober 1918.

„Die Presse unserer Feinde ist wieder und immer wieder bemüht, dem deutschen Volke einzureden, die Person des Kaisers sei ein Friedenshindernis für den politischen Fortschritt, sei die Verkörperung des Militarismus, das deutsche Volk werde erst dann Ruhe bekommen, wenn es sich vom Kaiser getrennt habe, der Friede werde für Deutschland günstiger, wenn es den Kaiser opfere.

„Keine der feindlichen Regierungen hat sich bisher klar und unzweideutig diese Forderungen der Presse zu eigen gemacht. Auch Wilson hat in seiner Note vom 20. Oktober nicht die Forderung gestellt: Sicherung und Abdankung, sondern Sicherung oder Abdankung. Trotzdem hat die feindliche Wühlarbeit bewirkt, daß auch in Deutschland Stimmen laut werden, die die Abdankung des Kaisers in den Bereich der Möglichkeit stellen, ja sie sogar fordern. Ein unabhängiger Sozialist ging im Reichstag so weit, den Gegensatz aufzustellen: Krieg mit den Hohenzollern, Friede ohne die Hohenzollern.

„Diese Tatsachen mögen uns veranlassen, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Äußerster Takt und äußerste Zurückhaltung tut aber bei ihrer Erörterung not. Die folgenden Richtlinien sind nicht dazu bestimmt, den Meinungsstreit über die Kaiserfrage zu verbreitern und zu vertiefen, sondern sie sollen nur Gedanken zur Abwehr und Zurückweisung für diejenigen enthalten, die bei einer öffentlichen oder privaten Erörterung für das Verbleiben des Kaisers pflicht- und überzeugungsgemäß eintreten wollen.

### I.

„Wilhelm II. als Schirmherr des Friedens.“

### II.

„Wilhelms II. Unterschrift unter den demokratisch - parlamentarischen Reformen in Preußen und im Reich.

„Wilhelm II. hat in Preußen durch seine Botschaft dem Volke das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht versprochen und er hat es verwirklicht. Er hat im Reich das parlamentarische System eingeführt, obgleich der letzte Kanzler, Graf Hertling, ein Gegner dieses Systems war. Wilhelm II. hat es vorgezogen, sich vom Grafen Hertling zu trennen, und die Forderungen des Volkes zu erfüllen, welches an der Regierungsverantwortlichkeit mitverantwortlich sein wollte. Das denkwürdige Schreiben vom 30. September 1918 enthält gleichzeitig die Entlassung des Grafen Hertling und das Bekenntnis Wilhelms II. zum Parlamentarismus im Deutschen Reiche.

„In einer Ansprache an die neu ernannten parlamentarischen Staatssekretäre, in der der Kaiser sich in vertraulicher, der Größe seiner Auffassung zur Ehre gereichender Weise über die Gesamtlage aussprach, tat Wilhelm II. den denkwürdigen Ausspruch: „Das deutsche Volk soll als das freieste Volk dastehen.“

### III.

„Bedeutung der Verfassungsänderung“.

„Die tiefgreifenden Verfassungsänderungen, die sich in Deutschland vollzogen haben, sind im Geist dieser Worte des Kaisers enthalten. Er hat das Vorrecht, Krieg zu erklären, zugunsten der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags hingeben. Auch der Friedensschluß steht ihm nicht mehr allein

zu, sondern ist ebenfalls an eine Genehmigung von Bundesrat und Reichstag geknüpft. Der Kaiser hat sich ferner damit einverstanden erklärt, nur noch solche politische Akte zu vollziehen, welche vorher die Zustimmung des Reichskanzlers gefunden haben.

„Wilhelm II. ist mit all jenen tiefgreifenden Veränderungen einverstanden gewesen, welche das Deutsche Reich befähigen werden, innerhalb des Völkerbundes ein Bahnbrecher echter Demokratie zu sein. Der Kaiser hat seine Zustimmung zu diesen Volksrechten anlässlich der Unterzeichnung der Verfassungsgesetze in feierlicher Form kundgegeben.

#### IV.

„Die Abdankung des Kaisers würde dem Deutschen Reich schwer schaden.

„Der Bau des Deutschen Reiches, wie Bismarck ihn in unendlicher Mühe und genialem Geschick gegen tausend Widerstände glücklich vollendet hat, ruht auf einem kunstvoll durchgeführten Ausgleich zwischen den Rechten des Volkes und den Rechten der deutschen Bundesfürsten. Das monarchische Gefühl, die Treue zum angestammten Fürstenhause hat durch die Reichsgründung neue Belebung und Kräftigung erfahren. Eine Abdankung des Kaisers auf den Druck des Auslandes hin, würde eine schwere Verletzung des monarchischen Gefühls weitester Volkskreise bedeuten. Heftige innerpolitische Kämpfe unter den Staatsbürgern aller Klassen und ein unblutiger Bürgerkrieg würde die Folge sein. Die in ihren Folgen nicht absehbare Erschütterung, die der monarchische Gedanke erführe, müßte im weiteren Verlauf zur Republik Preußen führen, was wiederum die Auflösung des gesamten Deutschen Reiches im Gefolge haben müßte. Denn die süddeutschen Einzelstaaten, deren Fürsten durch die Zumutungen der Entente nicht berührt werden, würden sich ohne Zweifel mit einer Republik Preußen nicht weiter verbunden sehen wollen, da sie die Gründung des Deutschen Reiches mit dem Königreich Preußen vollzogen haben. Wer aber glaubt, daß er auch die süddeutschen Bundesfürsten mit entfernen und auf diese Weise die Herbeiführung einer zentralistischen Republik Deutschland herbeiführen kann, verkennt die Geschichte und den Charakter des Deutschen Volkes, verkennt die Eigenart seiner verschiedenen Stämme

vollkommen und würde nichts Dauerndes, den Bedürfnissen der verschiedenen süddeutschen Volksstämme Entsprechendes, sondern lediglich ein Gebilde schaffen, das in seiner Existenz durch Restaurationsbewegungen aller Art von Anfang an bedroht wäre. Unabsehbare Wirren und Unruhen würde jede freiheitliche Entwicklung Deutschlands, wie sie jetzt so glücklich und vielversprechend angebahnt worden ist, auf das Schwerste gefährden.

„Erfolgt die Abdankung des Kaisers, wie schon erwähnt, unter dem Druck des Auslandes, so muß weiter damit gerechnet werden, daß dasselbe Ausland auch den Verzicht des Kronprinzen fordern würde. Es würde also in diesem welthistorischen Augenblick, in dem unser Volk unter schweren Erschütterungen leidet, ein Kind an die Spitze des Reiches gestellt werden. Der älteste Sohn des Kronprinzen, ein Knabe im Alter von 12 Jahren. Schon die Bibel sagt: ‚Wehe dem Lande, dessen Herrscher ein Kind ist.‘ Man entgegne nicht, daß, was hier an sich selbstverständlich und in der Verfassung aller Staaten vorgesehen ist, alsdann eine Regentschaft Platz greifen würde. Die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden wären, sind ungeheuer. Als Regent kommt nach preußischer Bestimmung nur der nächste männliche Anverwandte in Betracht. Das wäre Prinz Eitel Friedrich.

Das deutsche Volk würde nach außen geschwächt dastehen, nicht nur im Hinblick auf die Minderung des Ansehens, das Deutschland im Rat der Völker durch die Einführung einer immerhin fast 10 Jahre dauernden Regentschaft erfahren müßte. Man sieht also: Eine Abdankung des Kaisers ist leicht ausgesprochen, ihre Folgen aber für den inneren Frieden und die Ruhe des deutschen Volkes, für die großen und stolzen Entwicklungsmöglichkeiten, denen es auf der Grundlage der demokratischen Neuordnung seines Verfassungslebens entgegengeht, sind unberechenbar.

„Unter keinen Umständen aber dürfte jemals eine Anregung in der Zeitung einer kaiserlichen Abdankung aus der Mitte des deutschen Volkes kommen. Glaubt der Kaiser, die Bürde der Krone nicht mehr tragen zu können, so wird sich die Nation in Ehrfurcht seinem Entschlusse beugen: sie darf aber nicht von sich aus dem Kaiser die Treue versagen.



### Schl u ß w o r t.

„Dreimal müssen sich dies alle jene überlegen, die von der Wühlarbeit der Entente zermürbt, alle Schlagworte des feindlichen Geistes sich zu eigen machen.

„Präsident Wilson, der Philosoph und Universitätsprofessor, besitzt in außerordentlichem Maße — gerade seine letzten diplomatischen Not'en beweisen das aufs klarste — die Gabe, sich verständlich auszudrücken. Wenn unter seinen 14 Punkten, die wir als Grundlage der Friedensverhandlungen angenommen haben, irgendwo die Abdankung des deutschen Kaisers Unterschlupf gefunden hätte, so können wir sicher sein, Wilson hätte uns klipp und klar darauf aufmerksam gemacht. Da er das nicht getan hat, gehört es nicht zu seinem Friedensprogramm. Darum haben wir Deutsche keinen Anlaß, republikanischer zu sein, als der Republikaner Wilson. Der Weltkrieg hat uns Sorgen genug gebracht. Trösten wir uns wenigstens mit der Morgenröte der Volksfreiheit, die ohne gewaltsame Umwälzung vielversprechend heraufzieht.“ —

### Anhang III (zu Seite 153).

Es starrt zum Schachbrett hin mit glühende heißen  
Und fieberhaften Augen, und es färben  
Sich weiß die Lippen — O, wie könnt' er verderben  
Den K ö n i g hier, den K ö n i g, den von Preußen!

Ein teuflisch-grimmer Haß bewegt die harten  
Und hageren Finger, die die Steine rühren;  
Ein abgrundtief-gemeines Kombinieren,  
Ein schlangengleiches Spähn und stummes Warten.

Er weiß, er weiß, es gilt in diesem Spiele,  
Durch List und Tücke — jedem Brauch zum Hohn —  
Zu fällen erst den Träger jener Kron —  
Erst d a n n ist er am heiß ersehnten Ziele!

Ob nicht Verleumdung und infame Lüge  
Erwirken endlich, daß das Volk, das treue,  
Auch vor dem schmähhlichsten Verrat nicht scheue?  
Seht, d a r u m führt er die gemeinsten Züge!

Ein Grinsen zeigt's: er glaubt, schon wär er Sieger!  
Es krampft die Faust zu einem letzten Hiebe —  
Greift nicht das Schicksal doch noch ins Getriebe  
Mit Eisenfäusten: „Schach — dem Weltbetrüger!“



